Montag, 14. Oktober 1985 - D ***

Axel Springer-Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 239 - 42. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Zusage: Die niedersächsische FDP will mit der CDU eine Koalition eingehen, sollte diese bei der Landtagswahl 1986 ihre absolute Mehrheit einbüßen.

Beteiligung: Die „DDR" hat sich nach Information des CDU-Abrüstungsexperten Todenhöfer bereits am 26. April für die Mitarbeit an dem Weltraumwaffenprogramm Moskaus entschieden.

Scheidung: Bundesjustizminister Engelhard (FDP) hat als Reaktion auf die Kritik des Deutschen Familiengerichtstages Änderungen im Gesetzentwurf zum Scheidungsfolgerecht angekündigt. Die Interessen der von Scheidungen betroffenen Kinder sollen dabei stärker zur Geltung kommen.

Kirche: Die „DDR" behindert durch die Verweigerung von Einreisegenehmigungen Kontakte der sächsischen Landeskirche zu Kirchengemeinden in der Bundesrepublik, berichtet das Dresdner Landeskirchenamt.

Eklat: Ecuador hat die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua abgebrochen, nachdem Präsident Ortega den ecuadorianischen Staatschef Cordero als „Werkzeug der Vereinigten Staaten" bezeichnet hatte.

Konsequenz: Die amerikanische Regierung hat die Einstellung europäischer Hilfe an Nicaragua gefordert. Die wirtschaftliche Unterstützung sollte von der Einführung demokratischer Reformen abhängen.

Albanien: Spekulationen, Albanien werde sich nach dem Tod Hodschas dem Westen öffnen, begegnete Parteichef Alia mit der Erklärung, an der Linie Hodschas festzuhalten.

Friedensvertrag: Tokio hat Moskau Gespräche über einen Friedensvertrag vorgeschlagen. Hauptstreitpunkt zwischen beiden Ländern ist der Anspruch Japans auf die von den Sowjets seit 1945 besetzten Kurilen.

Der Terror auf der Straße

Wie kann der Staat dem Terror auf der Straße begegnen? Die WELT hat den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) und den Hamburger Ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) zu einem Telefon-Streitgespräch eingeladen. Wallmann fordert eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, Dohnanyi meint, die geltenden Gesetze reichten aus. Seite 6

WIRTSCHAFT

Anuga: Für einen Interessenausgleich im Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern hat sich Bundespräsident von Weizsäcker bei der Eröffnung der Welt-Ernährungsmesse ausgesprochen. Mehr als 5200 Firmen aus 86 Ländern stellen in Köln ihre Produkte aus. (S. 11)

Abwertung: Athen hat eine Abwertung der Drachme um 15 Prozent sowie eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft beschlossen. Griechenland könne nicht mehr ausgeben als produzieren, sagte Ministerpräsident Papandreou. (S. 11)

Konjunktur: Bundesfinanzminister Stoltenberg rechnet damit, daß die Inflationsrate unter zwei Prozent sinkt. Der private Verbrauch steige jetzt stärker.

Umwelt: Für den BDI ist die von der Bundesregierung beschlossene neue Technische Anleitung Luft „kaum realisierbar". (S. 11)

Mißwirtschaft: In etlichen jugoslawischen Fabriken und Häusern wird in diesem Winter der Strom abgeschaltet werden. Die Kohleförderung blieb unter dem Plansoll: Es fehlen 4,6 Milliarden Kilowattstunden.

ZITAT DES TAGES



»Es ist ein Rückfall in die Sprache des Klassenkampfes, wenn die Gewerkschaften behaupten, daß die Unternehmer mit zwei Millionen Arbeitslosen leben wollen. Im Gegenteil: Wir haben seit Sommer 84 rund 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Und das wird weitergehen.«

Arbeitgeberpräsident Otto Esser in einem Interview der „Bild-Zeitung"

FOTO: MITCHELL

KULTUR

Politologen: Schelskys Hoffnung auf eine Entpolitisierung der Gesellschaft erwies sich als falsch, glaubt Helmut Dubiel (Frankfurt). „Politik und die Macht der Technik" war das Thema des Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politik. (S. 17)

Buchdruck: Einen eindrucksvollen Eindruck von der japanischen und chinesischen Illustrationskunst vermittelt die Ausstellung „China und Japan in Buchkunst und Graphik", die bis zum 26. Oktober im *Mainzer Gutenberg-Museum* zu sehen ist. (S. 17)

SPORT

Fußball: Teamchef Franz Beckenbauer hat den Hamburger Heinz Gründel für das WM-Qualifikationsspiel am Mittwoch in Stuttgart gegen Portugal nachnominiert. Ihre Teilnahme absagen mußten Völler, Augenthaler, Magath und Mill. (S. 14)

Galopp: Der dreijährige Hengst Young Runaway unter dem englischen Jockey Greville Starkey gewann in Düsseldorf den „Großen Preis von Düsseldorf". Besitzer des Pferdes ist der griechische Großreeder Stavros Niarchos. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Aids: Für eine Meldepflicht beim Auftreten der Immunschwäche sprach sich der Bundesverband der Ortskrankenkassen aus. Entsprechende Daten erleichterten die Bekämpfung der Krankheit.

Verbindung: Andorras Parlament hat den Bau eines transpyrenäischen Tunnels nach Frankreich bewilligt. Das Bauwerk soll die Passage über das im Winter häufig nicht passierbare Envalira-Massiv überflüssig machen.

Wetter: Trocken, bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Keine Zweifel unter den Tories an Frau Thatcher – Von Reiner Gatermann S. 2

Ostpolitik: „Die Euphorie wich dem Blick für das Machbare" – Grass attackiert Moskau S. 4

WELT-Interview: Bundesministerin Süssmuth über „verantwortliche Familienplanung" S. 5

Afghanistan: Sowjets lagen auf der Lauer – Wie der erste US-Reporter getötet wurde S. 8

Fernsehen: Porträt Joan Crawford – Nur vor der Kamera lächelte die Haustyrannin S. 8

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Seoul: Nur bedingt für wehrtechnische Kooperation – Wörner hört Kritik S. 10

Formel 1: Künftig mit Einheitsreifen, der Benzinverbrauch wird weiter eingeschränkt S. 15

Pankraz: Glucksmann und die Dummheit – Ein echter Schinken aus Lutetia S. 17

Stuttgart: Vorgezogene Europa-Premiere eines Theaterstückes über die Seuche Aids S. 18

Washington ist bestürzt über das Verhalten Roms

Scharfer Protest gegen Freilassung von Abul Abbas / In Belgrad ein freier Mann

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Zwischen Italien und den USA ist die schwerste *Krise in den bilateralen* Beziehungen seit der Gründung der NATO ausgebrochen. Sie wurde durch die heimliche, offensichtlich von der italienischen Regierung begünstigte Abreise des palästinensischen Terroristenführers Mohamed Abdul Abul Abbas von Rom nach Jugoslawien verursacht. Abul Abbas, gegen den die USA inzwischen einen internationalen Haftbefehl erließen und dessen Auslieferung sie von Jugoslawien verlangen, hatte die vier „Achille-Lauro"-Piraten in der ägyptischen Boeing begleitet, die in der Nacht zum Freitag von amerikanischen Jägern auf dem Flug nach Tunis abgefangen und zur Landung auf dem sizilianischen NATO-Flugplatz Sigonella gezwungen wurde. Nach der Verhaftung der Terroristen durch die Carabinieri war er in dem Flugzeug zunächst nach Rom weitergeflogen worden.

Washington hatte die Italiener gebeten, den Palästinenser-Führer bis zum Eintreffen eines offiziellen Auslieferungsantrages festzuhalten. Die italienischen Behörden ließen ihn jedoch unter mysteriösen Umständen in einem jugoslawischen Linienflugzeug nach Belgrad entkommen. Der Palästinenser-Führer kann sich nach Angaben einer Sprecherin des jugoslawischen Informationsministeriums als freier Mann bewegen und das Land verlassen. Er könne kommen und gehen, wann er wolle. Inzwischen hat Belgrad den amerikanischen Antrag zur Verhaftung des Palästinenserführers abgelehnt. Das gab der Direktor der amerikanischen Bundespolizei FBI, William Webster,

SEITEN 2 UND 7:
Weitere Beiträge

bekannt. Die Belgrader Behörden verwiesen darauf, daß Abul Abbas geholfen habe, eine „große Tragödie" abzuwenden. Über den Aufenthaltsort des Chefs der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF) war gestern nichts bekannt.

Die USA reagierten auf das italienische Vorgehen mit einer als „sehr hart" bezeichneten Protestnote, die Botschafter Rabb im Palazzo Chigi übergab. Beim Verlassen des Amtssitzes von Ministerpräsident Craxi sagte der Botschafter: „Ich bin ganz und gar nicht einverstanden mit dem, was geschehen ist. Die wichtigste Sache für uns und für die ganze Welt ist der Kampf gegen den Terrorismus." Angeblich wurde dem Botschafter bedeutet, daß *die italienische* Regierung Abul Abbas und seinen Begleiter als „entführte Geiseln" betrachte.

In politischen Kreisen Roms schließt man nicht aus, daß der Fall Abul Abbas sogar eine Regierungskrise auslösen könnte. Der republikanische Verteidigungsminister Spadolini, ein erklärter Kritiker der von ihm als einseitig araberfreundlich empfundenen Nahost-Politik Craxis und seines christdemokratischen Außenministers Andreotti, hatte von Craxi vergeblich die Einberufung einer Kabinettsitzung vor jeder weiteren Entscheidung in dieser Angelegenheit verlangt.

Die ägyptische Boeing hatte nach ihrer Landung auf dem römischen Flughafen Fiumicino 30 Meter neben einem dort seit zwei Stunden festgehaltenen jugoslawischen Linienflugzeug geparkt. In Begleitung des ägyptischen Botschafters stiegen zwei Personen direkt auf dieses Flugzeug um, das dann sofort zum Start rollte. Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei den beiden um Abul Abbas und seinen Mitarbeiter Omar Joussef Ossein.

DER KOMMENTAR

Endspurt

AUGUST GRAF KAGENECK

Frankreichs Sozialisten geben sich nicht vorab geschlagen. Ihr Parteitag in Toulouse hat sie sogar wieder siegessicher gemacht für die Wahl im März 1986.

Der Mann, der sie aus großer Lethargie riß, heißt Ministerpräsident Fabius. Er nennt sein Erfolgsrezept „erneuerten Sozialismus". In der Tat können die Sozialisten Erfolge geltend machen. Die Vollbremsung von 1983 nach zwei Jahren dilettantischer Füllhorn-Politik hat die Inflation verlangsamt und den Außenhandel saniert. Frankreich ist wirtschaftlich wieder eine gute Adresse. Auch ein Regierungschef Barre würde die Restriktionen nicht lockern und ein Chirac nicht an gewissen Verstaatlichungen rütteln.

Der größte Trumpf der Sozialisten aber ist, daß ihnen die Arbeiter drei Jahre Austerity nicht verübelt haben. Proteste werden nur noch von der KP erhoben; diese aber hat keinen Massenrückhalt mehr.

Eine andere Frage ist jedoch, ob sich die Sozialisten wirklich erneuert haben. Ihr Pilot in eine weniger doktrinäre und mehr marktwirtschaftliche Sozialdemokratie, Michel Rocard, mußte in Toulouse klein beigeben. Man bleibt stramm links und will es auch mit den Kommunisten nicht verderben, in denen man eher verirrte Schafe denn Klassenfeinde sieht. Das wird manchen Wähler nachsinnen lassen, der den Schalmeien der Rocardisten zu folgen bereit gewesen wäre.

Die Opposition wird nach Toulouse ihre Batterien neu einschießen müssen. Nicht Sperr-, sondern Punktfeuer ist gefordert. Wo kann man es besser machen in der Wirtschaft? Wie der Arbeitslosigkeit beikommen? Wie den Sozialschutz verbessern, ohne in Defiziten zu ertrinken? Und vor allem: Wie will man Frankreich bürgerlich regieren, wenn im Elysée ein Sozialist sitzt? In dieser Frage sind sich die Gefolgsleute Giscards und Chiracs noch keineswegs einig. Sie wird zur Kardinalfrage des Wahlkampfes.

Deutschland-Papier stößt auf Bedenken

Proteste bei Dregger: Werden grundsätzliche Positionen der CDU/CSU verwischt?

ms. **Bonn**

In der Union gibt es Unruhe wegen eines Resolutionsentwurfs zur Deutschland- und Ostpolitik, der von Experten der Koalition und der SPD ausgearbeitet worden ist. Beim Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, sind mehrere empörte Briefe eingegangen. Zu den Absendern gehören auch Bundestagsabgeordnete. Sie befürchten, daß in diesem Kompromißpapier grundsätzliche Positionen der Union verwischt werden. Politische Beobachter rechnen damit, daß sich heute der Fraktionsvorstand der CDU/CSU mit dem umstrittenen Papier befaßt und es dann auch die Gesamtfraktion am Dienstag zur Sprache bringen wird. Der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, der CSU-Abgeordnete Eduard Lintner, der den Resolutionsentwurf mit ausgehandelt hat, erklärte gestern der WELT: „Wir haben nichts aufgegeben, was für uns wesentlich ist". Bei der Vorlage handele es sich um einen Entwurf, „das heißt, die Fraktion kann Veränderungen verlangen. Hier ist nichts präjudiziert".

Lintner widersprach der Annahme, durch Formulierungen in dem Papier über die Unverletzlichkeit von Grenzen und die Achtung territorialer Integrität würden „Friedensvertragsverhandlungen praktisch präjudiziert". Dies sei nicht der Fall, denn man müsse diese Textpassage in Zusammenhang mit der Ziffer 2 des Resolutionsentwurfes, der als gemeinsame Entschließung zum Bericht „Zur Lage der Nation 1985" gedacht sei, sehen. Unter dieser Ziffer heiße es: „In Erfüllung des Auftrages des Grundgesetzes der Bundesrepublik kann gestaltende Deutschlandpolitik nicht heute die Entscheidung vorwegnehmen, die unser Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts eines Tages treffen wird." In der Ziffer zuvor heißt es aber auch: „Der Deutsche Bundestag bekräftigt jetzt und für die Zukunft die in den Verträgen von Moskau und Warschau und im Grundlagenvertrag verankerte Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen...".

Lintner sagte, die Vorstellungen der Sozialdemokraten in den vorausgegangenen Experten-Gesprächen seien „teilweise erschreckend" gewesen. So habe die SPD beispielsweise nicht von der Offenheit der deutschen Frage sprechen wollen. Schließlich habe man sich auf die Formulierung verständigt, die deutsche Frage sei „ungelöst". Die Forderung der Sozialdemokraten, offizielle Kontakte mit der „Volkskammer" in Ost-Berlin festzuschreiben, wurde von den Experten der Koalition, Lintner (CDU/CSU) und Ronneburger (FDP) nicht akzeptiert.

Keinen Erfolg hatte die SPD außerdem mit ihrem Vorschlag, das Bemühen um menschliche Erleichterungen in der Deutschlandpolitik erst mit dem Jahre 1969, also der Bildung der sozialliberalen Koalition, beginnen zu lassen. Aufgrund eines Einspruchs der Union heißt es jetzt, das Bemühen um menschliche Erleichterungen sei „von Anfang an" ein wesentliches Element in der Deutschlandpolitik gewesen. Nach Darstellung Lintners wird die gemeinsame Entschließung zu den Ost-Verträgen überhaupt nicht berührt.

„Kollek leistet praktische Friedensarbeit"

DW. **Frankfurt**

Der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, hat gestern den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten. Während der Feierstunde in der Frankfurter Paulskirche würdigte der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel die Bemühungen Kolleks um die Aussöhnung zwischen Israelis und Arabern. Kollek kündigte an, er werde den mit 25 000 Mark dotierten Preis zur Gründung eines Fonds verwenden, der die Begegnung zwischen arabischen und jüdischen Jugendlichen in Jerusalem fördern solle. Rommel sagte in seiner Laudatio, Kollek leiste in vorbildlicher Weise praktische Friedensarbeit. Er bemühe sich darum, daß Araber und Christen in Jerusalem die gleichen Rechte hätten wie die Juden und trete für die Freiheit der Andersdenkenden ein. Kollek habe bewirkt, daß die sozialen und kulturellen Einrichtungen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Jerusalem verbessert worden seien.

Seite 3: Weitere Beiträge

Krankenkassen kündigen höhere Beiträge an

pje., **Maria Laach**

Die Krankenkassen haben für Beginn des kommenden Jahres neue Erhöhungen der Beitragssätze angekündigt. Sie dürften nach Darstellung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO) bei etwa 0,3 Prozent liegen und damit die zwölf-Prozent-Grenze überschreiten. Heute liegt der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung bei 11,84 Prozent.

Wie der Vorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Detlef Balzer, erklärte, habe sich die ungünstige Ausgabenentwicklung der Kassen auch 1985 fortgesetzt. Im ersten Halbjahr seien die Ausgaben um 4,4 Prozent bei einer Grundlohnzunahme um 3,11 Prozent (sie bestimmt die Einnahmen der Krankenversicherung) gestiegen. Mit einer Erhöhung um 0,3 Prozent lasse sich ein Defizit von rund zwei Milliarden Mark auffangen. Zu berücksichtigen sei freilich, daß mit jedem höheren Beitragsprozentpunkt für die Wirtschaft ein Kaufkraftverlust von etwa 7,3 Milliarden Mark entstehe.

Festnahmen vor den „Wahlen" in Polen

Das Regime läßt Führer der „Solidarität" verhören / Walesa: Wir waren vorbereitet

DW. **Warschau**

Festnahmen, Verurteilungen und *Hausdurchsuchungen in mehreren* polnischen Städten begleiteten die „Wahlen" zum Sejm (Parlament) in Warschau, die von der Gewerkschaft „Solidarität" und anderen *Oppositionsgruppen boykottiert wurden.* In Warschau waren bereits am vergangenen Freitag zwei Mitglieder der verbotenen Arbeiterbewegung zu drei beziehungsweise zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden. Die „Schnellrichter" befanden sie des Besitzes eines Sendegeräts und Flugblättern der „Solidarität" für schuldig.

Die „Solidarität"-Berater Jacek Kuron und Zbigniew Romaszewski, die den Boykottaufruf unterzeichnet hatten, wurden gestern ein weiteres Mal von der Polizei verhört. Beide waren bereits am Samstag von der Polizei vorgeladen worden, konnten jedoch am Abend nach Hause zurückkehren. Kuron und Romaszewski hatten die Weltöffentlichkeit in der vergangenen Woche auf die brutale Mißhandlung von Häftlingen in polnischen Gefängnissen aufmerksam gemacht.

Die staatlichen Medien berichteten von einem „reibungslosen und störungsfreien Verlauf" der ersten „Wahlen" seit dem Sommer 1980. Arbeiterführer Walesa kommentierte die Pressionen auf Oppositionelle mit den Worten: „Wir waren darauf vorbereitet, und diese Festnahmen werden uns nicht daran hindern, die Wahlen zu kontrollieren, weil wir Ersatz für die Festgenommenen vorgesehen haben." Das Regime warnte westliche Journalisten ausdrücklich davor, den Zählungen freiwilliger Helfer der verbotenen Gewerkschaft vor den Wahllokalen Glauben zu schenken. Die „Solidarität", sagte Regierungssprecher Urban, wolle durch die Beobachtungen nur Druck auf die Wähler ausüben. Urban ließ durchblicken, daß es für die Beobachter strafrechtliche Konsequenzen geben könnte.

Die Führung in Warschau rechnete mit einer Beteiligung von rund 80 Prozent, „Solidarität" mit 40 Prozent. In den Medien war der Gang zu den Urnen als Bürgerpflicht und als Maßstab für die „Normalisierung" bezeichnet worden. Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hatte während seines Amerika-Aufenthalts eine Amnestie für politische Häftlinge für den Fall in Aussicht gestellt, daß die Beteiligung mehr als 75 Prozent betrage. Die demokratische Opposition sah darin eine „Erpressung". Die katholische Kirche hielt sich strikt aus dem „Wahlkampf" heraus. Primas Glemp verbrachte den Sonntag in Rom. Bis zuletzt aber hatte General Jaruzelski für ein positives Votum der Bischöfe geworben.

Seite 2: Festnahmen zum Auftakt

Sowjetdiplomaten abgeschoben

DW. **Berlin**

Drei sowjetische Diplomaten sind in West-Berlin von amerikanischen Sicherheitskräften unter dem Verdacht der Spionage gegen die US-Armee festgenommen und anschließend *in den Ostteil der Stadt* abgeschoben worden. Es dürfte sich um Mitarbeiter des Generalkonsulats der UdSSR handeln, die in Dahlem residierten. Nach Andeutungen der Amerikaner handelt es sich kaum um „hochkarätige Spione". Dafür spricht auch, daß die anderen beiden westlichen Schutzmächte, Frankreich und Großbritannien, über den Vorfall nicht umgehend unterrichtet worden waren.

Schwere Krawalle nach Kundgebung

DW. **München**

Nach einer zunächst friedlich verlaufenden Großdemonstration gegen die im bayerischen Wackersdorf geplante Wiederaufbereitungsanlage für Brennstoffe am Samstag in München, kam es anschließend zu nächtlichen Krawallen – Bierflaschen und Steine flogen. Die Polizei meldete gestern 150 Festnahmen. Bei den Ausschreitungen im Stadtteil Haidhausen mußte die Polizei auch Tränengas einsetzen; es gab Verletzte auf beiden Seiten. Die Zahl der Demonstranten wurde von der Polizei mit 27 000, von den Veranstaltern mit 50 000 angegeben.

Seite 2: Heimat-Verbund

Die Partei erhört Mitterrands Appell

Französische Sozialisten finden Kompromiß im Richtungsstreit / „Sammlung der Linken"

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Im Angesicht der Götterdämmerung hat die Sozialistische Partei Frankreichs ihren inneren Zwist überwunden und eine Einigung der beiden kontroversen Strömungen hinter Parteichef Lionel Jospin und dem Minderheitenführer Michel Rocard herbeigeführt. Sechs Monate vor den Parlamentswahlen geht sie damit geschlossen in den „Wahlkampf der letzten Chance". Sie hat sich als „große Sammlungspartei der Linken" einschließlich der Kommunisten definiert und einer Koalition mit einer Rechtsformation eine unmißverständliche Absage erteilt.

Die Einigung zwischen den Entschließungen 1 und 2, repräsentiert durch Jospin, dem früheren Premierminister Pierre Mauroy und dem Chef des linken Flügels, Jean-Pierre Chevenement, auf der einen, Michel Rocard auf der anderen Seite, kam in der Nacht zum Sonntag nach siebenstündigen Verhandlungen zustande. Die Divergenzen hatten sich im wesentlichen an zwei Punkten festgebissen: die Rolle des Staates in einer sozialistischen Gesellschaft und die Strategie der Parteien nach den Wahlen von 1986. Sie prallten in den Reden der beiden Repräsentanten am Freitagnachmittag noch heftig aufeinander, schwächten sich dann im Verlauf der Debatten jedoch ab, wohl auch als Folge einer direkten Intervention des Staatschefs Mitterrand, der der Partei einen flammenden Appell zur Einigung übersandt hatte.

Für Rocard kann es „nach den Enttäuschungen und Erfahrungen, die uns die vierjährige Ausübung der Macht einbrachten", nur eine Abkehr von einer rein staatlich gelenkten Planwirtschaft geben. Die Sozialisten müßten endlich drei Dinge begreifen, die sich in der französischen Gesellschaft durchgesetzt hätten: das Streben nach Profit als Motor von Wachstum und Beschäftigung, das Verlangen nach freiem Unternehmertum und eine Abkehr von der Politik der leeren Formeln. Wenn man den Sozialismus und Frankreich modernisieren wolle, müsse man von modischen Sprüchen abkommen, müsse die Gesellschaft so nehmen, wie sie ist und nicht so, wie man sie sich erträumt.

„Übersehen wir nicht die Erfahrungen, die unsere sozialdemokratischen Parteigenossen in den nordischen Ländern machten", warnte Rocard im Hinblick auf schwedische und deutsche Entwicklungen. Auch die 70-Prozent-Mehrheit hinter Jospin, Mauroy und Chevenement will „Partei und Staat modernisieren", warnt aber, allem abzuschwören, was der Sozialismus mit „der Demokratisierung des Produktionsapparates" für Frankreich erreicht habe.

Industrie plädiert für ein Rahmenabkommen zu SDI

Kohl sieht „wichtige amerikanische Zusicherungen"

DW. **Bonn**

Die deutsche Industrie ist daran interessiert, daß die Bundesregierung eine Rahmenvereinbarung über die Beteiligung am amerikanischen SDI-Forschungsprogramm abschließt. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Mann, beschrieb gestern abend im Zweiten Deutschen Fernsehen diese Wünsche. Das Abkommen zwischen den Regierungen solle der Sicherung der Interessen der deutschen Industrie dienen. Es müsse die Fragen des Technologietransfers, der Geheimhaltung, des Nutzungsrechts und der Preisbildung der privatwirtschaftlichen Verträge definieren.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher verlangte von der US-Regierung eine „Klarstellung" über ihre Vorhaben. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks sagte Genscher, bisher sei es nicht nur die deutsche, sondern auch die offizielle amerikanische Version gewesen, daß lediglich die SDI-Forschung, nicht aber die Entwicklung der Raketenabwehr mit dem amerikanisch-sowjetischen Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehr (ABM) in Einklang stehe. Er reagierte damit auf Äußerungen des US-Sicherheitsberaters McFarlane, daß mit dem ABM-Vertrag neben der Forschung auch die Entwicklung und Erprobung von SDI-Systemen vereinbar seien.

Bundeskanzler Kohl bekräftigte gegenüber der „WELT am SONNTAG", daß eine endgültige Beurteilung der SDI-Initiative heute noch nicht möglich sei. In vielen Punkten seien jedoch Klärungen erreicht worden. Zu den „wichtigsten amerikanischen Zusicherungen" gehöre die Zusage der Einhaltung des ABM-Vertrages in der Forschungsphase und die Aufnahme von Gesprächen mit der Sowjetunion „vor einer eventuellen Entscheidung über Entwicklung und Stationierung" von strategischen Verteidigungssystemen: „Vor allem aber den Verzicht auf die Stationierung solcher Systeme, wenn dies ein offensichtlicher Anreiz für die andere Seite sein müßte, ihre Offensivwaffen drastisch zu vermehren".

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Unnötige Nervosität

Von Bernt Conrad

Die Bundesregierung will die Amerikaner auf der morgigen Nato-Sondersitzung in Brüssel um Auskunft über jüngste Äußerungen des Sicherheitsberaters McFarlane zum Forschungsprogramm für eine Weltraumverteidigung (SDI) bitten. Das ist legitim, denn McFarlane hatte einen für Bonn überraschenden Akzent gesetzt, indem er erklärte, der amerikanisch-sowjetische Vertrag von 1972 über Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) erlaube und billige auch Tests und Entwicklungen von Raketenabwehrsystemen. Bisher war immer nur von deren Erforschung die Rede gewesen.

Das ist ein wichtiger Unterschied. Dennoch besteht zu der in Bonn zu registierenden Nervosität kein Anlaß. Entscheidend bleibt – was die Amerikaner dem Bundeskanzler und den anderen Westeuropäern zugesagt haben und was McFarlane überhaupt nicht in Frage stellt –, daß vor einer Stationierung von SDI-Systemen die Nato-Verbündeten konsultiert und Verhandlungen mit den Sowjets aufgenommen werden. Darauf allein kommt es an.

Helmut Kohl hat jetzt sogar mitgeteilt, die US-Regierung habe ihm zugesichert, sie werde auf eine SDI-Stationierung verzichten, wenn dies ein „offensichtlicher Anreiz für die andere Seite sein müßte, ihre Offensivwaffen drastisch zu vermehren". Ganz so einfach wird es sicher nicht gehen. Die Sowjets müßten schon etwas ganz anderes tun, als mit verstärkter Rüstung zu drohen. Sie müßten zu radikalen Waffenredukionen bereit sein, um einen SDI-Verzicht überhaupt in den Bereich des Möglichen zu rücken. Dazu aber wären sie vermutlich eher bereit, wenn im Fall befriedigender Forschungsergebnisse vor einer Stationierung schon mit der Entwicklung von SDI-Systemen begonnen würde.

All dies sollte in Bonn mit mehr Gelassenheit beurteilt werden. Dazu gehört auch, daß nicht endlos darüber diskutiert wird, ob es nun eine staatliche Rahmenvereinbarung für eine deutsche Forschungsbeteiligung geben soll oder nicht. Genscher ist dagegen, Kohl ist dafür. Warum muß der Kanzler bis Weihnachten warten, ehe er endlich die zerfasernde Debatte mit einer Entscheidung klärt?

Festnahmen zum Auftakt

Von Carl Gustaf Ströhm

Mit einer Reihe von Festnahmen und Verhören wurden die polnischen Parlamentswahlen eingeleitet. Arbeiterführer Lech Walesa sprach von 35 Verhaftungen. Drei Aktivisten des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR), Jacek Kuron, Zbigniew Romaszewski und Janusz Onyskiewicz, wurden von der Polizei einvernommen und vor Erklärungen gegenüber westlichen Journalisten gewarnt.

Der unermüdliche Regierungssprecher Jerzy Urban gab inzwischen zu verstehen, daß Personen, die im Auftrag der Gewerkschaft „Solidarität" die wirkliche Wahlbeteiligung kontrollieren wollten, strafrechtlich belangt werden. Dem polnischen Regime geht es ja nicht um die Wahlergebnisse, die ohnedies schon feststehen, denn die Kommunisten haben sich im neuen SEJM eine satte absolute Mehrheit reserviert und überdies die Opposition von den Wahlen einfach ausgeschlossen. Jaruzelski hat aber bereits erklärt, daß er eine Beteiligung von 75 bis 80 Prozent als „Erfolg" und damit als Vertrauensbeweis für seine Regierung betrachte.

Der Kampf zwischen der Regierung und den oppositionellen Kräften geht darum, nachzuweisen, wie hoch die Wahlbeteiligung war. Die Opposition traute der Auszählung in den Wahllokalen nicht und hat deshalb, wie Walesa versicherte, Methoden entwickelt, um die Wahlbeteiligung zuverlässig aus dem Hintergrund und Untergrund zu beobachten. Das Regime wiederum bezeichnet eine solche Handlungsweise als „Einschüchterung der Wähler", obwohl offensichtlich in Polen die Regierung das Einschüchtern besorgt und die Opposition die Interessen des Wählers gegenüber den Wahlfälschern und Wahlverhinderern vertritt.

Wie immer es ausgeht, die polnische Wahl ist wenig geeignet, die wirkliche Situation Polens widerzuspiegeln. Das Hin und Her, die Polizeiaktionen und Festnahmen am Vorabend oder am Wahltag selbst können nur eines bestätigen: Polen bleibt unruhig. Von einer Normalisierung kann auch fast drei Jahre nach dem Verbot der unabhängigen Gewerkschaft nicht die Rede sein.

Heimat-Verbund

Von Peter Schmalz

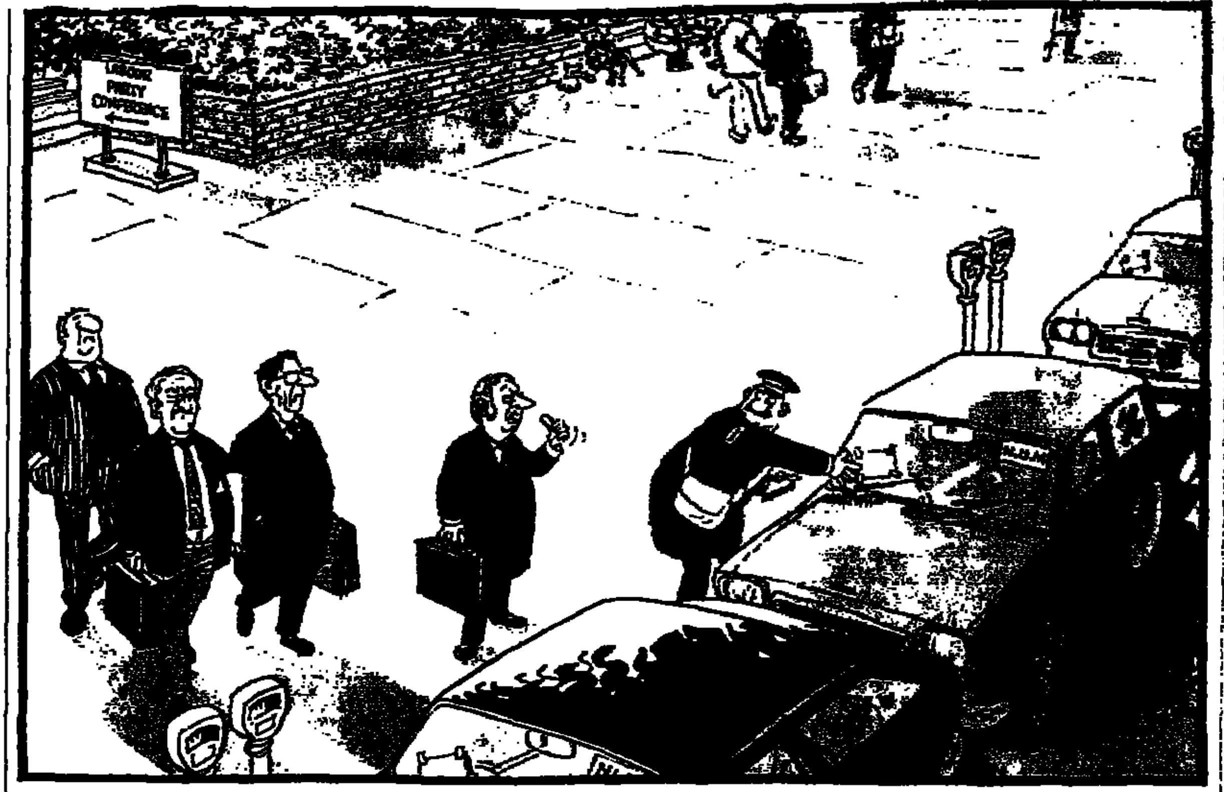
Der Marsch zur Münchner Feldherrnhalle – ein beliebtes Ziel deutscher „Bewegungen" – sollte eine „große und machtvolle Demonstration des Bürgerwillens" werden, verkündeten Bund Naturschutz und bayerische SPD in einer gemeinsamen Erklärung. Warnungen schlugen sie als „dummes Gerede" in den Wind: „Wir werden Sorge tragen, daß dieser Protest nicht durch gewalttätige Aktionen gestört wird."

Dann flogen Steine, Schaufensterscheiben zersplitterten, Farbbeutelt besudelten Häuserfassaden: vermummte Chaoten machten wieder einmal Randale. Unter den Tausenden waren gewiß nur einige militante Hundertschaften. Doch als die Polizei zugreifen wollte, fanden die Täter bereitwillig gewährten Unterschlupf in der angeblich so friedfertigen Menge.

Wie gehabt in Frankfurt, in Gorleben, in Brokdorf. In München kam dazu:

Hubert Weinzierl, als Vorsitzender des Bundes Naturschutz Deutschlands oberster Funktionärs-Grüner, will eine Versammlung aus „heimatverbundenen Frauen und Männern" erkannt haben. Die Masse der Verbundenen aber kam aus der Szene in Frankfurt, Bonn, Hamburg und anderen Großstadtpflastern, wo sie vorher mit Handzetteln organisiert worden waren. Aus der Oberpfalz, wo die Anlage Wackersdorf als milliardenschwerer Arbeitgeber von vielen Bürgern ersehnt wird, kam nur eine Minderheit. Und man gewann nicht den Eindruck, daß jedenfalls die geistige Heimat der Flaschenwerfer diesseits des Eisernen Vorhangs liegt.

Für den bayerischen SPD-Spitzenkandidaten Karl-Heinz Hiersemann aber wurde der Samstag zur Katastrophe. An griffigen Wahlkampfthemen arm, hatte er gehofft, hier Wähler fangen zu können. Die Marschierer aber brüllten ihn nieder und deckten ihn mit Flaschen und Tomaten ein. Was nun? Hiersemann, der fürchterlich schimpfend das Podium verließ, muß sich entscheiden, ob er der militanten Anti-Atomlinken näherrückt – der SPD-Landesvorstand nämlich neigt deutlich dazu – oder ob er auf den Weg demokratischer Argumentation zurückfindet. Eines muß er gemerkt haben: Mit diesen Helfern gewinnt er in Bayern kaum eine Wahl.



„Die Geldstrafen werden von der Regierung bezahlt, wenn Labour die nächste Wahl gewinnt!"
ZEICHNUNG JAK/THE LONDON STANDARD

Flucht auf italienisch

Von Friedrich Meichsner

Nach der von italienischer Regierungsseite eindeutig begünstigten „Flucht" des palästinensischen Chefterroristen Abu Abbas aus Rom und allem Vorausgegangenen steht Italien, so scheint es, vor einem Trümmerhaufen seiner Außenpolitik: Die Beziehungen zu seinem Hauptverbündeten, den USA, sind gespannter als je zuvor in den vergangenen vier Jahrzehnten; Israel ist empört; die Ägypter geben sich als Hintergangene; selbst die PLO Yassir Arafats droht mit Repressalien – unbeeindruckt von der warmen Dankesbekundung, die ihr der sozialistische Regierungschef Bettino Craxi zukommen ließ. Wo man glaubte, es mit durchtriebener Schläue nach Art des christdemokratischen Außenministers Giulio Andreotti allen recht machen zu können, hat man alle vor den Kopf gestoßen.

Mit diesem Bankrott seiner Politik muß Italien selbst fertig werden. Ob er zu einer Regierungskrise führt, ist noch nicht klar. Das hängt von den Republikanern, Liberalen und Sozialdemokraten in der römischen Koalition ab, die nicht bereit zu sein scheinen, die Krise in den Beziehungen zu Washington und die Gefahr eines zumindest psychologischen Abdriftens des Landes von der westlichen Allianz untätig hinzunehmen.

International zur Debatte steht zunächst etwas anderes, nämlich die Tatsache, daß eine Regierung der vom palästinensischen Terrorismus seit vielen Jahren immer wieder heimgesuchten westlichen Welt einem der Hauptorganisatoren dieses Terrors geholfen hat, sich der Verantwortung zu entziehen.

Die von den Amerikanern beantragte Auslieferung eines der Führer der terroristischen Palästinensischen Befreiungsfront mag nach den italienischen Gesetzen nicht möglich gewesen sein. Aber auch die italienische Justiz hätte sicherlich allen Grund gehabt, die Rolle näher zu bestimmen, die Abu Abbas bei der Entführung der „Achille Lauro" und dem Mord gespielt hat. Manches spricht dafür, daß er der direkte Auftraggeber des Terrorkommandos gewesen ist.

Fest steht, daß vier Leute schwer bewaffnet auf ein italienisches Schiff geschmuggelt worden sind und daß dies ohne Planung und Vorbereitung durch eine effiziente Organisation kaum möglich gewesen wäre. Fest steht auch, daß diese vier Leute ihre Aktion dann auf Zureden – oder besser: Befehl – von Abu Abbas abbrachen.

Man dürfe von seinen Freunden nicht zu viel verlangen, war gestern morgen in dem möglicherweise inspirierten Kommentar einer italienischen Zeitung zum Fall Abu Abbas zu lesen. Das soll heißen, daß Craxi und Andreotti die Grenze des Zumutbaren erreicht sahen, als die Amerikaner um die Landeerlaubnis für die abgefangene ägyptische Boeing für den NATO-Flugplatz Sigonella auf Sizilien nachsuchten. Mehr wollten beide Politiker nicht konzedieren, um Italien nicht noch mehr zum Aktionsfeld des palästinensischen Terrors werden zu lassen und um nicht jene sorgsam aufgebaute „Glaubwürdigkeit" in den arabischen Ländern und bei Arafat zu verlieren, an der ihnen so viel gelegen ist.

Ob sich andere westeuropäische Regierungen unter ähnlichen Umständen sehr viel anders verhalten hätten, muß freilich – leider – offen gelassen werden. Was den Fall Abu Abbas aber unnachahmlich erscheinen läßt, ist die Art seiner „Bereinigung". Hier wurde praktiziert, was als „italienische Methode" weltweit einen nicht eben guten Ruf genießt.

Man hat den Amerikanern nicht mit dem Ausdruck des Bedauerns offen gesagt, wozu man sich entschlossen hatte, sondern man hat sie allem Anschein nach hingehalten und gleichzeitig hinter den Kulissen seine Hand dazu gereicht, daß Abu Abbas „fliehen" konnte. Daß sich die Amerikaner genasführt vorkommen, kann nicht wundernehmen.



Freiheit für den Drahtzieher: Abu Abbas FOTO: DPA

Freilich hatte Andreotti schon ähnliche Schläue den Ägyptern gegenüber vorexerziert. Er hatte seinen Botschafter ein Schriftstück unterschreiben lassen, das, wie der Botschafter später selbst erklärte, die Zustimmung zur bedingungslosen Gewährung von freiem Geleit für die vier „Achille-Lauro"-Entführer enthielt. Nachdem der ägyptische Staatspräsident Mubarak daraufhin diesen freies Geleit zugesagt hatte, erklärte der Minister, schriftlich sei überhaupt nichts vereinbart worden, und die italienische Zustimmung zu freiem Geleit habe in jedem Fall nur unter der Voraussetzung gegolten, daß keinem der Schiffspassagiere etwas zugestoßen sei. Und als die Ägypter das Dokument mit der Unterschrift des italienischen Botschafters vorzeigten, wurde vom Außenministerium verlautbart, es habe sich dabei nur um die Niederschrift der auf Tonband aufgenommenen Geleitforderung der Terroristen gehandelt mit dem Zusatz, daß an Bord niemand verletzt, geschweige denn getötet worden sei.

Auch hierin dokumentiert sich wohl ein recht ungewöhnlicher Umgang unter Freunden, wobei einige Ungereimtheiten noch immer nicht geklärt sind.

Insgesamt führt die „Achille-Lauro"-Affäre zu dem höchst beunruhigenden Schluß, daß sich die Opfer des palästinensischen Terrors, der seit Jahren nicht nur Israel und die USA, sondern auch Italien, Ägypten und andere Länder trifft – die neuesten Morddrohungen Abu Nidals gegen Frau Thatcher, Reagan, Mubarak und andere unterstreichen das –, noch immer nicht zu einer entschlossenen Verteidigungsfront zu fügen vermögen. Nicht einmal Italien, das im Falle Moro Konsequenz gegenüber dem Terrorismus bewiesen hat, ist bereit, die dabei gewonnenen Erkenntnisse auf die internationale Ebene zu übertragen. Es zieht vor, Schläue walten zu lassen – auch auf die offen zutage liegende Gefahr hin, daß sich solche Schläue als Dummheit erweisen könnte.

IM GESPRÄCH J. Canovas Robles

Held wider Willen

Von Günter Friedländer

Die Chilenen können wieder einmal mit Befriedigung feststellen, daß in Chile eben doch alles ganz anders ist. Sie könnten in absehbarer Zeit einen Prozeß haben, der an „den" Prozeß erinnert, der im benachbarten Argentinien gegen neun Kommandeure des Heeres geführt wird – aber ohne daß Chile dafür auf die Rückkehr zur Demokratie warten müßte. Im Mittelpunkt dieser Aussicht steht ein Mann, den Amerika in einem Roman oder in einem Film einen „Anti-Hero" nennen würde.

Der hochgewachsene, spindeldürre Richter José Canovas Robles vertritt nämlich einen Heldentyp, wie Chile ihn in seinem vor wenigen Wochen verstorbenen konservativen Expräsidenten (1958–64) Jorge Alessandri verehrte, der jeden Morgen von seiner Privatwohnung zu Fuß in seine Amtsräume ging. Wie Alessandri ist Richter Canovas konservativ gekleidet, selbst der sonst nur noch selten gesehene Filzhut fehlt nicht. Auch Canovas läßt sich von der plötzlichen Populariät nicht beeindrucken. Er sieht darin nur ein trauriges Zeichen der Zeit: Warum sollte wohl ein Mann, der nur seine Pflicht tut, ein Volksheld sein?

Seine Pflicht ist es zur Zeit, den Tod der drei Kommunisten zu untersuchen, die im März dieses Jahres ermordet aufgefunden wurden. Damals öffnete sich eine Pandorabüchse angesichts des begründeten Verdachtes, Chiles allgemein respektierte Polizei, die „Carabineros", habe ihre Hand im tödlichen Spiel gehabt. Es führte zu einem Wechsel der Spitze der Carabineros und in der Junta.

Ebensowenig wie seiner Popularität kann der Richter der Tatsache aus dem Weg gehen, daß seine Ermittlungen politische Auswirkungen haben müssen. Das chilenische Heer hat einen Abwehrdienst, die „Central Nacional de Informaciones" (CNI), dessen Funktionen sich oft mit denen einer Geheimpolizei überdeckten. Die damit nicht zufriedenen Carabineros schufen einen eigenen, parallelen Dienst, die „Direccion de Comunicaciones de Carabineros" (Dircomcar). Wie es bei solchen Organisationen vorkommt, wurden sie Rivalen statt Verbündete. Richter Canovas kann diesen gordischen Knoten nicht durchschneiden, er soll ihn entwirren. Niemand weiß, was dabei herauskommen kann.



Waren Carabineros die Mörder? Richter Canovas FOTO AP

Der Richter mit einer Praxis von 28 Jahren ist bei der Regierung ebenfalls angesehen und erhält von ihr die geforderte Mitarbeit, auch wenn die Militärjustiz ihm die Jurisdiktion bestreitet. Fürchtet Pinochet nicht, daß er nicht mehr als der Mann erscheinen könnte, der alle Fäden seiner Regierung in der Hand hält? Pinochet ist ein geschickter Politiker. Viele seiner Kritiker meinen, er werde die Untersuchungen des Richters benutzen, um sich der Dircomcar zu entledigen und die CNI wieder zu festigen.

Was geschieht aber, wenn die Jurisdiktionsfrage zugunsten der Militärjustiz entschieden werden sollte? Der Richter antwortet lakonisch: „Dann werden die eben diesen Fall weiter untersuchen, und ich werde einen anderen Fall in Arbeit nehmen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Teils ängstlich, teils pikiert, teils zufrieden reagieren die Zeitungen auf die Festnahme der vier Terroristen, wobei italienische Blätter die römische Regierung wegen der Freilassung von Abul Abbas kritisieren:

LA NAZIONE

Die italienische Mittelmeerpolitik darf keinen levantinischen Stempel tragen. Die Palästinenser sind nicht die PLO, nicht nur die PLO. Man dient ihrer Sache mehr, wenn man sich an den Geist der Abkommen von Camp David hält. Man muß zu den westlichen Alliierten stehen, nicht zu Arafat. **(Florenz)**

LA REPUBBLICA

Gestern haben wir geschrieben, daß die politische Bilanz dieser ganzen Angelegenheit katastrophal ist. Heute hat sich diese Bilanz – wenn überhaupt möglich – verschlimmert. Wir hatten uns schon mit Israel, Ägypten und der PLO verfeindet. Nun stehen wir auch in einem diplomatischen Konflikt mit den USA. Ein Meisterwerk! **(Rom)**

The New York Times

Das Ergebnis ist ein Sieg der Gerechtigkeit und ein vernichtender Schlag gegen den Terrorismus. Die Frage, ob die USA das Recht hatten, das ägyptische Flugzeug zur Landung auf Sizilien zu zwingen, ist möglicherweise rein akademisch.

THE TIMES

Das wird Amerikas nationaler Moral nach der peinvollen Ohnmacht, die sowohl in Iran als auch im Sommer in Beirut erkennbar wurde, beträchtlichen Auftrieb geben. **(London)**

THE GUARDIAN

Indem sie das Gesetz, wie verwegen auch immer, in die eigene Hand nahmen, haben die Amerikaner, den Israelis gleich, die Araber erzürnt. All das fügt der entfernten Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten weiteren Schaden zu. **(London)**

RUDE PRAVO

Die Tatsache, daß der US-Präsident den Befehl zum Piratenakt selbst gab, ist ein Skandal ersten Ranges. Unter dem Deckmantel des angeblichen Kampfes gegen den Terrorismus griffen die USA, Tausende Kilometer von ihren Grenzen entfernt, selbst zu einem unglaublichen terroristischen Akt. **(Prag)**

LE FIGARO

Ein glänzender Erfolg für die Vereinigten Staaten. Aber auch für die gesamte westliche Welt. **(Paris)**

KURIER

Schwache, kleine Länder wie Österreich mögen keine Alternative zu einer Beschwichtigungspolitik sehen. Aber die USA dürfen auf die Dauer nicht schwach erscheinen – denn dann werden sie auch als Partner der Gemäßigten um Nahost wertlos. Wenn es notwendig ist, dann muß eine Supermacht wie eine Supermacht handeln. **(Wien)**

Keine Zweifel unter den Tories an Frau Thatcher

Bis auf die Frage nach der Auftragstätigkeit der Kommunen / Von Reiner Gatermann

Seit ein paar Monaten, seit die Tories in den Meinungsumfragen nicht mehr die Spitzenposition einnehmen, tauchte in ihren Reihen immer häufiger die Frage auf, ob Margaret Thatcher nicht ausgedient habe und im Gegensatz zu früher den Wähler eher abstoße als anziehe. Zum Abschluß des Parteikongresses in Blackpool jedoch lieferte Frau Thatcher den Beweis, daß ihr in ihrer Partei derzeit niemand das Wasser reichen kann.

In ihrer zehnten Rede als Spitzen-Tory und zwei Tage vor Vollendung ihres sechzigsten Lebensjahres servierte Margaret Thatcher ihren Anhängern genau das, was sie brauchten: eine Rede voller Überzeugungskraft und Selbstvertrauen, ein geschicktes Gemisch aus Angriffsfreude und Demut; hier Stolz über das Erreichte, dort Wille und Kraft, unverdrossen dem eingeschlagenen Weg zu folgen. Das war die moralische Aufrüstung, zu der ihre Vorredner nicht in der Lage gewesen waren.

Politisch brachte Frau Thatchers Rede kaum Neues. Inflationsbekämpfung genießt weiterhin höchste Priorität, die öffentlichen Ausgaben bleiben unter strikter Kontrolle, und die Arbeitslosigkeit bleibt die größte Sorge. Bezeichnenderweise wurden die Minister bei ihren Reden nur einmal durch einen Zwischenruf unterbrochen, als Schatzkanzler Nigel Lawson erklärte, die Zahl der Erwerbslosen werde fallen. Aus dem Saal kam der schrille Ruf: „Wann?" Eine Antwort hierauf gab es nicht.

Die Konservativen in Großbritannien stehen vor den gleichen Verschleißerscheinungen wie jede Regierung nach sechseinhalbjähriger Amtszeit. Hinzu kommt die Entschiedenheit, mit der Frau Thatcher ihren Ministern Zustimmung oder Rücktritt abverlangt. Damit schränkte das Kabinett seinen Gedankenspielraum erheblich ein und begab sich in eine Einbahnstraße, in der die geringste Kursabweichung als spektakuläre Änderung erscheinen muß und deswegen immer schwerer wird.

Ein beredtes Beispiel hierfür ist die Reaktion auf die in Blackpool bei einem Kongreß-Nebentreffen getroffene Feststellung von Energieminister Peter Walker, daß die Konservativen „politischen Selbstmord" begingen, falls sie sich nicht ernsthafter des Arbeitslosenproblems annähmen. Es erreiche nun auch die Familien in den Reiheneigenheimen, das Rückgrat der Tory-Wählerschaft.

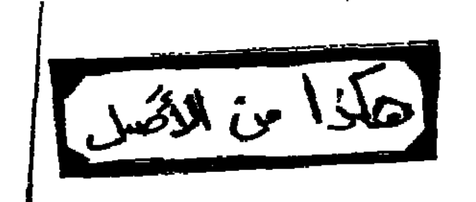
Peter Walker ist der letzte „wet" im Kabinett (wie man in Großbritannien die kompromißbereiteren Politiker nennt). Wie seine Gesinnungsfreunde hinauszufliegen dürfte Walker vorerst erspart bleiben, denn es würde in der Partei weitere Spannungen schaffen und Margaret Thatcher erneut als kompromißlose, harte Lady darstellen; ein Image, an dessen Änderung die Strategen hart arbeiten.

Aber es gilt in Großbritannien als gesichert, daß die nächste Unterhauswahl nur zu gewinnen ist, wenn die Arbeitslosenziffer beträchtlich schrumpft. Und man geht davon aus, daß dies in gewissem Umfang ohne unerschwinglichen Kapitaleinsatz und ohne bloße Beschäftigungstherapie möglich ist. Man könnte den Kommunen mehr Spielraum geben, die Einnahmen aus dem Verkauf gemeindeeigener Wohnungen an die Mieter für die Restauration verfallender Häuser und Kanalisationen zu verwenden, was bei etwa acht Milliarden Mark Einsatz bis zu dreihunderttausend neue Arbeitsplätze schaffen (und ohnehin gefährdete Anlagen retten) soll.

Frau Thatcher, Nigel Lawson und der neue Arbeitsmarktminister Lord Young beharren jedoch auf ihrem Weg, den Gemeinden die Zuschüsse zu kürzen und sie so zur Verwendung der Verkaufserlöse für laufende Ausgaben zu zwingen. Frau Thatcher glaubt an ihre Politik der Ermutigung von Unternehmensgründungen (die in der Tat Hunderte von Neugründungen zur Folge hatte, auf dem Arbeitsmarkt jedoch noch nichts verändert hat). Peter Walker fliegt nicht, aber er bekam vom Schatzkanzler indirekt den Rat, er könne ja gehen, wenn er dieser Linie nicht vorbehaltlos folgen wolle.

Nach der Runde der diesjährigen Parteitage bleibt abzuwarten, wie die sozialdemokratisch-liberale „Allianz" sich als dritte Kraft zu profilieren vermag und ob Labour-Führer Neil Kinnock, der sich mit seinen beiden harten, herausfordernden Reden an die Parteilinke beträchtliche Sympathien erwarb, ihnen Taten folgen lassen kann. Kaum jemand rechnet damit. Die stärkste Lokomotive der Tory-Partei jedenfalls ist und bleibt für eine überschaubare Zukunft Margaret Thatcher. Sie könnte ihrer Partei allerdings einen Dienst erweisen, indem sie die von Peter Walker geäußerte Sorge in ihrem politischen Beschlußprozeß angemessen berücksichtigt. Damit könnte eine Barriere zwischen ihr und dem Wähler abgebaut werden.

Allerdings, was die Umfragen betrifft: Es gibt in Großbritannien noch ein weiteres Stimmungsbarometer, die Wettbüros. Und hier führen derzeit – im Gegensatz zur Auffassung der Demoskopen – die Konservativen knapp vor der Labour Party.



Der Deutsche Buchhandel ehrt den Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek mit dem Friedenspreis

Ein Mann, der mit Taten Toleranz lehrt

Von JOACHIM NEANDER

Die Person des Preisträgers Teddy Kollek – diesmal kein Dichter, sondern ein Mann der praktischen Politik – prägt beim Festakt in der Frankfurter Paulskirche auch die Zusammensetzung der anwesenden Persönlichkeiten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker, gerade zurück aus Israel, sitzt in der ersten Reihe zwischen Kollek und seiner Frau. Ministerpräsident Holger Börner, Ministerpräsident Lothar Späth als amtierender Bundesratspräsident, mehrere Bundesminister, Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und – etwas weiter hinten im Saal plaziert – Altbundeskanzler Helmut Schmidt sind zu sehen.

Und alle Redner, von Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann, der vor allem die Rolle der Städte für das freiheitliche Bewußtsein der Bürger hervorhebt, bis zum offiziellen Laudator, dem Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, würdigen die Tatsache, daß hier einmal jemand geehrt werde, der „nicht nur an Worten, sondern auch an Taten gemessen werden kann" (Rommel).

Warum Teddy Kollek sich für seine Laudatio ausgerechnet seinen Stuttgarter Kollegen Rommel gewählt hat, wird erst im Laufe der Veranstaltung deutlich. Rommel vermutet, es sei der Bezug praktischer kommunalpolitischer Erfahrung, denn besondere Sachkunde in bezug auf Jerusalem könne er nach nur zwei kurzen Besuchen nicht für sich in Anspruch nehmen.

Kollek jedoch enthüllt Tieferes, Persönlicheres. Bei seinem ersten Besuch in Jerusalem habe Rommel ihm ein Geschenk mitgebracht: Fotografien, die Rommels Onkel (Angehöriger einer deutschen Fliegerstaffel, die den Türken gegen die Engländer helfen sollte) 1917 von seinem Jagdflugzeug aus von Jerusalem gemacht hatte. Das seien vermutlich die ersten Luftaufnahmen, die es von Jerusalem gibt. Und dann habe er natürlich auch an 1942 gedacht: Die jüdische Bevölkerung in Palästina sei damals durch Generalfeldmarschall Rommels Erfolg in Afrika „tödlich gefährdet" gewesen. Und dann fügte er hinzu: „Die Entwicklung vom großen Feldmarschall zum Oberbürgermeister müßte doch, so habe ich mir gedacht, symbolisch sein für den Prozeß des Friedens."

Rommel stellt den Widerspruch zwischen den großen politischen Theorien, den vereinheitlichenden Träumen und der täglichen politischen Wirklichkeit, wie sie Teddy Kollek vor sich habe, heraus. Die Theorie versuche ein Bild von der Welt zu zeichnen, das vernünftig und widerspuchsfrei sei: „Die Menschen, die die Welt ausmachen, sind aber weder vernünftig noch widerspruchsfrei und keineswegs vom Bestreben erfüllt, zur Herstellung einer in sich schlüssigen und durch und durch konsequenten Weltordnung unter Zurückstellung ihrer persönlichen Interessen praktische Beiträge zu leisten." Dieses „Wegträumen von den Tatsachen" finde man in Deutschland besonders häufig.

Teddy Kollek sei ein leuchtendes Beispiel dafür, daß dem Frieden nicht unbedingt der dient, der „sich darüber aufregt, daß kein Friede herrscht", sondern derjenige, der versucht, die Tatsachen in Richtung auf mehr Frieden zu verändern. Entschieden kritisiert der Stuttgarter Oberbürgermeister gewisse Tendenzen, Israel von Deutschland aus „Belehrungen über Friedenspolitik im Nahen Osten" zu erteilen. Dies sei leichtfertig und peinlich. Peinlich seien auch Pläne, in Frankfurt ein Theaterstück aufzuführen, das von den jüdischen Mitbürgern als Kränkung empfunden werde. Rommel: „Mitunter scheint mir, als handele es sich hier um so etwas wie eine Mutprobe. Aber manchmal gehört mehr Mut dazu, sich nicht zu trauen."

Das Außergewöhnliche an Kolleks Politik in den 20 Jahren seiner Arbeit als Bürgermeister in Jerusalem liegt nach Rommels Ansicht darin, daß sein nachhaltiger Einsatz für die Interessen von Juden, Arabern und Christen gleichermaßen „nicht durch ein langfristiges politisches Kalkül motiviert" ist, sondern durch seine „Grundüberzeugung, wie man mit Menschen umgeht". Toleranz sei eine primäre Tugend wie Wahrheits- und Nächstenliebe. Sie könnten niemals im Dienste anderer Ziele stehen, sondern stünden für sich selber.

Nachdrücklich wendet Rommel sich gegen die Vorstellung, die Probleme Jerusalems seien durch Teilung oder Internationalisierung zu lösen. „Gerade wir Deutschen, für die das geteilte Berlin ein schmerzlicher Stachel ist, sollten Verständnis dafür haben, wenn eine solche Lösung vom Jerusalemer Bürgermeister und vom überwiegenden Teil der Bevölkerung abgelehnt wird."

Diese Worte Rommels (der im übrigen ausdrücklich auch die deutschen Beiträge für die Jerusalem Foundation, etwa durch den Verleger Axel Springer und die Familie Holtzbrinck würdigt) werden in Teddy Kolleks Dankesrede ganz betont aufgegriffen. Die Teilung einer Stadt bedeute, „einen menschlichen Körper auf einen Tisch zu legen und vor aller Augen zu zerschneiden". Gerade das wichtigste Problem in Jerusalem, die Sicherung des freien Zugangs zu den heiligen Stätten von Juden, Christen und Moslems, sei vermutlich nur in einer ungeteilten Stadt so zu lösen gewesen.

Die Entscheidung, die Situation des unter arabisch-islamischer Administration stehenden Tempelberges nicht zu ändern, sei bekanntlich auf starke israelische Proteste gestoßen. Er habe sogar den Vorwurf gehört, dies verzögere die Wiederkunft des Messias. Dennoch sei er überzeugt, diese den Arabern erhaltene Freiheit, ihr religiöses Leben in Jerusalem so zu gestalten, wie sie es wollen, und ihnen den Tempelberg zu überlassen, sei einer der wichtigsten Gründe für die Ruhe, die in der Stadt herrsche.



Bürgermeister Teddy Kollek nimmt vom Vorsitzenden des Stiftungsrates, Günther Christiansen, die Verleihungsurkunde entgegen FOTO: DPA

Von seinem Redemanuskript abweichend, zitiert Kollek eine Erklärung des jordanischen Königs Hussein, von der er Anfang dieses Monats gehört habe. „Man hat viel darüber gesprochen", habe Hussein gesagt, „daß die heilige Stadt Jerusalem ein unüberwindliches Hindernis zum Frieden darstellt. Ich sage euch, daß Jerusalem einer der Schlüssel zum Frieden ist, das Tor, durch welches die warmen Strahlen des Friedens die Menschen der Region umhüllen werden..." Und der Jerusalemer Bürgermeister fügt hinzu: „Mir tat es nur leid, daß Seine Majestät vor 1967, als alle Gedenkstätten unter seiner Souveränität waren, nicht dieselbe Rede gehalten und nicht nach diesen Prinzipien gehandelt hat. Aber vielleicht ist es ein gutes Zeichen, daß wir jetzt dazu kommen können."

Jerusalem sei heute die einzige Stadt der Welt mit einer freien arabischen Presse. Täglich könnten dort sogar Artikel erscheinen, die die Beseitigung des Staates Israel fordern. Kollek: „In keinem arabischen Staat könnte eine Zeitung die Beseitigung des eigenen Staates propagieren."

In Jerusalem habe sich die arabische Bevölkerung seit 1967 verdoppelt. Vorher, unter jordanischer Herrschaft, habe sie dagegen stagniert. Das sei ein Zeichen, daß es den Arabern in der Stadt wohl nicht gar so schlecht gehen könne. Wenn dennoch viele Araber sich unterdrückt fühlen, gehe dies wohl vor allem auf emotionale Momente zurück. Auch zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung der Stadt bestünden schließlich aus Menschen, die aus arabischen Ländern geflüchtet und dort Menschen zweiten oder dritten Ranges gewesen seien. Für viele von ihnen sei jede sanfte Behandlung der Araber immer noch undenkbar.

Dennoch hält Teddy Kollek Aussöhnung und Kompromiß zwischen Juden und Arabern für den einzigen möglichen Weg. Er zitiert die frühere israelische Regierungschefin Golda Meir: „Wenn der Friede kommt, werden wir mit der Zeit den Arabern vielleicht verzeihen, daß sie unsere Söhne getötet haben, aber es wird uns viel schwerer fallen, ihnen zu verzeihen, daß sie uns gezwungen haben, ihre Söhne zu töten."

Er dankt ausdrücklich dem deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker für das, was er am 8. Mai und jetzt in Israel gesagt habe, vor allem aber wie er es gesagt habe. Dies sei ein zusätzlicher wichtiger Schritt für die Beziehungen der beiden Völker gewesen. Und er schließt mit zwei Zitaten aus der Heiligen Schrift.

Für die Stadt Jerusalem, die – man solle sich da nicht täuschen – „die Hauptstadt Israels bleiben" werde, gelte die Verheißung nach Psalm 122: „Erwünschet den Frieden Jerusalem: Die dich lieben, seien befriedigt! Friede sei in deiner Umwallung, Zufriedenheit in deinen Palästen!"

Für die Völker der Welt dagegen gelte die Verheißung des Propheten Jesaja: „Die Völker werden ihre Schwerter umschmieden in Pflüge, ihre Speere in Rebmesser. Kein Volk wird gegen das andere mehr das Schwert erheben, keins mehr das Kriegshandwerk erlernen."

Weder die eine noch die andere Verheißung sei bis jetzt einer Erfüllung nahe. Aber man dürfe auch die kleinen Schritte dahin nicht verachten.



Herzliches Einvernehmen: Richard von Weizsäcker, Teddy Kollek FOTO: AP

Die Botschaft aus Jerusalem: Kleine Schritte über Gräben

Teddy Kollek, ideenreich und improvisierend nicht nur als Politiker, sondern auch als Redner, löste sich bei seiner Ansprache in der Paulskirche zuweilen vom zuvor verbreiteten Manuskript, ohne aber inhaltlich abzuweichen. Im folgenden Auszüge aus dem offiziell verbreiteten Text:

Vor Ihnen steht der Bürgermeister des ungeteilten, nie wieder zu teilenden Jerusalems, der Hauptstadt des wiedergeborenen Staates Israel. Sie haben ihm den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen. Es ist für mich, der ich seit zwanzig Jahren Bürgermeister dieser Stadt sein darf, eine hohe Ehre, diesen Preis entgegenzunehmen, zumal ich weiß, daß zu seinen Trägern Dichter, Staatsmänner, Philosophen zählen, die durch ihr Schaffen zur Idee des Friedens und der Völkerverständigung in hervorragender Weise beigetragen haben. Eigentlich weiß ich nicht genau, wie ein Bürgermeister dazu kommt.

Erlauben Sie mir ein Bekenntnis: Ich habe mir die Frage gestellt, ob ein Jude und ein Israeli – nach allem, was in Deutschland geschehen ist – diesen Preis entgegennehmen kann, doch dann habe ich mich dazu entschlossen.

Ich bin früh für die Normalisierung der israelisch-deutschen Beziehungen eingetreten, für das Treffen zwischen Adenauer und Ben Gurion. Altbundeskanzler Adenauer wurde im Jerusalemer Rathaus mit Herzlichkeit begrüßt. Als der vor kurzem verstorbene Axel Springer, der ein großer Freund Israels war, im Nationalmuseum eine Bibliothek für Kunst und Archäologie einrichten, die Spende jedoch anonym ausstellen wollte, bestand ich auf der Nennung seines Namens. Man sollte erfahren, daß Deutsche zu Israel und zu Jerusalem stehen...

Wer wissen will, wie führende Menschen heute in Deutschland denken, wie sehr sie mit der Vergangenheit ringen, sollte die eindrucksvolle Rede des Bundespräsidenten, Richard von Weizsäcker, vom 8. Mai dieses Jahres lesen. Vierzig Jahre nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft hat sich vieles und wesentliches geändert...

Die Juden als das Volk des Buches

Bevor ich auf Jerusalem zu sprechen komme, ein kurzes Wort über Bücher, die Juden und Frankfurt: Als das Volk des Buches haben Juden, der Geschichte nach, schon 1535 die Frankfurter Buchmesse besucht, als Drucker und als Händler, und zu dieser Zeit, als es etwa 1800 Juden in Frankfurt gab, waren schon über 2000 hebräische Bücher erschienen. Frankfurts Stadtbibliothek besitzt die größte Judaica-Sammlung in Deutschland...

Erlauben Sie mir, Ihnen von Jerusalem zu erzählen: Im Jahre 1967 wurde, infolge des Sechs-Tage-Krieges, Jerusalem nach neunzehn Jahren der Teilung in einen jüdischen und einen arabischen Distrikt wiedervereinigt. Juden hatten wieder Zugang zu der Klagemauer, der Westmauer des Tempels, ein Recht, das sie nach den Waffenstillstandsbestimmungen im Jahr 1948 zwischen Israel und Jordanien theoretisch besessen hatten, jedoch nicht wahrnehmen konnten. Angesichts der vielen Ressentiments auf beiden Seiten der Bevölkerung des nunmehr ungeteilten Jerusalem, wußte ich vom ersten Augenblick an, daß wir die vielen Probleme des neuen Zusammenlebens mit viel Fingerspitzengefühl und klug anzugehen hatten.

Für die Lösung der verschiedenen Aufgaben in Jerusalem haben wir nach 1967 zwei Institutionen geschaffen, wovon eine das „Jerusalem Komitee" ist. Etwa achtzig Persönlichkeiten aus der ganzen Welt, Städteplaner, Architekten, Geistliche, Soziologen, Schriftsteller und Philosophen, wurden eingeladen, sich daran zu beteiligen.

An eine Internationalisierung glauben wir nicht, aber doch an die Universalität der Stadt. Wie gesagt, es ist die Hauptstadt Israels. Aber wir sind uns der Verantwortung gegenüber Hunderten von Millionen Menschen bewußt, die eine Verbindung zu Jerusalem haben und deren Vorväter dorthin Wallfahrten gemacht haben, häufig unter größter Gefahr.

Wir respektieren nicht nur die besondere Beziehung der christlichen Welt, sondern auch die Beziehung der Mohammedaner zu Jerusalem...

Was haben wir bis heute getan, um Arabern das Leben in Jerusalem leichter zu machen? Erstens haben wir ihnen im Jahre 1967 die Wahl gelassen, Jordanier zu bleiben oder Israelis zu werden. Wir wußten, daß 99 Prozent Jordanier bleiben würden, aus politischen Gründen und weil sie Verwandte in Jordanien haben und frei über die Brücken des Jordans dorthin fahren wollen. (Das ist zum Beispiel ein Recht, das ich nicht habe.) Trotzdem können sie sich als Bürger der Stadt Jerusalem unserem Gesetz nach an den Gemeindewahlen beteiligen.

Zweitens gelang es uns nach langer Diskussion mit der israelischen Regierung, durchzusetzen, daß der Lehrplan in den arabischen Schulen (und ich möchte betonen, daß es außer unseren hebräischen Schulen arabische, armenische, griechische und kirchliche Schulen gibt) derselbe ist, wie heute in allen arabischen Ländern. Der Abschluß einer Jerusalemer arabischen, städtischen Mittelschule wird in arabischen Ländern anerkannt. Die Schüler, die hier ihr Abitur gemacht haben, können arabische Universitäten besuchen, und sie tun das in großer Zahl. Darüber hinaus haben wir alle arabischen Zeugnisse anerkannt. Die Ärzte, die im Arabischen Gesundheitszentrum arbeiten, sind an arabischen Universitäten ausgebildet worden. Der Chefarzt, ein Jerusalemer, studierte in Assiut, in Ägypten.

Am allerwichtigsten aber ist: Wir haben die Situation am Tempelberg nicht geändert. Der Tempelberg steht unter arabisch-islamischer Administration. Trotz unerhört starken Drucks einiger israelischer Kreise gelang es uns, den Jahrhunderte alten Status quo auf dem Tempelberg zu erhalten. Die Tatsache allein, daß wir es den Mohammedanern ermöglichen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es wollen, und, besonders, ihnen den Tempelberg überlassen, ist einer der Gründe für die Ruhe, die in Jerusalem herrscht und die wir und andere so sehr in unserer Stadt schätzen. Davon bin ich überzeugt...

Trotz alledem haben viele Araber das Gefühl, unter einer Besatzungsmacht zu leben, und die Tatsache, daß viele Israelis sehr oft für die Rechte der Araber einstehen, daß vor den Schranken der israelischen Gerichte alle dieselben Rechte besitzen und daß ein Großteil der Presse die Interessen der arabischen Bevölkerung vertritt, reicht offenbar nicht aus, diese Gefühl zu beseitigen... Es gibt nur eine Erklärung für diesen betrüblichen Tatbestand: fehlender Wille auf der arabischen Seite, Israels Existenz anzuerkennen. Mit Ausnahme Ägyptens hat sich bis heute kein arabischer Staat zu dieser Anerkennung bereitgefunden...

Der Terror ist heute der vielleicht größte Feind unserer Kultur, möglicherweise von noch unmittelbarerer Bedrohung als die Atomwaffe...

Soll die Kette von Gewalt und Gegengewalt abbrechen, so hilft nur die Einsicht, daß Juden und Araber in Frieden zusammen leben müssen. Es gibt keine Alternative zum Frieden.

Leicht ist es nicht, zwanzig Jahre Bürgermeister von Jerusalem zu sein. Jerusalem ist kein Schmelztiegel, hier soll jeder seine Tradition, seine Bräuche, seine Lebensweise behalten können. Zum menschlichen Mosaik dieser einzigartigen Stadt gehören Juden, die aus 100 Ländern und Kulturkreisen zurückgewandert sind, orthodoxe und freidenkende, aus Westen und Osten. Hier leben islamische und christliche Araber, Griechen, Armenier, Äthiopier und viele andere sowie gegen vierzig christliche Denominationen...

Die Menschlichkeit ist nicht teilbar

Der Glaube an die Werte des Humanismus muß in einer Zeit wachsender Anarchie auf der Welt mehr denn je gefestigt werden. „Liebe deinen Nächsten als deinesgleichen" – und der Nächste ist jeder Mensch, ungeachtet seiner Rasse, Hautfarbe, Religion oder Volkszugehörigkeit. Die Menschlichkeit ist nach dem Glauben des Judentums nicht teilbar.

Um des Friedens willen sind Risiken einzugehen. Meine schwerste Stunde im Jerusalemer Gemeinderat war damals, als wir eine Nacht hindurch über ein Denkmal für die 1967 im Kampf um Jerusalem getöteten Araber debattierten. Auf Wunsch der arabischen Bevölkerung hatte ich die notwendige Baulizenz erteilt. Man hielt mir entgegen: „Dort werden arabische Demonstrationen beginnen", oder „Wo gibt es ein Denkmal in Frankreich oder England für deutsche Soldaten?" Aber unser Denkmal galt arabischen Bürgern Jerusalems, zum Teil Zivilisten, die ihr Leben verloren hatten. Es gab bis heute keine Demonstrationen, und die große Aufregung ist vergessen. Manchmal steht eine einsame Frau vor dem Denkmal, in Gedanken versunken. Ich meine, daß dies das Gefühl der Gleichberechtigung zu festigen vermag.

Für unser Bemühen um das friedliche Zusammenleben in Jerusalem erwarten wir keine Gegenleistung. Wir hoffen indessen, daß es vielleicht, auch wenn nur langfristig, zum Erfolg führt, beispielhaft für alle anderen...

So bin ich sicher, daß die Weltöffentlichkeit viel mehr tun könnte, um die Araber zu überzeugen, daß der Frieden und die gegenseitige Anerkennung in aller Interesse liegt, und sich alle, nicht nur Israel, darum bemühen müssen... Allen Schwierigkeiten und Rückschlägen zum Trotz: Nicht die Feindschaft, nicht der Krieg, dürfen das letzte Wort behalten, sondern die Aussöhnung und der Frieden.

Um dieser meiner tiefen Überzeugung treu zu bleiben, habe ich mich entschlossen, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels der Jerusalem Foundation zu spenden. Dieser Preis soll dazu dienen, einen Fonds zu gründen, der die Begegnung zwischen der arabischen und jüdischen Jugend von Jerusalem fördert, denn nur durch gegenseitiges Kennenlernen wird die Grundlage für künftige Toleranz geschaffen.

Die Grünen fühlen sich von der SPD zunehmend ausmanövriert

Kritik an der Qualität der Nachrücker / Außer der Kasse stimmt zur Zeit nichts

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bei den Grünen scheint außer der bestens gefüllten Parteikasse praktisch nichts mehr zu stimmen. Die 40 000-Mitglieder-Partei hat dort stolze 27,5 Millionen Mark angesammelt. Sonst aber sehen immer mehr ihrer Mitglieder mit wachsender Sorge der Zukunft der sechs Jahre alten Partei entgegen. Da wird offen Kritik an den Nachrückern im Bundestag geübt, von denen kaum einer den Bekanntheitsgrad ihrer Vorgänger erreicht hat. Und da beklagen sich sogar schon Mitarbeiter, daß man in den Medien kaum noch Beachtung findet.

Selbst spektakulär gedachte Aktionen, die nach ihrem Einzug ins Bonner Parlament 1983 zur intensiven Beäugung der „Exoten" veranlaßten, werden nur noch mit mehr oder weniger müdem Lächeln „bedacht". So mußte zum Beispiel der Abgeordnete Heinz Suhr im Plenum erleben, daß die von ihm erhoffte Reaktion auf die Übergabe einer Flasche „Glykolwein" an den scheidenden Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler schlicht und einfach ausblieb. Nicht einmal nach Parteibeschlüssen verbotene Flüge in Maschinen der Luftwaffe oder das inzwischen von den meisten ignorierte „Müsli-Angebot" im Bundestags-Restaurant, das auf ihre Forderung hin auf die Speisekarte kam, interessieren noch.

Statt Empörung nur Hohn geerntet

Die „Besetzung" der Botschaft in Pretoria durch Abgeordnete und das demonstrationserfahrene Vorstandsmitglied Lukas Beckmann sorgte in der Bundesrepublik Deutschland allenfalls *in den eigenen Reihen für* Aufregung: Unmut gab es, weil man über die Aktion der vom Auswärtigen Amt als „Gäste" verköstigten Gruppe nicht vorher informiert worden war. Auch über die Finanzierung des Trips wurde gestritten.

Sogar die in einem gut einem Meter langen Fernschreiben angekündigte „Besetzung" von zwei SPD-Landesgeschäftsstellen, die offensichtlich zur Mobilisierung für die Demonstration in München gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf gedacht war und mit der die Energiepolitik der SPD kritisiert werden sollte, brachte ihnen statt Empörung eine beinahe karnevalsreife SPD-Presseerklärung ein. Parteisprecher Wolfgang Clement sprach von „ein paar kindlichen Mätzchen". Allerdings, so Clement, müsse man „offen zugeben, daß wir uns um den Gemütszustand im Bundesvorstand der Grünen Gedanken zu machen beginnen, nachdem man dort zu glauben scheint, Aufmerksamkeit auch um den Preis der Lächerlichkeit auf sich ziehen zu müssen."

Nicht zuletzt diese Erklärung scheint den Grünen zu denken zu geben. *Denn nachdem Oscar Lafontaine* ihren Einzug in den Saar-Landtag verhindert, Johannes Rau mit seinem Wahlerfolg ihnen in NRW eine Absage erteilt hatte und Gerhard Schröder einen ähnlichen Kurs in Niedersachsen *zu steuern scheint, will* vorerst nur Holger Börner in Hessen die Koalitionsverhandlungen fortsetzen. Grünen-Vorstandssprecher Rainer Trampert warf der SPD schon einen „Kursschwenk" vor. Der Elbe-Grüne *steuert offenbar bewußt eine Kon*frontation mit denen vom Main an.

Doch nicht nur mit denen. Denn sogar ursprüngliche „Fundamentalisten", die nur aus der Oppositionsrolle heraus agieren wollten, laufen zu den zu Bündnissen mit der SPD bereiten „Realpolitikern" über. Da sprach die Vorstandssprecherin der Bundestagsfraktion, Annemarie Borgmann, von „bedingten Koalitionen". Sie warnte davor, sich auf ein „unzureichendes Tolerierungsmodell" zu versteifen. Brigitte Berthold vom Parteivorstand warnte in Erinnerung an das Saar-Desaster davor, erneut „in die Defensive" zu geraten „und den Wiedereinzug" ins Bonner Parlament zu „verfehlen". Deshalb sollten die Grünen „das Gesetz des Handelns bestimmen" und „aus taktischen Gründen" der SPD noch in diesem Jahr „ein Angebot zur Zusammenarbeit" verbunden mit zentralen Forderungen machen.

Den schwammigen Beschluß ihres Juni-Parteitags, nach dem „von der Opposition bis zur Alleinregierung" alles möglich sein soll, sollen jetzt Kommissionen konkretisieren. Dabei ärgern sich die Grünen besonders über den „Themenklau", den sie bei der SPD in deren Programm „Arbeit und Umwelt" entdeckt zu haben glauben. Das gilt auch für SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz. Der orakelte, es sei „wahrscheinlicher", daß sie 1987 nicht mehr im Bundestag säßen als umgekehrt.

Kein Wunder, daß Grüne schon an Konzepten basteln, mit denen sie sich bei einer Wahlpleite Anfang 1987 von *der Verantwortung freisprechen* wollen. Trampert gab bereits den anderen Parteien die Schuld daran, daß die Grünen in den Parlamenten „stolz allein" ihre Forderungen vertreten würden, „damit" aber „auf unseren Stimmen sitzen" blieben.

Neue Fraktionsspitze in der Schußlinie

Besonders in der Bundestagsfraktion schlägt sich der Sympathieverlust, der sich in Umfragen in Richtung auf die die Fünf-Prozent-Hürde zeigt, nieder. Deren Geschäftsführer Michael Vesper beschrieb die Stimmung als „eher blaß und leise als volltönend". Sie sei „eher deprimiert als optimistisch die Zeit bis 1987 angehend". Der „Lust am Mandatsgewinn" bei den Nachrückern „scheint bei manchen leider schon nach wenigen Monaten dem Frust gewichen zu sein".

Mehr noch: „Es gibt Wegrücker, die halten Euch, die nachgerückten Abgeordneten für farblos und langweilig, ängstlich und unpolitisch." Der „alte Drive" müsse sich „eben auch mal im Parlament selbst zeigen, in unserem, d. h. Eurem Auftreten dort." Wie gespannt das Verhältnis bei den Grünen ist, die gern Mitmenschlichkeit und Wärme predigen, zeigen die Abgeordneten der „ersten Runde" immer wieder. Hubert Kleinert zog nach einer Debatte kürzlich sogar laut und empört über eine Rede schimpfend durch die Parlamentsgänge. Kleinert, Otto Schily und Joschka Fischer zum Beispiel machen sich in Fraktionssitzungen über die Nachrücker „offen lustig", wird berichtet. Und selbst die neue Fraktionsführung um Christian Schmidt steht in der Schußlinie. Es hatte schon Überlegungen gegeben, sie vorzeitig auszutauschen.

„Die Euphorie wich dem Blick für das Machbare"

Teltschick zum Moskauer Vertrag / Grass attackiert Moskau

GEORG BAUER, Kiel

Brauchen wir nun eine neue Ostpolitik? Bedeutet neu ein in seinen Grundzügen überarbeitetes politisches Konzept der Bundesrepublik Deutschland, das die polnische Westgrenze im Vorgriff auf den rechtlichen Entscheidungsspielraum der Deutschen endgültig anerkennt und auch das in der Präambel des Grundgesetzes festgeschriebene Wiedervereinigungsgebot aufhebt? Oder heißt neu „nur" das Beleben der Verträge, die Bonn einst – ausgehend vom Moskauer Vertrag im Jahre 1970 – mit Staaten des Warschauer Paktes geschlossen hat?

Fragen, auf die die Diskussionspartner in Wewelsfleth, einem Ort hinter dem Deich nahe Brunsbüttel, je nach Beruf und Position eine Antwort gaben.

Fernab von den politischen Seismographen Bonns sollte hier auf Einladung des Schriftstellers Günter Grass und des SPD-Oppositionsführers im Kieler Landtag, Björn Engholm, ungezwungen diskutiert werden. Doch die Schar der Journalisten, auch aus Bonn angereist, nahm diesem Wunsch manches von seinem hehren Ziel.

In die Disziplin war vor allem Horst Teltschick genommen. Unter zustimmenden Worten des TASS-Korrespondenten in Bonn, Sergeij S. Sosnoffky, machte der außenpolitische Berater des Kanzlers für die Bundesregierung klar, daß der Moskauer Vertrag ein umfassendes Dokument sei, das „aufgebaut und entwickelt werden" müsse. Der Aufbruchstimmung der siebziger Jahre, so die Einschätzung Teltschicks, sei der Blick für das Machbare gewichen.

Ohne konkreter zu werden ließ er *durchblicken, daß die Bundesregie*rung im Vorfeld des Treffens von Reagan mit Gorbatschow in Genf zur Zeit ihre Interessen formuliert, über die der Kanzler bei seinem bevorstehenden Besuch in Washington mit dem US-Präsidenten sprechen werde. Auch bemühe sich Kohl innerhalb der westlichen Allianz um eine Reaktivierung des Verhältnisses zu Warschau, doch stoße er hier auf „starke Widerstände". Im übrigen sei er es leid, die Grenzfrage zu diskutieren. Sie bringe den politischen Dialog nicht weiter.

In dieser Frage war vor allem Egon Bahr dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des SEJM, Ryszard Wojna, in die Parade gefahren. Dem Polen, der revisionistische Tendenzen in der Bundesrepublik auch bei führenden Politikern zu erkennen glaubt und die Wiedervereinigung Deutschlands als „mystisch" charakterisierte, begegnete Bahr scharf: „Der Warschauer Vertrag sagt Klares über die Westgrenze Polens aus. Niemand, der in der Bundesrepublik politisches Gewicht hat, will davon weg. Das sagt auch der Bundeskanzler." Im übrigen könne er den Begriff von der mystischen Idee der Einheit angesichts der politischen Tatsache in Europa nicht akzeptieren. „Die Grenze, die die beiden deutschen Staaten teilt und die ohne uns zustandgekommen ist, gefällt uns nicht", so der Sozialdemokrat.

Bahr erinnerte auch an die Verpflichtungen der Bundesrepublik zum Gewaltverzicht, der seit der Staatswerdung im Jahre 1949 der Wiedervereinigung immer übergeordnet worden sei. Um den Ost/West-Dialog wieder zu fördern, komme es für die beiden deutschen Staaten jetzt darauf an, ihre Interessen gegenüber Washington und Moskau zu vertreten.

Angesichts der politischen Turbulenzen, die nach Meinung von Günter Grass ein geeintes Deutschland in der Vergangenheit in Europa ausgelöst hat, befürwortete der Schriftsteller, frei von politischen Erwägungen, ein Deutschland im Sinne Herders und der Romantiker. Deutschland sei auch als kulturelle Einheit zu verstehen. Die Versuche der „DDR", eine nationale Literatur auf Befehl einzurichten, seien gescheitert.

Mit den Worten, die Mitte Europas sei Prag, sprach sich Grass für einen stärkeren Zusammenschluß Europas als kulturelle Einheit aus. Hart attackierte er den Vertreter Moskaus (dem er vorwarf, die hierzu notwendige freie Meinungsäußerung zu unterbinden. Die Entgegnung, Schriftsteller säßen nicht wegen ihrer Meinung im Gefängnis, sondern etwa wegen „Devisenvergehen", wies Grass als Schachzug zurück. Und die Sozialdemokraten forderte er auf, ihre Positionen im Wettstreit mit den Ideologien zu vertreten.

Mit kühlem Kopf der Wahrheit auf der Spur

Von HERBERT KREMP

Pianist oder Grande inkognito – diese Frage stellte sich der Semester-Volontär in der „Frankfurter Neuen Presse" im September 1953, als ein Herr im beigen Kaschmir-Mantel, der Gürtel war lässig geschlungen, am Abend in die Redaktionstür trat und kühl und grußlos fragte: „Sagen Sie, ist Ihr Chefredakteur noch im Hause?" Ich sagte vorsichtshalber „nein", denn ich hatte auf den ersten Blick den Eindruck, da wollte sich jemand über seine Konzertkritik beschweren.

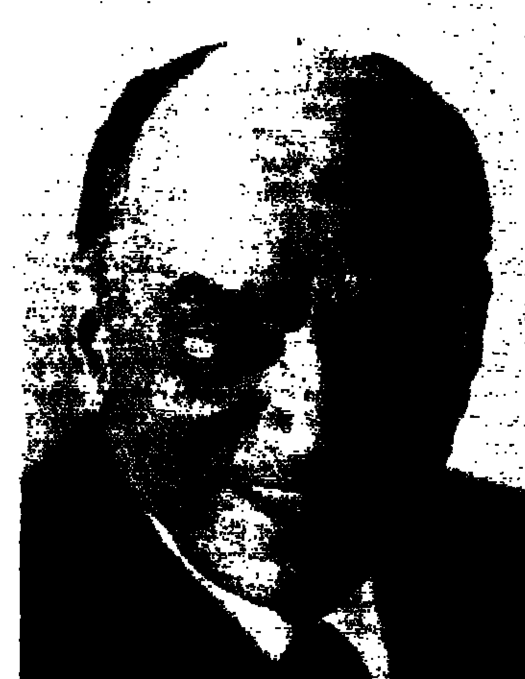
Der Besucher war, wie ich später erfuhr, Heinz Barth, der einmal pro Jahr von der kastilischen Hochebene herabstieg, um seine Blätter zu inspizieren. Der damalige Chefredakteur Marcel Schulte klärte den Volontär auf: „Wenn Sie *mal* Auslandskorrespondent werden wollen, lesen Sie die Berichte von Heinz Barth aufmerksam durch." Das sage ich heute auch, mit etwas Sentiment in der Stimme. Denn Heinz Barth hat sich just zum 75sten Geburtstag, den er heute begeht, von der WELT verabschiedet. Er war über Jahre Berater der Chefredaktion.

Verabschiedet? Na, wer weiß, für wie lange. Von seinem Sitz bei Marbella blickt Heinz Barth an klaren Tagen auf den Felsen von Gibraltar – da fällt ihm sicher einiges ein, aber ein Fels ist keine Tageszeitung. Heinz Barth aber ist ein leidenschaftlicher Journalist, ein Analytiker von kühlen Graden, und ein Schreiber mit der „Pranke" des großen Pianisten. Die Partituren las er bei Nixon in Washington, bei de Gaulle in Paris und bei Franco in Madrid.

Der Beobachter Heinz Barth besitzt einen gefährlich scharfen Blick. Was er sieht, setzt sich in Formulierung um, die das Wesentliche enthüllt. Das gefällt, auch wenn die Ansicht sich ästhetisch darbietet, Politikern nicht immer. Im luftigen Bau der frühen deutschen Ost-Politik, unter den Leicht- und Gerngläubigen von 1969 bis 1974, richtete Heinz Barth, damals in Georgetown, Washington D. C. residierend, große Verwirrung an.

Der Stil, den der fränkische Heinz Barth in romanischen Korrespondentenjahren formte, kam in den Hauptstädten Paris und Washington und zuletzt in Bonn zur vollen Entfaltung. Der klassisch gebildete Journalist entwickelt seine Themen nach der Weise einer Symphonie. Er ist daher der Schreck aller Nachrichtenredakteure – für die Leser indessen der täglich gesuchte *Autor im Blatt.*

Die Landschaftsbilder, die der Liebhaber alter Niederländer nachzeichnet, seine Porträts und Kommentare und die kleinen, zugefeilten Glossen sprechen alte Erfahrung aus. *Zeitlos ist die Form,* unerschütterlich die konservative Überzeugung.



Heinz Barth wird 75 Jahre alt. FOTO: SVEN SIMON

„Die Pille ist nicht der Weg einer verantwortlichen Familienplanung“

WELT-Interview mit Bundesministerin Rita Süssmuth / Ein „Kinder-entwöhntes Land“

DW. Bonn

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) hat in einem WELT-Interview ihren Standpunkt in der Diskussion um den Abtreibungsparagraphen 218 präzisiert. Die Unionspolitikerin äußerte sich auch in differenzierter Weise zu der „Pille danach“. Die Fragen stellte Günther Bading.

WELT: In den vergangenen Tagen gab es widersprüchliche Meldungen über Ihre Haltung zum Paragraphen 218. Wie beschreiben Sie Ihre Position dazu?

Süssmuth: Der Paragraph 218 gehört zu den schwierigsten Problemen, die der Politik aufgetragen sind. Heute wissen wir, daß ungeborenes Leben menschliches Leben von Anfang an ist. Jedenfalls ist alles, was nach der Nidation an Eingriffen erfolgt, Tötung menschlichen Lebens. Dieses Wissen schafft uns zugleich Probleme; man kann nicht mehr ausweichen und etwa sagen: Das Leben beginnt erst später. Gerade das Gesetzgebungsverfahren zu 218 hat gezeigt, wie sehr gerungen worden ist um eine Lösung, die in voller Achtung des Schutzes menschlichen Lebens zugleich festlegt, unter welchen Bedingungen Straffreiheit gegeben ist. Das Gesetz sagt ganz deutlich, daß alles zu tun ist, was dem Schutz menschlichen Lebens dient, und daß der Staat verpflichtet ist, menschliches Leben zu schützen.

In der Diskussion um den Paragraphen 218, wie sie gegenwärtig ansteht, gibt es zwei Hauptproblemfelder: Das eine ist die Frage des Mißbrauchs, das andere, oftmals nicht genau faßbar, eine Neuregelung des Paragraphen 218. In Erfüllung des gesetzlichen Auftrages muß darauf geachtet werden, daß Beratung als Beratung für das Leben erfolgt. Zum anderen müssen Bedingungen so verändert werden, daß Frauen nicht aus wirtschaftlicher Not abtreiben. Damit sind nicht die psychischen Nöte der Frauen gelöst. Bereits jetzt werden Hilfen der Stiftung Mutter und Kind zum Schutz des ungeborenen Lebens gegeben. Dazu kommt ab 1. Januar 1986 das Erziehungsgeld, das auf Sozialleistungen wie Sozialhilfe nicht angerechnet wird. Damit soll den Müttern in wirtschaftlicher Not eine Existengrundlage gewährleistet werden, die es ermöglicht oder leichter macht, Ja zum Kind zu sagen.

WELT: Protest gibt es gegen die „Abtreibung auf Krankenschein“...

Süssmuth: In der zweiten Frage der Neuregelung des Paragraphen 218, in der Frage Krankenkassenfinanzierung wird ja eine Normenkontrollklage gefordert von denen, die sagen, ich kann es aus Gewissensgründen *nicht* verantworten, daß mit meinen Beiträgen Abtreibungen finanziert werden. Ich weiß nicht, ob wir solche Gewissenskonflikte vermeiden, wenn statt einer Finanzierung aus Krankenkassenbeiträgen die Kosten des Schwangerschaftsabbruchs in Fällen der Notlagenindikation durch die Sozialhilfe bezahlt werden, die ja aus den von den Bürgern bezahlten Steuern finanziert wird. In erster Linie muß es darum gehen, im Sinne des Gesetzes zu handeln und das heißt, Mißbräuche abzustellen. Und wir müssen Bedingungen schaffen – wie wir es ja tun – die verhindern, daß schwangere Frauen aus wirtschaftlichen Gründen in eine soziale Notlage geraten. Und außerdem wäre darauf hinzuweisen, daß dies das ist, was angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag möglich ist.

WELT: Sie haben ethische Bedenken gegen die sogenannte „Pille danach“ angemeldet. Andererseits wurden Sie zitiert, Sie hätten die Pille „auf Krankenschein“ befürwortet...

Süssmuth: Also, ich möchte noch einmal sagen, in welchem Zusammenhang überhaupt die Frage nach der Pille auf Krankenschein aufgetaucht ist. Es *ging* um die für mich besonders problematische Gruppe von Frauen, die an die Stelle der Verhütung den Weg der Abtreibung setzen, oft nicht einmal, sondern mehrfach. Und in diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt, was halten Sie denn von der Pille auf Krankenschein? Und ich denke, in diesen Fällen ist wirklich zu fragen, was im Sinne einer Verhütung getan werden kann, um diese Frauen nicht den Weg in die Abtreibung, und das ist immer Tötung ungeborenen Lebens, gehen zu lassen. Damit ist nicht gesagt – auch diese Vorstellungen haben offenbar in der Öffentlichkeit Platz gegriffen – die Pille *sei* nun das Allheilmittel oder gar der Weg einer verant-



Süssmuth: Günstiger Boden für die Werte-Diskussion FOTO: KNIPPERTZ

wortlichen Familienplanung. Das umfaßt mehr als die Frage der Verhütung. Familienplanung muß zwischen Mann und Frau vereinbart und in wechselseitiger Rücksichtnahme erfolgen.

WELT: Das führt zur Frage nach der „Pille danach“...

Süssmuth: *Die Pille danach wirft* Probleme auf, die auf mehreren Ebenen liegen. Da ist zum einen die Frage der medizinischen Wirkung. Sie darf nur im Notfall verabreicht werden. Das andere ist das ethische Problem. Dazu habe ich auf dem Apothekertag gesagt, es sei für einen Teil der Apotheker ein beträchtliches Problem, ob sie verpflichtet sind, ein offiziell zugelassenes Arzneimittel, daß vom Arzt verschrieben ist, auch zu verabreichen. Darf sich der Apotheker der ärztlichen Rezeptverordnung aus Gewissensgründen entziehen? Wie sieht es im Falle der Vergewaltigung von Frauen aus, wie bei Frauen, die aus medizinischen Gründen kein Kind bekommen dürfen? Ich halte es für dringlich, daß wir diese Frage intensiv diskutieren. Und ich habe dazu die Apotheker zu einem Gespräch ins Ministerium eingeladen.

WELT: Nach neuesten Umfragen sind 42 Prozent unserer Bürger be*unruhigt aufgrund* des Bevölkerungsrückganges in der Bundesrepublik Deutschland, 58 Prozent sind nicht beunruhigt. Zu welcher Gruppe zählen Sie sich?

Süssmuth: Was den Rückgang der Geburtenzahlen anbetrifft, gehöre ich durchaus zu den Beunruhigten. Aus meinen Forschungen weiß ich, daß der Wunsch nach Kindern bei dem Großteil der jungen Männer und Frauen vorhanden ist, daß aber die Umsetzung dieses Wunsches nicht erfolgt. Wenn all die gewünschten Kinder geboren würden, dann gäbe es diesen Geburtenrückgang um fast 50 Prozent nicht. Hier ist die Politik gefordert. Wir müssen die Rahmenbedingungen verändern. Für mich ist das Beunruhigende nicht nur die Alterspyramide, sondern die Tatsache, daß immer weniger Menschen mit Kindern zusammenleben. Und daß damit ein Verlust an grundlegenden menschlichen Erfahrungen verbunden ist. Wenn ich von veränderten Rahmenbedingungen gesprochen habe, so gilt das zum einen für die ideelle Ebene, für die Frage der Einstellung zu Kindern. Ich behaupte nicht, daß unser Land ein kinderfeindliches Land ist, aber es wird mehr und mehr zu einem Kinder-entwöhnten Land. *Das Wichtigste ist, ein Miteinander* von Familie und anderen Lebensbereichen zu ermöglichen. Im Klartext: Wenn es uns nicht gelingt, daß Menschen Kinder haben können, ohne daß das mit gravierenden Benachteiligungen verbunden ist gegenüber denjenigen, die keine Kinder haben, werden wir aus diesem Dilemma nicht herauskommen.

Ich nenne noch einen weiteren Punkt, der nicht zu unterschätzen ist: junge Frauen, die Kinder haben, wollen auch mit ihren Kindern zusammen leben. Sie möchten ihre Kinder überwiegend selbst betreuen. Und diese jungen Frauen erwarten, daß es in unserer *Gesellschaft möglich ist,* für eine Zeit bei ihrem Kind zu bleiben und danach wieder in den Beruf zurückzukehren. Ein anderer Teil der Frauen möchte Familie und Beruf gleichzeitig miteinander verbinden. Dies wünschen sich die Frauen; die Realität sieht anders aus.

Ein Durchbruch ist hier das für 1986 beschlossene Erziehungsgeld, das eine Freistellung ermöglicht und eine Rückkehr in den Beruf. Aber ich denke, die Dauer von einem Jahr ist nur ein erster Schritt. Ganz wichtig für Kinder sind zufriedene, halbwegs zufriedene Eltern. Wir haben schon Zwänge genug.

WELT: Sie sprechen von einem ersten Schritt...

Süssmuth: Aus meiner Sicht ist eine ganz wichtige und weiterzuführende Aufgabe die Auseinandersetzung mit Werten und Normen in dieser Gesellschaft; woraufhin diese Gesellschaft eigentlich lebt und wie diese Gesellschaft organisiert und gestaltet sein muß, damit der Lebensbereich Familie darin nicht von allem anderen aufgerieben wird. Wir haben mit der Wertdiskussion begonnen und ich denke, daß dafür ein günstiger Boden gegeben ist.

Wir brauchen in der Familienpolitik eine Weiterführung des Familienlastenausgleichs in der nächsten Legislaturperiode, eine Verlängerung des Erziehungsgeldes. Wir müssen uns der Pflegefragen in der Familie annehmen, angesichts des steigenden Anteils älterer Menschen. Darüber hinaus ist es entscheidend wichtig, bei unseren *nachfolgenden Gesetzen* das partnerschaftliche Prinzip in der Familie umzusetzen, um Männer und Frauen am Familienleben zu beteiligen. Das sind wir auch den Männern schuldig, denen heute sehr viel von Familie entgeht aufgrund unserer Arbeitsorganisation.

WELT: Also keinesfalls die Rückkehr zu dem alten Rollenverständnis, der Mann geht arbeiten und die Frau pflegt das Heim?

Süssmuth: *Nein,* ich denke, das ist nicht mein Rollenverständnis. Ich glaube auch nicht, daß dies den Männern gut tun würde. Ich glaube, daß die Männer mehr und mehr merken, was ihnen fehlt, wenn sie ausschließlich in die Welt der Arbeit abgedrängt werden.

SPD würdigt Verdienst von Schumacher

UWE BAHNSEN, Hannover

Prominente Sozialdemokraten aus Bund und Ländern haben gestern in Hannover des 90. Geburtstags Kurt *Schumachers gedacht.* Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger, damals die engste Mitarbeiterin des Parteivorsitzenden, und der SPD-Bezirksvorsitzende in Hannover, Gerhard Schröder, würdigten am Vormittag in einer Feierstunde im SPD-Parteihaus in der Odeonstraße Leben und Werk des früheren SPD-Vorsitzenden, der nach dem Zweiten Weltkrieg von Hannover aus die sozialdemokratische Partei wieder aufbaute.

Das Parteihaus beherbergte von Ende 1945 bis Mitte 1951 das damalige „Büro“, das dem heutigen SPD-Präsidium entspricht. Das Haus ist jetzt Sitz des SPD-Landesverbandes Niedersachsen, des SPD-Bezirks Hannover und anderer Untergliederungen der Partei. Am Grabe Schumachers auf dem Stadtfriedhof in Hannover-Ricklingen legten anschließend Annemarie Renger, der frühere Bundesminister Egon Franke und weitere Vorstandsmitglieder der Kurt-Schumacher-Gesellschaft einen Kranz nieder. Franke betonte, Schumacher sei nie ein Opfer von Resignation oder Mutlosigkeit geworden. Ohne Halbherzigkeiten habe er seiner Partei zu einem Kurs verholfen, der in der Konsequenz zur Volkspartei und damit der Regierungsfähigkeit *der SPD geführt habe.*

Verweigerung „ist nicht christlicher“

DW. Bonn

Der neue evangelische Militärbischof Heinz-Georg Binder hat sich deutlich von Stimmen in seiner Kirche abgegrenzt, die offen für eine Verweigerung des Wehrdienstes plädieren. Binder sagte in einem Gespräch mit dem Informationsdienst der evangelischen Allianz (idea), jeder junge Wehrpflichtige müsse selbst vor seinem Gewissen entscheiden, ob er zur Bundeswehr gehe. „Ich bin aber nicht der Meinung, daß bei der Einbindung der Bundesrepublik in die gesamtpolitische Lage in Europa die Verweigerung des Wehrdienstes das deutlichere Zeichen christlichen Verhaltens ist, wie andere das ausgedrückt haben, und ich bin schon gar nicht der Meinung, daß man davon sprechen könne, es sei eine christlichere Entscheidung, den Wehrdienst zu verweigern. Man sollte das Wort christlich überhaupt nicht steigern.“

Auf die Frage „wenn Sie selbst heute 18 wären: Würden Sie zur Bundeswehr gehen?“ erwiderte der Militärbischof: „Ich vermute ja, denn ich bin kein Pazifist. Aber man kann sich als beinahe 56jähriger nicht in die Lage eines 18jährigen hineinversetzen. Wenn Sie mich als 18jährigen 1948 gefragt hätten, dann hätte ich wahrscheinlich gesagt: Nein, ich gehe nicht.“

Die Militärseelsorge, sagte der Bischof weiter, habe überdies nie ihren Auftrag darin gesehen, die Bundeswehr zu legimitieren. Ihr gehe es in erster Linie um die Verkündigung des Evangeliums. Dabei wolle sie sich auch darum bemühen, daß das „menschliche Klima um einige Grade wärmer wird“.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Späth: Ich gab keinen Anlaß zu Gerede über eine neue Koalition

Von LOTHAR SPÄTH

Die industrielle Führungsnation Deutschland, die bei der ersten industriellen Revolution dank frühzeitiger Anpassung und Umstellung England den Rang hatte ablaufen können, verschlief unter dem fürsorglichen Staatspatronat ihrer damaligen Regierung den zweiten industriellen Wandlungsschub um ein glattes Jahrzehnt. Die Folgen sind evident.

Mittlerweile befinden wir uns auf dem Weg in die „Informationsgesellschaft“, und wir liegen, bedenkt man den späten Start, nicht schlecht im Rennen. Allerdings sind uns die Hauptwettbewerber USA und Japan strukturell immer noch voraus, was sich sowohl bei der informationstechnischen Produktion und Infrastruktur als auch anhand der sektoralen Verschiebung nachweisen läßt: Die deutsche Computerindustrie besitzt außerhalb der Bundesrepublik nur einen Marktanteil von etwa einem Prozent. 95 Prozent aller Wissenschafts- und Wirtschaftsdatenbanken in der Welt befinden sich auf amerikanischem Boden. Der Informationsbereich erfaßt bei uns rund ein Drittel der Berufstätigen, in den USA bereits mehr als die Hälfte.

In dieser Situation nützt es nichts, sich an globalen Wachstumsprognosen für neue Technologie zu berauschen, sondern wir müssen sehr sorgfältig überlegen, wo unsere spezifischen Entwicklungschancen liegen und wie wir sie fördern können.

Die informationstechnische Massenproduktion – in der Bauelementefertigung wie in der Konsumelektronik – hat sich, dem Gesetz der niedrigsten Produktionskosten folgend, weitgehend außerhalb Europas angesiedelt. Es dürfte kaum aussichtsreich sein, sie zurückholen zu wollen. Dagegen wächst, je breiter die Mikroelektronik diffundiert, die Chance, sich international als „Fachgeschäft“ für elektronisch-mechanische Anwendungsprodukte und -systeme zu profilieren. Noch mehr gilt das für die Integration fortgeschrittener Technologien, deren weltweites Entwicklungsstadium unserem eigenen Standard noch nicht so weit enteilt ist wie die Super- und Megachiptechnologie: Laser-, Bio- und nichtmetallische Werkstofftechnik sind hier in erster Linie zu nennen.

All diese aussichtsreichen Produktionslinien sind extrem forschungsintensiv, und sie optimieren sich in immer schnelleren Zyklen. Ökonomischen Gewinn, der sich auch in Arbeitsplätzen niederschlägt, verheißen sie nur, wenn Wirtschaft und Staat über genügend Forschungskapazitäten verfügen und der Transfer technologrelevanter Innovationen schnell und zuverlässig bis in die regionalen und sektoralen Verästelungen des gewerblichen Mittelstands erfolgt. Aus dieser schlichten Erkenntnis leitet sich ab, was manche als ordnungspolitische Ketzerei betrachten, obwohl es keine ist: konzentrierte staatliche Forschungsförderung, flächendeckende technologische Transfer- und Beratungsstellen, Technologiefabriken in Universitätsnähe, gezielte Unterstützungen für Unternehmensgründer.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den Aufbau einer neuen praxisorientierten Wissensinfrastruktur. Der *„Rohstoff Wissen“* muß rascher und besser als es in den herkömmlichen, weitgehend voneinander isolierten Bildungs- und Wirtschaftsstrukturen möglich wäre, dorthin gelangen, wo er gebraucht und verwertet wird. Ob man es von der Infrastrukturen- oder der Rohstoffseite her betrachtet: Immer ist es in einer marktwirtschaftlichen Ordnung für legitim und notwendig erachtet worden, daß sich der Staat um diese grundlegenden Voraussetzungen einer prosperierenden Volkswirtschaft bekümmert. Neu ist allein die informations- und kommunikationstechnische Erscheinungsform, *nicht das ordnungspolitische Prinzip.*

Cui bono – wem soll es letztlich nützen? Den Menschen, natürlich. Sie sind, um es zu wiederholen, in die Industriegesellschaft alter Prägung hineingeboren, an ihre Strukturen, ihre Freiheiten und Zwänge gewöhnt. Wenn wir sie dafür gewinnen wollen, sich dem Wandel zu öffnen und ihn positiv-gestaltend mitzuvollziehen (und wir können und dürfen hier nichts oktroyieren), müssen wir die gesellschaftlichen und individuellen Chancen beschreiben, die der Lohn der Mühe sein können.

Beispiel Umwelt: Es gibt etwas Besseres als den repressiven, schadensmindernden Umweltschutz, nämlich den präventiven, der produktionsbedingte Emissionen gar nicht erst entstehen läßt. Er läßt sich, solange die „Schornsteinindustrien“ das wirtschaftliche Rückgrat bilden, nicht verwirklichen. Aber es zeichnet sich ab, daß die neuen Technologien, mit ihrem Charakteristikum maximierender Wertschöpfung bei minimierendem Ressourcenverbrauch, uns dem Ziel einer ökologieverträglichen Ökonomie ein gutes Stück näherbringen könnten. Sollen wir darauf verzichten?

Beispiel Arbeitsplätze: Der Prozeß der Entkoppelung von Mensch und Maschine ist in vollem Gange. Darin liegt ein großes Potential für eine räumlich und zeitlich flexibilisierte Arbeitsgestaltung. Sie wiederum könnte der individuellen und familiären Abstimmung von Arbeitszeit und Freizeit völlig neue Impulse geben. Sollen wir darauf verzichten, weil wir es nicht wagen wollen, die industriegesellschaftlich überkommenen Normen des kollektiven Arbeitsrechts anzutasten, obgleich sich ihr ursprünglicher Schutzzweck immer mehr in eine individuelle Be- und Verhinderungskasuistik verkehrt?

Beispiel Dienstleistungsstruktur: Maschinell erzeugte Produktivitätszuwächse schaffen, über Steuer- und Einkommentransfers, zusätzliche staatliche und private „Dienstleistungskaufkraft“. Im kulturellen wie im sozialen Bereich können dadurch neue, tertiäre *Arbeitsplätze* entstehen.

Ich habe die positive Option, die ein geglückter Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft eröffnen könnte, als „Versöhnungsgesellschaft“ bezeichnet. Damit soll keine platte Harmonie-Idylle vorgegaukelt *werden. Aber die erkennbaren* Tendenzen des gesellschaftlichen Wertewandels, der individuellen Bedürfnisse und der technologisch möglichen Konfliktminderung weisen in dieselbe Richtung. Werden sie richtig aufgenommen, so wird auch unsere Gesellschaft davon profitieren. Sie wird humaner und sozialer sein können, weil sie nicht länger versucht, mit Strukturen von gestern die Aufgaben von morgen lösen zu wollen.

In meinem Buch „Wende in die Zukunft“ habe ich versucht, die hier nur skizzierten Gedankengänge vertieft und zusammenhängend darzulegen. Daraus Koalitionsspekulationen abzuleiten, wie es von einigen außerhalb der CDU versucht worden ist, heißt, die Kraft der Christlich Demokratischen Union zur eigenständigen Entwicklung, Fortführung und Durchsetzung programmatischer Perspektiven entschieden zu unterschätzen.

Wedemeier konnte sich durchsetzen

Die Personalausgaben sollen drastisch gekürzt werden / Parteitag der Bremer SPD

W. WESSENDORF, Bremen

Spannung lag über *dem* Landesparteitag der Bremer SPD am Wochenende in der Hansestadt: würde sich der kürzlich gewählte Präsident des Senats, Bürgermeister Klaus Wedemeier, mit seinen „Leitlinien zukünftiger Regierungspolitik“, die von Konsolidierungspolitik geprägt sind, durchsetzen?

Er schaffte sogar noch mehr. Mit Hilfe eines noch schärfer formulierten Leitantrages des Landesvorstandes, der eine satte Mehrheit bei der Abstimmung fand, hat der Nachfolger von Hans Koschnick den Rücken für seine Arbeit vorerst frei. Wedemeier beschwor denn auch die Genossen: „Wir müssen gemeinsam bereit sein, unter der Begleitmusik von enttäuschten und unter dem gleichzeitigen starken Druck von Verbänden, Interessengruppen, agitatorisch wirkenden Lobbyisten und der lauten Schelte der Besserwisser zielstrebig, unbeirrt und mutig an der Zurückgewinnung des verlorengegangenen finanzpolitisches Handlungsspielraums, der letztlich auch die Existenz unseres Landes berührt, zu arbeiten.“ Wedemeier betonte noch einmal, die Finanzkrise des Landes Bremen sei nicht hausgemacht, sondern durch eine ungerechte Verteilung der Steuern entstanden.

Es kam nur wenig Widerstand aus den Reihen der 174 Delegierten. Dabei schreibt das verabschiedete Antragspapier für Bremer Sozialdemokraten *brisante Positionen fest,* ein zentraler Satz lautet: „Der Landesparteitag fordert ein Entwicklungskonzept für den öffentlichen Dienst auf eine Größenordnung hin, die sich an der Erfüllung der Kernaufgaben des Landes und der Stadtgemeinden, der Deckung der wichtigen Bevölkerungsbedürfnisse und an wenigen anderen existentiellen Aufgaben orientiert.“ Damit kann künftig der öffentliche Dienst kräftig abgespeckt werden – bislang ein Tabu.

Die Freie Hansestadt Bremen wendet tatsächlich rund 40 Prozent ihres Budgets für Personalausgaben auf, der ausgewiesene Schuldenstand des Zweistädtestaates beläuft sich unterdessen auf 7,1 Milliarden DM bei einem Haushaltsvolumen von nur 4,4 Milliarden. Für 1985 beträgt die Kreditaufnahme aber schon über 1 Milliarde. „Das signalisiert eine Krise des Staatswesens“, heißt es warnend im Leitantrag.

Der neue Senator für Finanzen Claus Grobecker donnerte es ohne Umschweife vom Rednerpult in den Saal: „Es lassen sich keine *Leistungen mehr streichen,* die nicht *mit* Personal zu tun haben, wir müssen deshalb die Strukturen verändern.“

Grobecker richtete wie der Präsident des Senats seine Kritik aber auch an die Adresse der Bundesregierung, trotz erhöhter Steuereinnahmen würden weniger Gelder in der Bremer *Staatskasse* bleiben, *das* liege an den Ungerechtigkeiten im Finanzverteilungssystem unter den Ländern und im Verhältnis zum Bund. Und Wedemeier machte die Rechnung auf: „Wir verlieren allein durch die Pendler, die ihre Steuern an Niedersachsen zahlen, über 400 Millionen DM. Wir gelten als nehmendes Land, obwohl sehr viel mehr an Finanzmitteln aus Bremen abgezogen werden, als wir wiederbekommen.“

Wie kann der Staat dem Terror auf der Straße begegnen?

Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) und Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) haben auf Einladung der WELT in einer Schaltkonferenz ein telefonisches Streitgespräch über mögliche Folgen der jüngsten Frankfurter Krawalle geführt. Wallmann sprach sich dabei für eine Verschärfung des bestehenden Demonstrationsstrafrechts aus und setzte sich für ein Vermummungsverbot ein. Demgegenüber vertrat Dohnanyi die Auffassung, das heutige Recht reiche aus. Voraussetzung seien Präsenz der Polizei und ein zügiges Durchgreifen der Justiz. Moderator des Streitgesprächs zwischen Hamburg und Frankfurt war Manfred Schell.



Immer wieder versuchen Chaoten, friedlichen Demonstrationen ihren militanten Stempel aufzudrücken FOTOS: POLY-PRESS/DPA/KEYSTONE

WELT: Müssen wir uns mit Massenschlägereien, mit Verletzten, mit Plünderungen auf unseren Straßen abfinden? Was haben die Politik, die Gesellschaft, der Staat entgegenzusetzen?

Wallmann: Die Rechtsgrundlagen, die wir heute haben, sind nicht ausreichend. Es geht nicht darum, die Versammlungs-, also auch die Demonstrationsfreiheit einzuschränken. Aber es geht darum, den Mißbrauch zu verhüten. Da sind zwei Dinge, ganz schlicht und einfach: Es ist einmal der Paragraph 125 Strafgesetzbuch, der alte Landfriedensbruch-Tatbestand, der nach Kabinettsbeschluß der Regierung Kohl wiederhergestellt werden sollte, nachdem ja die Novellierung Anfang der siebziger Jahre im Zuge der sogenannten Liberalisierung her eine Veränderung vorgesehen hatte. Dieser Kabinettsbeschluß ist aber von den Koalitionsfraktionen nicht akzeptiert worden. Die Folge: Zwar wird die Vermummung, die sonst eine Übertretung ist, unter bestimmten Voraussetzungen (wenn nämlich eine Demonstration gewalttätig wird) zu einem Vergehen. Aber die Teilnahme an einer Demonstration wird nicht unter Strafandrohung gestellt, selbst wenn sie gewalttätig wird und Demonstranten nach dreimaliger Aufforderung durch die Polizei die Versammlung nicht verlassen. Dies ist eine Überforderung der Polizei, und zwar eine Überforderung, was die Beweise anlangt. Das haben wir gerade in der vergangenen Woche hier in Frankfurt erlebt. Man hat 255 Teilnehmer festgenommen, nachdem man sie eingekesselt hatte. Und dann hat man auf dem Boden säckeweise feststehende Messer, Waffen anderer Art, Ketten, Schlagringe bis hin zu Schmuckgegenständen – wir haben ja auch Plünderungen gehabt –, Gesichtsmasken und andere Vermummungsgegenstände aufsammeln können. Aber man konnte diese nicht mehr den einzelnen Teilnehmern zuordnen. Die Folge. Es hat zwar vorläufige Festnahmen von Teilnehmern der gewalttätig gewordenen Demonstration gegeben, bei der allein ein Sachschaden von etwa dreieinhalb Millionen angerichtet worden ist, bei der 22 Polizeibeamte zum Teil erheblich verletzt worden sind. Diese bloße Teilnahme war kein Straftatbestand, konnte also auch für die Polizei keine Rechtsgrundlage geben, um diese Teilnehmer einem Ermittlungsverfahren und einer möglichen Verurteilung zuzuführen.

Das zweite ist die Vermummung, heute als Ordnungswidrigkeit eingestuft. Wenn behauptet wird, die Vermummung als Vergehen einzustufen, ist unsinnig, dann muß ich fragen: Um wieviel unsinniger ist es dann, eine Vermummung als Ordnungswidrigkeit einzustufen? Soll der Beamte hingehen und abkassieren, 20 Mark?

von Dohnanyi: Herr Wallmann und ich sind einig darin, daß es darum geht, in unseren Städten Ordnung zu halten und zugleich das Recht auf Demonstration, auf die Kundgebung unterschiedlicher Meinungen, auch das Recht auf Kritik, auf demonstrative Kritik an Regierung und Kommunalverwaltung zu sichern. Wir wollen insofern keine unterschiedlichen Strukturen, davon gehe ich mal aus. Ich glaube, Herr Wallmann, das würden Sie mir wahrscheinlich auch so bestätigen.

Wallmann: Ja.

von Dohnanyi: Und ich will hinzufügen, daß es in der Bundesrepublik keinerlei Rechtfertigung für Gewalttaten gibt. Ich sehe also auch nicht, daß man etwa auf gesellschaftliche Mißstände, zum Beispiel auf Arbeitslosigkeit, zurückgreifen kann, um zu sagen, nun müssen wir gewalttätig werden. Im Unterschied zu Herrn Wallmann glaube ich allerdings, daß das heutige Recht ausreicht, und ich will deswegen zu den beiden Punkten von Herrn Wallmann etwas sagen.

Wenn man die Vermummung so angeht, wie Herr Wallmann sich das vorstellt, dann wird man nie in derLage sein, klare Grenzen zu ziehen, und wird ständig von denen, sie sich vermummen, gewissermaßen an der Nase gezogen werden. Da kommt dann jemand mit einem Helm und einer Brille und sagt, er sei ja nicht sicher, ob nicht doch Steine von anderen geworfen würden, also müsse er einen Helm tragen. Ein Motorradhelm ist heute wahrscheinlich keine Vermummung. Wenn er dann eine Brille noch dazu trägt, ist es dies vermutlich auch nicht. Das heißt, die Polizei kommt in eine aus meiner Sicht völlig unmögliche Situation, sich ständig damit zu beschäftigen, Grenzen zu ziehen, ob ein großer schwarzer Hut bei einem Mädchen schon eine Vermummung ist oder nicht. Ich halte also nichts von diesem Ansatz.

Daß es auf Demonstrationen auch Gewalt geben kann, wissen wir leider. Das kennen wir leider auch aus Hamburg. Aber wir haben hier auch die Erfahrung gesammelt, daß, wenn die Polizei sehr präsent ist, so wie zum Beispiel am letzten Samstag, die Dinge unter Kontrolle bleiben. Daß Menschen in ihren Taschen Messer oder ähnliches mitbringen können und diese, wenn sie verhaftet werden, wegwerfen, wird sich durch kein Gesetz und keine Verordnung ändern lassen. Unsere Befürchtung ist, daß wir mit dem Ansatz, den Herr Wallmann hier diskutiert hat, einer Lösung hinterherlaufen, die immer ein Phantom bleiben wird. Man wird eine Einschränkung auf die andere folgen lassen. Und es wird dann dennoch immer Auswege für Gewalttätige geben, es sei denn, daß man Demonstrationen ganz verbieten will.

Nun zu dem Hinweis von Herrn Wallmann, man sollte doch dazu auffordern, dreimal auffordern, daß sich die Nicht-Vermummten von den Vermummten trennen. Dann kann man sich eine Demonstration vorstellen, auf der tausend Leute sind, davon drei vermummt. Dann sagt man, die einen sollen sich von den anderen trennen. Erste Frage: Was soll geschehen, wenn kaum, daß die nicht vermummten Demonstranten sich irgendwo gesammelt haben, sich wieder fünf Leute ein Tuch über den Kopf ziehen? Die Polizei würde auf diese Weise zum Hanswurst böswilliger Demonstranten. Aus diesem Grunde meine ich, die Polizei muß präsent sein, die Polizei muß durchgreifen, die Staatsanwaltschaft muß zügig anklagen, die Gerichte müssen zügig verurteilen.

Gewalt darf nicht toleriert werden, auch wenn wir wohl niemals eine Gesellschaft haben werden, die ganz gewaltfrei ist. Dafür gibt es zu viele Konflikte. Ich glaube, wir haben in der Bundesrepublik, wenn man das einmal vergleicht mit anderen Gesellschaften, einen relativ gewaltfreien Zustand erreicht. Wir müssen weiter daran arbeiten, auch durch Schulung auf allen Seiten, auch in der Politik, auch auf Seiten der Polizei. Aus meiner Sicht leistet die Polizei in Hamburg eine vorzügliche Arbeit; ich bin sicher, auch in Frankfurt. Und man würde ihr mit einem ergänzten Recht, mit ergänzten Gesetzen, zum Beispiel im Bereich der Vermummung, nicht helfen, sondern sie in eine fast unlösbare Situation bringen.

Wallmann: Die Polizei hat in erster Linie die Aufgabe, die Rechtsgüter, die grundgesetzlich und grundrechtlich dem Bürger eingeräumt sind, auch zu schützen und zu garantieren. Aufgrund der Erfahrungen, die ich in Frankfurt gemacht habe, auch aufgrund der Eindrücke in den letzten Tagen sage ich: Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger verstehen uns nicht mehr. Sie sind der Auffassung . . .



> Leute, die Gewalt unterstützen, gehören nicht in die Nähe von Regierungen, gehören nicht in die Nähe von Parlamenten.
>
> Klaus von Dohnanyi

von Dohnanyi: Ich stimme Ihnen da zu. Und das ist auch eine schwierige Lage für uns. Aber wir müssen dann versuchen zu prüfen, ob unsere Aufgabe darin besteht, die Mitbürger zu überzeugen, daß wir das Richtige tun oder ob wir etwas tun sollen, was nicht richtig ist und womit wir noch mehr Mißverständnisse produzieren, weil es auch wiederum nicht dazu führt, was die Mitbürger wirklich wollen, nämlich die gewaltfreie Gesellschaft, die solche Explosionen wie in Frankfurt neulich nicht mehr kennt.

Wallmann: Herr Kollege von Dohnanyi, natürlich haben wir auch öffentliches Bewußtsein zu bilden, indem wir darlegen, indem wir argumentieren. Es geht ja, ich sage noch einmal, nicht darum, hier einfach blindlings Demonstrationen zu verbieten. Das dürfen wir ja auch gar nicht. Wir sind nach dem Versammlungsgesetz ja verpflichtet, sehr sorgfältig abzuwägen und nur, wenn es konkrete Tatverdachtshinweise gibt, die eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, dürfen wir verbieten. Unser Dilemma wird an folgendem Beispiel deutlich: Wenn ein Anmelder oder eine Organisation – ich greife eine Zahl – zehnmal angemeldet hat und es ist zehnmal zu Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen gekommen, dann dürfen wir unter Hinweis auf diese Tatsache beim elften Mal nicht einfach verbieten. Dann wird unsere Anordnung durch Gericht aufgehoben.

Ich glaube, wenn wir, die demokratischen Parteien, nicht imstande sind, dort, wo diese schwere Ausschreitungen stattgefunden haben, angemessen zu reagieren, dann werden diejenigen, die keine Demokraten sind, eine Chance bekommen. Die Bürger haben schlicht und einfach Angst. Jenseits aller subtilen Rechtsüberlegungen müssen wir ernst nehmen, was hier an politischer Entwicklung auf uns zukommen kann.

Das zweite, Herr von Dohnanyi, Sie machen doch die gleiche Erfahrung wie wir in Frankfurt oder andere in anderen Städten. In aller Regel kommt es während der Demonstration, während einer Versammlung nicht zu Ausschreitungen. Der Anmelder erklärt, die Veranstaltung ist eröffnet. Es treten alle möglichen Leute auf. Es werden alle möglichen Aussagen gemacht. Dann erklärt der Veranstalter, jetzt ist die Kundgebung oder die Demonstration geschlossen. Damit ist er nicht mehr verantwortlich und damit tritt dann die Situation ein, auf die ein Teil der Teilnehmer gewartet hat, entweder weil sie aus politischen Gründen ein bestimmtes Umfeld schaffen wollen oder weil sie einfach Chaoten sind, schlicht und einfach Rechtsbrecher, die in einer solchen Situation und aus einem solchen Umfeld heraus die Straftaten begehen. Und deswegen bin ich der Auffassung, benötigen wir diese gesetzlichen Regelungen, von denen ich gesprochen habe.

von Dohnanyi: Ich habe das verstanden, Herr Wallmann, und kann Ihrer Argumentation folgen. Ich glaube nur nicht, daß sie uns in die richtige Richtung führt. Ich glaube, daß Sie recht haben, daß die Bürger es oft nicht mehr verstehen. Wir haben in Hamburg dieselbe Situation. Die Bürger, besonders die älteren Bürger, die sich in früheren Jahren und Jahrzehnten an eine relativ reibungslose Ordnung gewöhnt hatten, können das nicht verstehen und meinen, es müsse doch polizeiliche Möglichkeiten geben, um dem entgegenzutreten. Und da sage ich, diese gibt es durch eine gewisse Präsenz der Polizei, durch den sehr mutigen Einsatz der Polizei. Übrigens, manchmal versteht uns auch die Polizei nicht mehr, das will ich auch ganz offen zugeben. Also es gibt diese Möglichkeiten, das einzuschränken. Aber es gibt nicht die Möglichkeit, so scheint mir, durch ein verändertes Recht dem erfolgreicher entgegenzuwirken, als wir dies heute schon tun. Und ich glaube insbesondere, daß Ihr Vorschlag im Bereich des Vermummungsverbotes nicht weiterhilft. Was da alles für Spielchen gemacht werden, gerade von diesen Ordnungsstörern und Gewalttätern, Herr Wallmann. Das wissen wir doch alle, die nehmen die Vermummung alle ab und sagen, wo ist hier jemand vermummt?

Wallmann: Das ist nicht der Punkt.

von Dohnanyi: Dann guckt die Polizei sich um, da sind 500 Leute, davon ist keiner mehr vermummt, und ein paar Minuten später haben sich einige wieder vermummt. Es ist wirklich, glaube ich, so nicht lösbar.

Wallmann: Verzeihen Sie, Herr von Dohnanyi, Sie sehen die Rechtssituation in diesem Augenblick nicht präzise. Nicht die Vermummung allein, sondern die Teilnahme an einer Demonstration, die gewalttätig wird, bei der es zu Ausschreitungen kommt, ist für sich genommen strafbar. In diesem Augenblick kommt es gar nicht mehr darauf an, ob jemand feststehende Messer, ob er sonstige Waffen oder Wurfgeschosse bei sich trägt, ober er vermummt ist oder nicht, sondern die Teilnahme ist strafbar. Das heißt, der Paragraph 125 wird wieder zu dem, was er bis Anfang der siebziger Jahre gewesen ist . . .

von Dohnanyi: Wenn Sie mir das mal erklären . . .

Wallmann: Ein Gefährdungsdelikt.

von Dohnanyi: Also können Sie mir mal erklären, wie das gehen soll? Ich habe also hier 500 Demonstranten in der Stadt, die ziehen zunächst friedlich und unvermummt los. Und nach tausend Metern oder zweitausend Metern ziehen sich zehn Leute von 500 eine Kappe über. Was ist dann geschehen? Liegt es dann in der Hand von fünf Leuten oder zehn, die ganze Demonstration rechtswidrig zu machen?

Wallmann: Herr von Dohnanyi, wir wollen bitte diese beiden Straftatbestände, über die ich rede, voneinander trennen. Ich will gerne gleich noch etwas über die Vermummung sagen. Der alte Paragraph 125, so haben wir beide als Juristen das früher noch gelernt, war ein sogenanntes Gefährdungsdelikt. Und in dem Augenblick, wo es zu Gewalttätigkeiten kommt, erlärt die Polizei dreimal, wir fordern alle auf, auseinanderzugehen. Wer jetzt weiter an dieser Demonstration teilnimmt, macht sich damit strafbar. Meine Forderung: Die Vermummung muß ein Straftatbestand für sich sein. Und das ist nötig, um generalpräventiv vorgehen zu können, denn viele kommen bereits an, indem sie vermummt sind. Damit allein hat die Polizei die Möglichkeit, Festnahmen vorzunehmen und diejenigen, die teilgenommen haben, der Staatsanwaltschaft zur weiteren Ermittlung zu überstellen.

von Dohnanyi: Aber da, Herr Wallman, kommen Sie natürlich auch in eine schwierige Lage. Da haben wir, ich sage mal, eine Friedensdemonstration, die meine Partei organisiert. Ich unterstelle das mal. 5000 Leute ziehen durch Hamburg. Einer, der nicht will, daß die Sozialdemokraten eine Friedensdemonstration machen, mischt sich drunter und schmeißt eine Fensterscheibe ein. Und dann wird die ganze Demonstration aufgelöst. Oder zehn vermummen sich, setzen sich an die Spitze. Die Polizei sagt, die Demonstration ist aufzulösen, die anderen sozusagen . . .

Wallmann: Nein, in diesem Fall würde sie die zehn festnehmen.

von Dohnanyi: Ja, aber Herr Wallmann, das ist doch eben wirklich für die Polizei fast unmöglich zu machen. Die zehn mischen sich unter oder es sind hundert, die sich unter tausend mischen.

Wallmann: Ich glaube; jetzt sind die Polizeibeamten, die eine so schwierige Aufgabe zu erfüllen haben, überfordert.

von Dohnanyi: Das glaube ich oft auch, obwohl ich Ihnen nochmal sage, massive Präsenz ist nützlich. Aber die Überforderung, Herr Wallmann, darf man doch nicht in immer weitere Bereiche hineintreiben. Das Problem liegt darin, daß wir das Demonstrationsrecht haben auf der einen Seite und Leute, die es mißbrauchen auf der anderen Seite. Ich nehme mal das Asylrecht, da ist es doch dasselbe. Wir haben beim Asylrecht die Möglichkeiten für Leute, die überhaupt kein politisches Asyl suchen, uns zu mißbrauchen. Wir können natürlich sagen, wir weisen alle innerhalb von drei Tagen von unseren Grenzen ab. Aber das wollen wir natürlich nicht. Also haben wir einen bestimmten Anteil Mißbrauch, den wir nur mühsam und nie ganz abwehren können. Und so ist es auch mit dem Recht auf freie Demonstrationen. Das ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Es gibt Leute, die das charakterlich nicht tragen können und daher mißbrauchen, und denen muß man durch präsente Polizei entgegentreten. Aber wenn man das mit dem Recht so ausdifferenziert, wie Sie das wollen, dann hat man am Ende, glaube ich, eine Polizei, die mit den einzelnen Vorschriften überhaupt nicht mehr richtig umgehen kann.

Wallmann: Ich sehe das anders, aber wir müssen ja nicht einer Meinung sein.

WELT: Die unterschiedlichen Standpunkte sind nicht aufzulösen. Herr von Dohnanyi, Sie haben eben zu Recht gesagt, es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt. Deshalb die Frage an Sie beide: Ist das, was sich auf unseren Straßen vollzieht, spontan, ist das geplant? Wer sind die Antriebskräfte?

Wallmann: Ich glaube, da muß man bei den Teilnehmern gerechterweise unterscheiden. Ich bin betroffen darüber, daß es natürlich auch Menschen gibt, die sagen, na ja, der da zu Tode gekommen ist, dem ist ja ganz recht geschehen, so ungefähr. Ich kann keine klammheimliche Freude, um dieses schlimme Wort aufzunehmen, über den Tod eines Menschen empfinden, gleichgültig, wo er politisch steht, welche Absichten er gegenüber diesem Staat hat. Ich bin davon überzeugt, an einer solchen Veranstaltung nehmen Menschen teil, die wirklich ihrer Trauer Ausdruck geben wollen, aber es gibt mit Sicherheit auch Gruppen, die das Ganze mißbrauchen wollen, die auch einen Toten im Grunde genommen als einen Märtyrer hinstellen wollen, die anheizen wollen. Schließlich muß man sich auch noch darüber im klaren sein, ich stimme hier Herrn von Dohnanyi zu, eine hohe Präsenz der Polizei hat natürlich Wirkung. Nur, wann wissen Sie das, daß da etwas geschieht? Die Beamten werden nicht nur aus der Stadt Frankfurt – bei uns ist gar keine Bereitschaftspolizei stationiert –, sondern sie werden herangebracht aus anderen Teilen, nicht nur des Landes Hessen, aus Rheinland-Pfalz, aus Nordrhein-Westfalen. Wir haben an jedem Wochenende die schweren Auseinandersetzungen teilweise, an der Startbahn. Das dauert schon zwei Jahre. Dieses kann der Staat nicht hinnehmen, dann gibt er sich selbst auf. Und einen Satz noch, Herr von Dohnanyi: Sie sagen, wir müssen es den Menschen sagen, erklären, wenn sie es nicht verstehen. Jetzt sage ich ganz offen: Können wir es denn verstehen? Ich kann es nicht verstehen.

von Dohnanyi: Was können Sie nicht verstehen?

Wallmann: Ich kann es nicht verstehen, wenn Menschen eine Demonstration mißbrauchen und Gewalt verüben. Und deshalb muß ich den Bürgerinnen und Bürgern sagen, was nach meiner Meinung zu geschehen hat, um die Gewalt zumindest so gering wie möglich zu halten.

von Dohnanyi: Aber Herr Wallmann, das Wort „verstehen" scheint mir in dem Zusammenhang auch mißverständlich. Ich kann überhaupt nicht verstehen, daß Menschen Gewalt gegen Menschen oder auch gegen Sachen ausüben.

Wallmann: Meine Meinung, richtig.

von Dohnanyi: Aber ich weiß, daß ich in einer Gesellschaft lebe, in der 60 Millionen verschiedene Menschen wohnen. Da gibt es Mörder darunter, da gibt es Priester darunter und Krankenschwestern, die sich für ihren Nächsten aufopfern. Es gibt sehr verschiedene Menschen in dieser Gesellschaft. Es gibt in dieser Gesellschaft auch randalierende Gewalttäter, die sich Motive suchen, aber in Wirklichkeit gar nicht hinter den Motiven stehen. Ich sage, die Leute, die Schaufensterscheiben einwerfen wegen dieses sehr tragischen Todes des Herrn Sare in Frankfurt, das sind in der Regel ja nicht Leute, die den Tod von Menschen so betrauern, sondern das sind Leute, die Anlässe suchen für Krawall. Wer wirklich betroffen ist durch diesen Tod von Herrn Sare (und ich kann mir auch gut vorstellen, daß gerade junge Menschen dies sehr persönlich empfinden), der wird die Demonstration nicht ausnutzen, um ordentlich Rabatz zu machen und Krawall und auf diese Weise die Ordnung als Ganzes in Frage stellen, Scheiben einwerfen, Autos demolieren, Polizisten beschimpfen und so weiter. Diese Leute wird es aber leider immer geben. Und wie wird man mit ihnen am besten fertig? Und da sage ich, man wird nicht am besten mit ihnen fertig durch ein verändertes Polizeirecht oder verändertes Demonstrationsrecht, was den Polizisten in die unmögliche Lage bringt zu unterscheiden, ob eine Brille eine Vermummung ist oder nicht. Sondern man wird damit fertig durch Präsenz, natürlich auch schon im Vorfeld, indem man versucht, diese Gruppen sich nicht sozusagen verbinden zu lassen mit friedlichen Demonstranten, auch gesellschaftlich deutlich zu machen, wo man bei der Entwicklung vieler Bedürfnisse der Menschen steht. Aber ich bin nicht der Meinung, daß ein anderes Demonstrationsrecht uns helfen wird. Ich würde sogar sagen, es schadet, weil es die Polizei in eine Lage bringt, die die Polizei gar nicht mehr bewältigen kann.

Wallmann: Herr von Dohnanyi, wenn ich es überspitzt ausdrücken soll, dann würde ich so sagen: Daß wir immer wieder Menschen in unserer Gesellschaft haben, die die Gesetze nicht beachten, wissen wir. Das kann uns nicht daran hindern, alles zu unternehmen, um andere vor ihnen zu schützen. Die Tatsache, daß es schwierig ist, hier aufzuklären, wird uns doch nicht die Idee kommen lassen, diese gesetzlichen Straftatbestände abzuschaffen. Oder?

von Dohnanyi: Das ist richtig . . . , aber es sind auch realisierbare Tatbestände . . .

Wallmann: Wenn Sie die Vermögensdelikte nehmen. Sie werden zu einem hohen Prozentsatz nicht aufgeklärt. Trotzdem kommt keiner auf die Idee, diese Straftatbestände zu beseitigen.

Ein nächster Punkt: Das Recht auf freie Versammlung, also auch auf freie Demonstration, ist ein Grundrecht, das soll auch gar nicht angetastet werden. Aber es steht nicht für sich, sondern es steht in Verbindung mit anderen Grundrechten, dem Grundrecht auf Leben, dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, dem Grundrecht auf Eigentum, Freizügigkeit und dergleichen mehr. Dies ist abzuwägen, und wenn sich der Staat so verhält wie bis jetzt, wird er seiner Aufgabe, ich sage es noch einmal, Rechtsgrundlagen so zu schaffen, daß die Polizei die Bürger schützen kann, nicht gerecht.

von Dohnany: Herr Wallmann und ich sind einig in dem Ziel einer freien Ordnung, Freiheit und Ordnung miteinander zu verbinden und eine Polizei zu haben, die nicht nur richtig ausgerüstet ist, sondern auch Rechtsgrundlagen hat, mit denen sie für den Fall, daß die Ordnung wiederhergestellt werden muß, auch durchgreifen kann. Wir unterscheiden uns in der Frage der Bewertung von Instrumenten. Und ich sage, der Vergleich zum Beispiel mit den Eigentumsdelikten, führt überhaupt nicht weiter. Denn natürlich ist ein Eigentumsdelikt eindeutig bestimmbar. Wenn jemand einen Füllfederhalter klaut, dann hat er den eben hinterher in der Hand und dann weiß man, hier ist gestohlen worden. Das Problem ist doch hier, daß wenn wir Vermummungsverbote in dem Sinne machen, wie Herr Wallmann das vorgeschlagen hat, daß wir eine Situation bekommen, in der die Gruppen, um die es uns gerade geht, mit uns Theater spielen werden. Ich weiß doch, was denen alles einfällt. Ich kenne das doch hier. Wir haben doch eine Situation auch in Hamburg, in der eine solche Gruppe Mieter eines Hauses ist und uns alle möglichen Schwierigkeiten macht. Ich weiß doch, wie man dann von einer Wohnung in die andere gehen muß und nur hört: „Ich bin nicht dabei gewesen" und Skat spielt und unschuldig fragt: „Woher kommen Sie denn eigentlich? Hier ist doch alles ruhig."



> Es geht darum, den Mißbrauch zu verhüten. Die Rechtsgrundlagen, die wir heute haben, sind nicht ausreichend.
>
> Walter Wallmann

Das ist doch die Art von Theater, die dann gemacht wird. Und das wird doch bei der Vermummung genauso werden. Herr Wallmann irrt in der Bewertung der Möglichkeiten des Instrumentes. Meine Warnung geht dahin, daß ich sage, nicht nur wird die Polizei dann zum Mitspieler gemacht; die müssen dann auch einer Sache hinterherlaufen, die sie gar nicht kontrollieren können. Es wird dann auch heißen: Nun habt ihr doch ein neues Gesetz und nun geht das wieder nicht.

Nach meiner Meinung müssen wir den Menschen sagen, wir brauchen eine präsente Polizei. Die muß anständig ausgerüstet sein. Hinter der muß auch die Politik stehen. Tut sie in Frankfurt und in Hamburg. Die Politik muß die Polizei tragen und schützen. Die Polizei muß wissen, daß sie ihre Pflicht tun kann mit der vollen politischen Deckung. Aber die Polizei weiß, muß auch wissen, daß sie, wenn sie es mit Rabauken zu tun hat, nur begrenzt in der Lage ist, bei Demonstrationen das zu bewirken, was wir eigentlich wollen, nämlich eine friedliche Demonstration. Und was die Mißbräuche angeht: Ich nannte den Mißbrauch des Asylrechts, es gibt auch Mißbrauch in der Sozialhilfe. Ich kann auch nicht eine Sozialhilfeorganisation schaffen, indem ich jedem zu Hause unters Bett gucke und feststelle, was er wo vielleicht noch hat, damit er eigentlich keine Sozialhilfe mehr bekommen sollte. Ich weiß, daß es Mißbräuche gibt, aber ich weiß, daß die große Zahl der Menschen, die Sozialhilfe bekommen, sie zu Recht bekommen. Ich weiß, daß die große Zahl der Menschen, die demonstrieren wollen, friedlich demonstrieren wollen, und ich kann mich sozusagen nicht darauf einrichten, Tatbestände zu verfolgen, deren Verfolgung am Ende nicht wirklich möglich ist. Also es ist eine praktische Frage, aus der heraus ich Herrn Wallmanns Auffassung nicht teile und ich befürchte, wenn man immer mehr versucht, durch lauter Differenzierungen Eingrenzungen zu finden, daß man dann am Ende das Demonstrationsrecht gefährdet, die Rabauken aber dennoch genauso in der Stadt hat und die Scheiben genauso eingeschmissen werden. Denn, Herr Wallmann, Startbahn West war ja nicht eine Frage von Demonstrationsrecht, sondern es war eine Frage des praktischen Umgangs mit einem sehr schwierig gewordenen Problem.

Wallmann: Herr von Dohnanyi, ich fürchte, Sie befinden sich im Irrtum. Ich muß ihnen noch einmal sagen, wenn eine Demonstration gewalttätig ist, dann stehen Sie ja rechtspolitisch vor folgender Frage: Da es nicht nur das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gibt, sondern auch die vielen anderen Grundrechte der anderen Bürger, müssen Sie abwägen.

von Dohnanyi: Das bestreite ich nicht.

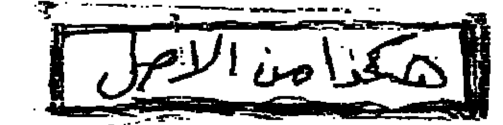
Wallmann: Und dafür muß man eine klare Entscheidung treffen, und derjenige, der an einer gewalttätigen Demonstration teilnimmt und sich aus ihr nicht entfernt, der haftet damit gleichzeitig wie der Täter. Das ist keine Erfindung von mir, das ist das, was wir beide, als wir Studenten waren, einmal in unseren Seminaren und Vorlesungen gelernt haben. Und das halte ich für nötig.

Sie haben gesagt, die Politik muß hinter der Polizei stehen. Das ist eben in Hessen leider so nicht, denn erheblich beteiligt waren an den Aktionen – bei allen verbalen Abwendungen und Distanzierungen – die Grünen. Sie sind mit diejenigen, die aufheizen. Sie haben in der letzten Stadtverordneten-Sitzung in Frankfurt gesagt, diese Republik ist ungerecht. Diese Republik gibt keine Freiheit, und deswegen wollen wir wirklich eine andere Republik. Und dazu gehören, wenn es denn sein muß, auch Regelverletzungen, Gesetzesübertretungen, und das kann nicht geduldet werden. Darauf müssen wir eine Antwort geben.

Und wenn dann mit der gleichen Gruppierung, dieser sogenannten Bewegung der Grünen, ein Tolerierungsbündnis gehalten wird, man bei der SPD sogar der Auffassung ist, man müsse zu einer Koalition kommen, dann halte ich das für schlimm und für gefährlich. Die SPD muß in einer solchen Situation einen ganz klaren Schnitt ziehen und sagen, Gespräche mit den Vertretern einer Gruppierung, die sich derart einläßt, sind unmöglich.

von Dohnanyi: Ich kann, Herr Wallmann, natürlich die Situation in Frankfurt und in Hessen jetzt nicht im einzelnen übersehen. Ich weiß, daß meine hessischen Freunde, also die Sozialdemokraten in Hessen, eindeutig Position zur Anwendung von Gewalt bezogen haben. Ich weiß auch, daß Herr Börner zwei Anläufe gemacht hat, um klare Verhältnisse in Hessen zu schaffen. Das ist durch die Stimmen der Wähler nicht gelungen. Das ist ja nicht seine Schuld. Auf jeden Fall: Sie haben die Mehrheit dabei ja auch nicht bekommen, und infolgedessen kommt es jetzt darauf an, daß man unter den gegebenen Bedingungen demokratisch eine Regierung führt; darum geht es den hessischen Sozialdemokraten. Wir können ja nicht den Wähler dafür beschimpfen, daß er seine Stimmen anders verteilt, als wir uns dies vielleicht gewünscht hätten.

Meine Antwort für Hamburg, und wo immer ich unmittelbar was zu sagen habe, lautet: Wir müssen unserer demokratischen Alternativen entsprechende Merheiten bilden können. Leute, die Gewalt unterstützen, gehören nicht in die Nähe von Regierungen, gehören auch nicht in die Parlamente, und unser Weg, dieses Problem zu lösen, besteht darin, die politische Auseinandersetzung so zu führen, daß diese Leute dann eben nicht mehr in den Parlamenten sitzen und auch nicht in die Regierungen hineinkommen können. Wir brauchen reformorientierte Demokraten, die selbstkritisch sind, auch in der Lage sind, ihre Positionen zu verändern, weil sie eingesehen haben, daß sie früher Fehler gemacht haben. Es geht uns ja allen so. Aber wir können keine Leute gebrauchen, die die Anwendung von Gewalt für eine mögliche Alternative halten, wo auch immer. Demonstrationen allerdings und das nachdrückliche Hinweisen auch der Regierung darauf, daß mancher Kompromiß, den eine Regierung glaubt machen zu müssen, vielleicht nicht notwendig ist, und daß man mit eindeutigerer Position vielleicht mehr Recht und mehr Gerechtigkeit in dieser Welt schaffen kann, solche Demonstrationen müssen möglich sein. Also für mich ist die hessische Situation kein Maßstab für meine Grundposition. Meine Position ist: Die Polizei muß in der Lage sein, das Recht durchzusetzen. Die Gerichte müssen zur Verfügung stehen. Man darf da auch vor niemandem Bammel haben. Politik muß Recht und Gesetz stützen. Aber zu Recht und Gesetz gehört auch das freie Recht auf Demonstration. Und da darf man jetzt nicht glauben, man könnte durch alle möglichen Stickereien im Strafgesetzbuch hier noch ein bißchen bei der Vermummung und da noch ein bißchen ein gesellschaftliches Problem lösen, das darin besteht, daß es Leute gibt, die Demonstrationen auch mißbrauchen wollen.



Khartum sucht wieder Anschluß an Kairo

PETER M. RANKE, Kairo

Der Verteidigungspakt zwischen Sudan und Ägypten hat Vorrang vor dem Militärabkommen mit Libyen, betonte der sudanesische Ministerpräsident Gazouli Dafallah bei seinem Besuch am Wochenende in Kairo. Er traf mit Präsident Mubarak zusammen und wird nach einem Abstecher zur UNO auch die Bundesrepublik und Großbritannien besuchen.

Die guten Beziehungen zwischen den beiden Nil-Ländern seien wieder auf dem richtigen Weg, erkärte Dafallah. Der Verteidigungspakt mit Ägypten bleibe in Kraft. Gleichzeitig spielte Dafallah das Militärabkommen mit Libyen herunter, weil das neue Regime in Khartum in einem guten Verhältnis zu Kairo jetzt doch eine bessere Absicherung sieht als in einer Hinwendung zu Khadhafi. Dessen Zusammentreffen mit Gorbatschow in Moskau und die vereinbarte weitgehende wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit haben in Khartum und auch in Kairo Besorgnis ausgelöst.

Libyen kann zwar jetzt mit Öl-Lieferungen an die Sowjets seine umfangreichen Waffenkäufe abzahlen, aber natürlich ist in Moskau auch über die militärische Zusammenarbeit mit Khadhafi gesprochen worden. Davon zeugt schon die Anwesenheit des sowjetischen Verteidigungsministers Marschall Sokolow und des libyschen Stabschefs Younis Jaber. Die Nachfolger von Numeiri in Khartum brauchen dringend Rückenstärkung, zumal der „vorläufige Militärrat" unter General Sawar el Dahab erst vor drei Wochen einem Umsturzversuch entging. Daran waren vor allem Politiker und Ex-Offiziere der südlichen Stämme Nuba und Fur beteiligt. Nach dem gescheiterten Putsch hat die südsudanesische Befreiungsarmee unter Oberst John Garang ihre Offensive wieder aufgenommen und bedroht Malakal am Nil.

Da in Khartum wie in Kairo der Verdacht besteht, daß Khadhafi die Rebellion im Südsudan trotz entgegengesetzter Zusagen ebenso wie Äthiopien weiter unterstützt, hat der sudanesische Verteidigungsminister General Osman Abdallah Mohammed Ägypten vorige Woche um neue Waffenlieferungen gebeten. Bei seinem Besuch in Kairo unterzeichnete er ein Protokoll über Ausbildung, Ersatzteil-Lieferungen und Waffenhilfe. „Ägyptische Waffen sind sudanesische Waffen", erklärte er.

Die Aktion gegen den Terror stärkt Reagan den Rücken auch für Genf

FRITZ WIRTH, San Francisco

„Marine vier – PO Null". So stand es in einer Wirtschaft in Chicago zu lesen, die in diesen Baseball-fiebrigen Tagen die Abfangaktion gegen die vier palästinensischen Terroristen auf das Resultat eines Sportereignisses trimmte. „Wir haben sie geschnappt", jauchzte die Schlagzeile der „New York Post" und Edward Koch, der Bürgermeister von New York, mit der Gabe, Politik auf den kürzest-möglichen Nenner zu bringen, reduzierte das Drama über dem Mittelmeer auf ein einziges Wort: „Entebbe II".

Eine Welle der Euphorie geht durch das Land. Vielleicht etwas zu laut, vielleicht etwas zu überschwenglich, aber dennoch zu begreiflich. Hier schaffen sich aufgestauter Zorn, Verbitterung und Frustration einer Nation Luft, die zu lange der Gewalt mit gespannten Muskeln und zugleich hilfloser Ohnmacht zuschauen mußte. Hier atmen Bürger auf, die durch brutale, mörderische Terrorakte gegen wehrlose Mitbürger nicht nur in ihrem Selbstbewußtsein getroffen waren, sondern an jenem biblischen Axiom zu zweifeln und zu verzweifeln begannen, daß jedes Unrecht in dieser Welt seine Richter und seine Strafe findet.

„Ich bin froh, ein Amerikaner zu sein"

Wer die Stimmung dieses Oktobers 1985 begreifen will, muß die Stimmung des Oktobers 1983 kennen, als 241 amerikanische Soldaten in Särgen aus dem Libanon zurückkehrten, muß um die Verzweiflung wissen, die der fehlgeschlagene Versuch Präsident Cartes hinterließ, die Geiseln im Iran im Handstreich zu befreien, und muß den stillen Zorn in Erinnerung haben, der sich bei der Beerdigung jenes Marinesoldaten aufstaute, der bei der Flugzeugentführung vor vier Monaten von moslemischen Terroristen brutal erschlagen wurde. Diese Nation hat in den letzten Jahren zu viele Soldaten verloren, die sich nicht wehren konnten, in einem Krieg ohne Schlachtfeld, und zu viele Zivilisten, die nur deshalb sterben mußten, weil sie Amerikaner waren.

Und dann kamen an diesem Samstag in Newark in einer Militärmaschinen die letzten Geiseln aus dem Nahen Osten zurück, unter ihnen die Witwe des erschossenen Leon Klinghoffer. Es war ein bedrückender Aufeinanderprall der Gefühle, von schockierter Trauer über ein Terroropfer, das nicht einmal beerdigt werden kann, bis zum stillem Trost, daß Terror zum ersten Mal nach vielen Jahren wieder einen Richter findet.

Und dann sagte eine dieser Geiseln in dieser eigenartigen Stimmung von Schmerz und Erleichterung hinein: „Ich bin froh, Amerikaner zu sein". Es war kein patriotisches Bekenntnis. Der Satz war eher beiläufig gesprochen, aber er kennzeichnet den Wandel, der sich in den letzten Tagen vollzogen hat. Es ist nicht mehr das gleiche Risiko wie einst, in der Welt des brutalen Terrors, ein Amerikaner zu sein.

Niemand hat spürbarer darunter gelitten als Ronald Reagan. Seine einzige Waffe gegenüber allen Provokationen der Gewalt war bisher das Wort gewesen. Selbst seine eigenen Parteifreunde waren nicht mehr damit zufrieden. „Mr. President", sagte der republikanische Abgeordnete Kenneth Robinson am Donnerstag im Repräsentantenhaus, als der Mord an Leon Klinghoffer bekannt geworden war, „wieder ist ein amerikanischer Bürger ermordet worden und wieder veröffentlicht ihr State Department Erklärungen, daß wir zur Verantwortung ziehen werden. Lassen Sie mich daran erinnern, daß Ihre gesamte Administration nichts anderes ist, als Worte, Worte, Worte." Und der Republikaner Dan Burton aus Indiana klagte: „Mr. President, wir haben keine Politik gegen den Terrorismus. Wir machen starke Reden und dann bleibt alles beim alten".

Gleiche Szene, 24 Stunden später: „Alle Amerikaner haben Grund, stolz zu sein. Wir haben gezeigt, daß wir entschlossen sind, gegen den Terrorismus zurückzuschlagen". Originalton des demokratischen Senators Alan Cranston. Senator Peter Wilfon fügte bildreich, kategorisch und wohl auch voreilig hinzu: „Die Händler des Todes haben ein Kündigungsschreiben erhalten: Euer Geschäft ist geschlossen".

Nichts aber konnte stärker die politischen Folgen und den Stimmungswandel verdeutlichen, den diese Aktion im Mittelmeer auslöste. Der Präsident, als Person seit seiner Wiederwahl unverändert populär, in der Sache jedoch seit Monaten ohne politische Fortune, hat buchstäblich über Nacht Fragezeichen des Zweifels über seine Härte, Entschlossenheit und Führungsqualitäten aus dem Wege geräumt.

Reagan war innen- und außenpolitisch in den letzten Wochen in die Defensive gedrängt worden, eine Rolle, die ihm sichtlich nicht behagt. „Dies ist die stärkste Woche des Präsidenten seit dem Januar 1984, als er bekanntgab, daß er zum zweiten Mal für sein Amt kandidieren werde", meint Richard Wirthlein, einer der politischen Strategen Reagans, und Edward Rollins, Reagans ehemaliger politischer Berater, prophezeit: „Der Präsident geht in einer sehr starken Position zum Gipfel nach Genf".

Das politische Risiko war größer als das militärische

Es gibt keinen Zweifel: Die amerikanische Abfangaktion über dem Mittelmeer war weniger militärisch als politisch riskant. Wäre sie gescheitert, hätte, wie einst bei Jimmy Carter, das Ansehen, der Führungsanspruch des Präsidenten Schaden genommen. Es ist daher nicht übertrieben zu sagen: Mit dem Einsatzbefehl gegen die Terroristen hat eine neue Phase seiner Amtszeit begonnen.

Voreilig und gefährlich jedoch ist die mit der Eurphorie aufkeimende Hoffnung, daß dieser Einsatzbefehl zugleich der entscheidende Schlag gegen den internationalen Terrorismus gewesen sei. Alles, was wir über die Psyche der Terroristen im Nahen Osten wissen, deutet vielmehr auf Gegenschläge hin. Ebenso notwendig ist es, diese Tat des Präsidenten vor Fehlinterpretationen zu schützen. Eine der irreführendsten und fatalsten Schlagworte, die die jüngste Euphorie gebar, ist der Versuch gewesen, dies eine „Rambo-Aktion" zu nennen. Das Mißverständnis: „Rambo" steht für Rache. Genau das aber war die Tat Ronald Reagans nicht. Reagan hat vielmehr stets betont, daß er Terror nicht mit Terror bekämpfen will, denn das bringt in der Regel unschuldige Menschen in Gefahr. Das erklärt sein Zögern bei bisherigen Terror-Provokationen und das begrenzt zugleich den Erwartungshorizont für die – unausbleibliche – nächste Provokation der Gewalt.

Auch im Fall RAF half Belgrad den Terroristen

Jugoslawien suchte immer das Wohlwollen der Radikalen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Reise des Palästinensers Abul Abbas aus italienischem Gewahrsam nach Jugoslawien und der nun unvermeidlich erscheinende Konflikt zwischen Belgrad und den USA erinnern an einen unerfreulichen Vorfall aus den deutsch-jugoslawischen Beziehungen des Jahres 1978. Auch damals ging es um Terrorismus: Vier Mitglieder der Roten Armee Fraktion – Brigitte Mohnhaupt, Rolf Clemens Wagner, Peter Boock und Sieglinde Hofmann – waren auf jugoslawischem Staatsgebiet festgenommen worden. Die vier wurden von den deutschen Justizbehörden beschuldigt, an der Ermordung des Bankiers Ponto und des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Dementsprechend richtete Bonn ein Auslieferungsgesuch an Belgrad.

Belgrad wiederum hatte seinerzeit die Auslieferung des kroatischen Exilpolitikers Bilandzic wegen terroristischer Aktivitäten verlangt. Bilandzic lebte in Köln. Als ein deutsches Gericht die Auslieferung des Exilkroaten an die Jugoslawen ablehnte, ließen die Jugoslawen die vier RAF-Leute nicht nur laufen, sondern ebneten ihnen in einer Weise den Weg in den Irak, daß die deutschen Kriminalbehörden zunächst die Spur der Gesuchten verlieren mußten. Die damalige sozialliberale Bonner Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt sprach zumindest inoffiziell von einem „komplizenhaften Verhalten" der Jugoslawen. Die jugoslawische Regierung hätte den Terroristen (die übrigens inzwischen allesamt gefaßt sind) Personalpapiere, Bekleidung und Transportmittel zur Verfügung gestellt sowie mit der Regierung des Irak die Übergabe abgesprochen.

Der damalige Bundesinnenminister Baum (FDP) sprach von einem durch die jugoslawische Regierung ausgelösten schweren Rückschlag im Kampf gegen den Terrorismus. Der damalige deutsche Botschafter in Belgrad, der Sozialdemokrat Jesco von Puttkamer, versuchte vergeblich, beim jugoslawischen Innenminister, General Franjo Herljevic, Informationen über den Verbleib der von Mai bis November 1978 in jugoslawischem Gewahrsam befindlichen deutschen Terroristen zu erlangen. Puttkamer wurde von der Bundesregierung zur Berichterstattung nach Bonn zurückbeordert. Sogar die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktionen gegen Jugoslawien wurde von der Regierung Schmidt erwogen, dann aber wieder verworfen.

Die Jugoslawen hatten den deutschen Verhandlungspartnern von vornherein ein Junktim vorgeschlagen: die vier RAF-Leute gegen den Exilkroaten – obwohl sie wissen mußten, daß in der Bundesrepublik die Regierung ohne Gerichtsbeschluß niemand ausliefern kann. Man schrieb das brüske Verhalten der Jugoslawen einer Verärgerung des Partei- und Staatschefs Tito zu, weil die deutsche Seite in der Frage der Exilkroaten kein Entgegenkommen zeigen wollte. Zugleich aber war bereits hier eine weitere Dimension im Spiel: die RAF-Leute galten in gewissen Kreisen der Dritten Welt als „Revolutionäre" und „Kämpfer gegen den Kapitalismus". Das jugoslawische kommunistische System mußte damit rechnen, daß eine Auslieferung an einen „kapitalistischen" Staat von radikalen Kräften in der linken und antikolonialistischen Weltbewegung als „Liebedienerei" gegenüber dem Imperialismus ausgelegt würde. Unausgesprochen wurde das jugoslawische Verhalten auch von der Furcht bestimmt, die deutschen Terroristen könnten extremistischen Emigranten bei Terroranschlägen gegen jugoslawische Einrichtungen im Ausland „Entwicklungshilfe" leisten.

Es dürften damals wie heute auch arabische Beziehungen der Jugoslawen hineingespielt haben. In Jugoslawien gibt es zwei Millionen Moslems und zusätzlich etwa 1,7 Millionen meist mohammedanische Albaner. Jeder Konflikt mit der arabisch-islamischen Welt muß damit für die jugoslawischen Kommunisten zu einem nicht ungefährlichen innenpolitischen Krisenfaktor werden. Schon seit mehreren Jahren betrachtet die jugoslawische Führung das Anwachsen islamisch-fundamentalistischer Strömungen unter jungen Moslems in der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina, aber auch in anderen Teilen des Landes, mit großer Sorge. Es heißt auch, daß die jugoslawischen Behörden durch die Finger schauten, als der berüchtigte Terrorist Carlos im Transit durch Jugoslawien gereist ist. Belgrad hofft auf diese Weise, das Wohlwollen einflußreicher arabischer Kräfte zu behalten.

Israel: Engere Kooperation ist notwendig

BERNT CONRAD, Jerusalem

Die amerikanische Aktion gegen die ägyptische Boeing 737 mit den palästinensischen Terroristen an Bord hat bei den Israelis, die sich in ihrem Kampf gegen den Terrorismus oftmals isoliert vorkommen, geradezu ein Gefühl der Befreiung hervorgerufen. Ministerpräsident Schimon Peres pries in einem Telegramm an Präsident Ronald Reagan dessen „mutige Entscheidung und tatkräftige Aktion" als einen Markstein im Kampf gegen den Terror.

Umso schärfer kritisiert man in Jerusalem, daß der Führer der Palästinensischen Befreiungsfront, Abul Abbas, von der italienischen Regierung, trotz gegenteiliger Aufforderung aus Washington, die Erlaubnis erhielt, nach Belgrad auszufliegen. In Israel ist man davon überzeugt, daß Abbas die Entführung der „Achille Lauro" geplant und angeordnet hat. Nach Ansicht des israelischen Geheimdienstchefs, Aluf Ehud Barak, hat Abbas unter dem Namen Abu Khaled dann auch selbst für die PLO in Ägypten die „Verhandlungen" mit den ihm verantwortlichen Entführern geleitet.

Die jüngsten Vorgänge bestätigen nach israelischer Überzeugung die dringende Notwendigkeit einer engeren internationalen Zusammenarbeit auch mit den Westeuropäern bei der Abwehr des Terrorismus. Dazu gehört – wie der Sprecher der israelischen Armee, General Ephraim Lapid, vor deutschen Journalisten betonte – vor allem der Austausch nachrichtendienstlicher Informationen. Lapid wies darauf hin, daß die PLO schon vor der Entführung der „Achille Lauro" einen wesentlichen Teil ihrer Aktivitäten gegen Israel auf die See verlegt habe, weil ihr der Landzugang zum jüdischen Staat zunehmend versperrt worden sei. Auch die Entführer des italienischen Schiffs hätten ursprünglich von See aus den israelischen Hafen Ashdod angreifen wollen.

Als wichtige Operationsbasen für Terroristen bezeichnete Lapid „manche PLO-Büros in westlichen Hauptstädten". Was den Kampf gegen den „internen Zirkel des Terrors" in Israel selbst angehe, so hätten die Sicherheitskräfte vor kurzem einen großen Erfolg errungen, indem sie eine in der Nähe von Hebron arbeitende palästinensische Terroristengruppe ausgehoben hätten.

Die Sowjets lagen auf der Lauer: Wie Reporter Charles Thornton in Afghanistan getötet wurde

WALTER H. RUEB, Bonn

Die gezielte Jagd der sowjetischen Truppen im Innern Afghanistans auf ausländische Ärzte und Journalisten hat 25 Kilometer nördlich von Agandab im Süden des besetzten Landes den ersten Toten gefordert: In einem Hinterhalt der Sowjets wurde der 51jährige amerikanische Reporter Charles Thornton getötet. Er arbeitete für die Zeitung „Arizona Republic" in Phoenix. Ein Fotograf der gleichen Zeitung sowie ein Arzt und ein Krankenpfleger aus den USA kamen mit dem Leben davon, ihre Fahrzeuge aber verbrannten mit Habe, Ausrüstung, Fotos, Filmen und schriftlichen Unterlagen.

Detaillierte Angaben über das blutige Drama machte gegenüber der WELT der deutsche Arzt Karl Viktor Freigang vom Bonner Afghanistan-Komitee am Wochenende nach seiner Rückkehr aus Pakistan. „Auf einer Reise durch das südliche Afghanistan traf ich die Amerikaner. Die Gruppe bestand aus dem Arzt Judd Jensen aus Chicago, dem Krankenpfleger John Muckelman aus Florida, dem Bildreporter Peter Schlüter und dem Reporter Charles Thornton aus Phoenix. Wir waren acht Tage zusammen und legten ein Stück des Weges in den Hazarajat im Herzen Afghanistans gemeinsam zurück. Die Amerikaner waren in Begleitung von 30 Mudschahedin. Ihnen standen ein russischer Lkw und ein allradangetriebener japanischer Geländewagen zur Verfügung. Einmal mußten wir eine zweitägige Pause einlegen, weil die Straßen von den Russen stark befahren und kontrolliert wurden. Überall waren sowjetische Patrouillen ... Wir schliefen meist im Freien. Nur selten trafen wir auf unversehrte Häuser, in denen es Unterkunft gab.

Am 12. September haben sich unsere Wege getrennt. Ich setzte meinen Weg mit einem deutschen Fotoreporter sowie Angehörigen des Widerstands in den Norden fort, die Amerikaner wandten sich nach Süden. Sie hatten vor, im Raum Kandahar ein Hospital zu besuchen; die Ärzte wollten dort arbeiten, die Reporter darüber berichten."



Auf Rast im Innern Afghanistans: Eines der letzten Fotos von Charles Thornton (links). Neben ihm von links nach rechts seine Landsleute Judd Jensen, Peter Schlüter und John Muckelman. FOTO: HORST WALPUSKI

Die WELT-Meldung über die sowjetische Hetzjagd einschließlich der Vergabe von Prämien für Hinweise auf Präsenz von westlichen Ärzten und Journalisten in Afghanistan wurde durch die nachfolgenden Geschehnisse bestätigt: Die Russen setzten aus Hubschraubern Soldaten ab, die sich auf die Lauer legten und am 14. September die Fahrzeuge der Amerikaner und ihren Begleitschutz beim Auftauchen unter Feuer nahmen. Offenbar waren sie über Anwesenheit und Fahrtroute der Amerikaner genau orientiert.

Im Begleitschutz der Amerikaner gab es nach Freigangs Angaben fünf weitere Tote. „Wir kamen später an der Stätte des sowjetischen Überfalls vorbei", berichtete Freigang weiter. „Bewohner der Gegend erzählten uns alles. Sie gaben an, die Toten seien an Ort und Stelle begraben worden – auch der Amerikaner. Er sei in Brust und Nacken getroffen und tödlich verletzt worden. Sein Kollege Schlüter sei unter Schock tagelang herumgeirrt und später mit seinen Landsleuten auf dem Weg hinüber nach Pakistan auch von russischen Hubschraubern angegriffen worden."

In Islamabad traf Freigang die überlebenden Amerikaner wieder. Von der pakistanischen Hauptstadt flog er mit ihnen nach Frankfurt. Von dort reisten die Amerikaner nach New York, Freigang an den Niederrhein zu seiner Familie.

„Ich lasse mich vom sowjetischen Terror nicht schrekken", sagt er in Moers zur WELT. „Die Menschen im besetzten Afghanistan brauchen unsere Hilfe. Das Afghanistan-Komitee hat im Süden des Landes soeben seine sechste Krankenstation eröffnet. Ich habe sie eingerichtet. Sie wird von Quetta aus versorgt. Der Weg von Quetta aus ist weit: Sieben Nächte dauert die Fahrt mit einem Pkw. Tagsüber kann man wegen der Flugzeuge und Hubschrauber der Russen nicht fahren."

Um neue Hilfsmöglichkeiten auszukundschaften, hatte Freigang die 2300 Kilometer lange Reise in den Süden Afghanistans angetreten. „Neben dem traurigen Zwischenfall mit den Amerikanern gab es einen positiven Höhepunkt beim Besuch eines Hospitals in Ghazni", erzählt der Arzt. „Das Hospital war vorher von französischen Ärzten betrieben worden. Sie haben Ghazni jedoch nach Differenzen mit dem örtlichen Guerrillaführer verlassen. Die Arbeits- und Hilfsmöglichkeiten im Hospital sind hervorragend: Es gibt mehrere Gebäude mit Räumen für Operationen und Tuberkulosebehandlung, Röntgengeräte, Laboratorien und auch Generatoren für die Stromerzeugung. Vielleicht übernimmt das Afghanistan-Komitee das Hospital von den Franzosen. Ich bin bereit, mit der französischen Ärzteorganisation in Paris zu verhandeln."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Leben – verfügbar?"

„Die ‚Pille danach', keine Notbremse für alle Fälle"; WELT vom 8. Oktober

Sehr geehrter Herr Thierbach,

in Ihrem Beitrag stellen Sie ausführlich die medizinischen und auch die moralischen Probleme dieses neuen „Verhütungsmittels" dar.

Die von Ihnen konstatierte juristische Unbedenklichkeit bedarf allerdings noch einer Ergänzung. Durch die Legaldefinition des Paragraphen 219d StGB wird festgelegt, daß alle Verhütungsmaßnahmen, die bis zur Nidation wirken, nicht als Schwangerschaftsabbruch im Sinne des Gesetzes gelten sollen. Diese Bestimmung ist auch logisch konsequent, seit der Paragraph 218 StGB unter der Überschrift „Abbruch der Schwangerschaft" steht. Eine Schwangerschaft besteht für die Frau erst mit der Verbindung der befruchteten Eizelle mit dem Mutterleib. Die alte Bezeichnung des Paragraphen 218 – „Abtötung der Leibesfrucht" – hätte eine solche Fassung des Paragraphen 219d StGB unmöglich gemacht und vielleicht auch die „Pille danach" verhindert. Denn die „Leibesfrucht" existierte ja schon vor der Einnistung in die Gebärmutter.

Von der Zeugung an besteht ein menschliches Wesen, das sich nach eigenen Strukturgesetzen entwickelt und dem das spezifisch „Menschliche" nicht erst später „eingehaucht" wird. Es ist Mensch von Anfang an. Insoweit ist die „Pille danach" ein klares Frühabtreibungsmittel, das dem Leben eines bereits entstandenen Menschen ein Ende setzt. Wenn man die Begriffe durchschaut und ferner berücksichtigt, daß auch juristisch nicht das letzte Wort über die Schutzwürdigkeit menschlichen Lebens zwischen Zeugung und Nidation gesprochen ist (s. die Diskussion über Experimente bei der Reagenzglasbefruchtung), dann müssen gegen das neue Präparat erhebliche Bedenken geltend gemacht werden.

Die Aussichten, mit moralischen Bedenken die Einführung des neuen „Verhütungsmittels" zu verhindern, sind freilich schlecht. Wen wundert's in unserer schizophrenen Gesellschaft: Wenn es der „Selbstverwirklichung" dient, heißt es „her mit dem Kind" (künstliche Befruchtung, Leihmütter ...) – wenn es der „Selbstverwirklichung" schadet, dann „weg damit" (Abtreibung). Das Leben wird zunehmend verfügbar.

Mit freundlichen Grüßen
Rainer Beckmann, Würzburg

Ästhetik der Sprache

„Wo lernt man das beste Deutsch?"; WELT vom 5. Oktober

Herrn Weinrich sei Dank für diesen Artikel, der längst fällig war. Dabei behandelt er diejenigen noch recht schonend, die beruflich als „Sprecher" mit unserer Sprache oft recht rüde umgehen.

„Sone Frage ham wia nicht aufn Zettl", dieser Satz als ein Beispiel für ungepflegtes Sprechen. Aufgefangen in einer Sendung als Antwort einer Grundschullehrerin auf eine entsprechende Frage des Reporters. Es ist wirklich erschütternd, wie auf dem Gebiet des Sprechens gesündigt wird. Und man beobachte sich einmal selbst beim Sprechen! Diskussionsrunden sind eine Fundgrube, aber auch Nachrichten und Kommentare. Laute und Silben werden verschluckt, ganze Wörter fallen unter den Tisch. Es muß heute alles sehr schnell gehen, auch das Sprechen. Neben der Kurzschrift nun auch noch die Kurzsprache? Als ein Zeichen besonderer Bildung kommt noch die Benutzung eingedeutschter Fremdwörter hinzu. Die sogenannte „Fachsprache", Herr Weinrich versucht sie noch zu entschuldigen. Man höre sich nur einmal eine Reportage einer deutschen Rundfunkanstalt an.

Überhaupt, Rundfunk und Fernsehen. Was einem hier manchmal geboten wird, grenzt an Zumutung. Niemand kann etwas für naturbedingte Sprachfehler, nur, muß ich dann unbedingt Sprecher bei Funk oder Fernsehen werden? Selbst bei manchen Schauspielern muß man manchmal den Eindruck gewinnen, sie haben „Die Kunst des Sprechens" (Der Kleine Hey – Standardwerk für Spracherziehung) nie in den Händen gehabt, geschweige denn, damit geübt.

Die Aussprache mancher Politiker ist himmelschreiend; was früher wenigstens noch mit etwas Betonung versucht wurde, wird heute durch Zischlaute oder durch langgezogene Endungen ersetzt. Welche Rednerschulen haben diese Leute nur besucht?

Natürlich liegt die Quelle des Sprechens zunächst im Elternhaus. In der unmittelbaren Umgebung des Kindes erfolgt die Grundlage. Doch was kommt dann? Ein Beispiel aus der Schule: Zur Kultur einer Sprache gehört auch das phonetisch richtige Sprechen. Bei jedem fremdsprachlichen Unterricht ist es selbstverständlich, daß die Schüler auch die richtige Aussprache der Laute üben. Ich bezweifle, daß dieses heute beim Unterricht der Muttersprache noch geschieht. Ob die Lehrerin (siehe oben) während des Unterrichts auch so spricht?

Wo also können sich Kinder noch die sprechenden Vorbilder suchen? Herr Weinrich spricht von tiefer Sorge über den „schludrigen" Umgang mit der Sprache in der Schule. Ich meine, nicht nur in der Schule!

Ich möchte auch nicht mißverstanden werden: Wir müssen nicht alle so sprechen, wie es ein Mathias Wiemann konnte. Aber zwischen der Ästhetik der Sprache dieses großen Sprechers und dem, was wir heute von „berufenen" Sprechern allgemein zu „hören" bekommen, liegen tiefe Gräben.

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Schulze-Wewezer, Hamburg 90

Wort des Tages

„Wir fühlen alle mehr oder minder deutlich eine Sehnsucht nach der wirklichen Geburt. Aber uns allen drohen trügerische Lösungen."

Antoine de Saint-Exupéry, französischer Autor (1900–1944)

Gewaltdenken

„Northeimer Lektion"; WELT vom 7. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

der Kommentar beschreibt die Rechtsverunsicherung der Mehrheit unserer Bürger sehr treffend. Die Grenzsituation eines Bürgerkrieges ist in vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich. Die Verfassungsloyalität von steinwerfenden Gewalttätern existiert schon lange nicht mehr. An die Stelle von Kritik ist ein ideologisches Gewaltdenken getreten, das sich zum erklärten Ziel gesetzt hat, mit Einschüchterung, Gewaltdrohung und Straßenterror den demokratischen Rechtsstaat aus den Angeln zu heben. Der Mißbrauch des Widerstandsgedankens wie pseudodemokratische Parolen gehören zum ständigen Repertoire im Angriff auf Staat und Verfassung. In diesem Zusammenhang kann nicht mehr von Demonstranten oder Chaoten gesprochen werden, wie es gerade in den öffentlich-rechtlichen Medien immer wieder vorkommt. Was sich hier auf unseren Straßen in Bewegung setzt, sind totalitäre Diktaturbewegungen, wie sie vielen noch aus der Anfangsphase der Hitlerdiktatur in Erinnerung sind.

Mit freundlichem Gruß
Albert Alten jr., Bardowick

GULag

„Hölle ohne Wiederkehr"; WELT vom 7. Oktober

Mit großer Freude las ich die Rezension des Filmes „GULag". Ich hatte mir schon überlegt, ob man Sie auf diesen bemerkenswerten Film aufmerksam machen sollte, aber das ist nun nicht nötig. Mich hat der Film sehr beeindruckt, denn ich habe ähnliches im Osten Deutschlands erlebt. Was mich jedoch viel mehr erschütterte, war die geringe Zuschauerzahl. Ich finde es beängstigend, wie wenig Leute sich für dieses Thema interessieren und vor allem auch glauben, was gezeigt wurde. Man muß sich schon oft fragen, ob die Menschen hier erst eigene Erfahrungen sammeln wollen. Jedenfalls danke ich Ihnen, daß Sie mit Ihrem Artikel auf den GULag hinweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Angelika Feustel, München 70

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist in Berlin Professor Dr. **Hugo Strunz** von der Technischen Universität Berlin ausgezeichnet worden. Er gehörte seit 1937 als Assistent und Privatdozent für Mineralogie der Berliner Universität an. Nach dem Zweiten Weltkrieg lehrte er an der Hochschule Regensburg und erhielt 1951 den Ruf an die Technische Universität Berlin, wo er heute noch als Emeritus arbeitet. Zu seinen Hörern zählen Werk- und Hüttenleute, Physiker und Chemiker, Mineralogen, Geologen und Bauingenieure. Seine Bücher sind ins Englische, Russische und Chinesische übersetzt worden. Professor Strunz war bisher als einziger Deutscher Präsident der International Mineralogical Association, einer Zusammenfassung der Fachvereinigungen von mehr als 30 Nationen.

*

Auf Vorschlag einer Jury evangelischer und katholischer Würdenträger hat die Stadt Augsburg den evangelischen Bischof D. Dr. **Hermann Kunst** mit dem „Preis zum Augsburger Friedensfest" ausgezeichnet. Der Augsburger Oberbürgermeister **Hans Breuer** verlieh den anläßlich des 2000jährigen Stadtjubiläums gestifteten Preis gestern im Goldenen Saal des Augsburger Rathauses. Er betonte, es sei ein besonderes Anliegen der Stadt, die Arbeit des „Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen" zu würdigen und der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Bischof Kunst ist seit 1948 Mitglied dieses Arbeitskreises und genießt als dessen Vorsitzender hohe Wertschätzung im In- und Ausland. Oberbürgermeister Breuer bezeichnete den Preisträger als „ökumenische Persönlichkeit mit hoher Begabung in Diplomatie und Diskretion". Das Friedensfest wird in Augsburg seit der Verkündigung der Glaubensfreiheit im Jahre 1650 jährlich als gesetzlicher Feiertag begangen.

*

Ministerialrat **Joachim Winkel** vom Bundesernährungsministerium, bis vor kurzem Landwirtschaftsreferent an der deutschen Botschaft in Paris, ist vom französischen Agrarminister **Henry Nallet** mit dem Offizierskreuz des Ordens „Mérite Agricole" ausgezeichnet worden.

EHRUNGEN

Die Hamburger Wissenschaftlerin Dr. **Almut Mutzenbecher** wird heute in Berlin in Würdigung ihres wissenschaftlichen Gesamtwerkes von der Kirchlichen Hochschule mit der theologischen Ehrendoktorwürde geehrt. Frau Dr. Mutzenbecher hat sich – weil kindergelähmt und daher nicht in der Lage, einen „mobilen" Beruf auszuüben – seit ihrem Studium der Klassischen Philologie in Hamburg in den 40er Jahren mit Textkritiken, Editionen von Kirchenvätern, insbesondere des heiligen Augustinus, beschäftigt; unter anderem hat sie die umfangreichen Kommentare Augustinus' zur Bergpredigt und zuletzt seine Retractionen textkritisch aufgearbeitet und herausgegeben. Daneben sind zahlreiche Arbeiten zur Text- und Dogmengeschichte von ihr erschienen, alles im Rahmen der großen, von belgischen Benediktinern in Brügge veranstalteten Kirchenväterausgabe, dem Corpus Christianorum. Die Urkunde der Ehrendoktorwürde wird ihr während eines akademischen Festaktes im Auditorium maximum der Hochschule aus Anlaß der 50-Jahr-Feier der Kirchlichen Hochschule Berlin überreicht. Die Kirchliche Hochschule war am 31. Oktober 1935 von der Bekennenden Kirche gegründet worden als Antwort auf die Gleichstellung aller Lebensbereiche im nationalsozialistischen Staat.

*

Die Landwirtschaftliche Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verleiht am Mittwoch die Würde eines Ehrendoktors der Landwirtschaft an Professor Dr. **Gerhard Fischbeck**. Professor Fischbeck, der Professor für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung an der Technischen Universität München in Freising-Weihenstephan ist, wird für seine richtungsweisenden Initiativen auf dem Gebiet der modernen Qualitäts- und Resistenzzüchtung des Getreides in der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

WAHL

Der Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands – hat in Baden-Baden zum Abschluß seiner Jahreshauptversammlung Professor Dr. **Horst Bourmer** aus Köln für vier Jahre in seinem Amt als Vorsitzender des Geschäftsführenden Vorstandes bestätigt. Bourmer, der seit 1972 an der Spitze der größten freien Ärzteorganisation in der Bundesrepublik Deutschland steht, erhielt von 71 abgegeben Stimmen bei fünf Enthaltungen 62 Ja- und vier Nein-Stimmen. In ihren Ämtern als erster bzw. zweiter Stellvertreter wurden Dr. **Hermann Braun** aus Nittendorf in Bayern und Dr. **Ingrid Hasselblatt-Diedrich** aus Frankfurt am Main bestätigt.

ERNENNUNG

Der afrikanische Staat Gabun wird in Hannover durch einen neuen Generalkonsul vertreten: Die Bundesregierung erteilte **Johannes Köster** das Exequator. Der Konsularbezirk umfaßt das Land Niedersachsen.

Bewundert von einer ganzen Generation, gehaßt von ihren Kindern: Die Schauspielerin Joan Crawford

Nur vor der Kamera lächelte die Haustyrannin

Niemand ist so gut wie Bette Davis, wenn sie schlecht ist." Bewunderung spricht aus diesen Worten. Die Frau, die sie formuliert, ist nicht minder bekannt, aber sie ist kein Schauspieler-Vulkan wie die Verehrte. Sie ist auch keine Sexgöttin wie Mae West, keine Komödiantin wie Rosalind Russell, kein Schönheitsidol wie Greta Garbo. Dennoch begeistert sie ein riesiges Publikum, verkörpert sie doch genau die Ideale einer mit Depression und politischer Unsicherheit konfrontierten Generation: Joan Crawford präsentierte sich selbstbewußt, willensstark. Sie verkörperte den Typ der erfolgreichen Frau und hatte genau damit Erfolg.

Sie war nicht mit allen Vorzügen der Natur ausgestattet – „Schultern wie Johnny Weismüller," soll ihr Entdecker bei Metro-Goldwyn-Mayer gesagt haben. Aber das hinderte ihren Aufstieg nicht: die von diesem „Makel" inspirierte Kreation der gepolsterten Schultern wurde zu einem Modegag der vierziger Jahre. Und so konnte sich die amerikanische Frau dieser Generation mit der Crawford leicht identifizieren. Sie war nicht völlig außer Reichweite, aber dennoch umgeben vom Hollywood-Flair von Reichtum und Luxus.

Die stete Angst Joan Crawfords, den erkämpften Standard zu verlieren, gipfelte in Äußerungen, die eigentlich viele ihrer Fans hätte vor den Kopf stoßen müssen. 1932, als die Depression gerade ihre Talsohle erreichte, appellierte sie an die Nation, unbedingt mehr Geld für schöne Dinge auszugeben.

Dabei wußte sie sehr wohl aus eigener Erfahrung, was Armut bedeutet. Ihr Vater hatte die Familie schon vor der Geburt der Tochter am 23. März 1908 verlassen. Ihre Mutter heiratete erneut und ließ sich wieder scheiden. Schon früh mußten das junge Mädchen und ihr Bruder ihre Ausbildung „erarbeiten".

Besuch bei Joan – ARD, 16.05 Uhr

Ein gewonnener Tanzwettbewerb in einem Café und Streit mit der Mutter geben den Ausschlag, daß sie die damalige Heimatstadt Kansas City verließ und sich in Chicago als Tänzerin und Sängerin in Cafés und Revuen durchschlug. Dort wurde sie dann von einem MGM-Talentsucher entdeckt, nach Hollywood gebracht und für einige Statistenrollen verpflichtet. „Our dancing danghters" wurde 1928 ihr erster großer Erfolg. Die Schauspielerin hatte hier ein leichtes Spiel, stellte sie doch quasi sich selbst dar: den tanzwütigen, koketten Teenager. 1931 stand sie erstmals mit Clark Gable in „Dance, Fools, Dance" vor der Kamera. Es folgten Kassenschlager wie „Possessed", „Dancing Lady", „Chained" und „Strange Cargo". 1943 verließ sie Metro-Goldwyn-Mayer, weil man ihr nur noch zweitklassige Rollen anbot. Bei Warner Brothers feierte sie 1945 mit ihrer „Oscar"-gekrönten „Mildred Pierce" ein großes Comeback.

Joan Crawford hatte gelernt, daß nur Zähigkeit sie an der Spitze halten konnte. Ihr verbissener Elan spiegelte sich in den Rollen der folgenden Jahre, immer öfter spielte sie den harten Frauentyp. „Humoresque", „Possessed", „Flaminco Road", „Johnny Guitar" und „What Ever Happened to Baby Jane" sind einige ihrer Filme aus der Nachkriegszeit.

Hart war sie offenbar auch in ihrem Privatleben, obwohl sich dieser Wesenszug erst nach ihrem Tod dem Publikum offenbarte. Aus der gefeierten, hingebungsvollen Mutter, die ein zärtliches Verhältnis zu ihren vier Adoptivkindern demonstrierte, wurde die gefürchtete Haustryrannin. In „Mommie Dearest" mit dem deutschen Titel „Meine liebe Rabenmutter" zerstört die älteste Adoptivtochter Christina das Bild von der Familienidylle. Sie stellt ihr Mutter als hysterische, von Reinlichkeitsmanie besessene, gewalttätige Frau dar, die ihre Kinder in Angst und Schrecken versetzte. Die stets vorgeführte Startochter berichtet von nächtlichen „Razzien", bei denen sie und ihr Bruder aus dem Schlaf gerissen und für Kleinigkeiten bestraft wurden.

Rückblickend sagt Christina, die Mutter habe stets ein Musterkind aus ihr machen wollen. Doch nie habe sie den immer höher geschraubten Erwartungen gerecht werden können. Gleiches gilt wohl auch für die Schauspielerin selbst. Ihr Äußeres war stets perfekt. Doch wie sah es mit ihrem Innenleben aus? Als die natürlich Schönheit verblaßte, sank Joan Crawford immer mehr in sich zusammen, verfiel dem Alkohol. Als sie 1977 starb, war sie völlig vereinsamt.

Der wahre Charakter der Hollywood-Stars soll auch in „Besuch bei Joan" zum Ausdruck kommen. Der Holländer Cas Enklaar, der selbst die Crawford spielt, montierte u. a. aus den Texten der Tochter Christina einen Soloabend für das Amsterdamer Werktheater, aus dem Horst Königstein die Filmfassung für den NDR entwickelte. Er inszenierte das Joan-Solo, „wie das ungesendete Ende einer Talkshow, mit all jenen Momenten, die der Zuschauer gewöhnlich nicht mehr zu sehen bekommt".

M.Sch.

KRITIK

Souveräne Langeweile

Wer nur eine leise Ahnung vom konkret existierenden Familienleben hat, weiß es sehr wohl: Eine „Familiensendung" kann nur die Erfindung aus einer styroporverkleideten Redaktionsstube sein. Wer es nicht hatte glauben wollen, dem führte es das Erste Programm am jüngsten Samstag nachmittag in mühseligen 105 Minuten vor: **Telefant (ARD).**

Was also ist eine Familiensendung? Man nehme Kinder, einen Pappelefanten und einen seit vielen langen Jahren bewärten Jungunterhalter, lasse sie alle (zusammen mit einigen verkleideten Erwachsenen) ein Medley aus dem Quiz- und Quatschangebot der „Großen" simulieren, und, wumms, ist der Familiennachmittag gerettet.

Ich habe noch keine Sendung gesehen, in der sich Kinder so souverän gelangweilt hätten, wie hier. Ich kenne auch keine trefflichere Einübung in den Erwachsenenschmäh als diese „Telefantiasis" aus Köln. Offenbar bleibt dem Fernsehen der Zuschauernachwuchs aus, darum wohl dieser Schwachsinn für unmündige Anfänger.

Der Showmaster war Michael Schanze, und es mochte einem das Herz brechen, zuzuschauen, wie dieser klarköpfige, unschnulzige Mensch gegen die massive Phantasielosigkeit der Macher angehen mußte, gewissermaßen nach außen, innen schweißtriefend und mit dem hilflosen Blick eines verirrten Hütebuben.

VALENTIN POLCUCH

Sympathischer Größenwahn

Herr Juhnke durfte wieder mal mit seiner Trinkfestigkeit kokettieren, aber **Mit Axel auf Achse (ZDF)** war nun mal ganz und gar Uwe Friedrichsens Show: Boulevard vom Besten, Samstagabend auf deutschen Mattscheiben ein rarer Artikel, hier norddeutsch unterkühlt, da immer wieder ganz munter aus dem Idyll herausexplodierend.

Uwe Friedrichsen ist Axel Usedom, der köstlich eitle, in leider immer nur imaginären Ruhmeshöhen schwebende Star einer Tournee-Theatertruppe, die von der Agentin Erika de Vries (Judy Winter) auf Provinztour geschickt wird – ein mühseliges Vergnügen voller Frust, Streß und persönlicher Reibereien.

Gefangen in der Zwickmühle zwischen keimendem Größenwahn und ökonomischen Notwendigkeiten beißt Axel Usedom die Zähne zusammen, und was hinter den Bühnen noch dazwischen durchkommt, ist heiliges Donnergrollen: mal wegen einer Umbesetzung, mal wegen eines verspäteten Fliegers, mal wegen einer Textzeile. Und das alles mit einer Besetzung, die Vertrauen einflößen mußte – Walter Jokisch etwa als perücketragender Bühnenveteran, Gerd Baltus als verblasener Kur-Chef, Gert Hauke als ebenso verblasener Kulturonkel, Uwe Dallmeier und Uwe Friedrichsen als Axels Double Kuddel Burmeester: derb, knackig, redlich, geradeaus, ulkig – wie das ganze Stück.

ALEXANDER SCHMITZ

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.03 Unsere schönsten Jahre
12. Folge: Eifersucht
10.50 Sport ist ihr Leben
12.15 Weltspiegel
Moderation: Peter Krebs
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.55 Tagesschau
16.05 Besuch bei Joan
17.20 Die Märchenbraut
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Spionageschiff
21.10 Irgendwo in Europa
Bastelica will nicht sterben
Bericht aus Korsika von Ralph Giordano
Im Jahre 1980 gerieten korsische Nationalisten und französische Polizei in dem korsischen Städtchen Bastelica aneinander. Der Bericht schildert die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Stadt, deren Einwohnerzahl sich immer weiter verringert.
21.45 ... scheibnerweise
Liebhaber des literarischen Kabaretts können sich von Hans Scheibner heute über „Vorzeigedamen" informieren lassen und über den Humor der Hamburger Polizei.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Der dritte Mann
Englischer Spielfilm (1949) mit Orson Welles und Joseph Cotoon
Regie: Carol Reed
0.40 Tagesschau
0.45 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Professor Dr. Wolf Häfele
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Heroin hinter Gittern
Drogenhandel in Vollzugsanstalten
20.15 Als Mutter streikte
Deutscher Spielfilm (1974)
Mit Peter Hall, Gila von Weitershausen, Relinda Mayne u.a.
Regie: Eberhard Schröder
21.45 heute-journal
22.05 Zu Besuch bei Henry Moore
Henry Moore gilt als einer der bedeutendsten Bildhauer unserer Zeit. Seinen Skulpturen begegnet man in aller Welt. Jana Markova besuchte den heute 87jährigen Künstler und versucht in ihrem Film die Wurzeln seiner Kreativität zu ergründen.
22.50 Neue deutsche Filme
Die Macht der Gefühle
Spielfilm (1983) von Alexander Kluge
0.45 heute

SAT 1

16.30 Bill Cosby
17.00 Ufo
18.00 Westlich von Santa Fé
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
18.45 Ned Kelly – Rebell wider Willen
20.30 WM – Der Wein
21.00 Galerie Buecker
21.30 APF blick:
22.15 Taras Bulba
0.15 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

19.00 heute
19.30 Sportreport
Sport aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
23.25 „Papa ist auf Dienstreise"
23.35 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die schwarze Serie
22.00 RTL-Spiel
22.05 Das Kind im Manne
22.30 Ortstermin
22.47 Wetter
22.50 Horoskop
22.55 Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 WDR-Gasthaus
mit Gerichten und Geschichten
21.15 Wie behandle ich meinen Chef?
... wenn er sich aufregt
Ein psychologisches Praktikum
21.45 Landesspiegel
Abgelichtet – Revierbilder
Film von Christine Lemmen
22.15 Bella Donna
Film von Peter Keglevic
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Wissenschaftsreport
Sauber! Sauber!
19.45 Schatztruhen der Technik
20.00 Tagesschau
20.15 Auf der Suche nach der Welt von morgen
21.00 Montagsthema
22.00 Der schwarze Vorhang
Amerikanischer Spielfilm (1942)
23.15 Cornell Woolrich
Lieblingsfarbe Schwarz (2)
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Kinder dieser Welt (4)
18.55 Winnetou-Film
19.05 Drei-D Spezial
20.00 Wiedersehen mit der Fremdenlegion
Bericht von Olrik Breckoff
20.45 Die Sprechstunde
Wenn die Leber krank wird
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
22.30 19. Deutsches Jazzfestival Frankfurt

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
John, die ehrliche Haut
20.15 Im Herbst, wenn die Bälle im Kraut landen ...
21.00 Flash Gordons Flug zum Mars
Der Gefangene von Mongo
21.20 Rückblende
Vor 90 Jahren geboren: Kurt Schumacher (SPD)
21.35 Die gute Tat
22.20 Jazz
Bitter Funeral Beer Band
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Verdatet und verkauft
Untersuchung zum Thema Datenschutz
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Bilder eines Parks: Versailles
22.50 Zwischenfall in Venlo
Aus der Dokumentarreihe „Spionage"
23.40 Rundschau

Seoul nur bedingt für wehrtechnische Kooperation

Südkorea will Handel mit Bonn ausbauen / Wörner hört Kritik

DW. Bonn

Die deutsche Industrie ist stark an wehrtechnischer Zusammenarbeit mit Südkorea interessiert. Sie bietet die Lieferung fertiger Produkte an; Seoul jedoch bleibt zurückhaltend und zeigt sich bislang lediglich interessiert an Technologie-Transfer. Dies ist Bundesverteidigungsminister Wörner bei seinem jüngsten Besuch in der südkoreanischen Hauptstadt bedeutet worden. Wörner ist inzwischen nach Indonesien weitergereist.

RÜDIGER MONIAC, Seoul

Die Möglichkeiten einer Verbesserung der deutsch-koreanischen Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit werden nach den Gesprächen von Bundesverteidigungsminister Wörner und seiner Delegation in Seoul mit einiger Skepsis beurteilt. Obwohl nach den Worten des Ministers die Bundesrepublik Deutschland als zweitstärkste Handelsmacht der Welt großes Interesse daran haben sollte, im pazifischen Raum, unter anderem auch in Korea, an der Stabilisierung der politischen Verhältnisse mitzuwirken, erscheinen die konkreten Chancen dazu als nicht sehr groß.

Mehr Handel gefragt

Bonn hat in den vergangenen 20 Jahren mehr als hundert südkoreanische Offiziere in der Bundeswehr ausgebildet, so daß die Besucher aus Deutschland ihre Gespräche großenteils in Deutsch abwickeln konnten. Dabei erfuhr Wörner vor allem, daß Südkorea die Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik intensivieren möchte und sich auch Rat aus Bonn verspricht, wie ein geteiltes Land den Dialog mit dem in Seoul als „feindlichem Bruder" betrachteten Pjöngjang beginnen soll. Erst seit dem vergangenen Jahr existieren dazu noch nicht sonderlich ergebnisreiche Kontakte über das Rote Kreuz mit Parlamentariern, Sportgruppen und Wirtschaftsexperten.

Die Bemühungen Bonns, mit Südkorea im Sinne der Stabilisierung der Machtbalance, den Wünschen Seouls nach Verbesserung auch der wehrtechnischen Kooperation entgegenzukommen, sind durch Wörners Besuch offenbar nur zum Teil erfolgreich gewesen. Seine Delegation mußte sich südkoreanische Klagen anhören, bevor über die Sache gesprochen werden konnte. So hieß es, daß die US-Firma Hughes über eine Art Briefkastenfirma in der Bundesrepublik mehr als 80 Hubschrauber aus eigener Produktion nach Nordkorea geliefert habe. Da diese Modelle auch in den Streitkräften Südkoreas geflogen werden, fürchtet man in Seoul Probleme bei der Unterscheidung von Freund und Feind bis zu der Gefahr, die Hubschrauber könnten als Tarnung zum möglichen Auslösen eines Staatsstreichs benutzt werden.

Wörners Delegation war auf solche Vorhaltungen der Südkoreaner nicht vorbereitet. Ob Bonn die Lieferung hätte verhindern können, blieb offen. Bei der wehrtechnischen Kooperation mit der Bundesrepublik ist Seoul zunächst an deutscher Hilfe beim Aufbau seiner eigenen Rüstungsindustrie gelegen und weniger an der Lieferung ganzer Waffensysteme. Konkret bedeutet dies Technologietransfer in Form technischen Wissens und von „Blaupausen". Bonn dagegen stellt das Interesse der deutschen Industrie heraus, fertige Produkte liefern zu können, um dann erst in einem zweiten Schritt das „Know-how" an die andere Seite zu übertragen. Nachdem 218 Motoren, wie sie im Panzer Leopard 1 gefahren werden, zusammen mit einer gleichen Anzahl von Getrieben geliefert wurden, will Seoul dieses Panzertriebwerk jetzt in Lizenz nachbauen. Der Bundessicherheitsrat hat dem, wie es hieß, zugestimmt. Es hängt nun von der Firma MTU ab, ob sie ihr Können auf diese Weise verkauft.

Mangelnde Finanzkraft

Ähnlich ist die Lage bei U-Booten. Südkorea ist am deutschen Typ 209 interessiert, möchte aber vier bis sechs Einheiten unter deutscher Anleitung im eigenen Lande fertigen. Bonn verlangt vorher den Bau von zwei – möglicherweise aber auch nur einer – Einheit in der deutschen Werft, bevor es seine Zustimmung zum Technologietransfer geben würde. Die Zustimmung zur Lieferung von zwei Booten aus der Bundesrepublik hat der Bundessicherheitsrat erteilt. Ob es aber noch zum Abschluß von Verträgen vor den Olympischen Spielen 1988 in Seoul kommt, erschien der deutschen Delegation fraglich. Südkorea muß seine Finanzkraft vorerst auf die Spiele konzentrieren.

Blick auf die undurchlässige Grenze in Korea

rmc. Seoul

Der Ministerpräsident kam aus Peking, der Verteidigungsminister aus Tokio. Franz Josef Strauß hatte mit deutschen Unternehmern wie Rolf Rodenstock und Hanns-Arnt Vogels von MBB in China die Wirtschaftskontakte aufpoliert, Manfred Wörner in Japan eine intensivere Kooperation in Fragen der Sicherheit einschließlich der Ausstattung der Armee angeboten. Der Terminkalender fügte es, daß beide gleichzeitig in Seoul Station machten.

Nachdem beide am vergangenen Freitag mit dem Staatspräsidenten Chun Doohwan gesprochen hatten, besichtigten sie gemeinsam eine der undurchlässigsten Grenzen der Welt. Seoul befindet sich, das wird auf der Fahrt nach Norden klar, nach wie vor in einer Art Kriegszustand mit Nordkorea. Die Hauptstadt Südkoreas, die mit riesenhaftem Tempo den Anschluß an die industriellen Standards des Westens sucht, schützt sich mit Hilfe von sieben hintereinander gestaffelten Befestigungsanlagen gegen eine mögliche Invasion aus dem Norden. Ein solcher Vorstoß erscheint gegenwärtig nicht sonderlich wahrscheinlich. Doch ist Strauß und Wörner in ihren Gesprächen mit Vertretern der Staatsführung unmißverständlich gesagt worden, wie sehr das Land Spionage, Infiltration und Unterwanderung aus dem kommunistischen Norden fürchten muß.

Strauß trifft auf entsprechende Fragen den Punkt. Er sagt, Nordkorea habe, als es 1953 nach dem Krieg dem Abkommen zum Waffenstillstand zustimmte, bereits einkalkuliert, es brechen zu wollen. Augenblicklich erscheint die Demarkationslinie zwischen Nord und Süd als abgekühlt, da seit fast einem Jahr nichts mehr passiert ist. Die Ruhe freilich erscheint trügerisch.

Unterdessen zieht Seoul internationale Konferenzen in seine Mauern, zuletzt den Internationalen Währungsfonds. 1986 finden die „Asien-Spiele" in Seoul statt, eine Generalprobe für die Olympischen Spiele von 1988. Bis dahin will sich die Stadt mit einem leistungsfähigen U-Bahn-System und allen Einrichtungen präsentieren. Ob Nordkorea dem ideologischen Gegner diesen Triumph erlaubt oder ihn durch Terror zu verhindern suchen wird, wagt heute in Seoul niemand zu sagen.

Forschung für SDI geht schneller voran als geplant

Zuversicht über Kooperation mit europäischen Partnern

FRITZ WIRTH, San Francisco

Das Forschungsprogramm an der amerikanischen Raketenverteidigung im Weltall (SDI) hat im vergangenen Jahr offenbar so große Fortschritte gemacht, daß die bisherigen Zeitprojektionen revidiert werden können. Der Direktor des amerikanischen SDI-Programms, General Abrahamson, berichtete darüber am Wochenende vor 184 Parlamentariern der NATO-Versammlung in San Francisco.

Abrahamson sagte, er sei selbst als „geborener technologischer Optimist" von diesen Fortschritten überrascht worden. Er glaubt, bis zum Beginn der neunziger Jahre den verantwortlichen Politikern so viele Informationen an die Hand geben zu können, daß sie die grundsätzliche Entscheidung über die Entwicklung dieses Systems treffen können. Zu Beginn der zweiten Hälfte des nächsten Jahrzehnts könnte dann mit der Installierung erster Teile dieses Systems begonnen werden.

Bald erste Verträge

Abrahamson äußerte sich im übrigen zuversichtlich über die Kooperation der europäischen Partner und Japans am SDI-Programm und glaubt, bis zum Jahresende die ersten Verträge mit ihnen abschließen zu können. Er verspricht sich von dieser Zusammenarbeit, daß sie das amerikanische Forschungsprogramm weiter beschleunigt und auch verbilligt. Für das kommende Haushaltsjahr sind 2,75 Milliarden Dollar für dieses Programm vorgesehen.

Die SDI-Debatte und die Folgen dieser Initiative für Abrüstungsvereinbarungen wie dem ABM-Vertrag und die verteidigungsstrategischen Konsequenzen waren eindeutig bisher das beherrschende Thema dieser Konferenz. Zahlreiche NATO-Parlamentarier zeigten sich enttäuscht über das Referat Abrahamsons, weil er diese Aspekte zu wenig berührte und sich statt dessen ausführlich mit den Arbeiten der Sowjets an einer Raketenabwehr im All beschäftigte. Seine Informationen über den erheblichen zeitlichen und technologischen Vorsprung der Sowjets, vor allem im Bereich der Lasertechnik, entsprachen dabei im wesentlichen den Unterlagen, die das amerikanische Außenministerium vor zehn Tagen zu diesem Thema vorgelegt hat.

Abrahamson betonte, was auch Präsident Reagan in seiner gestrigen wöchentlichen Rundfunkansprache unterstrich: Es ist an der Zeit, daß die Sowjets endlich über ihre eigenen Anstrengungen auf diesem Gebiet Farbe bekennen, bevor sie unsere SDI-Forschung attackieren und sie sogar verbieten wollen.

Es war im übrigen bemerkenswert, daß in der Diskussionsrunde der ersten zwei Tage der NATO-Versammlung selbst entschiedene SDI-Gegner unter den NATO-Parlamentariern weitgehend ihre Forderung nach einem Verbot des SDI-Programms in seiner jetzigen Form fallengelassen haben – aus der Einsicht heraus, daß sich Forschung nicht verbieten läßt. Sie wurden in dieser Einstellung bestärkt vom ehemaligen amerikanischen Unterstaatssekretär im Pentagon, Walter Slocombe, selbst ein SDI-Kritiker, mit der kategorischen Feststellung: „SDI ist da und wird da bleiben."

Diese Kritiker konzentrierten die Debatte statt dessen auf die Grenzen der SDI-Forschung, die ihr durch die ABM-Verträge gesetzt werden, ohne jedoch verbindliche Auskünfte zu erhalten. General Abrahamson versicherte zwar, daß seine Forschungsarbeiten mit Hinblick auf bestehenden Abrüstungsverträge sorgfältig von einem Gremium von Experten des Außen- und Verteidigungsministeriums überprüft werden. Spezifischen Detailfragen wich er jedoch mit der Bemerkung aus, man möge sich an den Abrüstungs-Spezialberater des Präsidenten, Paul Nitze, wenden.

Spekulationen um ABM

Da sich auch NATO-Generalsekretär Lord Carrington der ABM-Diskussion mit dem Hinweis entzog, er sei kein Jurist, verbreiteten sich schnell Spekulationen unter den Parlamentariern, daß die Reagan-Administration zur Stunde dabei sei, die Flexibilität und Belastbarkeit der ABM-Verträge hinsichtlich der SDI-Forschung neu zu überprüfen. Diese Spekulationen wurden vor allem vom demokratischen Abgeordneten Dante Fascell genährt, der behauptete: „SDI ist der Reagan-Administration offenbar so wichtig, daß sie bereit ist, dafür die ABM-Verträge zu opfern."

Moskau hält die Satelliten auch künftig fest im Griff

Reformen und Öffnung nach Westen erscheinen illusionär

JOACHIM NEANDER, Nürnberg

Wer von der Ära Gorbatschow im Ostblock tiefgreifende Reformen oder gar eine Lockerung und Öffnung nach Westen erwartet, wird sich täuschen. Zu diesem Ergebnis kamen sämtliche Referenten und beinahe alle Diskussionsteilnehmer bei der wissenschaftlichen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Europakunde in Nürnberg, die sich mit dem Generalthema „Die gegenwärtige Lage in Osteuropa" befaßte.

Selbst der Schweizer Politikwissenschaftler Professor Curt Gasteyger (Genf), der sich mit den außenpolitischen und militärischen Aspekten beschäftigte und seit Jahren eher zu einer distanzierten Betrachtung der Entwicklung neigt, formulierte: „Ich sehe nirgendwo Zeichen einer Lockerung." Im Gegenteil: Wenn er sich in Gorbatschows Position versetze, glaube er, mancherlei Gründe für eine Verschärfung des sowjetischen Kurses zu sehen. Sie würden Auflösungstendenzen im Paktsystem sogar mit verstärkter eigener Rüstung beantworten.

Abhängigkeiten

Die Armeen der Satelliten sind zwar in jüngster Zeit modernisiert worden. Ihre Munitionsausstattung, vor allem aber die ausschließlich auf die sowjetischen Schlüsselpositionen ausgerichtete Kommandostruktur, machen sie zu einem reinen Instrument der Großmacht Sowjetunion. Gasteyger folgerte: Man müsse die gesamte Verwaltung des Bündnisses offenbar im Moskauer Verteidigungsministerium vermuten.

Auch unter wirtschaftlichen Aspekten sind weitere Unabhängigkeitstendenzen im Ostblock unwahrscheinlich. Der Versuch, durch Importe und Kredite aus dem Westen die eigene Produktion zu modernisieren, ist – wie die Wirtschaftswissenschaftler Höhmann (Köln) und Schönfeld (München) nachwiesen – kläglich gescheitert und hat riesige Schulden hinterlassen. Die Wirtschaft der kleineren Ostblockländer muß mit ihren Produkten wieder auf den RGW-Markt „flüchten", unter Inkaufnahme schlechterer Produkt- und Umweltqualität.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ungarn, wo den Unternehmen und Branchen mehr Freiheit und Marktverhalten gestattet wird, werde im Westen höher bewertet als im Lande selbst, betonte der in Wien lebende ungarische Publizist Professor Paul Lendvai. Langfristig habe sich überall eine kontinuierliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und des Lebensstandards ergeben.

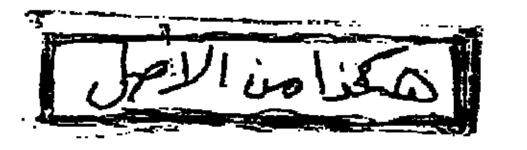
Die Regierungen in Ungarn, der CSSR und der „DDR" seien überdies in einer schwierigen taktischen Lage. Renommieren sie mit ihren wirtschaftlichen Erfolgen und dem – verglichen mit der Sowjetunion – immer noch deutlich höheren Lebensstandard, laufen sie Gefahr, von den Sowjets zu höheren Beiträgen zur Verteidigung und zu den weltpolitischen Aktivitäten des Ostblocks in der Dritten Welt gezwungen zu werden.

Stellen sie dagegen ihr Licht unter den Scheffel, liefern sie damit der neuen Führungsschicht im Kreml bequeme Argumente für eine Straffung der Zügel, wie sie etwa im berühmt gewordenen, unter dem Pseudonym „O. Wladimirow" erschienenen „Prawda"-Artikel vom 21. Juni dieses Jahres gefordert wurde. In Ungarn und Polen, sagte Lendvai, herrsche bereits „unverhohlene Angst" vor dieser Straffung.

Es knirscht im Ostblock

Einen interessanten Gesichtspunkt zur Ostblock-Diskussion steuerte der in Wien lebende Schweizer Publizist Viktor Meier bei: 30 Jahre Warschauer Pakt hätten überwiegend zu einer Verschlechterung der Beziehungen der kleineren Länder untereinander geführt. Die Lage zwischen Ungarn und Rumänien sei heute so gespannt, daß man ohne die Vorherrschaft der Sowjetunion sogar von ernsthafter Konfliktgefahr reden müsse.

Die im Westen von manchen gepflegte Hoffnung, man könne den wachsenden Nationalismus im Osten sozusagen als Verbündeten westlicher Ostpolitik benutzen, habe getrogen. Nationale Eigenständigkeit und nationales Minderheitenrecht, so Meier, seien „ohne das individuelle Freiheitsrecht" offenbar wenig nützlich.



Neue Maßstäbe?

JB. – „Wer wird denn gleich in die Luft gehen. Greife lieber zur HB." Mit diesem Spruch hatte einst das HB-Männchen die deutschen Raucher umworben. Mit riesigem Erfolg. Am deutschen Zigarettenmarkt spielte das HB-Männchen jahrelang die erste Geige.

Inzwischen hat mit dem „Marlboro"-Cowboy ein rauherer Typ das Kommando als Marktführer übernommen. Die Marlboro von Philip Morris mit ihrem jungen, weltoffenen Image hat die HB überholt.

Nun wäre die BAT nicht mehr das alte Unternehmen mit dem vermutlich besten Marketing der Branche, würde sie dieser Entwicklung tatenlos zusehen. Also hat sie sich eine Promotion für die Marke HB ausgedacht, die das Generalthema der HB neu variieren soll: gemeinsam Freizeit erleben, gemeinsam genießen, gemeinsam guter Laune sein. Mit der HB-Erlebnis-Expedition '86, so glauben die BAT-Marktstrategen, ist die Promotion einer neuen Dimension herausgekommen. Eine Gruppe von sieben Menschen wird im Mai 1986 auf Expedition in den Süd-West-Pazifik gehen. Fürwahr, nicht schlecht. Aber ist da nicht ein Konkurrent, der ebenfalls „Abenteuer-Reisen" veranstaltet? Ist der BAT tatsächlich nicht anderes eingefallen, was Philip Morris für die Marlboro schon seit langem tut? Überhaupt nicht, meinen die BAT-Experten. Während Philip Morris seine Kunden mehr nach dem Motto „Einer kommt durch" in die Wüste schickt, senden wir unsere Leute in die Wildnis, um das Gruppengefühl zu vertiefen.

Wenn's der HB hilft, ist ja alles in Ordnung. Eine Promotion allerdings, die neue Maßstäbe setzt, vermögen wir nicht zu erkennen.

Verstört

HL. – Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem deutschen Ernährungsgewerbe ein bißchen die Stimmung verdorben. Brachte er es doch fertig, die Eröffnung der Anuga, des „Weltmarktes für Ernährung" als Plattform dafür zu (be)nutzen, von ihm mehr Engagement für die Dritte Welt zu fordern. Die versammelten Repräsentanten aus Ernährungsindustrie und -Handel waren sichtbar verstört, hatten sie sich doch eher auf die üblichen Ansprachen mit den besten Wünschen für ein gutes Geschäft vorbereitet. Dieses gönnt ihnen auch der Bundespräsident. Er würzte seine Wünsche aber mit dem Hinweis, daß Millionen Menschen in den Entwicklungsländern niemals die Chance haben, sich richtig zu ernähren, es sei denn, alle am Wirtschaftsleben Beteiligten gewährten mehr sinnvolle Hilfe. Den Weg dahin hat er den Anwesenden grob skizziert. Bleibt nur zu hoffen, daß ein gutes Messegeschäft und das übliche Feilschen um Prozente den Blick für diese gravierenden Probleme nicht wieder trübt.

GRIECHENLAND / Gewerkschaften kündigen Protestkundgebungen und Streiks an

Papandreou hat am Wochenende ein rigoroses Sparprogramm verkündet

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Die Abwertung der Drachme von fünfzehn Prozent gegenüber allen westlichen Währungen steht im Mittelpunkt eines rigorosen Sparprogramms, das der sozialistische Ministerpräsident Griechenlands, Andreas Papandreou, am Wochenende verkündete. Weiter sind Importrestriktionen, Preiskontrollen und die teilweise Abschaffung des Inflationsausgleichs für alle Lohn- und Gehaltsempfänger vorgesehen.

Während einer dramatischen Fernsehrede appellierte Papandreou an alle Griechen, den Gürtel enger zu schnallen, weniger Geld auszugeben und mehr zu arbeiten: „Es ist nicht mehr möglich, daß wir mehr ausgeben als wir produzieren."

Im apologetischen Ton sagte er, daß sein erstes Ziel „die Einschränkung des immer größer werdenden Leistungsbilanzdefizits" sei. In der Tat hat sich die griechische Leistungsbilanz 1985 katastrophal entwickelt: Bis Ende Juli hatte das Defizit mit 2,1 Mrd. Dollar die Höhe des Gesamtdefizits für 1984 erreicht. Bis zum Jahresende wird es nach vorsichtigen Schätzungen die Drei-Milliarden-Grenze überschreiten.

Die sinkende Tendenz bei den Gastarbeiterüberweisungen und den Deviseneinnahmen aus der Schiffahrt sowie die Zunahme der Einfuhren bei einer ständigen Abnahme der Exporte liegen der Devisenmisere zugrunde. In den ersten sieben Monaten von 1985 stiegen die Einfuhren um 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 5,8 Mrd. Dollar, während die Exporte um 7,9 Prozent auf 2,6 Mrd. Dollar zurückgingen. Durch die Aufnahme von immer neuen Auslandskrediten zu oft nicht gerade günstigen Bedingungen verschuldete sich Griechenland immer stärker bei Banken und Regierungen: Innerhalb der letzten vier Jahre hat sich Griechenlands Auslandsverschuldung auf 15 Milliarden Dollar verdreifacht.

Bei der Vorlegung seines Programms legte Papandreou Wert auf die Feststellung, daß seine Pferdekur aus freien Stücken zustandegekommen sei. Diplomaten aus EG-Ländern in Athen berichteten in diesem Zusammenhang allerdings, daß sich die Sozialisten zu diesen rigorosen Maßnahmen bereitgefunden hätten, um einen EG-Sonderkredit in der Höhe von 10,5 Mrd. DM zu erhalten.

Diese Sonderhilfe sollen die Griechen dem Vernehmen nach aufgrund des Artikels 108 der Römischen Verträge beantragt haben. Diese Regelung räumt jedem Mitgliedsstaat das Recht ein, bei seinen Partnern im Fall einer Wirtschaftskrise die Einführung von Importkontrollen zu beantragen, vorausgesetzt, daß es sich gleichzeitig zu einer Radikalkur bereitfindet.

Von dieser zweiten Abwertung in drei Jahren (nach 15,5 Prozent im Januar 1983) verspricht sich Papandreou neben einer Förderung der griechischen Ausfuhren auch eine Eindämmung der in den beiden letzten Jahren registrierten Importflut. Die Einfuhren sollen ferner dadurch gebremst werden, daß die Importeure ab sofort 40 bis 80 Prozent des Wertes vieler Importgüter für sechs Monate bei den staatlich kontrollierten Banken zinslos deponieren müssen.

Zur Inflationsbekämpfung – Athen erwartet eine Teuerungsrate von 19 Prozent in diesem Jahr – soll neben der erheblichen Einschränkung der vor drei Jahren verkündeten Anpassung aller Löhne und Gehälter an die Inflationsrate der Steuerhinterziehung massiver denn je zuvor der Kampf angesagt werden.

Ferner werden sämtliche Unternehmer und Freiberufler je nach der Höhe ihres Jahreseinkommens mit einem einmaligen Sondersteuersatz von drei bis zehn Prozent zur Staatskasse gebeten. Ebenfalls werden zahlreiche Zinssubventionen abgebaut. Den Bauern hat Wirtschaftsminister Simitis bescheidenere Preiserhöhungen als bisher in Aussicht gestellt.

Während die Industrie und Unternehmerwelt Papandreous Sparprogramm eher wohlwollend-abwartend zur Kenntnis nahm, gaben die Gewerkschaften ihrem Ärger über die Kürzung des Inflationsausgleichs freien Lauf. Elf Gewerkschaften haben bereits für diese Woche eine Reihe von Protestversammlungen und Streiks angekündigt.

TECHNISCHE ANLEITUNG LUFT

Industrie bezeichnet neues Konzept als diskriminierend

HEINZ HECK, Bonn

Den offiziellen Ankündigungen der Bundesregierung, Marktwirtschaft auch im Umweltschutz zu praktizieren, scheinen keine Taten zu folgen, fürchtet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Konkreter Anlaß für die neuerlichen Sorgen des Spitzenverbands ist die von der Bundesregierung novellierte Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA-Luft), über die am kommenden Freitag im Bundesrat abgestimmt wird.

„Als großer Wurf und Einstieg der Marktwirtschaft in das Vorschriftengestrüpp des Umweltrechts" sei die sogenannte Kompensationsklausel gefeiert worden. Danach können sich mehrere Unternehmen zu einer Sanierungsgemeinschaft zusammenschließen. Im Rahmen dieses Konzepts könnte dann einigen Unternehmen gestattet werden, ihren Schadstoffausstoß weniger zu verringern, wenn andere gleichzeitig das Soll übererfüllten.

Bedingung sei jedoch, daß insgesamt weniger emittiert werde als nach den Vorschriften der TA-Luft vorgesehen. Zudem müßten die Unternehmen binnen Jahresfrist ihren Sanierungsvorschlag den Gewerbeämtern vorlegen. Kompensation komme nur für denselben Stoff in Betracht, und es müsse sich um benachbarte Firmen handeln.

Angesichts dieser Restriktionen will der BDI nicht vom großen Wurf sprechen. Als „völlig unverständlich" betrachtet er es, daß dem neuen marktwirtschaftlichen Instrument nicht ein Einführungsbonus zur besseren Durchsetzbarkeit, sondern vielmehr „ein Erschwernispreis in Form einer zusätzlichen Emissionsminderung abverlangt wird". Das neue Konzept sei schließlich „kaum realisierbar und diskriminierend", da den Unternehmen nur ein Jahr Zeit gelassen werde. Jeder Beamte könnte sich dagegen zwei Jahre Zeit lassen für die Entscheidung, wie er das Unternehmen sanieren wolle.

Die im Regierungsentwurf enthaltene, bescheidene Kompensationsmöglichkeit werde durch den „Überbietungswettbewerb im Bundesrat" mit zusätzlichen Restriktionen zur völligen Bedeutungslosigkeit degradiert. In Wahrheit werde damit „auf ein marktwirtschaftliches, anpassungsförderndes Instrument völlig verzichtet", erklärte der BDI.

Er äußert die Überzeugung, daß der Erneuerung der Produktionsanlagen für die Luftreinhaltung wesentlich mehr Bedeutung zukomme als der derzeit vor allem diskutierten Altanlagensanierung.

Umwelt- und wirtschaftspolitisch sei es geboten, die Investitionsbelebung weiter zu stärken und die Mittel nicht in der Altanlagensanierung zu binden. Denn jede neue Anlage emittiere weniger als die alte. Nicht zuletzt deshalb sei mehr Flexibilität über die bisherigen bescheidenen Ansätze hinaus erforderlich.

Daimlers AEG-Coup

Von WERNER NEITZEL

Aller guten Dinge sind drei. Diese gängige Redewendung ließe sich auf den vom Stuttgarter Automobilriesen Daimler-Benz beabsichtigten Einstieg beim Elektrokonzern AEG anwenden. Mit dem geplanten Engagement landet das Nobelunternehmen innerhalb eines Jahres bereits den dritten Coup. Bekanntlich kaufte Daimler-Benz im März dieses Jahres MAN dessen 50prozentigen Anteil am Motoren- und Turbinenbauer MTU ab, um diesen ganz unter die Fittiche zu bekommen. Nur kurze Zeit später erwarben die Stuttgarter nach zähem Gerangel mit den zerstrittenen Dornier-Erben die Kapitalmehrheit an diesem namhaften Luft- und Raumfahrt-Unternehmen. Und jetzt soll mit dem Einstieg bei der nach bestandenem Überlebenskampf wieder schwarze Zahlen schreibenden AEG der dritte Paukenschlag folgen.

Nachhaltiger könnte kaum demonstriert werden, daß Daimler-Benz auf dem Wege vom ehemals ziemlich reinrassigen Automobil-Unternehmen zu einem Technologiekonzern voll durchgestartet ist. Der Stuttgarter Konzern entwickelt einen Appetit, der im Hinblick auf die früher geübte Reserviertheit in solchen Dingen, geradezu sensationell erscheinen muß. Dabei kommt ihm zugute, daß er vor Finanzkraft und Management-Potential geradezu strotzt. Aufkäufe auch dieser Größenordnungen lassen sich auf der Grundlage der hohen Ertragsstärke und der üppigen Liquidität mühelos verkraften.

Der Entschluß der Stuttgarter Automobilbauer, weitere Aktivitäten im Bereich moderner Spitzentechnologie zu entfalten – wozu die Engagements bei MTU, Dornier und nunmehr auch AEG zählen –, dürfe nicht so bewertet werden, daß es einen Mangel an Zukunftschancen oder gar der Ausdruck von Wachstumspessimus in den traditionellen Arbeitsgebieten gebe, hatte Daimler-Benz-Chef Werner Breitschwerdt erst auf der letzten Hauptversammlung den Aktionären versichert.

Die Verbreiterung und Ergänzung des Programms um zusätzliche High-Tech-Sparten fördere, das ist die Überzeugung in der Untertürkheimer Konzernzentrale, den „Weg des qualitativen Wachstums", den man im Automobilbau gehen wolle und müsse. Eine Diversifikation weg vom Auto finde nicht statt. Vielmehr bestehe die Auffassung, daß weiterer technischer Fortschritt im Automobilbau die Zusammenführung neuer Technologien und Werkstoffe mit den klassischen Techniken voraussetze.

Die Ausschau nach langfristig lohnenden Wachstumsfeldern treibt die Daimler-Benz-Manager schon seit geraumer Zeit um. Zwar ist der Konzern mit seiner breiten internationalen Ausrichtung und den inneren Ausgleichsmöglichkeiten bisher sehr gut gefahren. Auf diese Weise gelang es, zwei so unterschiedlich gelagerte Produktsparten, nämlich den Pkw-Bereich und den Nutzfahrzeug-Sektor, untereinander optimal abzufedern und zu einer großen Homogenität zusammenzuschweißen. Gleichwohl hat die seither relativ einseitige Festlegung auf den Fahrzeugbau trotz noch längst nicht erschöpfter Marktreserven die Suche nach geeigneten Feldern der Diversifikation nicht überflüssig gemacht.

Gab es früher manchmal mehr oder minder offen geäußerte Kritik an einem eher zurückhaltenden Kurs in der Frage des Kapazitätsausbaus bei Pkw beispielsweise oder an einer für viele Aktionärsgeschmäcker zu stark auf Risikovorsorge und Substanzanreicherung ausgerichteten Bilanzierungspolitik, so werden jetzt die Früchte geerntet. Daimler-Benz, inzwischen durch die Einbindung von MTU und Dornier ein zu Lande, zu Wasser und in der Luft von der Angebotspalette her operierender Konzern, ist, wie sich auch am Beispiel AEG zeigt, in der Lage, die dicksten Brocken zu angeln.

Daß diese jüngste sich anbahnende Verbindung in Gang kam, läuft sicherlich auf beiderseitiges Interesse hinaus. AEG braucht für eine effektive Vorwärtsstrategie Kapital und Rückhalt, wie es nur ein gut fundierter Großkonzern anbieten kann. Für Daimler-Benz dürften die AEG-Bereiche Wehrtechnik und Elektronik in erster Linie verlockend erscheinen. Auch Sparten wie Energietechnik, Bahntechnik oder gar Hochfrequenz- und Kommunikationstechnik bieten interessante Anknüpfungspunkte. Wo man sich schwierige Hausaufgaben einhandelt, das sind die AEG-Sorgen mit der Tochter Olympia und die wacklige Lage im Hausgeräte-Sektor.

AUF EIN WORT

„Die deutsche Agrarwirtschaft ist nicht nur Subventionsempfänger. *Sie hilft sich auch* selbst, wie ihre Ausfuhr beweist. So ist die Bundesrepublik Deutschland heute in diesem Bereich viertgrößter Exporteur der Welt, und Agrarprodukte sind fünftgrößter Devisenbringer unseres Landes."

Helmut Fahrnschon, Geschäftsführer der Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Bonn FOTO: W. HEGGE

„Konsumausgaben stützen Wachstum"

rtr, Hamburg

Der private Konsum erweist sich nach einer Analyse der Hamburger Vereins- und Westbank in der Bundesrepublik zunehmend als Wachstumsträger. Die Verbrauchsausgaben seien im zweiten Quartal real um 2,5 Prozent gegenüber dem ersten Quartal gestiegen. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ergebe sich sogar ein Anstieg um 3,5 Prozent. Ein Anziehen der Nachfrage sei vor allem bei Autos, Textilien, Schuhen und Bekleidung feststellbar. Die Bank führt die Konsumbelebung auf den Rückgang der Sparquote von 14 Prozent im ersten Quartal auf 12,5 Prozent im Berichtszeit*raum zurück.*

ANUGA

Bundespräsident fordert mehr Engagement für Dritte Welt

HENNER LAVALL, Köln

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat das deutsche Ernährungsgewerbe aufgefordert, sich mehr für die Länder der Dritten Welt zu engagieren. Bei der Eröffnung der Allgemeinen Nahrungs- und Genußmittel-Ausstellung (Anuga) am Samstag in Köln nannte der Präsident einige Ansatzpunkte für eine bessere Hilfe.

So gingen in vielen Entwicklungsländern sehr große Mengen an Nahrungsmitteln allein dadurch verloren, daß sie falsch behandelt oder unsachgemäß gelagert und transportiert würden. Hier gelte es für die reicheren Staaten mit ihrem hohen technischen Stand noch mehr beratend und aufklärend anzusetzen. Beim Warenaustausch zwischen den wohlhabenden und den Entwicklungsländern dürfe es ferner keine Gewinner oder Verlierer geben, mahnte der Präsident die Repräsentanten aus Ernährungs-Industrie und -Handel.

Er sei sich bewußt, daß dies sehr viel leichter ausgesprochen als praktiziert sei, meinte von Weizsäcker, aber „wir müssen uns intensiv um einen fairen Interessenausgleich bemühen". Er könne sehr wohl verstehen, daß die Ernährungsindustrie bei dem Bezug von Rohstoffen an günstigen Preisen interessiert sei, doch müßten die Entwicklungsländer ihrerseits ausreichend Devisen verdienen, um Rückständigkeit zu überwinden. Nur so hätten sie die Chance, allmählich zu einem gleichgewichtigen Handelspartner zu werden.

Auf der Anuga stellen bis zum 17. Oktober 5201 Unternehmen aus 86 Ländern, darunter 42 Entwicklungs- und Schwellenländer, ihre Erzeugnisse dem Fachpublikum vor.

US-AKTIENMÄRKTE

Zum Wochenschluß stellte sich ein festerer Trend ein

DW. New York

Mit starken Kursgewinnen beendete die Wall Street die Börsenwoche. Allein am Freitag stieg der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte um 11,87 Punkte auf 1339,94. Im Wochenverlauf ergab sich damit ein Indexplus von 11,20 Punkten. Der allgemeine Börsenindex (Nyse) beendete die Woche mit einem Plus von 0,61 Punkten bei 106,56. Im Tagesdurchschnitt wurden 95,83 Millionen Aktien umgesetzt. In der Vorwoche wechselten täglich 121,98 Millionen Stücke den Besitzer.

Ausschlaggebend für den festen Trend zum Wochenschluß waren die guten Konjunkturnachrichten sowie das Quartalsergebnis von IBM, bei dessen Bekanntgabe das Unternehmen ein starkes viertes Quartal ankündigte. Der Rückgang des Quartalsgewinns für das dritte Vierteljahr von 2,60 auf 2,40 Dollar war vom Markt bereits vorweggenommen worden.

Auftrieb gab der Börse auch der mit 2,7 Prozent überraschend starke Anstieg des Einzelhandelsumsatzes im September. Auch der Rückgang der Produzentenpreise um 0,6 Prozent im September wurde gut aufgenommen. Der Einzelhandelsumsatz wurde nach Angaben der Regierung durch die Absatzfinanzierungsprogramme der Automobilindustrie positiv beeinflußt.

Die feste Freitagstendenz könnte nach Meinung von Börsenbeobachtern auch die Richtung in dieser Woche bestimmen. Allerdings zeigen sich die Händler vorsichtig, da außer Übernahmespekulationen im Augenblick keine fundamentalen Daten vorliegen, die der Börse weitere Anregungen geben könnten. Auch das geringe Umsatzvolumen wird als Unsicherheitsfaktor gewertet.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Teilprivatisierung bei Alitalia

Mailand (dpa/VWD) – Die italienische Staatsholding IRI wird in Kürze 120 Mill. Stammaktien der von ihr kontrollierten Luftfahrtgesellschaft Alitalia (Rom) privaten Aktionären anbieten. Das Angebot betrifft 15,4 Prozent der Alitalia-Stammaktien, so daß unter Berücksichtigung der 0,7 Prozent, die sich schon jetzt am freien Markt befinden, der freie Anteil auf etwa 16 Prozent zunehmen wird. Wie dazu aus IRI-Kreisen verlautet, sind weitere Angebote von Alitalia-Aktien in der Planung, die für die ausländischen Kapitalmärkte bestimmt sind. Das Alitalia-Kapital beträgt 421 Mrd. Lire (638 Mill. DM). 1985 wird ein Umsatz von umgerechnet 6,1 Mrd. DM erwartet.

Umschlag gestiegen

Hamburg (dpa/VWD) – Der Güterumschlag in den 13 Seehäfen der Bundesrepublik ist in den ersten acht Monaten dieses Jahres verglichen mit dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Wie die Abteilung Seeverkehr des Bundesverkehrsministeriums in Hamburg mitteilte, wurden bis Ende August in diesem Jahr insgesamt 91,793 Mill. Tonnen umgeschlagen. Das waren 5,9 Prozent mehr als in den ersten acht Monaten des Vorjahres. Den größten Zuwachs erzielte Hamburg, wo der Gesamtumschlag um 17,0 Prozent auf 39,94 Mill. Tonnen stieg.

Exportkredite verbilligt

Paris (J.Sch.) – Das französische Finanzministerium hat die Freistellung der Exportkredite vom Versicherungszwang der Coface durch eine weitere kostensparende Maßnahme ergänzt: Die von der staatlichen Außenhandelsbank (BFCE) gewährte Garantie für die „gute Durchführung des Kreditgeschäfts" kann jetzt von jeder Bank gegen eine Gebühr von 0,075 (bisher 0,20) Prozent gewährt werden. Außerdem wird die Kommission für spezifische Risiken von 0,48 Prozent im Auftragswert liberalisiert, das heißt die Banken können diesen Satz nach Belieben unterschreiten.

Geringere Preissteigerung

Paris (dpa/VWD) – Die Preissteigerungsrate in Frankreich entwickelt sich weiter rückläufig. Die Verbraucherpreise stiegen nach Angaben des Statistischen Amtes INSEE in Paris im September um 0,1 Prozent. Dies bestätigte die seit Mai sinkende Tendenz. Die monatliche Preissteigerung lag im Mai noch bei 0,5 Prozent. Gegenüber September 1984 stiegen die Preise um 5,3 Prozent. Bis zum Jahresende will die Regierung den Anstieg auf 4,5 bis fünf Prozent drücken.

Für Südafrika-Sanktionen

Helsinki (rtr) – Die finnische Regierung hat gegen Südafrika ein Reihe von Wirtschaftssanktionen beschlossen, um gegen die Rassentrennungspolitik zu protestieren. In einer vom Außenministerium veröffentlichten Erklärung hieß es, es solle den Banken untersagt werden, Exportkredite an Südafrika zu verlängern oder sich an internationalen Krediten für Südafrika zu beteiligen. Zudem sollen keine Investitionen mehr erlaubt und keine Lizenzen an südafrikanische Unternehmen vergeben werden. Die Beschlüsse müssen vom Parlament noch gebilligt werden.

Wochenausweis

	7.10.	30.9.	7.9.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	64,6	64,7	64,4
Kredite an Banken	95,6	98,4	97,5
Wertpapiere	3,3	3,4	3,4
Bargeldumlauf	110,6	109,6	110,9
Einl. v. Banken	48,5	50,2	51,4
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,5	5,6	0,9

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

DIHT lehnt Sondervermögen „Arbeit und Umwelt" ab

PETER JENTSCH, Bonn

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) lehnt das von der SPD vorgeschlagene Sondervermögen „Arbeit und Umwelt", mit dem ein umweltpolitisches Beschäftigungsprogramm finanziert werden soll, ab. In seiner Stellungnahme zum Programm, die heute in der Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Bundestages vorgelegt wird, wertet der DIHT die Strategie des Sondervermögens als „kontraproduktiv" und als „Schritt in die falsche Richtung", da dieses „Beschäftigungsprogramm weder effektiven und ökonomisch effizienten Umweltschutz erzeugt, noch den notwendigen Beitrag zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit liefert".

Im einzelnen bestreitet der DIHT die von der SPD unterstellte positive Beschäftigungswirkung mit mindestens 200 000 zusätzlichen, dauerhaften Arbeitsplätzen durch das Programm, das vornehmlich durch eine Erhöhung der Energiesteuern finanziert werden soll.

Durch die Steuerfinanzierung des Sondervermögens werde darüber hinaus das für die privaten Haushalte verfügbare Einkommen geschmälert. Und zwar einmal direkt durch die Energiesteuer mit zusätzlich zwischen 4,50 bis 10,50 Mark. Weiterhin seien indirekte Mehrbelastungen zu erwarten, da die energieverbrauchenden Unternehmen ihre höheren Kosten auf die Haushalte abwälzen dürften.

Der DIHT kommt zu dem Schluß, daß das Sondervermögen nur Symptome bekämpfe, nicht aber die Ursachen der Arbeitslosigkeit , also die geringe Rentabilität zusätzlicher Arbeitsplätze.

ERNÄHRUNG 2000 / Eine Studie zum Eßverhalten der deutschen Bevölkerung

Qualität wird vor den Preis gesetzt

HENNER LAVALL, Köln

Die Schlankheitswelle rollt ungebrochen, aber genauso hartnäckig nehmen die Menschen unverändert weiter hohe Tages-Dosen an Nahrungsmitteln zu sich. Dies ist einer der Kernsätze der Studie „Mensch und Ernährung 2000", die von der Nürnberger Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK) im Auftrag der Nestlé-Gruppe Deutschland erarbeitet und jetzt auf der Anuga in Köln vorgestellt worden ist. Basis dieser Studie war nach Angaben der GfK die Fortschreibung gesicherter Datenbestände und die Befragung von Wissenschaftlern sowie jungen Erwachsenen.

Das Verhalten der deutschen Bevölkerung wird sich danach in den kommenden 15 bis 20 Jahren ernährungsphysiologisch wenig ändern: Der Pro-Kopf-Verbrauch an Ernährungsenergie wird weiter bei gut 3300 Kilokalorien liegen. Der Wert ist schon in den 60er Jahren erreicht worden und verharrt seitdem auf diesem hohen Niveau. Damals allerdings waren die Belastungen durch körperliche Arbeit erheblich höher als heute oder als sie zum Beginn des 21. Jahrhunderts zu erwarten sein werden. Auch die Bestandteile der Nahrung bleiben weitgehend unverändert, sagt die Studie voraus. „Wie bereits unsere Vorfahren im 19. Jahrhundert, werden wir große Mengen an Fetten, Kohlehydraten und Eiweißen konsumieren", heißt es da, „obwohl der Anteil körperlicher Arbeit auf weniger als 20 Prozent zurückgehen wird."

Dagegen erwarten die Forscher in den kommenden Jahren zum Teil gravierende Änderungen beim ernährungspsychologischen Verhalten der deutschen Bevölkerung. Essen und Trinken würden zunehmend in den Freizeitbereich integriert. Die Eßkultur werde mit der Ausbreitung von Bildung und Wohlstand Modellcharakter erhalten. Die genußorientierte Haltung gerade der jungen Generation werde weiter zunehmen, mit der Folge, daß auch im Ernährungsbereich Abwechslung und Aktivierung der Sinnesvielfalt als wünschenswert angesehen wird.

Die Käufer von Lebensmitteln im Jahr 2000 würden zudem „viel mehr als heute die Qualität vor den Preis setzen". Dabei spiele künftig Natur und Umwelt bei der Qualitätsbemessung von Lebensmitteln eine stärkere Rolle.

Das heiße allerdings nicht, daß industriell gefertigte Nahrungsmittel chancenlos gegen den derzeitigen Bio- und Öko-Trend seien. Im Gegenteil: Nach der Studie haben sich 90 Prozent aller Befragten mit dem Angebot der Lebensmittelindustrie zufrieden gezeigt. „Auch nach den jüngsten Vorfällen bleibt der Ruf der Industrie-Lebensmittel im großen und ganzen erhalten."

ITALIEN

Pkw-Absatz ist gestiegen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italien hat alle Aussichten, in diesem Jahr die anderen Gemeinschaftsländer an Dynamik der Autozulassungen zu übertreffen. In den ersten neun Monaten stieg der Automobilabsatz auf dem italienischen Markt gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 8,3 Prozent auf 1 362 584 Einheiten. Daran waren die ausländischen Marken mit etwa 40 Prozent beteiligt. Verkaufsstärkstes Modell blieb wie im Vorjahr der Fiat Uno; unter den ausländischen Modellen blieb der Renault 5 der Verkaufsschlager. An fünfter Stelle stand der VW-Golf, der mehr Zulassungen aufwies aus der Fiat Ritmo.

Nach Schätzungen des Marktforschungsinstituts Marketingsystems werden die Einfuhren im Ganzjahr 1985 rund 680 000 Stück erreichen, 75 000 Einheiten oder 12,4 Prozent

mehr als im vergangenen Jahr. Demgegenüber werden die Ausfuhren voraussichtlich um acht Prozent auf 442 000 und die Produktion um 1,3 Prozent auf 1 420 000 zurückgehen.

Von den Marken des Fiat-Konzerns, der in den ersten neun Monaten am Gesamtabsatz mit knapp über 52 Prozent beteiligt war und damit gegenüber der gleichen Vorjahreszeit eine leichte Abnahme erfuhr, schnitt am besten die Marke Lancia ab, die mit zehn Prozent Marktanteil ihre Stellung erneut leicht ausbaute. Das zweitgrößte italienische Automobilunternehmen, Alfa Romeo, kam auf eine Quote von sieben Prozent. Für Alfa Romeo – Verlust inzwischen auf 300 Milliarden Lire gestiegen – könnten sich Absatzschwierigkeiten ergeben: Das Unternehmen steht vor dem Zwang, sein Modellangebot besser zu positionieren. Das völlig erneuerte Spitzenmanagement bei Alfa Romeo wird die Sanierungsbemühungen verstärken. Größtes Problem ist, den break even point bei einer Kapazität von 0,4 Mill. Autos von jetzt 300 000 auf einen Ausstoß von 220 000 Fahrzeugen zu senken.

Im kommenden Jahr schätzt Marketingsystems die Neuzulassungen in Italien auf nur noch 1 660 000 Stück, wobei die Ausfuhr leicht auf 460 000 zu- und die Einfuhren auf 656 000 abnehmen dürften.

INNSBRUCKER TAGE / 230 Wirtschaftler und Politiker diskutierten unter dem Motto „Wagen statt wägen"

„Wir spielen Titanic – aber im Trockendock"

PETER GILLIES, Innsbruck

Unternehmer lassen sich gern und oft wirtschaftspolitisch sowie psychologisch runderneuern. An einschlägigen Kongressen und Tagungen mangelt es deshalb nicht. Man sucht die Nähe der Unternehmerkollegen, den Zuspruch der Politik, man will argumentativ nachtanken. Die „10. Innsbrucker Tage 1985" am Wochenende in Tirol fallen aus mehreren Gründen aus dem Rahmen.

Den rund 230 Teilnehmern aus der Bundesrepublik bietet sich eine ungewohnte Kulisse: Vor dem Hintergrund der Tiroler Bergwelt debattieren unter Leitung des deutschen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger: Matthias Wissmann (CDU), Theo Waigel (CSU), Josef Ertl (FDP), Joachim Müller (die Grünen), Herbert Ehrenberg (SPD). Im Publikum sitzen Unternehmer und Manager vor allem aus dem Handel, Politiker und hohe Beamte.

„Wagen statt wägen" lautete das Motto, eine Art kategorischer Imperativ für die Unternehmer und ihr Risikobewußtsein. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Soziales, aus dem fernen Bonn eröffnet und bekennt, daß heute bereits viel Wagemut dazu gehöre, die wortreiche Mittelposition der Gesellschaftspolitik zu beziehen, statt der vereinfachten Patentformeln. Fortschritt, Wohlstand und Freiheit – jene Begriffe aus den ideologischen Steinbrüchen – brauchten heute dringend Differenzierungen: Der Fortschritt biete weit mehr Spielräume, als dies „Fetischisten des Sachzwanges" suggerierten; der Wohlstand erfordere eine neue Sensibilität für die menschliche Zuwendung, und die Freiheit sei weit mehr als der Egoismus der Selbstverwirklicher.

Norbert Blüm rechnet mit dem Kampfbegriff der „neuen Armut" ab und erläutert die steigenden Sozialabgaben; er weist darauf hin, daß der Wohlstand auch an den Rentnern keineswegs vorbeigegangen sei. „Nicht die leeren Geldbeutel, sondern die kalten Herzen" seien das Problem der heutigen Sozialpolitik, meint Blüm, dem seinerseits die Herzen der anwesenden Manager zufliegen. Man mag seine flotten Sprüche und seine zugespitzten Sottisen.

Wagen statt wägen – hat die Bundesrepublik bei ihren Problemen der Arbeitslosigkeit oder der Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu lange gezögert? Zu Lasten der Arbeitslosen habe sich ein „Festungsrecht" herausgebildet; es wurde von den Gewerkschaften für die Arbeitsbesitzer – und nur für sie – geschaffen. Hier „müßten Zugbrücken heruntergelassen werden", fordert der Minister, damit auch die Arbeitslosen wieder eine Chance erhielten.

Philipp Jenninger gab das Wort an Blüms Vorgänger im Amte, Herbert Ehrenberg (SPD), weiter. Jener meinte, die neue Armut sei erstens keine Erfindung der Gewerkschaften, sondern eine von Heiner Geißler, und zweitens belege die Statistik, daß derzeit drei statt zwei Millionen Deutsche an der Armutsgrenze lebten. Hier wie bei der Arbeitslosigkeit sei die Zeit des Wägens vorbei.

Josef Ertl, Bundesminister a. D., ermunterte die Teilnehmer zu „etwas mehr Fröhlichkeit". Er ironisierte das unternehmerische Selbstbewußtsein mit der Bemerkung, die Manager wollten „ein bißchen Weltuntergang, aber mit Wohlstand". Und Norbert Blüm stieß nach: Er kenne die Herren zur Genüge, die im Smoking mit Sekt die Krise beschwörten. „Wir spielen Titanic – aber im Trockendock."

Die Runde diskutierte im Tirolerischen den Kapitalmangel und die Kapitalflucht, die Umwelt- und die Steuerpolitik. Als Herbert Ehrenberg vorschlug, den Unternehmensgewinn geringer zu besteuern, wenn er investiert werde, höher dagegen in Form einer Finanzanlage und sich dabei auf Lothar Späth berief, fühlten sich einige Herren zum Eingriff herausgefordert. Hans Friderichs, Bundesminister a. D., nannte es eine Form der Investitionslenkung, wenn der Fiskus moralische Abstufungen für den Gewinn einführte. Und Otto Schlecht, seit je Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, warnte die CDU davor, auf die Schalmeien einer gestaffelten Gewinnbesteuerung hereinzufallen.

Die in die Bergidylle Tirols gereisten Unternehmen blieben weitgehend sprachlos, überließen das Feld den Politikern und Wissenschaftlern. Gleichwohl waren sie angetan von diesen „Innsbrucker Tagen", die seit 1967 alle zwei Jahre stattfinden. „Erfunden" wurden sie von einem Familienunternehmen, der Unternehmensgruppe Pott-Racke-Dujardin. Ihr umtriebiger Vorstandsvorsitzender Harro Moller-Racke hatte 1967 gegen die damals drohende Branntweinsteuererhöhung getrommelt und dafür die Form einer Tagung gewählt. Seither haben sich die Themen dieser Treffen weit vom Lobbyismus einer Einzelfirma entfernt. Welthandel, Ordnungspolitik, Wettbewerb, Leistung, Bürokratisierung oder Protektionismus waren Schwerpunktthemen der Tagungen. Die wissenschaftliche Leitung übernahm der eloquente Finanzwissenschaftler Prof. Clemens-August Andreae (Innsbruck).

EG-PROGNOSE / Export verliert an Bedeutung

Wachstum bleibt bescheiden

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft muß sich weiterhin mit bescheidenen Wachstumsraten zufriedengeben. Dies zeigen die jüngsten Konjunkturvoraussagen der EG-Kommission. Danach rechnen die Brüsseler Experten für 1985 im Zehner-Europa mit einem Anstieg des Brutto-Inlandsproduktes um real 2,3 Prozent und für 1986 um 2,5 Prozent. 1984 hatte der Zuwachs 2,2 Prozent betragen.

Wie andere Sachverständige meinen auch die Kommissionsdienststellen, daß der Export als Konjunkturstimulanz an Bedeutung verlieren wird, da das Wachstum des Welthandels abnehme. Dafür sei mit einer Verstärkung der internen Nachfrage zu rechnen.

Der private Verbrauch wird nach der EG-Voraussage von einem höheren verfügbaren Einkommen der Haushalte (plus 2,3 Prozent gegenüber 1,5 Prozent 1985) profitieren, das wiederum durch die sinkenden Inflationsraten begünstigt wird. Der Erfolg der Gemeinschaft im Kampf gegen die Inflation zeigt sich darin, daß der „Deflator" (Inflation gemessen am Bruttosozialprodukt) des privaten Verbrauchs im EG-Durchschnitt 1985 nur noch 5,2 Prozent betragen wird. Das ist weniger als die Hälfte des Wertes von 1981 und um so bemerkenswerter, als die Kursschwäche des Dollar Druck auf die Importpreise ausgeübt hat.

Die Teuerungsrate wird im EG-Durchschnitt 1986 auf unter vier Prozent zurückgehen, was seit den sechziger Jahren nicht mehr der Fall war. Hinter diesem Durchschnitt verbergen sich allerdings nach wie vor erhebliche Unterschiede in der Gemeinschaft. So muß Griechenland auch 1986 noch mit einem Preisauftrieb von 16 Prozent rechnen, Holland, die Bundesrepublik und Dänemark mit unter zwei Prozent.

Trotz der nur schwachen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten kann nach Meinung der EG-Sachverständigen mit einer Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten gerechnet werden. So soll sich die Zahl der Arbeitsplätze, verglichen mit dem Jahresdurchschnitt 1984, bis Ende nächsten Jahres um rund 900 000 erhöhen. Dieses Wachstum werde wegen der zunehmenden Zahl von Erwerbsfähigen gerade ausreichen, um die Arbeitslosigkeit in der EG zu stabilisieren. So rechnet die Kommission für 1985 mit einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 11,2 Prozent und 1986 von 11,1 Prozent, verglichen mit 7,3 Prozent und 7,7 Prozent in den USA sowie 2,5 und 2,6 Prozent in Japan.

MARKENARTIKEL-FORUM / Abstriche an der Qualität zahlen sich nicht aus

„Herunter vom niedrigsten Tagespreis"

HANNA GIESKES, Köln

Gute Nachrichten für den deutschen Verbraucher: Die Konsumgüter-Hersteller wollen in Zukunft nur noch Qualität produzieren; der Handel verspricht, nur noch Qualität zu verkaufen. Das ist das Fazit des diesjährigen Markenartikel-Forums, zu dem sich Produzenten und Händler am Vorabend der Anuga in Köln getroffen haben.

Was so selbstverständlich klingt, ist die verbale Flucht vor der Philosophie des niedrigsten Tagespreises, die den Lebensmittel-Einzelhandel und seine Lieferanten aus der Industrie seit Jahren gleichermaßen belastet. „Wir müssen aus dieser Einbahnstraße heraus", forderte Jürgen Kiefer von der Deutschen Spar, denn er sehe die Gefahr, „daß am Ende nicht mehr die Qualität in der Packung ist, die der Verbraucher erwartet".

„Das Risiko besteht", räumte Alfred Hellmann aus dem Management des Oetker-Konzerns ein. Es habe sich herausgestellt, daß die Verbraucher Abstriche an der Qualität zugunsten des Preises bei Markenartikeln nicht akzeptierten. Absatzeinbußen seien die Folge. Oetker werde sich darum aus dem unteren Preissegment bei Fertig-Desserts zurückziehen.

Gerhard Ackermanns vom SB-Warenhaus-Unternehmen Allkauf, dem die Konkurrenz eine eher aggressive Preispolitik nachsagt, legt trotz „schmaler Kalkulation" Wert auf die Qualität der Produkte, die er verkauft: „Letztlich muß sich der Handel auch damit profilieren." Und für Erich Greipel von der co op „gibt es keinen Kompromiß, wenn die Industrie daran dreht".

Beide wehren sich dagegen, „daß immer dem Handel der Schwarze Peter zugeschoben wird", wenn die Güte zugunsten des Preises leidet. Die Hersteller beklagten sich über marktstarke Einzelhändler, die immer niedrigere Preise wollten, „aber wo will die Industrie ihre Riesensortimente denn sonst unterbringen"?

Sie möge froh sein, wenn sie ihre Marken beim Handel wiederfindet, empfahl Ackermanns, und Beiersdorf-Manager Pay Petersen hinwiederum bestand darauf, „daß es keinen Zweifel an der Berechtigung der Markenartikel im Sortiment des Handels gibt"; sie sorgten dort immerhin für das nötige „kalkulatorische Polster".

Es wurde indes deutlich, daß manche Markenartikel dies nicht leisten. Mit ihnen seien zwar hohe Umsätze zu holen, aber keine Renditen. Es sind genau jene Produkte, die den Handel immer wieder dazu verleiten, mit Niedrigstpreisen auf Kundenfang zu gehen. Mit allen Risiken, „denn wenn wir den Verbraucher ständig in Wechselbäder stürzen, verliert er sein Vertrauen".

Fiat wird mit GM zusammenarbeiten

GÜNTHER DEPAS, Turin

Zwischen dem Turiner Fiat-Konzern und General Motors sind Verhandlungen über eine Zusammenarbeit im Gange, die die Bereiche außerhalb der Automobil- und Nutzfahrtzeugindustrie betreffen. Italienische Beobachter von Fiat vermuten in diesem Zusammenhang, daß sich die Gespräche auf die Industrie-Automatisierung sowie auf die Beteiligung von Fiat an den Luftfahrt- und Raumfahrtprogrammen von General Motors beziehen.

In diesem Zusammenhang weisen italienische Branchenexperten darauf hin, daß die Fiat-Tochter Comau General Motors bereits mit Fertigungs- und Montagerobotern ausgerüstet ist. Diese Zusammenarbeit könnte jetzt im Rahmen des Saturn-Projekts von General Motors erweitert werden, mit dem der US-Konzern seine Automatisierung vorantreiben will.

Für das Saturn-Projekt wird General Motors 16 Milliarden Dollar ausgeben. Weitere Kooperationsmöglichkeiten sehen Beobachter auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt, auf dem General Motors jetzt ebenfalls tätig zu werden begonnen hat. Schließlich hat der Automobilkonzern vor kurzem die Kontrolle von Hughes Aircraft, einem der großen US-Rüstungskonzerne, übernommen.

RENTENMARKT / Spekulanten machten Kasse

Kurse wieder leicht erholt

Mit einem Renditenanstieg um mehr als einen Viertelprozentpunkt wurden innerhalb von nur vier Tagen die Kursgewinne von ein paar Wochen verspielt. Am Wochenende drehte sich der Markt allerdings wieder; was vorher stattfand, unterstützt durch einige Abgaben aus dem Ausland, war das „Großreinemachen", das man schon lange befürchtet hatte. Oder, anders ausgedrückt, jetzt kam die Quittung für die übertriebene Spekulation auf eine Zinssenkung in den Sommerwochen. Alle anderen Begründungen für den Kurseinbruch waren mehr oder weniger an den Haaren herbeigezogen. Entsprechend haben sich die Chancen für einen soliden Zinsrückgang, soweit dies abzusehen ist, verbessert. (cd.)

Emissionen	11.10. 85	4.10. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,02	5,82	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,27	6,12	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,18	6,01	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,40	6,29	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,11	6,00	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,75	5,62	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,80	6,68	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,12	5,99	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,82	6,67	7,20	8,06	8,45

UDSSR / Kredite aus dem Westen für Technologie-Importe

Vorsichtige Schuldenpolitik

VWD, Moskau/Berlin

Die Höhe der sowjetischen Kreditaufnahme im Westen ist vom Umfang der Technologie-Importe abhängig. Für große Vorhaben im Rohstoffbereich, die einen längeren Realisierungszeitraum erfordern, sei man auch auf hohe Kredite angewiesen, erklärten Sprecher der Bank für Außenhandel der UdSSR in einem VWD-Gespräch in Moskau. Allerdings ist man in Moskau nicht erst seit dem Polen-Debakel vorsichtiger geworden. Die Sanktionsmaßnahmen Anfang der 80er Jahre und der politische Druck gegen die Realisierung des letzten Erdgas-Röhren-Geschäfts haben das gegenseitige Vertrauen beeinträchtigt, erklärte Wladimir N. Gorjunow, stellvertretender Generalmanager der Bank. Man solle und man werde nicht von westlichen Krediten abhängig sein.

Es sei illusionär, die UdSSR dadurch wesentlich beeinflussen zu können. Oleg P. Tetersky von der Auslandskreditabteilung meinte ergänzend, am gesamten Investitionsprogramm der UdSSR gemessen, seien die Auslandskredite nur „kleine Fische". Für die UdSSR sei es wichtig, mit ihren westlichen Partnern langfristig zusammenarbeiten zu können. Für einzelne Formen der Finanzierung hat man keine besondere Präferenz. „Je billiger die Kredite sind, desto besser". Zur Frage der Kompensationsgeschäfte – Geschäfte, bei denen mindestens zum Teil Ware gegen Ware gehandelt wird – nimmt man in der Außenhandelsbank eine gelassene Haltung ein. Große Projekte in den Rohstoff- und Halbwarenbereichen – Erdgas, Kupfer, Nickel, Chemie – seien nicht problematisch.

Ohne Kompensation – also ohne feste Lieferverträge – könnten Großvorhaben nicht verwirklicht werden. Die UdSSR habe schwere Hindernisse bei ihrem Zugang zum Weltmarkt zu überwinden, brauche deshalb eine gewisse Garantie für ihren Absatz.

Gorjunow erklärte zur Nettodevisenposition der UdSSR, die Auslandsaktiva seien seit Anfang der 80er Jahre größer geworden. Die UdSSR habe große Hilfe an sozialistische Länder – in erster Linie Polen – auch in konvertierbarer Währung geleistet. Dabei nannte er einen Betrag von umgerechnet etwa 3,36 Mrd. DM.

NAMEN

Paul L. Müller, Pressechef der Sperry GmbH, Sulzbach, wird am 15. Oktober 65 Jahre alt und tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Helmut Nollert, bisher in der Presseabteilung der Nixdorf Computer AG.

Hans Faber, bis Ende 1984 Vorstandsvorsitzender des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie (HDI), Hannover, vollendet am 15. Oktober sein 65. Lebensjahr.

Dr. **Alexander Xingas** wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Carl Schenck AG, Darmstadt, berufen. **Jan Wittstock** wurde per 1. Oktober zum Generalbevollmächtigten des Unternehmens ernannt.

Casper Monforts von Hobe, geschäftsführender Gesellschafter der Monforts-Unternehmensgruppe, Mönchengladbach, wird am 15. Oktober 70 Jahre alt.

Wochenschlußkurse

New York

	11.10.	4.10.
Adv. Micro Dev.	24,125	24,75
Aetna Life	45,125	44
Alcan Aluminium	24,5	25
Alcoa	33,25	32,5
Allied Chemical	43,5	44,375
AMR Corp.	39	38,575
Amax	12	13,575
Am. Cyanamid	49,375	49,5
Am. Express	41,625	41,5
Am. Motors	3	2,875
Am. Tel. & Telegr.	21,25	21,25
Amoco Corp.	67,125	69,125
Asarco	17,875	19,25
Atlantic Richfield	62,375	62,75
Avon Products	25,75	24,75
Bally	16,625	16,375
Bk. of America	14,375	13,875
Bethlehem Steel	14,5	16,875
Black & Decker	18,25	18
Boeing	43,625	45,125
Brunswick	36,25	36
Burroughs	52,875	55,75
Caterpillar	34,875	35,75
Celanese	127,25	126
Chase Manhattan	53,625	50,25
Chrysler	38	36,75
Citicorp	43	42,625
City Investing	–	–
Clorox	41,125	42,375
Coca-Cola	70,25	69,625
Colgate	27	27
Commodore	10,125	9,625
Comwlth. Edison	27,75	28
Comm. Satellite	33,75	32,625
Control Data	18,625	14,375
CPC Int.	47,5	46,125
Curtiss Wright	35,125	35,75
Deere	25,5	25,75
Delta Airlines	38,875	39
Digital Equipm.	106,125	107
Dow Chemical	35,25	34,375
Du Pont	58,5	59,5
Eastern Gas-Fuel	23	23,25
Eastman Kodak	44,625	44
Exxon	53	51,75
Firestone	18,5	19
Fluor	16,125	14,5
Ford	44,75	44,625
Foster Wheeler	11,375	11,75
Fruehauf	34,375	34,375
GAF Corp.	37,875	38,25
General Dynamics	68	70
General Electric	58,75	56,875
General Foods	118,875	118,375

	11.10.	4.10.
General Motors	69,75	67,625
Gen. T. & E.	39	39,25
Goodrich	31,125	31
Goodyear Tire	27,25	26,75
Grace	39,375	38,875
Halliburton	25,25	25,375
Heinz	29	57,75
Hewlett Packard	30	32
Homestake	24,75	24,875
Honeywell	60,375	60,25
IBM	125,375	123,625
Int. Tel. & Tel.	34,625	34,625
Int. Harvester	6,875	7
Int. Paper	46,375	45,75
Int. North. Inc.	45	44,375
Jim Walter	33,875	33,25
Litton Industries	70,75	69
Lockheed Corp.	44,375	46,75
Loew's Corp.	44,75	45,125
Lone Star	28,375	26,625
Louisiana Land	32,25	33,875
LTV Corp.	5,5	6
Mc Dermott	25	22,25
Mc Donnel Doug.	66,625	70,875
Merck & Co.	109,5	106,625
Merrill Lynch	28,125	28,375
Mesa Petroleum	15,875	16,625
MGM (Film)	24,875	25,125
Minnesota M.	76,5	76,25
Mobil Oil	29,75	29,625
Monsanto	41,75	44,75
Morgan J.P.	49,125	46,875
Nat. Semiconductor	11,125	11,875
National Steel	26,375	26,625
NCR	32	31,875
Newmont	44,5	44,625
PanAm World	7,625	7,375
Pfizer	45,875	44,5
Philbro	37,75	35,25
Philip Morris	73,125	73,625
Philips Petroleum	12,375	12,75
Pittston	13,5	13,25
Polaroid	35,25	34,625
Prime Computer	16	16
Procter & Gamble	56,875	56,25
RCA	44,875	45,625
Revlon	55,375	53,75
Reynolds Ind.	25,75	26,375
Rockwell Int.	35,625	34,5
Rorer Group	41,75	46,875
Schlumberger	34	34,75
Sears, Roebuck	32,375	34,5
Singer	36	36
Sperry Corp.	47,75	49,75
Stand. Oil Calif.	30,25	34,375
Storage Techn.	2	2
Tandy	34,5	33,625
Teledyne	234,75	235,5

	11.10.	4.10.
Telex Corp.	43,875	43,875
Tesoro	9,875	10,375
Texaco	37	37
Texas Instrum.	90	92,875
Tosco	3,625	3,5
Trans World Corp.	36,875	38,375
Transamerica	28,25	28,25
Travellers	41,625	41,75
UAL	50,5	47,375
Uccel Corp.	15	15,125
Union Carbide	54,875	52,625
Union Oil of Calif.	28,375	28,75
US Gypsum	38,25	37,875
US Steel	31,125	32,125
United Technologies	37,125	37,75
Walt Disney	88,5	85,5
Warner Comm.	35,25	34,25
Westinghouse E.	38,25	37,375
Weyerhaeuser	26,5	27,25
Whittaker	21,125	20,875
Woolworth	49,75	49,875
Xerox	47,25	47
Zenith Radio	14,75	17,125
Dow Jones Index	1339,94	1328,74
Stand. & Poors	184,28	183,22

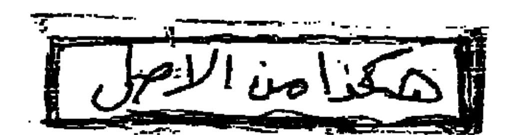
Toronto

	11.10.	4.10.
Abitibi-Price	18	–
Alcan Alu.	33,375	34,25
Bk. of Montreal	29,25	29,625
Bk. of Nova Scotia	12,25	12,75
Bell Cda Enterprises	40,875	41,375
Bluesky Oil	3,45	3,6
Bow Valley Ind.	13,625	14,5
Brenda Mines	8,75	–
Brunswick M & Sm.	13,575	17
Cdn. Imperial Bk.	36	36,625
Cdn. Pacif. Enterpr.	26,125	26,5
Cdn. Pacific Ltd.	16	16,25
Cominco	13	12,75
[illegible] Res.	2,75	2,8
Denison Mines	13,5	13
Dome Petroleum	2,67	2,68
Dofasco	18,625	18,375
Falconbridge Ltd.	17,575	17,5
Great Lakes Forest	17,5	16,25
Gulf Canada	19,875	19,875
Gulfstream Res.	1,2	1
Hiram Walker Res.	30,75	31
Hudson Bay Mng. Sp.	6,25	6,25
Husky Oil	9,25	9,5
Imperial Oil -A-	50,375	51,125
Inco	16	16,125
Inter City Gas Ltd.	15,875	15,75
Interprov. Pipeline	42	42
Kerr Addison	15	15
Lac Minerals	33	33,25
Massey Ferguson	3,35	3,05
Moore Corp.	24,875	24,875
Noranda Mines	14,75	14,875
Norcen Energy Res.	15,125	15,5
Northgate Expl.	4,1	4,3
Northern Telecom.	45,875	44,375
Nova An Alberta 'A'	6	6,125
Nu West Group	0,4	0,4
Oakwood Petrol	8,5	7,25
Placer Development	22,5	23,25
Provigo Inc.	24,75	25,5
Ranger Oil	4,5	4,45
Revenue Properties	2,2	2,2
Rio Algom	22,375	22,25
Royal Bk. of Can.	29,875	30,25
Seagram	56,625	57
Shell Canada	22,875	24,25
Sherritt Gordon	7,75	7,625
Stelco -A-	19,75	19,875
TransCda. PipeLines	24,375	20,25
Westcoast Transm.	16,625	16,75
Index TSE 300	2618,10	2646,30

Tokio

	11.10.	5.10.
Alps.	1570	1220
Bank of Tokyo	775	757
Banyu Pharma	684	695
Bridgestone Tire	546	545
Canon	1140	1010
Daikin Kogyo	655	621
Daiwa House	983	942
Daiwa Sec.	875	895
Eisai	1300	1310
Fuji Bank	1540	1540
Fuji Photo	2140	1960
Fuji Radio	1950	1950
Hitachi	697	652
Honda	1160	1100
Ikegai Iron	336	341
Isetan	789	777
Ito Yokado	2980	2830
Japan Air	5160	5200
Japan Met.	332	317
Japan Syn. Rubber	340	348
Kajima	543	564
Kansai Elec.P.	2090	2150
Kao Soap	999	955

	11.10.	5.10.
Kawasaki H	229	232
Kawasaki S	160	162
Kirin Brewery	758	755
Komatsu	565	560
Kubota Iron	410	404
Kyocera	3630	3750
Makita E.	987	966
Marui	1540	1560
Matsushita El. Ind.	1220	1120
Matsushita El. Wks.	970	999
Mitsubishi CP	647	641
Mitsubishi E.	381	370
Mitsubishi Estate	1100	1090
Mitsubishi Heavy I.	450	452
Mitsui Co. Ltd	466	473
Mitsukoshi	690	697
Mitsumi E	695	650
Nichicon	694	–
Nihon Cement	341	339
Nikko Sec.	830	831
Nippon E.	1080	979
Nippon Kokan	151	151
Nippon Oil	794	780
Nippon S.	189	197
Nippon Yusen	375	377
Nissan Motor	597	589
Nomura Sec.	1710	1710
Olympus	1050	1000
Penta-Ocean	402	411
Pioneer	1670	1540
Renown	771	760
Ricoh	924	836
Sankyo	1040	1060
Seiyu Stores	724	719
Sekisui Pref.	965	956
Sharp	828	768
Shiseido	1140	1130
Sony	3680	3450
Sumitomo Bank	1740	1770
Taisei Corp.	400	411
Taisho Marine	630	640
Takeda Chem.	875	895
Teijin	549	553
Tokyo Elec.	1070	989
Tokyo Gas	318	324
Tokio Marine	958	969
Tokyo El. Power	2610	2660
Toray Ind.	574	467
Toshiba Elec.	400	368
Toto	925	915
Toyo Kogyo	409	399
Toyota Motor	1140	1080
Yamaichi	785	785
Yamanouchi	3170	3090
Yamaha	460	–
Yamazaki	857	841
Index	1057,40	1025,80



GEWINNSCHÄTZUNG / BHF-Bank: Anstieg 1986 geringer

Chemiewerte relativ günstig

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nach einer Gewinnsteigerung um durchschnittlich 18,9 Prozent im letzten Jahr und um 20,4 Prozent in diesem Jahr wird nach Schätzung der BHF-Bank 1986 ein relativ bescheidener Gewinnanstieg um 5,4 Prozent bei den 58 von den Analysten der Bank unter die Lupe genommenen Unternehmen erreichbar sein. Die BHF-Bank begründet dies mit der nachlassenden Dynamik der Exporte und dem Wegfall der dollarkursbedingten Zusatzgewinne. Dies gelte besonders für die Farbennachfolger und einige Automobilproduzenten.

So erwartet die Bank für die Großchemie 1986 die gleichen Gewinne wie für 1985, die gegenüber dem Vorjahr bei BASF von 33,50 auf 41 DM je Aktie, bei Bayer von 38 auf 41 DM und bei Hoechst von 35 auf 38 DM steigen. Zu den Kursen von Ende September werden alle drei Titel mit weniger als dem Sechsfachen der für 1986 geschätzten Gewinne bewertet, womit sie die analytisch billigsten Papiere an der deutschen Börse sind. Die Henkel-Aktie zählt beim aktuellen Kurs mit einem Kurs/Gewinn-Verhältnis von 14,5 zu den teuersten Werten der Branche. Bei Porsche rechnet die BHF-Bank mit einem Gewinnanstieg von 94 auf 155 DM in diesem Jahr und mit einem Rückgang auf 140 DM 1986, während sie für Daimler eine stetige Gewinnverbesserung von 61 über 78 auf 85 DM erwartet.

Überdurchschnittliche Gewinnsteigerungen sollten in der Elektrobranche möglich sein, so bei Nixdorf von 18,50 über 22,50 auf 27 DM und bei PKI von 34 über 38 auf 42 DM. Auch bei Siemens rechnet die Bank mit deutlich erhöhtem Gewinn.

Eine ebenfalls günstige Entwicklung erwartet die Bank im Maschinenbau, wo sie einen Gewinnanstieg von 6 auf 13 DM von 1985 auf 1986 bei GHH und eine Ertragsverbesserung von 13 über 22 auf 28 DM bei Mannesmann für wahrscheinlich hält. In der Stahlbranche rechnet die BHF-Bank mit einem Gewinnanstieg von 13 über 17 auf 21 DM bei Hoesch und von 0 über 15 auf 20 DM bei Thyssen. Im Energieversorgungsbereich erscheinen Veba, die mit einem Ertragsanstieg von 21 über 24 auf 28 DM die ersten Früchte der langfristig orientierten Ertragsoptimierungspolitik ernten, interessant. Für alle von ihr analysierten Aktien rechnet die BHF-Bank ein Kurs/Gewinn-Verhältnis von 12, das zwar über dem Durchschnitt der vergangenen 12 Jahre liegt, jedoch in Relation zu den deutlich gesunkenen Kapitalmarktzinsen gesehen werden muß.

COUTINHO, CARO + Co / Handelsgruppe in Phase der Neustrukturierung – Großauftrag aus dem Nahen Osten

Die Amerikaner halten die Zügel fest in der Hand

JAN BRECH, Hamburg

Die traditionsreiche Hamburger Handelsgruppe Coutinho, Caro + Co befindet sich in einer Phase der Neuorientierung. Helmut Sternberg, seit Jahresmitte Vorstandsvorsitzender des Stammhauses Coutinho, Caro + Co AG, räumt unumwunden ein, daß es nach der Übernahme durch den US-Konzern McDermott einen Prozeß des gegenseitigen „Lernens und Verstehens" gebe. Probleme wirft vor allem der Anspruch der Amerikaner auf, das gesellschaftsrechtlich in Form einer AG, ansonsten aber sehr flexibel geführte Handelshaus voll in den straff organisierten McDermott-Konzern zu integrieren.

Die damit verbundenen Konflikte finden ihren deutlichsten Niederschlag in der personellen Veränderung auf der Führungsebene von CCC. Mit dem Finanzchef Hennig J. Brandes wird zum Jahresende nun der dritte der vier ehemals persönlich haftenden Gesellschafter ausscheiden. Es verbleiben Sternberg und Jan J. Schütt zuständig für den Bereich Bauten und Anlagen. Neu kommen ab 1986 hinzu Klaus F. Hummel und Helmut Mamsch, beide verantwortlich für den Bereich internationaler Handel, als Brandes-Nachfolger Friedrich C. Seifarth und Axel Hansen, zuständig für Personal, Recht und Auslandsorganisation.

Mit der personellen Neubesetzung sind gleichzeitig die Weichen für eine strukturelle Neuordnung bei CCC gestellt. Daß die Amerikaner auch in diesem Punkt ihre deutsche Tochter unter Zeitdruck setzen, belegt die Tatsache, daß Sternberg dem gewünschten Termin des Alleinaktionärs (April 1988) das Motto „Vernunft vor Eile" gegenüberstellt. Geplant ist eine Verselbständigung der beiden CCC-Bereiche internationaler Handel und Anlagenbau in zwei GmbH-Gesellschaften. Die AG behält Holding-Funktion, die Sternberg mit Wahrung übergeordneter Aktivitäten und vor allem Abstimmung mit dem Großaktionär umreißt. Die Umwandlung der Holding selbst in eine GmbH, um den Amerikanern den direkten Zugriff noch zu erleichtern, steht gegenwärtig offenbar nicht zur Diskussion.

Das Ausscheiden von Brandes läßt erkennen, in welcher Richtung McDermott seinen Einfluß bei CCC uneingeschränkt geltend machen will. Die Pressekonferenz zur Kommentierung des Abschlusses 1984 und des Rumpfgeschäftsjahres 1985 (31. März) nutzt Brandes, um den Dissenz zu erklären. Trotz eines Rückgangs des Jahresüberschusses von 12 auf 2,4 Mill. DM in der AG werden für das Berichtsjahr 8 Mill. DM an McDermott ausgeschüttet. Gegenüber dem Wunsch des Großaktionärs, den Organschaftsvertrag zwischen der McDermott International Trading (MIT) Germany GmbH und der CCC-Gruppe durch Auflösung und Ausschüttung von Reserven steuerlich optimal zu nutzen, mußte die Politik bei CCC zurücktreten, in schwierigen Zeiten Reserven anzulegen.

Die derzeitige Entwicklung der Handelsgruppe nehmen sowohl Sternberg als auch der eigens zur Pressekonferenz angereiste stellvertretende AR-Vorsitzende bei CCC, Karel C.M. Thyssen, zum Anlaß, die Zusammenarbeit zwischen CCC und McDermott trotz anfänglicher Irrungen und Wirrungen insgesamt positiv zu bewerten. Das internationale Handelsgeschäft mit den Schwerpunkten Stahl und Stahlerzeugnisse erreicht in diesem Jahr Rekordumsätze und bringt nach Angaben von Sternberg sehr gute Ergebnisse.

Aus dem Schneider ist zunächst auch das problembehaftete Anlagen- und Hochbaugeschäft. Ein Auftrag über 400 Mill. DM aus den Vereinigten Emiraten, den CCC dieser Tage abgeschlossen hat, schraubt den Auftragsbestand auf 735 Mill. DM. Insgesamt, so hofft Schütt, werde der Bereich 1985/86 ausgeglichen abschließen und in den folgenden Jahren wieder Ertrag abwerfen. Das Auffüllen der Bücher bedeute gleichzeitig den vorläufigen Abschluß der personellen Anpassungsmaßnahmen.

Die schwierige Lage im Anlagen- und Hochbau hat sowohl den CCC-Abschluß für 1984 als auch den für das Rumpfgeschäftsjahr negativ beeinflußt. Trotz sehr guter Handelsergebnisse und eines Anstiegs des Weltumsatzes um 11 Prozent auf 2,1 Mrd. DM, ging der Gewinn von 29 auf 5,2 Mill. DM zurück. Für das Rumpfgeschäftsjahr weist CCC sogar einen Verlust von 2,7 Mill. DM aus. In den schlechten Ergebnissen schlagen sich einmal erhebliche Mehrkosten bei einer Großanlage in Indonesien, zum anderen hoher Sanierungsbedarf bei der US-Hochbaugesellschaft Kroll nieder. Zumindest der Fall Indonesien hat dem Klima zwischen McDermott und CCC im Anfangsstadium denn auch nicht gut getan.

Nach außen geben sich Sternberg und Thyssen alle Mühe, die künftige Zusammenarbeit zwischen CCC und McDermott in hellen Farben zu malen. Daß die Amerikaner die Zügel fest in die Hand nehmen und auch die jenseits des Teichs rauheren geschäftlichen Umgangsformen nicht aufgeben wollen, ist dennoch unverkennbar.

WEBER & OTT

Kostenstruktur bereitet Sorgen

DANKWARD SEITZ, München

Die Kapazitäten sind ausgelastet, die Auftragseingänge entsprechen dem Vorjahresniveau, und per Ende Juni stieg der Umsatz in der AG um 8 Prozent sowie um 6 Prozent im Konzern. Eigentlich eine recht günstige Ausgangslage für die im Textil- und Bekleidungsbereich tätige Weber & Ott AG, Forchheim. Doch die in der zweiten Jahreshälfte 1984 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Kostenstruktur werden bei derzeit schon nicht befriedigendem Ergebnis, wie der Vorstand schreibt, das Unternehmen „zumindest in Teilbereichen auch über das Jahr 1985 hinaus noch belasten".

An der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung der Branche konnte Weber & Ott, so der Vorstand, schon 1984 nur in Einzelbereichen partizipieren, dennoch aber den AG-Umsatz um 5,8 Prozent auf 133,2 Mill. DM steigern. Im Konzern wurden 178,2 (177,0) Mill. DM erzielt. Wegen „struktureller Schwächen" sei aber eine negative Entwicklung nicht zu vermeiden gewesen. Sorgenkind war vor allem der Gewebe-Bereich. Obwohl hier bei voller Auslastung der Weberei, begünstigt durch die gute Nachfrage, ein Umsatzplus von 15,5 Prozent erzielt werden konnte, war das Ergebnis nicht befriedigend.

Eine wesentliche Verbesserung erhofft sich der Vorstand nun aus der Zusammenfassung der Webereivorwerke und Buntlager Wunsiedel und Forchheim und der Zentralisierung in Forchheim. Diverse Kostensenkungsmaßnahmen wurden auch in den Konfektionsbereichen Damenoberbekleidung (Umsatz plus 2,9 Prozent) und Hemden (plus 2,2 Prozent) eingeleitet. Insgesamt werde dies auch zu „erheblichen" Personaleinsparungen führen. Ende 1984 beschäftigte Weber & Ott noch 1790 (1880) und im Konzern 2330 (2470) Mitarbeiter.

Zudem mußte Weber & Ott noch einen Verlust von 5,89 Mill. DM von der Tochter Kio-Jersey GmbH, Selbitz, (Umsatz 31,4 nach 41,4 Mill. DM) übernehmen. Zum Bilanzausgleich mußten dafür 5,6 Mill. DM dem Anlagevermögen zugeschrieben werden. Nach einem Steueraufwand von 0,6 (1,4) Mill. DM bleibt unter dem Strich nur noch ein Jahresüberschuß von 0,04 (0,8) Mill. DM. Auf eine Rücklagendotierung mußte ebenso verzichtet werden wie auf eine Dividende (5 DM). Das Grundkapital von 10,5 Mill. DM liegt in Familienbesitz.

WITZENMANN / Beschäftigtenzahl steigt in diesem Jahr

Breite Absatzmöglichkeiten

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für bewegliche und biegbare metallische Leitungen (Metallschläuche) und Rohre eröffnet sich trotz teilweiser Kompensation durch andere Materialien noch immer eine schier unerschöpfliche Anwendungsvielfalt. Grob skizziert reicht die Bandbreite des Einsatzes solcher Produkte, bei denen die Witzenmann GmbH, Pforzheim, eine führende Position als Spezialist besitzt, von der chemischen Industrie und Verfahrenstechnik über den Maschinen- und Anlagenbau, den Fahrzeugbau, die Energie- und Nukleartechnik, die Hüttentechnik bis hin zu Meerestechnik und Schiffbau. Selbst in der Weltraumtechnik findet Witzenmann Abnehmer.

Für 1985 erwartet das Unternehmen eine Umsatzsteigerung um 10 Prozent auf rund 130 Mill. DM, was vor allem auf die verbesserte Geschäftsgrundlage im Fahrzeug- und Maschinenbau zurückzuführen ist. Die Exportquote liegt bei etwas über 20 Prozent. Einschließlich Tochterfirmen und Beteiligungen im In- und Ausland wird der Gruppenumsatz mit 150 Mill. DM beziffert.

Bei in den letzten Jahren in etwa gleichgebliebenen Umsätzen und fast unverändertem Beschäftigtenstand von 950 Mitarbeitern habe der Jahresüberschuß regelmäßig zwei bis drei Prozent vom Umsatz ausgemacht. Im Hinblick auf die verschärfte Wettbewerbslage, den Preisverfall und den kräftigen Kostenanstieg bei Material und Personal sei die Ertragssituation in den letzten zwei Jahren allerdings etwas „anfälliger" geworden.

Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme von 90 Mill. DM wird mit einem Drittel angegeben. Die Investitionen lägen bei fünf Prozent der Gesamtleistung und bewegten sich im Rahmen der Abschreibungen. Noch 1985 wird die Beschäftigtenzahl auf über 1000 steigen.

DAIMLER-BENZ / Keine Stellungnahme zur neuen Beteiligung – Banken lösen sich vermutlich vom AEG-Engagement

Auf dem Weg zum Hochtechnologie-Unternehmen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Über die Modalitäten des Beteiligungserwerbs von Daimler-Benz am Elektrokonzern AEG sind am Wochenende zwischen Unternehmensvertretern und den beteiligten Banken intensive Gespräche geführt worden. Einzelheiten hierzu werden erst heute erwartet. Die AEG-Aktien waren – wie gemeldet – am vergangenen Freitag vom Handel ausgesetzt worden, als Übernahmegerüchte den Kurs vorbörslich in neue Höhen getrieben hatten. Wenig später teilte ein Kartellamtssprecher in Berlin mit, Daimler-Benz habe die Behörde von seinem Interesse an einer Beteiligung an AEG unterrichtet. Von AEG und von Daimler-Benz gibt es bisher keine Stellungnahmen.

Bekanntlich hatte zur Rettung des einstmals schwer angeschlagenen AEG-Konzerns ein Konsortium von zwei Dutzend Banken, an der Spitze die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die WestLB, die Hälfte des Aktienkapitals des Elektrokonzerns von 620 Mill. DM übernommen. Es wird vermutet, daß sich die Banken von diesem Engagement weitgehend – wenn nicht gar ganz – lösen.

Mit dem Einstieg bei AEG würden dem Stuttgarter Automobilkonzern Daimler-Benz, der Ende 1984 weltweit mit knapp 200 000 Beschäftigten einen Umsatz von 43,5 Milliarden DM auswies, im Falle einer Mehrheitsbeteiligung, die sicherlich angestrebt werden dürfte, weitere 11 Milliarden DM Umsatz bei etwa 73 000 Beschäftigten zuwachsen. Verlockende Ansätze für das Engagement dürften für die Stuttgarter vor allem die Bereiche der Wehrtechnik und der Elektronik der AEG sein. Überdies schreibt AEG inzwichen wieder schwarze Zahlen. Einer Genehmigung für die Transaktion durch das Kartellamt wird wohl nichts im Wege stehen. Unter Zugrundelegung des letzten Börsenkurses vom vergangenen Donnerstag (165 DM) würde der Anteil von 50 Prozent des Aktienkapitals eine runde Milliarde DM kosten.

Für Daimler-Benz wäre der AEG-Einstieg das dritte spektakuläre Engagement in diesem Jahr. Im Frühjahr hatte das Automobil-Unternehmen, das sich mehr und mehr auch zu einem Hochtechnologie-Unternehmen entwickelt, für 600 bis 700 Mill. DM den bis dahin von MAN gehaltenen 50 prozentigen Anteil an der Motoren- und Turbinen-Union GmbH, München/Friedrichshafen, einem renommierten Hersteller von Großdieselmotoren, Schiffs- und Flugantrieben, erworben. Damit wurde die MTU, die per Ende vergangenen Jahres 2,6 Milliarden DM umsetzte und 12 300 Mitarbeiter beschäftigte, zu einer 100prozentigen Daimler-Tochter.

Wenige Monate später sicherten sich die Stuttgarter Autobauer auch noch die Kapitalmehrheit (65,5 Prozent) am Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier, München/Friedrichshafen – nach einem zähen Tauziehen mit den zerstrittenen Dornier-Erben. Dornier, ein in vielfacher Hinsicht für Daimler-Benz interessantes Unternehmen, für das zum Erwerb der Mehrheitsanteile rund 400 Mill. DM gezahlt wurden, kam mit rund 9200 Beschäftigten 1984 auf einen Umsatz von etwa 1,5 Milliarden DM.

Im laufenden Jahr steuert Daimler-Benz (einschließlich MTU und Dornier) auf einen Konzernumsatz von 50 Milliarden DM zu. Den Aktionären ist im Hinblick auf das im kommenden Jahr stattfindende 100jährige Jubiläum des Automobils bereits ein „Jubliläumspaket" angekündigt worden. Für 1984 gab es unverändert 21 Prozent Dividende.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Büromaschinen vorn

Frankfurt (VWD) – Der Bereich Büromaschinen und Datenverarbeitung stellt mit über 100 der insgesamt 190 Aussteller wiederum den Schwerpunkt der FBA – Frankfurter Büro-Ausstellung vom 15. bis 18. Oktober. Die belegte Nettofläche liegt knapp über 14 000 qm, teilte die Messe Frankfurt GmbH mit.

Lankro übernimmt

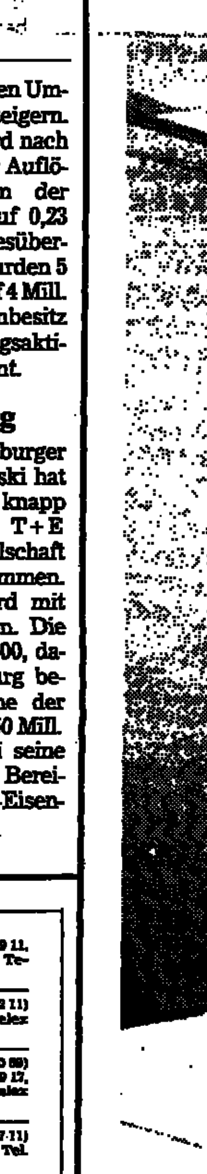
Frankfurt (adh.) – Die britische Lankro Chemicals Ltd. hat die Anteile der Fomagisomer Kunststoffe GmbH, Frankfurt, übernommen. Vorangegangen war eine Kooperation von Lankro mit dem deutschen Spezialisten für Polyurethan-Schaumsysteme. Die Übernahme sorge für eine breitere Rohstoffbasis für Fomagisomer und sichere so die weitere Expansion, teilte das Unternehmen mit.

Btx für Schweden

Stuttgart (nl) – Das deutsche Bildschirmtext-System wird die Grundlage für die Weiterentwicklung des öffentlichen schwedischen Bildschirmtext-Dienstes werden. Dies ist das Ergebnis eines Abkommens zwischen der schwedischen Post (Televerket) und der IBM Schweden A. B. Televerket hat für die 80er Jahre ein Investitionsvolumen in Btx von 300 Mill. skr. beschlossen.

Kanzler erhöht Kapital

Düsseldorf (VWD) – Das Kapital der Kanzler Spedition GmbH ist von 200 000 DM auf drei Mill. DM erhöht worden. Die Gesellschaft gehört seit 1. März 1985 mit 60 Prozent zur Thyssen Handelsunion AG, Düsseldorf, und ist der Verkehrsgruppe Häger + Schmidt, Duisburg, zugeordnet. Die übrigen 40 Prozent des Stammkapitals hält Herbert Kanzler. Die bisherigen Zweigniederlassungen operieren mit ihrem Personal in ihrem Verantwortungsbereich unverändert weiter. Der Jahresfrachtumsatz mit Kunden beträgt rund 100 Mill. DM.



Ergebnis halbiert

Mannheim (VWD) – Die Karl Schweyer AG, Mannheim (Holzhandel/Hobelwerk), konnte 1984 den Umsatz auf 89,3 (87,7) Mill. DM steigern. Bei geringerem Rohertrag wird nach 1,7 Mill. DM Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten in der Pflichtveröffentlichung ein auf 0,23 (0,46) Mill. DM halbierter Jahresüberschuß ausgewiesen. Daraus wurden 5 (nach 8) Prozent Dividende auf 4 Mill. DM Grundkapital in Familienbesitz gezahlt und 0,5 Mill. DM Vorzugsaktien wieder mit 6 Prozent bedient.

Weitere Spezialisierung

Hamburg (VWD) – Die Hamburger Firmengruppe Ernst Komrowski hat zum 1. Oktober einen knapp 90prozentigen Anteil an der T+E Spezial Metall Handelsgesellschaft mbH & Co, Hamburg, übernommen. Der Umsatz der Gruppe wird mit rund 500 Mill. DM angegeben. Die Mitarbeiterzahl beträgt etwa 500, davon sind rund 100 in Hamburg beschäftigt. Mit der Übernahme der *T+E Spezial Metall*, die rund 50 Mill. DM umsetzt, will Komrowski seine Spezialisierung in den beiden Bereichen Spezialstahl und Nicht-Eisen-Metalle fortsetzen.

DIE ● WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geltel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

ERGEBNISSE

Mannheim – Stuttgart	5:3	(1:2)
Düsseldorf – Schalke	1:1	(0:0)
Nürnberg – Hannover	3:3	(1:1)
Köln – Saarbrücken	3:1	(2:0)
K'lautern – Bremen	3:0	(1:0)
Frankfurt – M'gladbach	1:1	(1:1)
Bochum – München	3:0	(1:0)
Uerdingen – Hamburg	0:3	(0:1)
Dortmund – Leverkusen	1:1	(0:0)

DIE SPIELE

Nürnberg – Hannover 3:3 (1:1)

Nürnberg: Grüner – Güttler – T. Brunner, Wagner – Reuter, Dorfner, Geyer, Bittorf, Stenzel – Philipkowski (76. H. Brunner), Eckstein. – **Hannover:** Raps – Hellberg – Surmann, Kuhlmey (58. Thiele) – Thomas (61. Schaub), Ficer, Ronge, Heidenreich, Baier – Gue, Reich. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tore:** 1:0 Bittorf (22.), 1:1 Reich (30.), 2:1 Geyer (51.), 3:1 Philipkowski (55.), 3:2 Gue (69.), 3:3 Reich (75., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 23 500. – **Gelbe Karten:** Philipkowski, Thomas (2), Reich (2), Ronge (2), Kuhlmey. – **Rote Karte:** Heidenreich.

Köln – Saarbrücken 3:1 (2:0)

Köln: Schumacher – Hönerbach (82. Prestin) – Geils, Steiner – Gellenkirchen, Lehnhoff (70. Häßler), Pisanti, Engels – Littbarski, Dickel, Allofs. – **Saarbrücken:** Hallmann – Boysen – Szesni, W. Müller – Muntubila, Kruszynski (68. Berge), Jambo, Mohr, Foda – Blättel, D. Müller (61. Hönnscheidt). – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Tore:** 1:0 Littbarski (9., Foulelfmeter), 2:0 Gellenkirchen (28.), 2:1 Foda (74.), 3:1 Allofs (76.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Littbarski (3), Mohr.

K'lautern – Bremen 3:0 (1:0)

K'lautern: Ehrmann – Melzer – Dusek, Wolf – Moser, Geye, Eilenfeldt, Brehme (79. Loechelt), Schupp (79. Hoos) – Allofs, Trunk. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Kutzop, Votava – Wolter (46. Noruschat), Sidka, Möhlmann, Meier, Okudera – Ordenewitz, Neubarth (17. Hermann). – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Brehme (8., Foulelfmeter), 2:0 Brehme (60.), 3:0 Allofs (67.). – **Zuschauer:** 25 902. – **Gelbe Karten:** Trunk (3), Melzer (2), Wolter (2).

Frankfurt – M'gladbach 1:1 (1:1)

Frankfurt: Pahl – Theiss – Conrad, Körbel – Sievers, Müller, Berthold, Fruck, Svensson – Sarroca, Friz. – **M'gladbach:** Sude – Hannes – Herlovsen, Drehsen – Krisp, Hochstätter (74. Herbst), Rahn, Lienen, Frontzeck – Criens (69. Winkhold), Mill. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 0:1 Criens (4.), 1:1 Sievers (26.). – **Zuschauer:** 24 000. – **Gelbe Karten:** Müller, Conrad (2), Körbel (2), Herlovsen (3).

Bochum – München 3:0 (1:0)

Bochum: Zumdick – Lameck – Kree, Oswald – Benatelli, Tenhagen, Schulz, Woelk, Wegmann (79. Kühn) – Leifeld (86. Knappheide), Kuntz. – **München:** Pfaff – Lerby – Eder, Pflügler – Beierlorzer, Winklhofer, Hartmann, Schwabl (66. Willmer), Nachtweih – Hoeneß (46. Mathy), Kögl. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 1:0 Kuntz (10.), 2:0 Kuntz (60.), 3:0 Kuntz (90.). – **Zuschauer:** 32 000. – **Gelbe Karten:** Woelk (2), Winklhofer (2), Hartmann, Beierlorzer.

Uerdingen – Hamburg 0:3 (0:1)

Uerdingen: Kubik – Herget – Buttgereit, Wöhrlin – Bommer, Klinger, F. Funkel, Brinkmann, Raschid (46. Schäfer) – Gudmundsson (69. Basten), Loontiens. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Kaltz, Plessers, Schröder – Lux, Kroth, Magath, Rolff – Gründel, von Heesen (87. Homp). – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 von Heesen (37.), 0:2 von Heesen (79.), 0:3 Rolff (83.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karte:** Wöhrlin. – **Rote Karte:** Plessers.

Dortmund – Leverkusen 1:1 (0:0)

Dortmund: Immel – Zorc – Hupe, Kutowski – Storck, Lusch (64. Simmes), Loose, Raducanu, Dreßel (75. Anderbrügge) – Wegmann, Hrubesch. – **Leverkusen:** Vollborn (80. Nagel) – Hörster – Reinhardt, Geschlecht – Zechel, Schreier, Götz, Drews, Patzke – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Weber (Essen). – **Tore:** 0:1 Tscha (46.), 1:1 Loose (64.). – **Zuschauer:** 21 000. – **Gelbe Karten:** Hupe (2), Hrubesch, Simmes, Hörster (4/1).

Die Spiele Waldhof Mannheim – VfB Stuttgart und Fortuna Düsseldorf – Schalke 04 hatten bereits am Mittwoch und Donnerstag stattgefunden.

VORSCHAU

Pokal, 2. Runde, Donnerstag

Mannheim – Osnabrück (20.00)

Freitag, 20.00 Uhr

Alemannia Aachen – MSV Duisburg

Samstag, 15.00 Uhr

SpVgg Plattling – Bayer Leverkusen
Eintracht Trier – Bayer Uerdingen
TuS Paderborn – Borussia Dortmund
Borussia Neunkirchen – FC Homburg
FC Erbach – Blau-Weiß Berlin
SV Sandhausen – FC Wangen
SSV Ulm 46 – FC St. Pauli
Kaiserslautern – 1.FC Köln
Schalke 04 – Mönchengladbach
1.FC Nürnberg – VfB Stuttgart
Fortuna Düsseldorf – VfL Bochum
Hannover 96 – Hessen Kassel

Samstag, 20.00 Uhr

1. FC Saarbrücken – Bayern München

Sonntag, 15.00 Uhr

DSC Wanne-Eickel – Werder Bremen

Bundesliga, 12. Spieltag

Samstag, 26. 10., 14.30 Uhr:

Leverkusen – Uerdingen (0:0)

Samstag, 26. 10., 15.30 Uhr:

München – Frankfurt	(4:2)
Bremen – Dortmund	(6:0)
Hamburg – Köln	(3:1)
Saarbrücken – Nürnberg	(–:–)
Hannover – Düsseldorf	(–:–)
Schalke – Mannheim	(4:0)
Stuttgart – Bochum	(1:2)
M'gladbach – K'lautern	(7:0)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / Torwartfehler stoppten Bayern München – Heinz Gründel für das Spiel gegen Portugal nachnominiert





Zweimal Hilfestellung mit den Händen: Münchens Torwart Jean-Marie Pfaff hilft wenigstens seinem Kollegen Beierlorzer auf die Beine, nachdem er selbst einen Fehler gemacht hatte (links). Und der Mönchengladbacher Herlovsen verhindert beidhändig, daß der Frankfurter Berthold in seiner Wut Schiedsrichter Schmidhuber verfolgt. FOTOS: RZEPKA, GES

Pfaff: „Nehme die Schuld auf mich, aber ich habe keine Fehler gemacht"

Von ULRICH DOST

Die deftigen Aussagen von **Jürgen Schwericke** (55), dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates von Bayer 04 Leverkusen (die WELT berichtete), blieben selbstverständlich nicht ohne Reaktionen. Nach dem 3:1-Erfolg der Leverkusener in Hamburg kritisierte Schwericke, selbst zehn Jahre lang Bayer-Präsident, die Arbeit von Trainer **Dettmar Cramer** (60): „Durch ihn haben wir drei Jahre Aufbauarbeit verloren." Über Sportchef **Günter W. Becker** (63), verantwortlich dafür, wieviel Bayer-Gelder in den Sport fließen, hatte Schwericke kritisch angemerkt: „Der hätte dem Cramer doch noch fünf Mittelstürmer gekauft."

Die Bayer-Chefetage geriet danach in helle Aufregung. Der Vorstandsvorsitzende **Hermann Josef Strenger** (57) schaltete sich sofort ein und berief eine Vorstandssitzung, zu der Becker erscheinen mußte. Nach außen haben sie die Rolladen nun erst einmal heruntergelassen. Den hausinternen Krach wollen sie allein regeln. Dafür aber hat sich der frühere Trainer Dettmar Cramer zu Wort gemeldet. Er hatte sich zu folgender Stellungnahme durchgerungen:

„Cramer – zur Höflichkeit erzogen – möchte Herrn Doktor Schwericke antworten:

1. Der Jurist und Politiker Dr. Jürgen Schwericke, den ich wegen seines Engagements für den Sport sehr schätze, hat mich 1982 als Trainer verpflichtet.

2. Sein Revanchefeldzug war zu erwarten. Dafür sind die ‚Bataillone', wie er es nennt, aufgebaut und bereitgestellt worden. Das aber ist eine betriebsinterne Angelegenheit, die mich ganz und gar nichts angeht.

3. Wenn er aber seine Fußball-Weisheiten verkauft, kommt er mir vor wie ein glatzköpfiger Friseur, der mir ein unfehlbares Haarwuchsmittel anpreist."

*

Wenn es um kuriose Tore in der Bundesliga geht, dann ist **Jean-Marie Pfaff** (31) sehr oft Hauptdarsteller. Im August 1982 ließ er sich in Bremen bei seinem ersten Bundesligaspiel sogar den Ball von **Uwe Reinders** (29) nach einem Einwurf ins Tor setzen. In Bochum, bei der 0:3-Niederlage, sah der Torwart des FC Bayern München bei den ersten beiden Treffern unglücklich aus. Zunächst boxte er sich den Ball nach einem Fernschuß von **Stefan Kuntz** (22) ins eigene Tor. Dann ließ er einen harmlosen Roller des Bochumer Torjägers durch die Hände gleiten. Gewiß, es hatte in Bochum geregnet. Der Ball und die Torwart-Handschuhe waren naß und rutschig. Dennoch sagt sein Trainer **Udo Lattek** (51) zu recht: „Das waren zwei vermeidbare Treffer." Zu einer schlimmeren Kritik ließ sich Lattek nicht verleiten, schließlich verhinderte Pfaff später ein noch größeres Debakel.

Jean-Marie Pfaff, kein Kind von Traurigkeit, ordnete seine Mißgeschicke unter die Rubrik „Pech" ein. An seinem Selbstbewußtsein werden die Tore bestimmt nicht nagen. Pfaff: „Selbstverständlich nehme ich die Schuld auf mich. Dennoch habe ich keine Fehler gemacht." Wie immer er das auch meinen mag. Die Situationen, die zu den Treffern führten, sah er so: „Beim ersten Tor kam der Ball so krumm dahergeflogen. Beim zweiten tauchte Kuntz plötzlich ganz alleine vor mir auf."

Gefrotzelt haben ihn die Kollegen hinterher nicht. Einer, der es gerne getan hätte, war Ersatz-Torwart **Raimond Aumann** (22), der auf der Bank gegrinst haben soll. Pfaff und er sind sich aber nicht grün und reden seit geraumer Zeit nur noch das Notwendigste miteinander. Aumann konnte sich gleich noch einmal freuen. Nachts um zwölf Uhr konnte er mit seinen Kollegen auf den 22. Geburtstag anstoßen. Udo Lattek: „Du bist der einzige, der sich heute freuen kann."

*

Was so auch nicht ganz stimmte. „Schon im Kabinengang", sagte **Willi Lemke** (38), Manager von Werder Bremen, „als wir das Ergebnis der Bayern gehört haben, ging es uns besser." Auch das Gesicht von



Trainer **Otto Rehhagel** (47) bekam wieder Farbe, als er vom 1:1 der Mönchengladbacher in Frankfurt und der Bayern-Blamage erfuhr: „Unser Glück, daß die Konkurrenten ebenfalls Punkte abgeben mußten." Dabei hatte es den Spitzenreiter aus Bremen gerade in Kaiserslautern beim 0:3 in dieser Saison zum ersten Mal selbst mit einer Niederlage erwischt. Traurigkeit kam dennoch nicht auf. Willi Lemke: „Wir sind doch in einer angenehmen Situation. Wir haben die Bayern lieber im Nacken, als sie ständig jagen zu müssen, wie es im vorigen Jahr der Fall war."

Die Verletzungen beim Spitzenreiter hören einfach nicht auf. Nun meldeten sich **Frank Neubarth** (23) mit einer Oberschenkelzerrung und **Thomas Wolter** (22) mit einer Prellung am Sprunggelenk krank. Doch die Bremer nehmen diese Misere schon gelassen hin, sie kann nichts mehr schocken. Lemke: „Wir können darüber nur noch schmunzeln." In Kaiserslautern, so der Manager, habe die Mannschaft zum ersten Mal in dieser Saison Tribut zahlen müssen. Deshalb sei auch alles Gerede von Neuverpflichtungen barer Unfug. Lemke: „Wir hatten doch nicht einen, sondern sechs, sieben, acht Verletzte. Dagegen kann man nicht ankaufen."

Nicht erst seit dem Spiel in Kaiserslautern wissen die Bremer, was ihnen ihr Torjäger **Rudi Völler** (24) wert ist. Völler, den eine Kapselverletzung plagt, ist zur Behandlung bei den Frankfurter Fitmachern **Dieter Ehrich** (40) und **Reinhard Gebel** (36) und trainiert dort auch leicht. Eine große Neuigkeit ist es nun nicht gerade, daß Völler für die Bremer nicht zu ersetzen ist. Lemke: „So ein Unsinn. Die italienischen Klubs bieten doch nicht umsonst um die 15 Millionen Mark für ihn. Wenn unser Spieler **Frank Ordenewitz** ihn ersetzen könnte, müßten die Italiener auch für ihn fünf Millionen bieten."

So ganz haben die Bremer das Rennen um ihren Torjäger noch nicht aufgegeben, obwohl sich in der Woche mehrmals die italienischen Spitzenklubs beim Verein und bei Völler melden. Lemke: „Jeder von ihnen will der erste sein. Schade, daß wir im Europapokal so früh ausgeschieden sind. Mit dem sportlichen Erfolg im Rücken und dem Geld aus diesen Spielen hätten wir den Rudi eher überreden können. Die Chancen stehen 50:50. Denn der Rudi hat hier den Himmel auf Erden. Hier wird er anerkannt, alle lieben ihn. Und außerdem: Ganz so schlecht wird er bei uns auch nicht bezahlt. Im Januar werden wir uns zusammensetzen."

*

In der letzten Woche erhielt Willi Lemke einen Anruf aus Hamburg. Es meldete sich ein Mann, der sich als Berater von **Wolfram Wuttke** (23) ausgab. Dieser Mann versuchte, den Stürmer, der beim Hamburger SV nicht mehr eingesetzt wird, den Bremern anzudienen. Ohne Erfolg. Lemke: „Das habe ich noch nicht einmal unserem Trainer erzählt. Wuttke ist ein guter Fußballspieler, aber seine Persönlichkeit wird ihm noch viel verbauen."

Noch am Dienstag beim Spiel gegen Leverkusen (1:3) gab sich Wuttke auf der Hamburger Tribüne ziemlich gelassen. Er mache sich keine Sorgen um seine sportliche Zukunft. Einen Verein wolle er sich nicht suchen, dies habe der HSV für ihn zu tun. Inzwischen hat er wohl seine Meinung geändert, schließlich schickt er jetzt seinen Berater auf Vereinssuche.

Einen Wechsel nach Hannover, der zu Beginn der Woche möglich schien, hätte Wuttke rigoros abgelehnt. Zu Schalke 04 wäre er zurückgekehrt. Doch sein früherer Verein kann die Ablöse von 700 000 Mark nicht aufbringen. Wuttke gab sich auf die Frage, ob er nochmals für den HSV spielen werde, sehr selbstbewußt: „Man soll niemals nie sagen."

Beim Spiel gegen Leverkusen konnte er es sich erlauben, so zu reden. Schließlich forderten die Fans seine Rückkehr und den Rauswurf von Trainer **Ernst Happel** (59). Wuttke hatte spekuliert, der Verein müsse ihn wieder spielen lassen, wenn der Druck der Öffentlichkeit immer größer werde. Inzwischen hat er begriffen, daß daraus nichts mehr wird. Merken wird er auch immer mehr, daß es nicht ausreicht, ein Talent zu sein und hin und wieder ein gutes Spiel zu liefern. Der Charakter ist mitunter auch sehr wichtig. Und deshalb reißen sich die Vereine auch nicht gerade um Wuttke.

Beckenbauer kämpft um die richtige Einstellung

BERND WEBER, **Stuttgart**

Als die deutsche Fußballnationalmannschaft gestern ihre Trainingsarbeit verrichtete, schien die Sonne auf den waldumrandeten, idyllisch gelegenen Sportplatz am Stuttgarter Degerloch. Die etwa 500 Besucher vervollständigten das harmonische Bild. Mit freundlichem Beifall empfingen sie die Nationalspieler. Und als die nach ein paar Sprint- und Lockerungsübungen ein Spielchen machten, dabei mit technischen Kabinettstückchen glänzten und einige wunderschöne Tore schossen, erreichte der Applaus mitunter sogar beachtliche Phonzahlen. In einer solch ungestört heilen Welt fühlten sich deutlich erkennbar alle wohl. Da fiel es dann auch nicht ins Gewicht, daß der von leichten Muskelverspannungen geplagte Frankfurter Thomas Berthold nur ein Mini-Pensum absolvierte (der Schaden soll bis heute behoben sein). Und auch die Absagen einiger prominenter Nationalspieler – Völler, Matthäus, Magath und zu allerletzt Mill, für den der Hamburger Heinz Gründel nachnominiert wurde – drücken kaum noch aufs Gemüt. „Man spürt förmlich", faßt der DFB-Trainer Horst Köppel seine Eindrükke zusammen, „daß die Mannschaft richtig in Schwung ist, daß sie am Mittwoch gegen Portugal förmlich darauf brennt, ihre allerbeste Visitenkarte abzugeben."

Darauf setzt natürlich auch Teamchef Franz Beckenbauer. Doch es fiel auf, daß sich der Chef der Nationalmannschaft stimmungsmäßig ein wenig von der Euphorie seiner Truppe absetzte. Beckenbauer wirkte nachdenklich, und später ließ er raus, was ihm nicht so ganz schmeckt. „Der knappe 3:2-Sieg der Portugiesen am Samstag gegen Malta, ihre 0:1-Niederlage vorher gegen die Tschechoslowakei", so Beckenbauer, „wird bei vielen im Land zu Fehleinschätzungen führen. Die denken doch jetzt, wir müßten Portugal haushoch und im Vorübergehen schlagen. Doch eine solche Annahme ist der reinste Unsinn." Selbst wenn das Ergebnis gegen Malta nicht gerade feudal ausgefallen sei, ihm als Tribünenbeobachter in Lissabon hätten die Gastgeber zumindest technisch dennoch imponiert. Und zudem: „Man muß einfach wissen, daß sie ihre optimale Leistungsfähigkeit erst dann erreichen, wenn sie in Auswärtsspielen Konterchancen haben. Und genau darauf werden sie aus sein."

Womit Beckenbauer denn seiner bisherigen Methode absolut treu geblieben ist. Vor jedem Länderspiel lobte er den Gegner nach Kräften, selbst vor dem Saarbrücker Heimspiel gegen Malta hatte er gewarnt. Darüber mögen viele zuweilen lächeln, doch wie leichtfertig es wäre, solchen Selbstschutz außer acht zu lassen, hat Beckenbauer am Beispiel seines Amtsvorgängers Jupp Derwall drastisch genug demonstriert bekommen. Der hatte, 1982 bei der Weltmeisterschaft in Spanien, vor dem Algerien-Spiel locker von sich gegeben, „wenn wir die nicht schlagen, fahre ich gleich mit dem Zug nach Hause" – und tat es dann hinterher, nach einer 1:2-Niederlage, doch nicht.

Nein, in solchen Fragen versteht der neue Teamchef überhaupt keinen Spaß. Und wenn ihn da einer falsch angeht, dann ist er sogar in der Lage, seinen üblichen Charme über Bord gehen zu lassen. Das hat Samstagabend Doris Papperitz zu spüren bekommen, die Moderatorin des „Sport-Studios" im ZDF. Als sie nämlich Beckenbauer einreden wollte, im Grunde ginge es doch für seine Nationalmannschaft gegen Portugal um nichts mehr, weil die Qualifikation für Mexiko schon geschafft sei, reagierte er ausgesprochen ungehalten. Wie sauer er über solche Ansichten ist, hat Beckenbauer gestern morgen noch einmal bekundet. „Für Laienfragen dieser Art habe ich nicht das geringste Verständnis", sagte er, „gerade wir sind in jedem Länderspiel dazu verpflichtet, uns zu beweisen. Und jeder sollte eigentlich wissen, daß habe ich nun doch gerade in letzter Zeit und speziell nach unserer 0:1-Niederlage in Moskau betont, daß es Länderspiele, in denen es um nichts geht, für uns überhaupt nicht geben darf."

Doris Papperitz hat sich freilich beim Stuttgarter Karl Allgöwer noch mehr Zorn zugezogen. Der wird, das ist sicher, am Mittwochabend einen Neuanfang im Nationaltrikot machen, nachdem er am 17. Februar 1982 sein letztes Länderspiel (damals auch gegen Portugal) bestritten hatte und anschließend in heftigem Groll von Derwall geschieden war. Auch Allgöwer sollte im Sportstudio zur Fragen der Motivation Stellung nehmen. Er tat es ausgesprochen unlustig und schob gestern die Begründung dafür nach: „Ich habe nicht das geringste Verständnis dafür, wenn man mich so angeht, wie es Frau Papperitz getan hat. Schließlich steht gerade für mich besonders viel auf dem Spiel. Ich muß beweisen, daß ich zu recht zurückgekehrt bin, und ich werde schon deshalb großem Druck ausgesetzt sein, weil natürlich alle im heimischen Neckarstadion eine besondere Leistung von mir erwarten." Das bereite ihm zwar nicht gerade schlaflose Nächte, aber ein wenig nervöser als sonst sei er schon.

Die Aufstellung für das Portugal-Spiel steht. Wenn nichts mehr passiert, dann beginnt die deutsche Mannschaft in dieser Formation: Schumacher, Berthold, Förster, Jakobs, Brehme, Allgöwer, Herget, Meier, Briegel, Littbarski, Rummenigge.

*

Portugal entging in Lissabon erst durch ein Tor in der 81. Minute (Gomez) einer Blamage gegen Malta, das zuvor Führungen zum 1:0 und 2:1 ausgeglichen hatte. Es liegt jetzt auf Platz zwei der Europagruppe 2. Die Situation:

DIE TABELLE

1.Deutschland	6	5	1	0	20:6	11:1
2.Portugal	7	4	0	3	11:10	8:6
3.Schweden	6	3	1	2	11:6	7:5
4.CSSR	6	2	1	3	7:9	5:7
5.Malta	7	0	1	6	5:23	1:13

Die letzten Gruppenspiele: Deutschland – Portugal in Stuttgart, CSSR – Schweden (16. 10.), Deutschland – CSSR in München, Malta – Schweden (17. 11.).

Diskussion um Spiele am Freitagabend

F.J. GRIBS, **Düsseldorf**

„Am Samstag gehört der Papi der Familie!" Unter diesem Motto tritt Hermann Neuberger, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), wegen des veränderten Freizeitverhaltens der Bundesbürger seit Jahren dafür ein, den Bundesliga-Fußball im Kampf um die nachlassende Gunst der Zuschauer vermehrt auf den Freitagabend zu verlegen. Das letzte Wochenende könnte ein Test für diese Pläne gewesen sein.

Die Fußball-Papis von Kiel bis Konstanz gehörten am Samstag ihren Familien. Das Pro und Contra in der Problematik um mehr Wochentagsspiele, die der DFB in einer Umfrage ermitteln läßt, gerieten wieder in den Mittelpunkt der Diskussionen mit ihren zahlreichen Argumenten und lokalen Besonderheiten.

Nur ein Punktspiel, Dortmund gegen Leverkusen, fand zur seit 1963 üblichen Anstoßzeit statt – samstags um 15.30 Uhr. Aus Sorge um die Nationalelf wurde der elfte Bundesliga-Spieltag vorgezogen. Da noch zwei Nachholspiele hinzukamen, wurde die letzte Woche mit insgesamt elf Bundesligaspielen von Dienstag bis Samstag zu einem möglichen Vorgriff auf die Zukunft.

Bei 206 600 Zuschauern in den elf Stadien fiel die Abstimmung der Fans an den Kassen eine Woche nach der Konkurrenz durch die Tennis-Cracks um Boris Becker keineswegs eindeutig aus. Aber eine rasche und einfache Antwort auf die Frage „Wann kommen die meisten Besucher ins Stadion?" hatte auch keiner der Beteiligten erwartet.

Ein Fazit kann gezogen werden: Da die Interessen der Vereine, der Toto-Gesellschaften und der Medien weit auseinandergehen, ist in absehbarer Zukunft der Samstag ohne Bundesliga-Fußball nicht zu verwirklichen. Allerdings reden die meisten Klub-Vertreter wie Mönchengladbachs Manager Helmut Grashoff „mehr Flexibilität in der Termin-Gestaltung" das Wort.

Gerade die renommierten Vereine sind allerdings gegen eine völlige Abkehr vom eingespielten Samstag. „Wir haben ein großes Stammpublikum aus dem weiteren Umland. Die Fans kommen aus Regensburg oder Passau und haben bis zu 200 Kilometer Anfahrt", sagt Münchens Manager Uli Hoeneß und verteidigt damit den Samstag als Haupt-Spieltag. Günter Netzer argumentiert ähnlich: „Eine Untersuchung hat ergeben, daß Wochentagsspiele beim Hamburger Publikum weniger Anklang finden."

In Dortmund dagegen ist Präsident Reinhard Rauball für „möglichst viele Wochentagsspiele unter Flutlicht". Als Parade-Beispiel führt Rauball an, daß ein Montagsspiel gegen Mannheim 37 000 Zuschauer anlockte. Auch Bremen oder Hannover setzen verstärkt auf das stimulierende Fluidum von Flutlichtspielen. „Der Freitag ist aus unserer Sicht eindeutig der beste Tag", sagt Hannovers Präsident Horst Fredo Henze.

Im Ruhrgebiet, wo sich die Klubs ballen und besonders auf die vielen Schichtarbeiter Rücksicht genommen werden muß, haben die Konkurrenten Bochum, Schalke und Dortmund verabredet, daß bei Termin-Kollisionen das jeweils attraktivste Spiel am Samstag ausgetragen und der Konkurrenz ausgewichen wird. In Düsseldorf oder Köln muß freitags auch noch an die Konkurrenz durch die Eishockey-Bundesliga gedacht werden.

Wie viele Kriterien – und die sind von Klub zu Klub durchaus noch sehr unterschiedlich – zu beachten sind, zeigt die Aussage von Gladbachs Manager Helmut Grashoff: „Gegen Vereine, die nicht viele Anhänger mitbringen, spielen wir lieber freitags. Gegen Klubs aus dem näheren Umkreis, die mit zahlreichen Fans anreisen, lieber samstags. Unser Publikum sieht gerne Flutlichtspiele, weil sie schneller erscheinen. Wenn wir aber nur noch abends spielten, verlören wir unsere Freunde aus der Eifel."

Wichtig, und da weiß sich Grashoff mit seinen Kollegen einig, sei nur, „daß den Vereinen die Entscheidung überlassen wird, wann sie spielen wollen. Permanent freitags zu spielen ist ebenso schlecht wie das starre Festhalten am Samstag".

Spitzenklubs stolpern im Gleichschritt – Kaiserslautern und Leverkusen profitieren davon

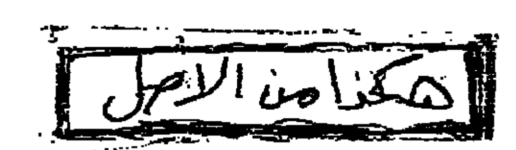
							Heim		Auswärts	
1. Bremen	11	7	3	1	30:15	17:5	18:5	9:1	12:10	8:4
2. M'gladbach	11	6	3	2	24:14	15:7	14:2	9:1	10:12	6:6
3. K'lautern	11	6	2	3	21:13	14:8	15:1	12:0	6:12	2:8
4. München	11	6	2	3	20:13	14:8	17:3	10:0	3:10	4:8
5. Mannheim	11	5	4	2	20:15	14:8	16:6	11:1	4:9	3:7
6. Stuttgart	11	6	1	4	25:15	13:9	13:2	7:3	12:13	6:6
7. Leverkusen	11	5	3	3	20:14	13:9	13:6	9:1	7:8	4:8
8. Hamburg	11	5	2	4	20:13	12:10	14:5	8:2	6:8	4:8
9. Köln	11	3	5	3	17:19	11:11	14:8	9:3	3:11	2:8
10. Bochum	11	5	0	6	23:22	10:12	19:10	8:4	4:12	2:8
11. Frankfurt	11	2	6	3	10:15	10:12	5:4	7:5	5:11	3:7
12. Uerdingen	11	4	2	5	16:27	10:12	10:13	7:5	6:14	3:7
13. Nürnberg	11	3	2	6	18:20	8:14	11:12	5:7	7:8	3:7
14. Schalke	11	3	2	6	13:19	8:14	5:4	5:5	8:15	3:9
15. Dortmund	11	2	4	5	16:25	8:14	12:10	7:5	4:15	1:9
16. Hannover	11	2	4	5	19:33	8:14	9:8	5:5	10:25	3:9
17. Düsseldorf	11	3	1	7	19:29	7:15	14:9	7:5	5:20	0:10
18. Saarbrücken	11	1	4	6	11:21	6:16	8:7	6:4	3:14	0:12

● Die Serie der Platzverweise setzt sich fort. Der Hamburger Gerard Plessers und Maximilian Heidenreich von Hannover 96 sahen die roten Karten Nummer elf und zwölf in dieser Saison. Plessers war bereits im UEFA-Pokalspiel gegen Sparta Rotterdam des Feldes verwiesen worden. DFB-Chefankläger Hans Kindermann hat für Uerdingens Torwart Werner Vollack eine Sperre von acht Wochen beantragt. Vollack hatte vor zwei Wochen den Saarbrücker Hönnscheidt außerhalb des Strafraums umgerissen. Manfred Bockenfeld (Düsseldorf) ist nach der vierten gelben Karte für ein Spiel gesperrt.

● Zum zweiten Mal in dieser Saison erzielte der Bochumer Stefan Kuntz drei Treffer in einem Spiel. Zum zweiten Mal war der Leidtragende ein Nationaltorwart – diesmal Jean-Marie Pfaff, davor Eike Immel. Kuntz wiederholte damit die Leistung von Thomas Remark (Mannheim), dem bereits am Mittwoch gegen Stuttgart (5:3) das gleiche gelang. Beide schlossen damit in der Torschützenliste zu Karl Allgöwer (alle zehn) auf. Der verletzte Torjäger Rudi Völler steht zusammen mit Thomas Allofs (beide acht) vom 1. FC Kaiserslautern nur noch auf Platz vier der Torschützenliste.

● Nach 17:3 Punkten aus zehn Spielen ohne Niederlage ging die Erfolgsserie von Tabellenführer Werder Bremen mit dem 0:3 in Kaiserslautern zu Ende. Trainer Otto Rehhagel: „Ein Glück, daß die Konkurrenz auch Punkte abgegeben hat." Damit ist kein deutscher Profiklub in der ersten und zweiten Liga mehr unbesiegt. Einen besseren Start als Bremen schaffte zuletzt der Hamburger SV, der die Saison 1983/84 mit einer Serie von 18 Spielen ohne Niederlage begann. Dem HSV gelang damals auch der Gesamtrekord, indem er von Januar 1983 bis Januar 1984 in 36 Punktspielen ungeschlagen blieb.

● Sechsmal entschieden am elften Spieltag die Schiedsrichter auf Elfmeter. Nur zur sechsten Runde dieser Saison hatte es mit acht Strafstößen mehr gegeben. Fünf Schützen hatten diesmal Erfolg. Nur Torwart Ralf Raps von Hannover 96 hatte gegen Ulrich Bittorf vom 1. FC Nürnberg Erfolg und rettete so das 3:3 im Spiel der Aufsteiger. Vor Raps hielten nur Jean-Marie Pfaff (gegen Roland Grahammer) und Uwe Zimmermann (gegen Uwe Rahn) einen Elfmeter. Trotz des Unentschiedens bleibt Nürnberg die Elf mit der längsten Negativ-Serie: 1:11 Punkte aus den letzten sechs Spielen.



2. LIGA / Hertha BSC vor 3145 Zuschauern

Homburg – Schrecken aller Tabellenführer

sid, Homburg

Der FC Homburg ist in der zweiten Fußball-Bundesliga seinem Ruf als Favoritenschreck erneut gerecht geworden. Nach den Tabellenführern Arminia Bielefeld und Fortuna Köln stürzte das Team aus dem Saarland auch den Spitzenreiter Hessen Kassel. Mit 6:1 fiel der Sieg zudem auch noch besonders hoch aus.

Schon frühzeitig hatten die Homburger das Sicherheitskonzept der Gäste durchkreuzt. Mörsdorf und Lenz war bereits in der 10. und 23. Minute die Führung gelungen. Als Cestonaro mit seinem achten Saisontor den Anschlußtreffer erzielte, schöpfte Kassel zwar noch einmal Hoffnung. Aber Mörsdorf mit seinem zweiten Treffer (48.), der überragende Dooley mit einem Doppelschlag (58. und 78.) und Müller vier Minuten vor dem Abpfiff sorgten für die deutliche Entscheidung. Während die Saarländer in der zweiten Halbzeit vor 5000 Zuschauern wie entfesselt aufspielten, ihre Tore in spielerischer und taktischer Überlegenheit erzielten, wirkte Hessen Kassel zu schematisch und zum Schluß nahezu konzeptlos.

In Berlin vergraulte derweil Hertha BSC die letzten treuen Fans. Gerade noch 3145 Zuschauer verloren sich im Olympiastadion. Sie beobachteten ein durch körperlichen Einsatz geprägtes Spiel gegen Wattenscheid 09, das durch ein frühes Tor mit 1:0 gewann. Die Mannschaft aus Wattenscheid zeigte sich in allen Belangen spielerisch überlegen und setzte die schwache Hertha-Abwehr ständig unter Druck. Bereits nach fünf Minuten erzielte Tschiskale das Tor.

DIE ERGEBNISSE

Braunschweig – TB Berlin	2:2	(1:1)
Solingen – Karlsruhe	3:2	(1:1)
Aachen – Osnabrück	1:0	(1:0)
Freiburg – Darmstadt	1:1	(0:1)
Aschaffenburg – Duisburg	2:1	(1:0)
Homburg – Kassel	6:1	(2:1)
Oberhausen – BW Berlin	2:3	(1:0)
Hertha BSC – Wattensch.	0:1	(0:1)
Bielefeld – Köln	0:1	(0:0)
Stuttgart – Bayreuth	1:1	(1:0)

DIE TABELLE

1.Aachen	13	6	5	2	21:11	17:9
2.Köln	13	7	3	3	24:16	17:9
3.Homburg	13	8	0	5	30:16	16:10
4.Darmstadt	13	5	6	2	22:12	16:10
5.Stuttgart	13	6	4	3	24:18	16:10
6.Kassel	13	8	0	5	24:19	16:10
7.Bielefeld	13	6	3	4	25:17	15:11
8.Karlsruhe	13	6	3	4	22:16	15:11
9.Wattenscheid	13	6	2	5	19:23	14:12
10.Solingen	13	5	4	4	19:24	14:12
11.BW Berlin	13	4	5	4	23:20	13:13
12.Aschaffenb.	13	6	0	7	21:24	12:14
13.Bayreuth	13	5	2	6	17:26	12:14
14.Braunschweig	13	3	5	5	21:23	11:15
15.Osnabrück	12	2	6	4	15:22	10:14
16.TB Berlin	13	3	4	6	23:25	10:16
17.Hertha BSC	13	3	4	6	19:25	10:16
18.Freiburg	13	3	4	6	16:22	10:16
19.Oberhausen	13	3	4	6	14:23	10:16
20.Duisburg	12	1	2	9	8:25	4:20

Die nächsten Spiele (25./26./27. 10.): Köln – Aachen, Osnabrück – Aschaffenburg, Karlsruhe – Stuttgart, TB Berlin – Homburg, Kassel – Bielefeld, Duisburg – Freiburg, Darmstadt – Hertha BSC, BW Berlin – Braunschweig, Wattenscheid – Solingen, Bayreuth – Oberhausen.

MOTORSPORT / Weltverband beschloß einschneidende Änderungen

Formel 1 künftig mit Einheitsreifen, Benzinverbrauch weiter eingeschränkt

sid, Paris

Mit einschneidenden Änderungen und überraschenden Neuerungen hat der Internationale Automobilsport-Verband (FISA) die Weichen in die 90er Jahre gestellt. Die wichtigsten Ergebnisse einer Sitzung des FISA-Exekutivkomitees in Paris: Neuordnung der Rennwagen-Kategorien außerhalb der Formel-Fahrzeuge, die Ablösung der bisherigen Langstrekken-WM durch eine Prototypen-WM, die zukünftige Vergabe zweier Rallye-Weltmeister-Titel, die Kampfansage gegen die ständig steigenden Geschwindigkeiten in der Formel 1 durch Einführung von Einheitsreifen und weiteren Benzin-Limitierungen.

Politisches Bekenntnis am Rande: Die FISA, die Delegierten aus 64 Mitgliedsländern, darunter zahlreiche schwarzafrikanische Nationen, und ihr französischer Präsident Jean-Marie Balestre stehen ausnahmslos zur Durchführung des Großen Preises von Südafrika am nächsten Samstag (19. Oktober) in Kyalami. Mit 21 Startern, auch mit Weltmeister Alain Prost (Frankreich), wird gerechnet. Noch größeres Gewicht erhält das Südafrika-Votum durch Balestres Wahl zum Präsidenten des Automobil-Weltverbandes (FIA).

Hinter allen FISA-Beschlüssen steht der Gedanke, die ausufernde technische Entwicklung der letzten Jahre zu kanalisieren und die Wettbewerbsgleichheit wiederherzustellen.

Der Schlüssel dazu liegt in der Unterteilung von fünf Fahrzeugklassen: Produktionswagen aus der Großserie normaler Straßenfahrzeuge (Gruppe N), von der Serienherstellung abgewandelte Tourenwagen (Gruppe A), nur in kleiner Serie gebaute Sportwagen (Gruppe B), ausschließlich für den Rallye-Sport weiterentwickelte Spezialwagen (Gruppe S) und als Einzelstücke angefertigte Prototypen (Gruppe C).

Die Einführung einer zweiten Rallye-Weltmeisterschaft lag auf der Hand, denn in der Vergangenheit waren selten mehr als die Fahrzeuge zweier Firmen (1985: Peugeot 205 Turbo und Audi Sport Quattro) wirklich konkurrenzfähig. Die Masse der weniger kostspielig bestückten Privatfahrer, zahlenmäßig wichtigste Komponente jeder Rallye, fuhr schon kurz nach dem Start aussichtslos hinterher. Ab 1986 wird in elf gemeinsam gefahrenen Läufen ein Titel für den besten Fahrer der Spezialwagen-Kategorie (Gruppe S) vergeben und einer für den der Sportwagen-Klasse (Gruppe B). Zur Gruppe S zählen der Peugeot und der Audi, zur Gruppe B beispielsweise der neue Porsche 959.

Daß die Endurance-Weltmeisterschaft demnächst als Prototypen-WM veranstaltet wird, ist nicht mehr als Namens-Kosmetik. Ihre Fahrzeuge sind wie bisher in der Gruppe C. Immerhin aber führen Hans Joachim Stuck aus München und Derek Bell aus Großbritannien den letzten Titel eines Langstrecken-Weltmeisters.

Insgesamt sieht Deutschland 1986 drei Automobil-Weltmeisterschafts-Rennen. Zwei in der Prototypen-WM am 29. Juni auf dem Nürnberger Norisring und am 24. August auf dem Nürburgring, eines in der Formel-1-WM. Der Große Preis von Deutschland dürfte am 27. Juli oder 10. August ausgetragen werden.

Dann werden, geht es nach dem Willen der FISA, alle Teams das Rennen einheitlich mit dem gleichen Reifentyp eines Herstellers bestreiten. Gleichzeitig sind für jedes Fahrzeug nur noch drei Sätze der profillosen Slicks pro Grand Prix (Training und Rennen) erlaubt. Regenreifen unterliegen keiner Limitierung.

Gleiche Chancen für jeden Rennstall, Abschaffung der teuren Qualifikationsreifen, die nur den Spitzenteams zur Verfügung stehen, eine Runde (für die beste Trainingszeit) aushalten und danach zerfetzt sind – so lauten die revolutionär klingenden Maximen. Denn von bisher drei Reifenlieferanten (Goodyear, Michelin, Pirelli) würden zwei auf der Strecke bleiben. Die FISA fordert Angebote. Hauptkriterium sei das beste Verhältnis zwischen Preis und Qualität.

Weiterer Schritt zur Geschwindigkeitsbegrenzung: Ab 1986 dürfen pro Rennen noch 195 Liter Benzin verbraucht werden (bisher 220), ab 1988 185 Liter.

SPORT-NACHRICHTEN

Sieg im Handball-Turnier

Barntrup (dpa) – Die Handball-Nationalmannschaft der Frauen gewann in Barntrup ein Vierländerturnier vor Dänemark, der CSSR und Olympiasieger Jugoslawien. Gegen Jugoslawien gelang der deutschen Auswahl mit einem 22:18 der dritte Sieg.

Langer auf Rang drei

Brisbane (sid) – Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) belegte bei den offenen Meisterschaften von Queensland im australischen Brisbane mit 282 Schlägen Rang drei gemeinsam mit den Australiern Dukes und Fowler. Es siegte der Australier David Graham (269) vor seinem Landsmann Peter Foley (274).

Reljic muß gehen

Minden (dpa) – Grün-Weiß Dankersen, nach sechs sieglosen Spielen Tabellenletzter der Handball-Bundesliga, hat sich von seinem jugoslawischen Trainer Milorad Reljic (40) getrennt, der die Mannschaft erst seit Beginn der Saison trainierte.

Schuster bedroht?

Barcelona (dpa) – Bernd Schuster, deutscher Fußballprofi in Diensten des spanischen Erstligaklubs FC Barcelona, soll von einer terroristischen Vereinigung bedroht und zur Zahlung einer persönlichen Schutzgebühr aufgefordert worden sein. Dies meldete gestern die katalanische Sportzeitung „El Mundo Deportivo" unter Berufung auf Spielerkreise des FC Barcelona.

Endspiel unterbrochen

Nagoya (sid) – Das Endspiel im 23. Federation-Cup-Turnier der Tennis-Damen im japanischen Nagoya zwischen Pokalverteidiger CSSR und den USA mußte wegen Regens abgebrochen werden. Helena Sukova hatte die CSSR mit einem 6:3, 6:7, 6:4-Sieg über Elise Burgin in Führung gebracht. Das Spiel von Hana Mandlikova gegen Kathy Jordan wird heute beim Stand von 7:5, 3:0 fortgesetzt.

Supercup für Spandau

Hannover (dpa) – Der Wasserball-Klub Wasserfreunde Spandau 04 gewann mit einem 9:5-Sieg über Rote Erde Hamm zum siebten Mal hintereinander nach Meisterschaft und Pokal auch den sogenannten Supercup.

Spinks im Schwergewicht

New York (sid) – Der Amerikaner Michael Spinks (28), als erster Boxprofi gleichzeitig Weltmeister im Halbschwer- und Schwergewicht, will seinen Weltmeistertitel in der niedrigeren Gewichtsklasse kampflos abgeben und nur noch im Schwergewicht kämpfen.

Im Endspiel

Düsseldorf (sid) – Vier westdeutsche Vereine haben die beiden Endspiele um die deutsche Feldhokkey-Meisterschaft erreicht. Bei den Damen spielt am 19. Oktober in Köln Blau-Weiß Köln gegen RTHC Bayer Leverkusen. Eine Woche später treffen im Herren-Finale in Mönchengladbach der Gladbacher HTC und der HTC Uhlenhorst Mülheim aufeinander.

Sieg der Zwillinge

Peking (sid) – Die japanischen Zwillinge Shigeru und Takeshi So gewannen in Peking den China-Marathon – gemeinsam und in der Rekordzeit von 2:10:13 Stunden. Im Ziel hatte Shigeru einen hauchdünnen Vorsprung vor seinem Bruder, doch wurden beide zeitgleich gestoppt.

Sieg für dänisches Paar

Bremen (sid) – Das dänische Paar Hans und Anne Laxholm gewann in Bremen die Profi-Europameisterschaft in den Standardtänzen vor den Engländern Stephen und Lindsey Hillier. Max-Ulrich Busch und Renate Hiller (Berlin) und Damian und Pamela Hull (Osnabrück) belegten die Plätze drei und vier.

Ansbach Football-Meister

Köln (dpa) – Im Finale um die deutsche Football-Meisterschaft in Köln besiegten die Ansbacher Grizzlies die Titelverteidiger Düsseldorfer Panther mit 14:7.

Hohe Geldstrafen

Zürich (sid) – Die Europäische Fußball-Union (UEFA) hat Vergehen in der ersten Runde des Europapokals mit Geldstrafen in einer Gesamthöhe von umgrechnet rund 340 000 Mark geahndet. Die höchste Strafe von 80 000 Schweizer Franken verhängte die UEFA gegen Panathinaikos Athen wegen unkorrekten Benehmens der Mannschaft beim UEFA-Cup-Spiel gegen AC Turin.

Schach: Immer neue Ideen in der Eröffnung – trotz der Unentschieden

LUDEK PACHMANN, Bonn

Der zweite Wettkampf um die Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und seinem Herausforderer Garri Kasparow ist trotz der Remis-Spiele ungewöhnlich reich an neuen Ideen. Auch die 15. Partie brachte zwar ein schnelles Unentschieden, aber auch wieder eine theoretische Neuerung – diesmal in der Eröffnung der Russischen Partie. Der Einfallsreichtum von Karpow und Kasparow ist genauso groß wie ihre Fähigkeit, auch schwierige Situationen zu meistern und bekannte Partien zu variieren.

Bei einem Spielstand von 7,5:7,5 erreicht der auf 24 Spiele angesetzte Titelkampf jetzt ein kritisches Stadium. Bereits der nächste Sieg eines der beiden Spieler könnte eine wichtige Vorentscheidung sein. Dabei benötigt Karpow zwölf Punkte zum Erfolg, sein Herausforderer muß einen halben Punkt mehr erringen, um den Titel zu gewinnen.

Die kommentierte Partie (Kasparow Weiß, Russische Partie): **1.e4 . . .**

Bisher wählte Kasparow mit 1.d4 geschlossene Eröffnungs-Systeme. Wahrscheinlich wird er zu ihnen auch zurückkehren, denn in diesem Spiel erreicht er so gut wie nichts.

1. . . . e5, 2.Sf3 Sf6, 3.Sxe5 d6, 4.Sf3 Sxe4, 5.d4 d5, 6.Ld3 Sc6, 7.0-0 Lg4,

Da ist schon die Neuerung! Nach der üblichen Fortsetzung 7. . . . Le7 hat Weiß die Wahl zwischen 8.Te1 Lg4, 9.c3 und 8.c4, wonach Sf6 offenbar genauer ist als die im ersten Wettkampf mit umgetauschten Farben (Karpow Weiß) angewandte Fortsetzung 8. . . . Sb4. Danach geschah 9.Le2! dxc4, 10.Lxc4 0-0, 11.Sc3 Sd6!?, 12.Lb3 Lf6, 13.h3 Lf5, 14.Le3 Te8, 15.a3 – und Weiß hatte Vorteile.

8.c4 . . .

Jetzt wird die gesamte Variante anders verlaufen, als es bisher üblich war. Mit 8.Te1 Le7! hätte Weiß mit Zugumstellung eine bekannte, in zahlreichen Spielen erprobte Position erreichen können, in der jedoch Schwarz nach bisherigen Erfahrungen nicht viel zu befürchten hat.

8. . . . Sf6,

Weniger gut wäre 8. . . . Lxf3, 9.Dxf3 Sxd4, 10.Dd1 Sf6 wegen 11.Te1+ Le7, 12.cxd5 Dxd5, 13.Sc3 oder 12. . . . Sxd5, 13.Dg4 usw.

9.Sc3 Lxf3, 10.Dxf3 Sxd4, 11.Te1+ Le7, 12.Dd1 Se6, 13.cxd5 Sxd5, 14.Lb5+ . . .

Es gibt keine bessere Fortsetzung als diese zum Ausgleich fühende Abwicklung. Kasparows theoretische Neuerung hat sich bewährt.

14. . . . c6, 15.Sxd5 cxb5, 16.Db3 0-0,

Mit 16. . . . a6, 17.Le3 0-0, 18.Tad1 könnte sich Schwarz nur in Gefahr bringen, sein Mehrbauer hat hier keine Bedeutung.

17.Sxe7+ Dxe7, 18.Dxb5 a6, 19.Db3 Tfd8, 20.Le3 Tac8, 21.Tac1 b6, 22.h3 Sd4. – Remis

Nach 23.Lxd4 Txc1, 24.Txc1 Txd4 läßt sich die Partie für keinen der beiden Gegner erfolgversprechend fortsetzen.

GYMNASTIK / Unbekannte deutsche Mädchen turnten bei den Weltmeisterschaften in Spanien weitaus besser als erwartet

Nur Pianist blamierte sich mit seinen Scherzen

dpa. Valladolid

Ein Pianist war schuld, daß der gute Gesamteindruck der international wenig bekannten deutschen Gymnastinnen bei den XII. Weltmeisterschaften – auch ohne den Gewinn einer Medaille – getrübt wurde. Der 26 Jahre alte Jürgen Christ aus Baden-Baden verbreitete am Freitagabend im Beisein von Masseur Gunnar Schönborn das Gerücht von einem nächtlichen Sturz im Hotel, von einem verstauchten rechten Handgelenk, drei aufgeplatzten Fingerkuppen und dem möglichen Verzicht der Gruppe beim zweiten Durchgang. Belegt wurde das Mißgeschick mit Pflastern im Gesicht und Verband am Handgelenk.

Als Christ jedoch am Samstagabend beim Wettkampf – der VT Frankenthal verpaßte das Finale der besten acht nur um 5/100 Punkte – völlig gesund auftauchte, stellte sich das vermeintliche Unglück als „taktischer Scherz" heraus. „Die Verletzungen sind heute Nacht wie durch ein Wunder verschwunden", sagte Jürgen Christ und ließ offen, was er mit seiner Schmierenkomödie eigentlich bezwecken wollte – außer in der deutschen Mannschaft für Nervosität zu sorgen.

Im Gegensatz zu den Aktiven zeigten sich die Offiziellen des Deutschen Turner-Bundes wenig meisterlich. Es gab schon im Vorfeld der Titelkämpfe zwischen Bundesfachwartin Rosemarie Napp und Bundestrainerin Livia Medilanski, die die wegen ihres noch zu geringen Alters nicht nominierte Diana Schmiemann einfach mittrainieren ließ, kontroverse Meinungen. Und Ingrid Baumann als Trainerin des VT Frankenthal wertete die guten Beziehungen der ehemaligen Gruppen-Trainerin Mariana Christiansen als Affront gegen sich.

Dabei war auch die zukünftige Wattenscheider Vereinstrainerin Christiansen, die nach Wunsch von Rosemarie Napp als Bundeshonorarkraft „so schnell wie möglich" wieder eine deutsche Gruppe trainieren soll, der Meinung, daß die Vorstellung des deutschen Meisters in Valladolid gut angekommen sei. Pech für die engagierten Teenager, daß ihnen nach zwei Durchgängen trotz einer Leistungssteigerung nur 5/100 Punkte zum Einzug ins Finale fehlten. Die Norwegerinnen rückten nach Halbierung der Punktzahl mit 19,975:19,925 vorbei und auf den wichtigen achten Platz.

„Schade, uns hätte ein Platz im Finale auch vom Image her gut getan", meinte Livia Medilanski, die mit dem Abschneiden ihrer drei Einzel-Gymnastinnen hoch zufrieden war. „Ihr Einsatz hier war richtig und wichtig. Niemand hat sich blamiert, im Gegenteil, es gab viel Anerkennung von Experten aus aller Welt", sagte die Bundestrainerin, die nach dem Rücktritt von Carmen Rischer 1981 weiter auf der Suche nach wettkampfstabilen Sportlerinnen ist, die zu Medaillengewinnerinnen reifen können. Beachtlich waren die Plazierungen von Simone Hildebrand und der Nichte von Rosemarie Napp, Kristin Fruhwirth, die gemeinsam auf Platz 24 landeten.

Für Livia Medilanski begann der Countdown für die Eurpameisterschaften 1986 in Florenz schon am Samstag nach der letzten Übung von Simone Hildebrand, die zuvor gezielt zu bestimmten Turnieren geschickt worden war und als einzige der drei WM-Debütantinnen international wenigstens ein wenig bekannt war. „Ich habe schon wieder neue Ideen, und die sollen sofort realisiert werden", sagte die Trainerin. Sie will weiterhin ihren eigenen Stil präsentieren, um sich damit von den bulgarischen (sehr stark in der Choreographie) und sowjetischen Gymnastinnen mit der klassischen Ballettschulung zu unterscheiden. Der sportliche Einfluß der beiden Gymnastikgroßmächte war in Valladolid unübersehbar: Vier Länder haben sowjetische Trainer verpflichtet, bulgarische Trainer sind gar von zwölf Ländern unter Vetrag genommen worden, in Spanien arbeiten sogar elf Bulgaren.

Bulgariens Dominanz war schon im Vierkampf geradezu erdrückend: Diliana Gueorgueva (39,90 Punkte gab es noch nie), Lilia Ingnatova (39,80) und WM-Debütantin Bianka Panova (39,75) holten die Medaillen. Mit 39,60 Punkten rangierte mit Galina Beloglazewa die beste Vertreterin aus der Sowjetunion schon mit deutlichem Abstand erst an vierter Stelle.

Erst zweimal seit der 1963 beginnenden WM-Geschichte war ein derartiger Hattrick gelungen: 1979 durch die UdSSR und 1981 schon einmal durch die Bulgarinnen.

TURNEN / Schwache Generalprobe für die WM

Ein Festival der Stürze bis „in den Orchestergraben"

MANFRED RUHROTH. Aalen

Die Erkenntnisse waren nicht neu, aber es gab wenigstens keine Ausreden: Die deutschen Kunstturnerinnen sorgten beim Dreiländerkampf gegen Rumänien und die Schweiz drei Wochen vor der Weltmeisterschaft in Montreal für ein Festival der Stürze. Die sarkastischste Kritik kam von Reinhard Gebel, dem zuständigen Koordinator im Bundesausschuß Leistungssport: „Unsere Turnerinnen haben ihre Generalprobe nicht nur verpatzt, sie sind gleich in den Orchestergraben gefallen." Darüber kann auch nicht ein Sieg über die Schweiz (371,40:358,30 Punkte) hinwegtäuschen. Der Vergleich mit Olympiasieger Rumänien (388,30) ging verloren.

„Hauptgrund für die Niederlage war das enttäuschende Turnen unserer Mädchen am Boden und Balken", sagte Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz. Und sie fügte hinzu: „Wer sechseinhalb Punkte durch Stürze verliert, kann sich keine Hoffnungen auf gute Ergebnisse machen. Es müssen bis Montreal die noch nicht sicheren Elemente herausgenommen werden. Dazu kommt, daß alle sechs Turnerinnen ihren ersten Länderkampf geturnt haben."

Es war eben doch ein entscheidender Faktor für die Unsicherheit im deutschen Team, daß die wettkampferfahrene Anja Wilhelm aufgrund einer Grippe nicht mitturnen konnte. Bundestrainer Vladimir Prorok suchte gar nicht erst nach Ausreden: „Wir haben am Balken und Boden total schlecht geturnt. Wir müssen nun die Gründe suchen, um bis Montreal unseren erhofften Platz zwischen zehn und zwölf zu erreichen. Mit der hier gezeigten Leistung ist nichts zu holen. Das war ganz schlecht."

Bei den Fachleuten wie auch den vielen anwesenden Aktiven war das Ergebnis letztendlich zweitrangig. Wichtig war, daß die Möglichkeit einer Standortbestimmung bei diesem Wettkampf genutzt wurde. Die WM in Montreal soll der Test des augenblicklichen Leistungsstandes besonders in der Pflicht sein. Das Ziel der Trainer ist weiter gesteckt – die Sommerspiele 1988 in Seoul.

Die Zuschauer in der restlos ausverkauften Halle in Aalen erlebten ein turnerisches Feuerwerk der rumänischen Mädchen. Dominierende Persönlichkeit war einmal mehr Ecaterina Szabo. Die gesamte rumänische Mannschaft begeisterte besonders in der Kürdarbietung am Boden und Balken. Jedoch auch bei diesen ausgefeilten Turnerinnen war zu erkennen, daß die erst seit diesem Jahr bekannten Pflichtübungen noch verbesserungsbedürftig sind. Auf die Frage, welche Plazierung die Rumäninnen sich für Montreal ausrechnen, meinte Trainer Adrian Goreac: „Wir wollen gewinnen. Dies wird jedoch für alle Mannschaften schwer werden. Jeder Trainer hat die gleichen Probleme mit der für uns neuen Pflichtübung."

Besonders erfreulich in diesem Zusammenhang war der neunte Platz der deutschen Turnerin Alexandra Lang (TV Nellingen). Die neben Anja Wilhelm wohl erfahrenste deutsche Turnerin Christine Wetzel enttäuschte am ersten Tage bei den Pflichtübungen, konnte sich jedoch in der Kürdarbietung so weit fangen, daß auch bei ihr von einer ansprechenden Leistung gesprochen werden konnte.

Es war recht vernünftig, vor der WM in Montreal die jungen und für die Zukunft vielversprechenden Turnerinnen des Deutschen Turner-Bundes in diese Wettkampfprobe zu schicken. Nun müssen sie in Montreal bei der WM beweisen, daß die gute Vorbereitungsarbeit – insbesondere in der Pflichtübung – ihren Sinn erfüllt hat.

Nach Montreal werden voraussichtlich folgende Turnerinnen reisen: Anja Wilhelm (Wolfsburg), Alexandra Lang (Nellingen), Stefanie Tautz (Detmold), Christine Wetzel (Hittfeld), Isabella von Lospichl (Weilheim), Daniela Meister (Söllingen).

GALOPP

Englisches Pferd vorne

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Eine deutsche Stute zeigte die bisher beste Leistung ihrer Laufbahn, aber zum Sieg im Großen Preis von Düsseldorf (Europa-Gruppe II, 90 000 Mark, 50 000 Mark dem Sieger, 1700 m) reichte es gestern vor 12 000 Zuschauern auf der Galopprennbahn am Grafenberg in Düsseldorf trotzdem nicht. Schwarz-Grün aus dem Gestüt Charlottenhof, geritten vom Polen Andrzej Tylicki, belegte hinter dem englischen Hengst Young Runaway unter Jockey Greville Starkey den zweiten Platz. Im Ziel trennten den Sieger eine halbe Länge von der deutschen Stute, die den Hengst Diu Star aus dem Gestüt Röttgen mit Patrick Gilson auf den dritten Platz verwies. Hajes kam als 24:10-Mitfavorit unter Pat Eddery nur auf Platz vier.

Eddery: „Als Schwarz-Grün an mir vorbeischoß, habe ich fest geglaubt, daß sie gewinnt." Sein Kollege Greville Starkey: „Mein Pferd galoppierte immer sehr gut, ich hatte keine Bedenken." Starkey profitierte allerdings auch davon, daß Schwarz-Grün-Reiter Andrzej Tylicki die Innenseite freigab, so daß Young Runanway durchschlüpfen konnte. Rennentscheidend war das allerdings nicht, denn der Gast von der Insel galoppierte einwandfrei in besserer Haltung. Schwarz-Grüns Trainer Heinz Jentzsch: „Mit dem Ritt von Tylicki bin ich zufrieden. Er ist genau im richtigen Moment vom Feld weggegangen." Ob Schwarz-Grün auch 1986 im Rennstall bleibt, hat Besitzer Ferdinand Leisten noch nicht entschieden.

Der Sieger Young Runaway gehört dem griechischen Großreeder Stavros Niarchos, einem der führenden Rennstallbesitzer der Welt. In seiner Heimat zählt der Hengst durchaus zu den Pferden besserer Güte, in diesem Jahr kam er nur schwer in Form, weil der gesamte Stall von Trainer Harwood unter einem Formtief litt.

Toto: Sieg 24/15, 21, 15, ZW: 332, DW: 1020.

RADSPORT

Erfolg für Sean Kelly

dpa/sid, Mailand

Sean Kelly ist wie im Vorjahr der beständigste Radprofi der Welt. Der 29jährige Ire gewann die 79. Auflage des Herbst-Klassikers Lombardei-Rundfahrt von Como nach Mailand über 255 Kilometer. Im Sprint einer 16köpfigen Spitzengruppe verwies er den Holländer Adrie van der Poel und den Franzosen Charly Mottet auf die Plätze zwei und drei.

Mit diesem Erfolg fing Kelly auch noch den Australier Phil Anderson in der sogenannten Super-Prestige-Wertung ab. Ein französischer Aperitif-Hersteller verteilt für diese Jahres-Wertung bei allen Klassikern, Mehr-Etappenrennen, den großen Rundfahrten und der Weltmeisterschaft Punkte für die Erstplazierten. Aber es geht nicht nur ums Prestige: Die Saison-Abrechnung in dieser Konkurrenz ergibt für Kelly nicht nur 309 Punkte, sondern vor allem auch 55 000 Französische Franc.

Vor dem letzten Saison-Klassiker hatte Anderson in der Super-Prestige-Wertung noch vorn gelegen. Er profitierte von seinen starken Leistungen im Frühjahr, mit Siegen in der Mittelmeer-Rundfahrt, am Henninger Turm in Frankfurt, im Dauphiné Libéré und in der Tour de Suisse. Zuletzt ging dem Australier aber etwas die Luft aus. Bei diesem letzten Klassiker der Saison stieg er unterwegs, schon ganz auf Urlaub eingestellt, vom Rad wie viele andere. Von 171 Startern kamen nur 32 ins Ziel. Gar nicht erst am Start in Como erschienen Bernard Hinault (Frankreich), Vize-Weltmeister Greg Lemond (USA) und der italienische Stunden-Weltrekordler Francesco Moser.

Sean Kelly, in der letzten Saison alles überragender Eintagesfahrer und bei den Frühjahrs-Klassikern Paris–Roubaix und Lüttich–Bastogne–Lüttich erfolgreich, gelang damit in diesem Jahr sein zweiter großer Sieg nach dem Mehretappen-Rennen Paris–Nizza.

RINGEN

Trik: Bronze verpaßt

dpa, Budapest

Zur erhofften Medaille hat es nicht ganz gereicht. Doch die Verantwortlichen des Deutschen Ringerbundes sind mit dem Abschneiden ihrer Aktiven bei den Freistil-Weltmeisterschaften in Budapest zufrieden. „Wir wollten hier vor allem auf psychologischem Gebiet aufholen, wollten lernen, daß wir mit Mut und Selbstvertrauen in der Weltspitze bestehen können", meinte Bundestrainer Heinz Ostermann aus Riegelsberg. Auch die Neulinge im deutschen Team scheinen begriffen zu haben, daß mit mutigen Angriffen in der Weltklasse eher Lorbeeren zu holen sind als mit passivem Abwarten. Die mögliche Medaille verpaßte der Vize-Europameister Reiner Trik aus Winzeln im Mittelgewicht. Im Kampf um Bronze unterlag er mit 2:6 dem Sowjetrussen Tambowcew.

Ohne große Hoffnungen waren acht Ringer des DRB nach Budapest gefahren. Zum ersten Mal fehlte Martin Knosp, jener Mann, der seit 1979 mit zwei Ausnahmen bei jeder internationalen Meisterschaft eine Medaille gewonnen hatte. Knosp hat nach den Europameisterschaften im April 1985 seine internationale Karriere beendet. Doch trotz des Feldes von 220 Teilnehmern aus 36 Verbänden – Rekord für Weltmeisterschaften – hielten sich die Athleten achtbar.

Trik bewies nach seinem EM-Silber von 1984 und dem vierten Platz bei den Olympischen Spielen von Los Angeles mit seinem erneuten vierten Rang in Budapest, daß er zur absoluten Weltklasse gehört. Auch Papiergewichtler Rainer Heugabel aus Goldbach, ganze 1,47 Meter hoch und deshalb bisher vor allem im Bodenkampf anfällig, hat sich unter den Besten der Welt etabliert. Den späteren WM-Zweiten Torkan aus Iran konnte er besiegen, im ganzen Turnier verlor er nur einen Kampf. Dennoch reichte es nur zum fünften Platz, weil die anderen einen einzigen Punkt mehr gewannen.

Sport in Zahlen...

FUSSBALL

Erste englische Division, 12. Spieltag: Aston – Nottingham 1:2, Chelsea – Everton 2:1, Ipswich – Newcastle 2:2, Leicester – Bromwich 2:2, Liverpool – Southampton 1:0, Manchester United – Queens Park 2:0, Oxford – Luton 1:1, Sheffield – Coventry 2:2, Watford – Manchester City 3:2, West Ham – Arsenal 0:0. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 30:4 Tore/34 Punkte, 2. Liverpool 27:13/24, 3. Chelsea 17:11/24, 4. Arsenal 15:12/21. – **„DDR"-Pokal**, 2. Hauptrunde: Böhlen – Brandenburg 3:0, Cottbus – Erfurt 0:5, Schiffahrt/Hafen Rostock – Aue 4:2 n. V., Motor Karl-Marx-Stadt – Hansa Rostock 0:1, Eisleben – Magdeburg 5:7 n. Elfmeterschießen, Bischofswerda – FC Karl-Marx-Stadt 1:2, Schwarze Pumpe – Lok Leipzig 0:9, Gera – Jena 1:4, Rotation Berlin – Union Berlin 1:4, Grimma – Dresden 2:7, Stralsund – Zwickau 4:2 n. V., Suhl – Dynamo Berlin 2:3, Dresden II – Dynamo Berlin II 2:0, Halle II – Erfurt II 4:1, Nordhausen – Jena II 3:1, FC Union Berlin – Schwerin 2:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag: Bayreuth – Leverkusen 75:62, Hagen – Gießen 80:60, Köln – Bamberg 82:86, Oldenburg – Charlottenburg 63:93, Osnabrück – Langen 100:72, Göttingen – Hagen 70:68. – **Damen**, 3. Spieltag: Köln – Leverkusen 62:66, München – Düsseldorf 59:90, Osterfeld – Heidenheim 96:62, Barmen – Porz/Hennef 103:84.

EISHOCKEY

Bundesliga, 5. Spieltag: Düsseldorf – Köln 2:5, Kaufbeuren – Landshut 11:4, Mannheim – Bayreuth 8:3, Rosenheim – Rießersee 4:3, Schwenningen – Iserlohn 5:6.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: Lemgo – Göppingen 28:19, Günzburg – Gummersbach 19:21, Hofweier – Düsseldorf 16:21, Reinickendorf – Weiche-Handewitt 19:19. – **Internationales Vier-Länder-Turnier** der Damen in Detmold: Jugoslawien – CSSR 24:24, Deutschland – Dänemark 17:15; in Detmold: Dänemark – Jugoslawien 28:24, Deutschland – CSSR 16:15, Dänemark – CSSR 17:16, Deutschland – Jugoslawien 22:18. – Abschlußtabelle: 1. Deutschland 6:0, 2. Dänemark 4:2, 3. CSSR 1:5, 4. Jugoslawien 1:5.

RINGEN

Bundesliga, 9. Kampftag, Gruppe West: Mömbris-Königshofen – Witten 14:23, Schifferstadt – Aldenhoven 23:12, Bonn-Duisdorf – Köllerbach 21,5:15,5. – Gruppe Süd: Urloffen – Wiesental 19,5:16, Reilingen – Freiburg-St. Georgen 27:11, Nürnberg – Bad Reichenhall 27:11, Freiburg-Haslach – Aalen 19,5:15,5. – **Freistil-WM** in Budapest, Klasse bis 48 kg: Hwan (Nordkorea) 6:5-PS – Torkan (Iran), 3. Gogoliew (UdSSR); bis 57 kg: Bjeloglazow (UdSSR) 8:0-PS – Darkus (USA), 3. Lacsew (Bulgarien); bis 68 kg: Fadzajaw (UdSSR) Schultersieger – Bold (Mongolei), 3. Sulevan (Kanada); bis 82 kg: Schultz (USA) 10:5-PS – Nanew (Bulgarien), Kampf um Platz drei: Tambowcew 6:2-PS – Trik (Deutschland); bis 100 kg: Habelow (UdSSR) Schultersieg – Davis (Kanada), 3. Neupert („DDR").

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: Düsseldorf – Reutlingen 8:8, Bremen – Hertha BSC Berlin 9:6, Grenzau – Steinhagen 9:3. – **Damen**, 5. Spieltag: Ahlem – Stuttgart 8:8, Kaiserberg – Donauwörth 9:0, Soest – Stuttgart 9:2, Kleve – Donauwörth 6:9. – **Europapokal der Landesmeister**, Damen, Achtelfinale: Korneuburg – Saarbrücken 0:5.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: München – Paderborn 1:3, Friedrichshafen – VdS Berlin 1:3, Celle – Gießen 3:1, Fort. Bonn – Dachau 1:3.

HOCKEY

Intercontinental-Cup in Spanien, WM-Qualifikation, zweiter Spieltag, Gruppe A: Irland – Zimbabwe 9:0, Südkorea – Polen 2:4, Argentinien – Neuseeland 1:1. – Gruppe B: Belgien – Kenia 4:1, Spanien – Japan 4:2. – **Deutsche Meisterschaft**, Herren, Halbfinale: Mülheim – Frankenthal 1:0, Stuttgart – Gladbach 1:2. – **Damen**, Halbfinale: Brandenburg – BW Köln 0:1 n. V., Leverkusen – Berliner HC 3:1 n. V.

TENNIS

23. Federation Cup, inoffizielle WM der Damen in Nagoya/Japan, Halbfinale: CSSR – Bulgarien 2:1 (Mandlikova – M. Maleeva 3:6, 6:2, 6:1, Sukova – K. Maleeva 3:6, 6:7, Sukova/Mandlikova – K. Maleeva/M. Maleeva 6:3, 7:6), USA – Australien 2:1 (Burgin – Minter 6:3, 6:4, Jordan – Turnbull 4:6, 7:6, 5:7, Burgin/Jordan – Turnbull/Smylie 0:6, 6:1, 6:4), CSSR – USA 1:0 (Sukova – Burgin 6:3, 6:7, 6:4, Mandlikova – Jordan 7:5, 3:0 abgebrochen). – **Grand-Prix-Turnier** der Herren in Brisbane, Finale: Annacone (USA) – Evernden (Neuseeland) 6:3, 6:3. – **Internationales Turnier** der Herren in Toulouse, Halbfinale: Noah – Forget (beide Frankreich) 6:4, 6:2, Smid (CSSR) – Krishnan (Indien) 6:7, 6:3, 6:4. – **Damen-Turnier** in Filderstadt, Qualifikation, erste Runde: Ferrando (Italien) – Gerber (Deutschland) 3:6, 7:5, 6:2, Calleja (Frankreich) – Singer (Deutschland) 7:5, 6:1, Amiach (Frankreich) – Walliser (Deutschland) 6:0, 6:1, Meier – Kopp 6:0, 6:2, Sorge – Reinhardt (alle Deutschland) 6:3, 7:5, Brown (England) – Porwik (Deutschland) 7:6, 6:4, Golder (USA) – Eisterlehner (Deutschland) 6:1, 6:0, Gerken (USA) – Kluth (Deutschland) 6:3, 6:2. – **Internationale Meisterschaften** von Südafrika, Halbfinale: Gilbert – Kriek 6:4, 6:4, Anger – Arias (alle USA) 7:5, 4:6, 7:5. – Viertelfinale: Arias – Curren (USA) 6:4, 6:3. – Finale: Anger – Gilbert (beide USA) 6:4, 3:6, 6:3, 6:2.

RAD

79. Lombardei-Rundfahrt für Profis, Como–Mailand (255 km): 1. Kelly (Irland) 6:11:17 Std., 2. van der Poel (Holland), 3. Mottet (Frankreich), 4. Lejarreta (Spanien), 5. Schönenberger (Schweiz), 6. Corti (Italien) alle gleiche Zeit.

GYMNASTIK

WM in Valladolid (Spanien), Mehrkampf: 1. Guerguewa 39,90, 2. Ignatowa 39,80, 3. Panowa (alle Bulgarien) 39,75, 4. Beloglazewa (UdSSR) 39,60, 6. Dittrich („DDR") 39,55... 24. Hildebrand und Fruwirth 39,15, ... 52. Bothor (alle Deutschland) 37,00. – Gruppen-Gymnastik, zweiter Durchgang: 1. Bulgarien 19,800 Punkte, 2. UdSSR 19,775, 3. Nord-Korea 19,675, 4. Spanien 19,650, 5. China 19,275, 6. Japan 19,175, 7. „DDR" 19,075, 8. Norwegen 18,975, 9. Deutschland und Italien beide 18,925.

KUNSTTURNEN

Dreiländerkampf der Turnerinnen in Aalen, Endstand: 1. Rumänien 388,30 Punkte, 2. Deutschland 371,40, 3. Schweiz 358,30. – Inoffizielle Einzelwertung: 1. Szabo 79,20, 2. Voinea 77,60, 3. Silivas 77,25, 4. Golea 77,15, 5. Popa 77,25, 6. Dumitru (alle Rumänien) 75,50, 7. Lang 75,20, 8. Tautz 74,25, 9. Wetzel 73,90, 10. Lospichl (alle Deutschland) 72,80.

LEICHTATHLETIK

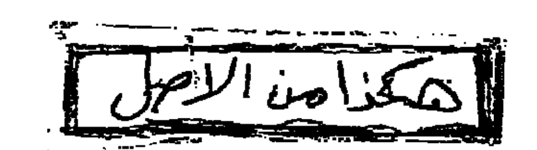
8. Internationaler Nürburgringlauf, Männer, Langstrecke (23,8 km): 1. Hellebuyk (Troisdorf) 1:14:34 Std., 2. Kaul (Andernach-Neuwied) 1:18:25, 3. Doyle (England) 1:18:54. – Frauen: 1. Szabo (Ungarn) 1:27:23 Std., 2. Franzis (Sonsbeck) 1:29:05, 3. Heldt (Seesen) 1:29:25. – Männer, Kurzstrecke (9 km): 1. O'Callaghan (Irland) 26:39 Min., 2. Verbeeck (Belgien) 27:05, 3. Bourmer (Koblenz) 27:45.

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen: 1. R.: 1. Silberkaiser (E. Schindler), 2. Hugenotte, 3. Flower Girl, Toto: 28/13, 14, 25, ZW: 96, DW: 268, 2. R.: 1. Kaiserfahrt (P. Alafi), 2. Sharazan, 3. Fora, Toto: 18/12, 22, 14, ZW: 180, DW: 396, 3. R.: 1. Ledru-Rollin (Am. A. Schütz), 2. Ahnfrau, 3. Pantomas, Toto: 28/14, 13, 16, ZW: 52, DW: 136, 4. R.: 1. Aubano (S. Klein), 2. Ulanka, 3. Vaguely Rose, Toto: 136/30, 17, 30, ZW: 2544, DW: 36 052, 5. R.: 1. Atlantikvogel (T. Hellier), 2. Winterliebe, 3. Tanita, Toto: 80/22, 13, 30, ZW: 280, DW: 2004, 6. R.: 1. Taikron (F. Puchta), 2. Elliot, 3. Ligorio, Toto: 116/22, 22, 19, ZW: 516, DW: 1988, 7. R.: 1. Berthold (P. Schiergen), 2. Rouen, 3. Royal appeal, Toto: 196/42, 26, 42, ZW: 1076, DW: 27 196.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 10, 12, 15, 34, 35, 49, Zusatzzahl: 7. – **Spiel 77**: 3 4 6 6 8 5 9. – **Rennquintett**: Rennen A: 6, 12, 11. **Glücksspirale**, Endziffern: 1, 54, 351, 5302, 66983, 304910. – Los-Nummer: 4888932, 5100082, 5752797. – Prämienziehung: 389019, 706137, 825177. (Ohne Gewähr).



Pankraz, Glucksmann und die Dummheit

André Glucksmanns neuester Super-Essay „Die Macht der Dummheit“, dessen deutsche Version pünktlich zur Buchmesse bei der DVA in Stuttgart herausgekommen ist, entpuppt sich als ein echter Schinken aus Lutetia, an dem Asterix und Obelix ihre Freude gehabt hätten. Es wuchert die aggressive Rhetorik, es wimmelt von Anspielungen auf die Pariser Szene, Vorkommnisse der aktuellen Politik werden ungeniert mit dem Walten des Weltgeistes in Verbindung gebracht, um ihnen höhere Evidenz, respektive höllischen Glanz zu verleihen.

Trotzdem hat es das Büchlein in sich. Wer sich ernsthaft darauf einläßt und sich nicht von der vielen Holzwolle abschrecken läßt, der wird auf so manchen schönen, geistreichen Denkzug stoßen, und er wird entdecken, daß hier wirklich interessante Einsichten über das Wesen der Dummheit eröffnet werden. Zwei Bestimmungen vor allem verdienen Aufmerksamkeit: erstens die Definition der Dummheit als einer wesentlichen und der einzig erkennbaren Struktur des gesellschaftlichen Lebens und zweitens ihre idealtypische Zuordnung zur Klasse der Halb- und Pseudo-Intellektuellen, die den sogenannten Zeitgeist prägen und das dazugehörige Party- und Kulturbetriebs-Vokabular liefern.

Den Zugang zur ersten Definition erschließt sich Glucksmann, indem er endlich wieder einmal den Begriff der „sozialen Gesetzmäßigkeit“ auf seinen Sinn oder Unsinn hin abklopft. Wieso, so fragt er, sind die Menschen nicht Herren ihres Schicksals, wieso sind sie, außer von Naturereignissen, auch noch von gesellschaftlichen Mechanismen abhängig, die nicht ihrem vernunftgemäßen Zusammenleben dienen, sondern oft genug kontraproduktiv wirken, Unheil und Verwirrung anrichten?

Die Philosophen haben diese Frage bekanntlich mit dem Entwurf großer Weltbilder zu beantworten versucht, haben eine „Dialektik des Klassenkampfs“ konstruiert, haben den Sozialkörper mit einem biologischen Organismus verglichen oder die ewige Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse ins Feld geführt. Aber sie *haben damit*, sagt Glucksmann, lediglich aus der Fliege an der Wand einen Elefanten gemacht:

„Zweihundert Jahre lang heiligte ein geheimnisvolles Nebeneinander von Politik und Philosophie jedes noch so geringfügige Eingreifen in die Tagesfehden und verwandelte sie in einen letzten, beziehungsweise transzendentalen Kampf.... Den Vollidioten erkennt man eben daran, daß er durch nichts aus der Fassung zu bringen ist. Er ist stets bereit, sich über das eine Meinung zu bilden, was er nicht versteht, und unfehlbar über das zu urteilen, was er nicht weiß. Seine ureigenen Zwangsvorstellungen zu allgemeinen Prinzipien des Denkens erhebend, findet er in seinem Weltbild das wirksame Instrument, das ihm zur Allwissenheit verhilft.“

Statt also ihr Zusammenleben vernunftgemäß und pragmatisch zu regeln, schaffen sich die Menschen „Weltbilder“, die Vernunft und Pragmatik gerade verhindern. Diese ihre „Dummheit“ ist die einzig erkennbare *Struktur* der Gesellschaft. Mit ihr rückt auch der soziale Träger der Dummheit ins Bild: Nicht derjenige ist ein Dummkopf, der nichts weiß, sondern derjenige, der sein Nichtwissen für Wissen ausgibt, gar für Herrschafts- und Operationswissen, mit dessen Hilfe er die Welt zu „ordnen“ und zum Besseren hin „verändern“ zu können glaubt.

Glucksmann wendet sich scharf gegen die aus dem neunzehnten Jahrhundert stammende Theorie, daß die Dummheit durch die „dumpfe, ahnungslose Masse“ in die Welt gekommen sei und daß es folglich genüge, die Ahnungslosen durch das Licht des Wissens zu erleuchten, um alles zum Guten zu wenden. Im gleichen Atemzug schwingt er sich aber auch zu einer ausdrücklichen „Verteidigung des Intellektuellen“ auf, jenes Typs, der *mit Sokrates weiß, daß er nichts* weiß, der nie den inneren Vorbehalt gegen die von ihm selbst geschaffenen Theorien preisgibt und ständig auf dem Sprung bleibt, sich von der Wirklichkeit überraschen und revidieren zu lassen. Weder der schuldlos Ahnungslose noch der scharf und ehrlich selbstkritische Intellektuelle sind die Quelle der Dummheit.

Der Part bleibt vielmehr dem typischen Halb- oder Pseudo-Intellektuellen vorbehalten, der die von den Philosophen geschaffenen Theorien erst wirklich zu festen „Weltbildern“ gerinnen läßt, zu Klischees, die er dann auf alles und jedes „anwendet“. Sein Hauptmerkmal ist die *geistige Selbstsicherheit*, die joviale Überzeugung, ständig „auf dem richtigen Dampfer“ zu sein. Schon Baltasar Gracián sprach ja von der „Verwegenheit der Dummköpfe“, und Flaubert hat später diese Verwegenheit des Einordnens und Aussonderns, des Urteilefällens und sorglosen Benennens in seinem Tölpelpaar Bouvard und Pécuchet unvergeßlich porträtiert.

Glucksmann knüpft unmittelbar an Flaubert an. „Dummheit“, sagt er, „ist das Fehlen von Urteilskraft, jedoch ein aktives, bedrängendes Fehlen. Sie wirkt durch Überzeugung; geurteilt wird nicht. Durch eine Art Osmose, Aufweichung und *Unschädlichmachung* von *allem* Fremden breitet sie sich in all ihrer Schwere aus. Sie antwortet nicht, stellt keine Fragen, sie errichtet die Herrschaft der Schablonen und Klischees.“

Eine gute Beschreibung, findet Pankraz. Nur möchte er davor warnen, daß man die Herrschaft der Dummheit so einfach als unabwendbares Schicksal hinstellt, womit man sie ja letzten Endes nur noch stärker macht. Man muß sich, trotz aller Skrupel und trotz der Gefahr, niedergewalzt zu werden, in den Gang der Dinge einmischen und das Spiel mitspielen. Es gibt eine spezifische Dummheit der Klugen, sie heißt Nichtstun, Verzicht auf vita activa, ein Barmen über die Dummheit der Welt, das selber zum Klischee geworden ist. *Diesem* Klischee ist Glucksmann nicht überall entkommen.

Pankraz

Giacinto Scelsis „Aion“ beim WDR uraufgeführt

Aus dem Innern der Töne

Der Mann ist aus dem Holz, aus dem Legenden geschnitzt werden. Ja, der italienische Komponist Giacinto Scelsi *ist* auf seine 80 Jahre schon eine Legende, bei der Dichtung von Wahrheit zu unterscheiden fast unmöglich geworden ist. Kein Bild existiert von ihm, Scelsi duldet kein Konterfei seiner Person. Und seltsamerweise respektiert diese unsere bildgierige Welt bei ihm auch diesen Wunsch, gibt sich mit Scelsis Signet zufrieden, einem Kreis mit darunterliegender horizontaler Linie, wie es den ihm gewidmeten Band der Schriftenreihe „Musik-Konzepte“ schmückt. Aber auch Musik von Scelsi erklang so gut wie nie und nirgendwo. Lebendig war nur die stete Kunde, daß dort unten in Rom einer der ganz großen Denker der Musik und Avantgardisten der Komposition residiere: eben Giacinto Scelsi.

Das hat sich erst in den letzten Jahren ein bißchen geändert. Nun hört man Scelsis Musik hin und wieder. Und es gibt ihn tatsächlich: Zur Uraufführung seines „Aion“ für Orchester kam er nach Köln zum WDR, wo ihn das Publikum mit einer Herzlichkeit feierte, als habe es einen lieben alten Freund wiedergetroffen. Und nach „Aion“ versteht man auch, warum Scelsi nur als Schemen in der musikalischen Welt existierte.

Avantgarde ist er mitnichten – oder bestenfalls in jenem Sinne, daß er tatsächlich mit seinen *musikalischen* Gedanken weiter war als Darmstadts und Donaueschingens Material-Erkundler und Struktur-Zertrümmerer. Scelsi ist ganz früh eingetaucht in die Mythen und Weisheiten des Fernen Ostens – ein musikalischer Hermann Hesse gleichsam. Die abendländische Art der *Komposition*, die er bei Malpiero und Casella bis zur Zwölftontechnik gelernt hatte, interessierte ihn nicht: Dieses Beziehungsgeflecht von Tönen, in dem nur noch die Beziehungen, aber nicht mehr die Töne wichtig sind. Eben deren Natur, deren Wesensart, deren inneres Stimmen und Klingen, das durch Obertöne und Untertöne, durch Zusammenklänge akzentuiert werden kann, interessiert Scelsi in seinen Kompositionen. Für einen solchen Außenseiter hatten die orthodoxen Avantgardisten natürlich keinen Platz.

„Aion“, bereits 1961 entstanden, aber erst jetzt vom Kölner Rundfunk-Sinfonie-Orchester unter Zoltan Pesko uraufgeführt, kommt ganz aus dieser mythischen Wesenswelt der Töne. Im Untertitel nennt Scelsi sein Stück „Vier Episoden aus einem Tag Brahmas“, und in einem kleinen, ironischen Text erklärt er, daß ein Tag Brahmas 367 000 Erdenjahre dauere, jede der vier Episoden also etwa 90 000 Jahre dauern müsse. Das würde das Publikum wohl sehr lang finden, und so habe er die Dauer der Episoden reduziert.

Ein Scherz mit Ernst: Denn tatsächlich haben Scelsis Töne etwas von jener Urmusik, mit der die Planeten ihre Bahn ziehen oder die das Sprießen einer Pflanze aussendet. Was unsere Ohren als Harmonie empfinden, ist zwar nicht wichtig dabei, aber sie stellt sich ein. Klangentsprechungen lassen sich gelegenlich zu Wagner ausmachen, vor allem dem „Ring“. Tönende Mythen, ob west- oder östlich, nähern sich offenbar einander an. REINHARD BEUTH



„Daikoku, der Gott des Glücks und des Reichtums, schreibt eigenhändig die Schlußzeilen des Gedichts vom Bambusfäller“ von Utagawa Kunisada (1761–1816) und Kupferstich eines „Drachenschiffs“ aus Neuhofs Reisebeschreibung, 1666, aus der Mainzer Ausstellung FOTOS: KATALOG

Das Buch, aus dem Chinesen das Malen lernten

Es begann mit der Freude an den Bildern, an der einheitlichen Gestaltung der Seiten aus Text und Holzschnittillustration. Ulrich von Kritter hatte bereits eine recht beachtliche Büchersammlung von Beispielen der Illustrationskunst im Europa des 19. und 20. Jahrhundert zusammengetragen (die englischen Bücher waren im Vorjahr in Wolfenbüttel zu sehen, die französischen werden in den kommenden Monaten in Duisburg gezeigt), als er bei einer Geschäftsreise in Tokio auf Beispiele japanischer Buchkunst stieß.

In einem Antiquariat in Kyoto stöberte er dann alle möglichen Exemplare auf, die ihm auf den ersten Blick gefielen, noch unsystematisch, aber bald der Grundstock einer recht bemerkenswerten Bibliothek, zu der auch chinesische Bücher und europäische Veröffentlichungen über die beiden Länder in Fernost (Reisebeschreibungen, Übersetzungen, bibliophile Ausgaben) kamen.

Sie sind jetzt in der Ausstellung „China und Japan in Buchkunst und Graphik“ im Mainzer Gutenberg-Museum zu sehen, denn Ulrich von Kritter hat diesen Sammlungsteil dem Museum der Druckkunst gestiftet.

Die zweite Ausgabe des „Senfkorngartens“, des klassischen chinesischen Vorlagenbuches für Maler, 1701 herausgegeben von Wang Kai, gehört *dazu, oder ein guter Nach*druck der „Hundert Ansichten des Berges Fuji“ von Hokusai, 1877 gedruckt. Eine reizvolle Auswahl von Surimonos, Glückwunschblättern zum Jahreswechsel mit anspielungsreichen Holzschnitten und Gedichten, kann man bewundern oder die exotischen Ansichten jener fernen Länder, wie sie sich z. B. in der „Beschreibung der Ost-Indischen Gesellschaft in den Vereinigten Niederländern an den Tartarischen Cham, nunmehr auch Sinischen Kaiser“ von Neuhof abgebildet waren. Man findet hier in Bild und Wort die „Biographien von 24 tugendhaften Frauen aus China und Japan“ beschrieben oder eine illustrationsreiche „Geschichte der drei Reiche“ aus China.

Der Bogen spannt sich bis zur Gegenwart. Graphische Blätter von Japanern, die in Europa leben (z. B. von Yoshi Takahashi oder Hiroshi Asada), korrespondieren mit den Annäherungen europäischer Künstler an japanische Themen, wie sie sich z. B. bei Otto Pankok oder Emil Orlik und auf einer sehr eigentümliche Weise bei Jörg Schmeisser finden. Da ist eine Ausgabe der „Legends japonaises“ zu sehen, die 1922 in Paris erschien und von Tsuguharu Foujita in Anlehnung an Jugendstilformen ausgeschmückt wurde, oder ein Exemplar der urwüchsigen, archaisierenden „Kyoto Holzschnitte“ von Naoko Matsubara.

Es ist ein subjektiver Blick auf die graphischen und bibliophilen Künste in Japan und China, nicht auf Vollständigkeit bedacht, aber doch von instruktiver Geschlossenheit. (Bis 26. Okt.; Katalog 30 Mark, im Buchhandel, L. Reichert Verlag, 54 Mark.)

PETER DITTMAR

Wie groß ist die Macht der Technik? – Der Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politik in Bochum

Fortschritt, ein Zirkel des Absurden

Der Tagungsort des diesjährigen Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politik, die Ruhruniversität Bochum, liegt inmitten einer Gegend, wo die Arbeitslosigkeit an die *15-Prozent-Marke heranreicht*, wo man also vom industriell-technischen Strukturwandel besonders betroffen ist. Das Thema „Politik und die Macht der Technik“ war also zumindest im Hinblick auf den genius loci gut gewählt. Man erhoffte sich, wenn schon nicht Antworten, so doch Anregungen zu der Frage, wohin die Reise mit den neuen Technologien denn gehen werde und wie und ob man sie überhaupt steuern könne.

Am Anfang stand der Versuch, zu klären, wer die „Schuld“ an der technologischen Entwicklung trage: die Technik selbst, die Verwertungsinteressen, das pluralistische Anspruchsdenken oder gar staatliches Planen. Das blieb ein bißchen allzu akademisch. Die Parteien und Verbände scheinen von den neuesten Entwicklungen jedenfalls regelrecht überrollt worden zu sein. Die Gewerkschaften sehen nun den Sozialstaat gefährdet, während die Unternehmen auf die korrigierenden Kräfte des Marktes vertrauen. Wird jedoch die gesellschaftliche Entwicklung gänzlich dem Markt überlassen oder nur noch von Technokraten gesteuert, so stößt man schnell an die Grenzen der demokratischen Legitimität.

In der Öffentlichkeit präsentieren sich die beiden Großparteien zur Zeit mit einer unterschiedlichen Technikpolitik: aktive Steuerung gegen reaktive Rahmensetzung. Aber: „Der Kontrast der Parteien ist theoretisch *größer als praktisch*“, konstatierte der Hamburger Politologe Hans-Hermann Hartwig. Der Bürger wird in seiner Ratlosigkeit den mal apokalyptischen, mal paradiesischen technologischen Szenarien gegenüber weitgehend allein gelassen, und den Politikern scheint es nicht besser zu gehen.

Ein weiteres Thema in Bochum war: Stehen wir vor einer überforderten und abnehmenden Problemverarbeitungskapazität des parlamentarischen Regierungssystems? Die Parlamentarier können ihre Kontrollfunktionen ja offenbar nur noch in bescheidenstem Rahmen erfüllen. Der Vorsitzende der Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung“ im Bundestag, Josef Bugl, beklagte sich über das ungleiche Verhältnis zwischen Parlament und Ministerialbürokratie, die einerseits sehr langsam informiere, andererseits ihre Vorstellungen immer wieder auf die Regierung überwälze.

„Die Möglichkeiten, was den Parlamentarier anlangt, sind außerordentlich deprimierend“, plauderte Jürgen Fahlberg, Mitglied der Enquete-Kommission, aus der Schule. Das nötige Fachwissen müsse erst erworben werden, daneben laufe die Parteiarbeit weiter. Die zeitaufwendigen Hearings dienten weniger der Informationsbeschaffung als vielmehr der Rechtfertigung, vor dem Wähler etwas getan zu haben. „So schwierig es ist, Technologieentwicklungen auszumachen – viel schwieriger ist es, die sozialen Folgen abzuschätzen“, resümierte Fahlberg. Vor der Steuerung müßten erst einmal die Bewertungskriterien einer neuen Technologie aufgestellt werden. Was tun aber, wenn deren Wirkungen unbekannt sind?

In einem historischen Exkurs rollte Iring Fetcher (Frankfurt) die ideengeschichtliche Herkunft des modernen Technikverständnisses auf. Francis Bacon wies der Philosophie die Aufgabe des Planens und der Beherrschung der Natur zu. Saint-Simon und Marx radikalisierten diese Idee, wobei Fetcher krampfhaft versuchte, bei Marx die Akzente zu verschieben: Marx sei es um den „allzeit entfalteten Menschen“ gegangen, und dieser sei heute insbesondere durch das kommerzielle Fernsehen bedroht, das *zu allem Überdruß noch das Publi*kum auf seiner Seite habe.

Spätestens hier wurden die Grenzen einer Politologie qua Marx-Exegetik sichtbar, die sich nur noch im Zirkel einer progressiven Tradition zu drehen scheint. Mit der Formel „Hier technikgläubiger Konservativismus, dort technikfeindliche Aussteiger“ läßt sich nur notdürftig die Verlegenheit der ideologischen Systeme verkleiden, die momentan mit der Analyse ihrer Irrtümer befaßt sind.

Kurt Lenk (Aachen) kam seinerseits mit Arnold Gehlen, der die besondere Rolle des Sachzwangs und der Institutionen für die Kulturentwicklung herausgearbeitet hat, und *mit Helmut Schelsky, den die* Technisierung der modernen Gesellschaft zu der „technischen Utopie“ verleitet habe, die Politik werde sich zunehmend in technisch bestimmte Sachzwänge auflösen und die interessenbestimmte Politik werde sich in die Verwaltung durch Experten aufheben.

Helmut Dubiel (Frankfurt) konstatierte, daß Schelskys Hoffnung, alle Sachfragen würden früher oder später in technische Lösungen transformierbar sein und damit die Gesellschaft entpolitisiert werden, falsch gewesen sei. Großtechnische Entwicklungen wie Kernkraft und Rüstung seien vielmehr „in dramatischem Ausmaß politisiert worden“. Bernard Willms (Bochum) merkte an, daß Schelskys Thesen „nicht wirklich konservativ“ gewesen seien, sondern vielmehr eine liberale Variante der alten Hoffnung auf Überwindung der Geschichte darstellten. „Wenn Fortschritt in die Krise gerät, dann ist nichts naheliegender, als sich mit jenem Denken zu befassen, das dem bürgerlichen Fortschritt und seinen sozialistischen Neuauflagen von Beginn an mit *Gründen entgegentrat.*“

Wer auch heute noch in den progressiven Kategorien des Fortschritts verharre, der „verbleibt eben da, nämlich im engen Zirkel des Absurden“, meinte Willms süffisant. Dubiel hingegen wollte den Fortschrittsbegriff selbst überhaupt nicht in Frage stellen. „Die soziale Emanzipation ist immer auf Naturbeherrschung reduziert worden. Heute ist diese Verklammerung gelöst, und wir sollten nur noch auf solche Technologien zurückgreifen, die diese fördert.“

Das dürfte allerdings nicht so einfach sein, schon im Hinblick auf die *internationalen* Verflechtungen. Gerd Jumme (Amsterdam) zeigte diese internationale Dimension der neuen *Technologien eindrucksvoll auf. Pro*duktionstechniken bestimmten immer eindeutiger die interstaatlichen Beziehungen. Aus einer technologischen Überlegenheit könne sehr schnell eine politische werden. Gegenwärtig sei eine verschärfte Konkurrenz zwischen den westlichen Industriestaaten zu verzeichnen, wobei der Kostendruck und die Rationalisierung die Rückkehr der verarbeitenden Industrien in die Industrieländer begünstigten, so daß der relative Vorteil der Dritten Welt wieder hinfällig werde.

Neue Probleme also im Verhältnis zwischen der Ersten und der Dritten Welt, die außerordentlichen sozialpolitischen Sprengstoff bergen. Angesichts solcher Perspektiven war es auch den in Bochum versammelten Politologen klar, daß man sich ein wirtschaftliches Aussteigen noch weniger werde leisten können als ein akademisches. MAX A. HÖFER

Obenauf, wenn es um die Schuld der anderen geht: G. M. Bode in der Kölner Aufführung FOTO: ODRY

Tödlicher Traum: Strindbergs „Gespenstersonate“ unter Ernst Wendt in Köln

Wenn eine Mumie Erdnüsse knabbert

Der giftige Blütenrausch einer unschuldigen Jugend ist zu einer lächerlichen einsamen Hyazinthe vorn an der Bühnenrampe reduziert. Die Harfe hat keine Saiten mehr. Und der Jüngling steckt sich zur schicksalhaften Begegnung mit der Geliebten erst mal eine Zigarette an.

So sieht Regisseur Ernst Wendt in den Kölner Kammerspielen seinen Strindberg: Die „Gespenstersonate“ ist auch ihrer letzten poetischen Lebensmöglichkeiten entkleidet. Der Mensch, wie ihn Wendt sieht, ist nicht nur ein schuldbeladenes Monster, er ist schon vor aller Schuld ein lächerliches, jämmerliches Wesen, dessen Alpträume bestenfalls zum Jahrmarktsbuden-Zauber taugen.

Dabei hat ja schon Strindberg wahrlich nicht an Greueln gespart. Die Menschen, die sich bei ihm zum Gespenstersouper zusammenfinden, sind allesamt Ausgeburten der Hölle: der Oberst ein betrogener und gehörnter Hochstapler, die Ehefrau eine betrügerische, papageienhafte Mumie, der Entlarver ein Geldschneider und Mörder, die Diener Kriminelle und so weiter und so fort. Aber Strindberg hat der unschuldigen Jugend zwar keine Chance gegeben, doch wenigstens einen Blütenrausch. Dessen Gift ist ja gewiß tödlich. Immerhin ist es wenigstens ein Traum.

Ernst Wendt hat in Köln den zweiten und dritten Teil – die Entlarvung der älteren Generation – sozusagen in einem Atem inszeniert. Die Alten entstammen einem gruseligen Panoptikum: Helmut Grieser als „Der Alte“ tobt auf Krücken durch den düsteren Salon, als sei Mephisto gerade Faustens Seele beraubt worden; wenn er entlarvt ist, zeigt sich, daß unter seinem Kostüm ein kraftstrotzender Zirkusathlet steckt. Der Oberst des Georg Martin Bode bricht bis zur totalen Jämmerlichkeit zusammen, ist aber sofort wieder obenauf, wenn es um die Schuld der anderen geht. Seine Frau, die Mumie (Petra Redinger), krächzt nicht nur wie ein Papagei und röhrt ihren Text wie ein solcher, sie frißt auch noch am laufenden Band Erdnüsse. Und die beiden Diener (Hansjoachim Krietsch und Werner Brehm) sehen aus und benehmen sich wie die bösen Zofen bei Jean Genet. Das ist schon kein bohrender Alptraum mehr, das ist ein Cabinet des Doktor Mabuse.

Dem entspricht durchaus die Welt der Jugend, wenn auch in anderen Farben. Wendt läßt den Jugendraum ohnehin nur durch einen Paravent von der Welt der Alten abtrennen (die auch während der ganzen Zeit auf der Bühne bleiben). Aber dieser Student, den Karl Fischer spielt, ist kein edler Retter und kein träumerischer Poet; er hat die Züge und den Habitus eines Dandys. Und Mariter Breuer, das Ziel seiner Träume, ist keine dahindämmernde Schönheit, sondern eher eine bläßliche höhere Tochter, deren Leiden wohl vorrangig erotische Verdrängungen ausmachen, weswegen denn auch die Köchin (glänzend: Susanna Kraus) ihren Gegenpart im sexuellen Machtbereich ansiedelt. Nein, die jugendliche Unschuld ist bei Wendt eine schlimme Obsession sui generis. Man kann dieser Inszenierung ihre Bühnenwirksamkeit nicht absprechen, die Frage ist nur, warum man dieses Stück noch mehr dem Menschlichen entrücken muß, als es ohnehin schon ist.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

22 Verlage appellieren an Gorbatschow

DW. **Frankfurt**

22 Verlage aus der Schweiz und der Bundesrepublik haben sich in einem gemeinsamen Appell an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, gewandt, und die „unverzügliche Freilassung“ des in einem sowjetischen Straflager inhaftierten Schriftstellers Anatoli Martschenko erbeten. Zu diesen Verlagen zählen unter anderen die Busse-Seewald-Gruppe, Ullstein, Hoffmann und Campe, dtv, Rowohlt, Suhrkamp und Herder. In der Bittschrift wird die große Sorge um die Gesundheit Martschenkos zum Ausdruck gebracht. Anatoli Martschenko hat insgesamt bereits gut 20 Jahre in politischer Haft verbracht. Zuletzt war er 1981 zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden, die er derzeit im Lager Nr. 37 des Gebietes Perm/Ural verbüßt. Martschenko gilt als Vater des sowjetischen „Samisdat“.

Kein Verfahren wegen Fassbinder-Stück

dpa, **Frankfurt**

Wegen des umstrittenen Theaterstücks „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder wird die Staatsanwaltschaft Frankfurt kein Strafverfahren einleiten. Wie Oberstaatsanwalt Jochen Schroers mitteilte, ist die Anklagebehörde bei der Prüfung von Strafanzeigen des jüdischen Kulturforums in West-Berlin zu der Auffassung gelangt, daß das Stück des inzwischen verstorbenen Fassbinder als literarisches Werk die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Kunst für sich in Anspruch nehmen könne. Das Jüdische Kulturforum hatte wegen der bevorstehenden Uraufführung des Stücks am 31. Oktober im Frankfurter Kammerspiel Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß gestellt.

Türkische Gefangene Ehrenmitglieder des PEN

AFP, **Paris**

Die französische Sektion des Schriftstellerverbandes PEN hat zwei inhaftierte türkische Intellektuelle, den Journalisten Hüseyin Bas und den Schriftsteller und Übersetzer Ali Sirmen, zu Ehrenmitgliedern ernannt. Wie der PEN-Club in Paris mitteilte, waren zwei an den türkischen Staatschef General Kenan Evren gerichtete Schreiben unbeantwortet geblieben.

Filmwoche Mannheim: Preis für Jugoslawien

dpa, **Mannheim**

Ein jugoslawischer Film ist als Sieger aus der 34. Internationalen Filmwoche in Mannheim hervorgegangen. Der mit 10 000 Mark dotierte Große Preis der Stadt Mannheim wurde dem Beitrag „Ovni in Mamuti“ (Widder und Mammuts) des Regisseurs Filip Robar-Dorin zuerkannt. Mit dem Josef-von-Sternberg-Preis wurde der polnische Film „Prezydent“ (Der Präsident) von Andrzej Fidyc ausgezeichnet. In der Sektion „Dritte Welt“ wurde der Preis aufgeteilt: 8000 Mark bekam „Le Medecin de Gafire“ (Der Arzt von Gafire) von Moustapha Diop (Niger), und 2000 Mark gingen an „Acredito que o Mundo sera melhor“ (Ich glaube, daß die Welt besser wird) von Jussara Queiroz (Brasilien). Eine kanadische Produktion, „Bittere Wiegenlieder“, ging als Sieger im Wettbewerb der „sozialpolitisch engagierten Filme“ hervor. Schließlich wurde der polnische Beitrag „Nadzor“ (Überwachung) von Wieslaw Saniewski vom Preisgericht der „Critique Internationale“ als bester Spielfilm der Filmwoche ausgewählt und prämiiert. Um die Auszeichnungen in Mannheim konkurrierten diesmal 60 Filme aus 26 Ländern.

Zweimal Gold auf dem Euro-Filmfestival

lnw, **Münster**

Auf dem 6. „Euro-Filmfestival“ für Amateure in Münster sind zwei Goldmedaillen, 13 silberne und 42 in Bronze vergeben worden. Insgesamt waren 75 Filme aus neun Ländern vertreten, die eine Jury aus 130 Bewerbungen ausgewählt hatte. Mit „Gold“ wurden die Spielfilme „Du hast es fast geschafft“ von Reinhard Ruxot (Altenberge) und „Invasion des Bösen“ von dem Schweizer Peter I. Arnold (Unteräger) ausgezeichnet.

Germanistentag fordert mehr Deutschunterricht

dpa, **Stuttgart**

Für eine Ausweitung des Deutschunterrichts an den Schulen hat sich in Stuttgart der Deutsche Germanistentag ausgesprochen. Zum Abschluß des viertägigen Kongresses der Deutschlehrer unterstrich der wiedergewählte Vorsitzende Jürgen Wolff, durch die neuen Jugendkulturen, die gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen und auch wegen der Herausforderung durch die Medien wüchsen dem Fach Deutsch besondere Aufgaben zu.

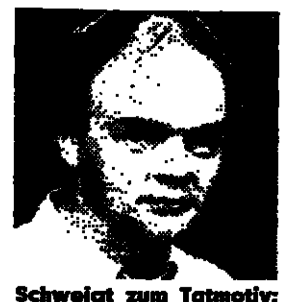
Sportlehrer gesteht, Motiv bleibt unklar

DW. Traunstein

Der 35jährige Tischtennislehrer Rudolf Kittler hat unmittelbar nach seiner Festnahme in Österreich gestanden, die 13 Jahre alte Realschülerin Britta Kaufeld aus Braunschweig getötet zu haben. Kittler, der eine Pistole bei sich hatte, war am Samstag bei einer Routine-Paßkontrolle im D-Zug Rom–München von Grenzpolizisten erkannt worden. Bei seiner Vernehmung im Traunsteiner Amtsgericht machte der 35jährige keine Angaben Über das Motiv, berichtete das Präsidium der Bayerischen Grenzpolizei gestern.

Die Leiche der 13jährigen, die am 2. Oktober von ihrem Trainer entführt worden sein soll, war am Donnerstag abend im Auto des 35jährigen gefunden worden. Der Wagen stand in der Tiefgarage des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens. Britta Kaufeld war erschossen worden.

Rudolf Kittler hatte das Mädchen am Nachmittag des 2. Oktober zum Tischtennistraining aus dem Elternhaus abgeholt, jedoch nicht wieder



Schweigt zum Tatmotiv: Rudolf Kittler

zurückgebracht. Der 35jährige verkehrte seit längerem in der Familie Kaufeld (s. WELT v. Samstag).

Wo das Verbrechen passiert ist, steht bisher nicht fest. Nach den polizeilichen Ermittlungen wurde die 13jährige nicht in dem Auto getötet. Der Wagen war bereits am 3. Oktober, einen Tag nach dem Verschwinden des Mädchens und des Tischtennislehrers aus Braunschweig, am Frankfurter Flughafen abgestellt worden.

Die Polizei hat keine Anhaltspunkte für ein möglicherweise einseitiges Liebesverhältnis gefunden. Nach Angaben von zwei anderen Mädchen, die der Tischtennislehrer im Anschluß an das Training nach Hause gefahren hatte, soll Britta Kaufeld von ihm gegen ihren Willen in seinem Fahrzeug festgehalten worden sein.

Nach dem Verschwinden des Mädchens hatten die Eltern der 13jährigen Rudolf Kittler in einem offenen Brief gebeten, ihrer Tochter nichts anzutun, und ein Lebenszeichen gefordert. Das freilich blieb aus. Die 13jährige war zu diesem Zeitpunkt bereits tot.



Ein ungewöhnliches Stück rechtfertigt ungewöhnliche Aufnahmen: Das Licht-Schatten-Spiel des Fotografen ist die Interpretation des Licht-Schatten-Spiels „Wie Du", das in Stuttgart enthusiastische Reaktionen hervorgerufen hat. FOTOS: HORST HUBER

Stuttgarter feiern „Aids"-Premiere

PETER HAHN, Stuttgart

„Lustseuche", „Homo-Krankheit" – so oder ähnlich lauten immer noch die Vorurteile über die um sich greifende tödliche Immunschwäche Aids. Um über diese neue Seuche aufzuklären, schrieb der amerikanische Autor William Hoffman ein Stück, das längst zu einem Hit am Brodway wurde. Die europäische Erstaufführung unter dem Titel „Wie Du" fand am Wochenende am Staatstheater in Stuttgart statt – früher als geplant.

Ursprünglich sollte dieses vom Erfolgsregisseur Arie Zinger inszenierte Gegenwartsstück erst Anfang November im Stuttgarter Kammertheater Premiere haben. Aber so lange wollten die sensibilisierten Schauspieler nicht mehr warten.

Also starteten die Akteure dieses Achtpersonenstücks – ungewöhnlich genug – eine Unterschriftenaktion, heftig unterstützt vom neuen Intendanten. Als auch noch Ministerpräsident Lothar Späth und Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel in ihrer Eigenschaft als oberste Vertreter des Verwaltungsrats der Stuttgarter Staatstheater zustimmten, war die Sache „gelaufen". Die Schauspieler „mieteten" zum Nulltarif das neue Kammertheater. Der Erlös aus den beiden restlos ausverkauften „Aids-Abenden" in Höhe von 15 000 Mark – die Schauspieler hatten auf ihre Gage verzichtet – geht an die deutsche Aids-Hilfe.

Wie hatte doch Ivan Nagel bei seinem Amtsantritt in Stuttgart versprochen: er wolle Theater machen, das nicht im Elfenbeinturm sich selbst genüge, sondern mit dem Leben draußen in unserer Gesellschaft zu tun habe. So kaufte er nicht nur in den USA die Rechte für die deutsche Erstaufführung von „Wie Du" und verlagerte – was in der deutschen Theaterlandschaft bislang einmalig ist – den Saisonbeginn auch noch nach vorn.

Das Stück spielt im New Yorker Milieu, in der Wohnung des Aidskranken Schriftstellers Rich. Der hatte eigentlich seinen Freund Saul verlassen und nun mit Chet zusammenleben wollen. Daraus aber wird, seit durchsickert, daß Rich an dieser abscheulichen Krankheit leidet, nichts.

Rich wird zum Unberührbaren, zum Aussätzigen. Er wird verachtet. Dabei ist das Alleinsein, die Isolierung von der Umwelt noch schlimmer zu ertragen als die Hoffnungslosigkeit einer unheilbaren Krankheit. Nur einer hält nach wie vor zu ihm – sein früherer Lebensgefährte Saul, der ihn nach wie vor liebt, den Krankheit und alles Risiko nicht schrecken kann.

Rich erfährt, daß die aufrichtige Liebe alle physische und psychische Geschlagenheit eines Menschen überwinden kann. Das ist die eigentliche Botschaft dieses Stückes. Die Humanitas, die Menschlichkeit siegt über sämtlich Vorurteile.

Und in der Tat – diese Aufklärung über Aids tut not. Zwar hat Rock Hudsons Aids-Tod nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa falsche Einschätzungen über diese neue Seuche im öffentlichen Bewußtsein abbauen helfen, aber vorbehaltlose Informationen sind selbst heute noch bei Gesundheitsbehörden immer noch nicht selbstverständlich.

Das sehr vital inszenierte Stück vermittelt in seinen streckenweise witzig-ironischen Dialogen diese Informationen, die vielen Menschen offenbar immer noch unbekannt sind: Aids wird nur durch Kontakt von Körperflüssigkeiten übertragen – Blut, Speichel, Samen – und trifft beileibe nicht nur Homosexuelle. Aids-Symptome – unter anderem Drüsenschwellungen und Ausschlag – führt Hauptdarsteller Rich einprägsam vor.

Ob Saul und Rich, die sich zum Schluß auf dem Krankenbett lieben, Opfer von Aids werden, läßt das Stück offen. Es ist nicht wichtig. Wichtig ist nur die Liebe, die alles zu überwinden hilft.

In Stuttgart feierte ein begeistertes, vor allem jüngeres Publikum Stück und Schauspieler. Aids-Hilfsorganisationen hatten im Theaterfoyer Informationsstände aufgebaut. Kein Zweifel: das Stück kam an in Stuttgart (wo man gegenwärtig etwa 60 Aids-Fälle kennt). Nun, nach der „sozialen" Premiere darf man auf die künstlerische Theaterkritik nach der „richtigen" Premiere am 3. November gespannt sein.

Trocknete die Sonne die Venus aus?

AFP, Stockholm

Die Oberfläche des Planeten Venus war bis vor 2,5 Milliarden Jahren von einem riesigen Ozean bedeckt. Zu diesem Schluß kamen sowjetische Forscher nach Auswertung der Gesteinsuntersuchungen der unbemannten sowjetischen Raumsonden Vega eins und zwei, die am 11. und 15. Juni dieses Jahres auf der Venus gelandet sind. Auf dem 36. Internationalen Astronautik-Kongreß in Stockholm erklärte der sowjetische Geologe Valery Barsukow, die Fläche des den Planeten Venus bedeckenden Ozeans habe zwei Drittel der Gesamtfläche aller Ozeane der Erde betragen. Diese „wissenschaftliche Tatsache" beruhe auf den Analysen der auf der Venus entdeckten Felsen aus Olivin-Gabbro-Norit, die zu einem Prozent aus Wasser entstanden sind. Da die Venus näher an der Sonne liegt als die Erde, könne nicht ausgeschlossen werden, daß das Wasser allmählich verdunstet sei. Die Sowjets haben bisher neun Sonden auf dem Planeten landen können.

Alkoholgeschädigte Babys

dpa, Kassel

Jedes Jahr werden in der Bundesrepublik Deutschland rund 1800 Kinder geboren, die infolge Alkoholmißbrauchs der Mutter geschädigt wurden. Das wurde jetzt bei einer Fortbildungstagung der Landesärztekammer Hessen in Kassel erklärt. Nach der Geburt seien bei vielen Kindern Kleinwuchs, Fehlbildungen an den Geschlechtsteilen, am Skelett und am Herz festzustellen.

Donisl wiedereröffnet

hd. München

Das traditionsreiche, zuletzt jedoch durch einen Skandal in Verruf geratene Lokal „Donisl" nahe dem Münchner Rathaus wurde gestern – renoviert – wiedereröffnet. Die Türen der jahrhundertealten Bierwirtschaft waren am 23. Mai 1984 versiegelt worden, nachdem die Polizei kriminelle Machenschaften des Personals aufgedeckt hatte.

Erdbeben in Guatemala

AFP, Guatemala-Stadt

Schwere Verwüstungen hat am Wochenende ein Erdbeben in der Region von Uspantan, 230 Kilometer nördlich von Guatemala-Stadt, angerichtet. 20 000 Menschen wurden obdachlos. Das Dorf Tierra Blanca wurde völlig zerstört. 1976 waren bei einem Erdbeben in Guatemala 23 000 Menschen ums Leben gekommen. Die jetzt betroffene Zone liegt 1000 Kilometer südöstlich von Mexiko, wo bei einem Beben vor kurzem mehrere tausend Menschen starben.

Jumbo-Reifen geplatzt

AP, London

Eine Rollbahn des Londoner Flughafens Heathrow war gestern drei Stunden lang von einem Jumbo-Jet der Fluggesellschaft TWA blockiert worden, an dem bei der Landung zwei Reifen geplatzt waren. Bei der Panne wurde niemand verletzt, doch kam die Boeing 747 leicht von der Landebahn ab und zertrümmerte 40 Markierungsleuchten.

Tadsch Mahal beschädigt

AP, Neu-Delhi

Die anhaltend schweren Regengüsse, die in den vergangenen Tagen in Nordindien Überschwemmungen verursachten und bisher 488 Menschenleben kosteten, haben offenbar auch dem berühmten Grabmal Tadsch Mahal in Agra zugesetzt. Durch die gewaltige, 58 Meter hohe Zwiebelkuppel tropft das Wasser in die Hauptkammer, in der sich die Grabstätten des Erbauers Schah Dschahan und seiner Gemahlin Mumtas Mahal befinden.

Voodoo-Bohne als Waffe

Haitianer rückt Mietern mit Geisterkult auf den Pelz

W. THOMAS, Patterson

Mit einer heimlichen Waffe seiner alten Heimat hat ein haitianischer Hauseigentümer in Patterson (US-Staat New Jersey) unliebsame Mieter vertreiben wollen: Er ließ ihnen sogenannte Voodoo-Bohnen ins Bett legen. Sieben Personen erlitten Verletzungen.

Die Mieter, das Ehepaar George und Luzy Alvarez, waren mit einem unerträglichen Juckreiz aus dem Schlaf erwacht. Sie entdeckten am ganzen Körper Rötungen und Blasen und riefen die Polizei. Innerhalb der nächsten Stunden forderte die Hautkrankheit fünf weitere Opfer. Ein Polizist, zwei Ambulanzfahrer, eine Krankenschwester und ein Hausangestellter klagten über die gleichen Symptome.

Die polizeilichen Ermittlungen führten rasch zu einem Ergebnis. Im Bett der Wohnungsinhaber wurden fingerlange Schoten der Voodoo-Bohne gefunden, einer Pflanze, die in Afrika und auf den Karibischen Inseln angebaut wird.

Beamte der Gesundheitsbehörde erläuterten, die meisten Menschen reagierten allergisch auf diese Bohnen, die bei Voodoo-Zeremonien verwendet werden. Die fast unsichtbaren Härchen könnten eine Wohnung für fünf Jahre verseuchen.

Der aus Afrika stammende Voodoo-Kult ist die influßreichste Religion der karibischen Inselrepublik Haiti. Obgleich die meisten Haitianer getaufte Katholiken sind, frönen sie auch dieser Geisterbeschwörung, bei der das Opfern von Tieren eine große Rolle spielt. Tausende Voodoo-Priester praktizierten in den ländlichen Gegenden als Medizinmänner und ersetzen die fehlenden Ärzte.

Die Voodoo-Priester haben in den letzten Jahren versucht, den Kult von dem Vorwurf der Rückständigkeit zu befreien. Sie demonstrierten ein soziales Engagement – Haiti gilt als ärmstes Land des amerikanischen Kontinentes – und bemühen sich um bessere medizinische Kenntnisse.

WETTER: Heiter und trocken

Wetterlage: Ein Hoch mit Schwerpunkt über dem Ärmelkanal bestimmt das Wetter in der Westhälfte Deutschlands, während Tiefausläufer über die Osthälfte ziehen.

Deutscher Wetterdienst 13. Oktober 1985, nachm.

Vorhersage für Montag:

Westhälfte: Nach Auflösung von Frühnebel heiter bis wolkig und trocken. Höchsttemperaturen 9 bis 14 Grad, Tiefstwerte nachts 7 bis 4 Grad, örtlich Bodenfrost. Schwachwindig. Osthälfte: Stark bewölkt und zeitweise Regen. Nachmittagstemperaturen um 12 Grad. Tiefstwerte nachts 7 bis 4 Grad. Mäßiger Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Wenig Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	26°
Bonn	8°	Kopenh.	11°
Dresden	11°	Las Palmas	27°
Essen	11°	London	16°
Frankfurt	11°	Madrid	21°
Hamburg	12°	Mailand	20°
List/Sylt	12°	Mallorca	25°
München	10°	Moskau	6°
Stuttgart	9°	Nizza	24°
Algier	24°	Oslo	5°
Amsterdam	14°	Paris	14°
Athen	21°	Prag	10°
Barcelona	24°	Rom	22°
Brüssel	12°	Stockholm	6°
Budapest	12°	Tel Aviv	27°
Bukarest	13°	Tunis	26°
Helsinki	8°	Wien	12°
Istanbul	19°	Zürich	13°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 6.45 Uhr, Untergang: 17.30 Uhr; **Mondaufgang**: 8.22 Uhr, Untergang: 18.02 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Hochherzig

Placido Domingo will sich ein Jahr von der Oper zurückziehen und in der Zeit nur Konzerte zugunsten der Erdbebenopfer von Mexiko geben. Dies erklärte jetzt der in Spanien geborene Sänger, der als Kind in das alte Indianerland kam. Domingo, der bei dem Erdbeben vier seiner engsten Angehörigen verloren hat, will in großen Sälen etwa 40 Konzerte geben und hofft dabei auf einen Gewinn von acht Millionen Dollar. Mit dem Geld sollen die rund 200 Familien ein neues Obdach finden, die in demselben Haus wie Domingos Verwandte lebten. Die Tragödie habe ihm klar gemacht, daß er seine Stimme „für bessere Zwecke als nur den, den Leuten einen schönen Abend zu bescheren", einsetzen könne, erklärte der Heldentenor in einem Interview. Domingo sollte 1986 bei 60 Opernvorstellungen singen, insbesondere als Othello in London. Viele Opernhäuser müssen nun umdisponieren.

Höchstleistung

Das Ehepaar **Katharina** und **Ludwig Apfel** hat gestern im südpfälzischen Leinsweiler (Kreis Südliche Weinstraße) nach 75 Ehejahren das seltene Jubiläum der „Kronjuwelenhochzeit" gefeiert. Familienangehörige, Freunde und Vertreter des öffentlichen Lebens hatten sich zu einer Feierstunde zu Ehren der beiden 96jährigen Jubilare eingefunden. Eine Kronjuwelenhochzeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nach Angaben der Verbandsgemeinde Landau-Land durchschnittlich nur einmal jährlich. Der rheinland-pfälzische Weinbauminister **Dieter Ziegler** überbrachte die Glückwünsche des Bundespräsidenten.

„DDR"-Zugkatastrophe

Sicherheitsstandard veraltet / Keine Warnung für Lokführer

F. DIEDERICHS, Berlin

Hätte das schwere Zugunglück in der „DDR", bei dem am Freitag auf der Strecke Berlin–Marienborn bei Magdeburg 13 Menschen getötet und 40 Reisende schwer verletzt wurden, durch technische Warneinrichtungen, wie sie in den meisten europäischen Ländern schon lange zur Standardausrüstung der Eisenbahnen gehören, vermieden werden können? Diese Frage stellt sich zwangsläufig, nachdem Einzelheiten des Zusammenstoßes zwischen einem Personenzug und einer Diesellokomotive bekannt wurden.

Die Katastrophe ereignete sich am Freitag gegen 14.30 Uhr auf einem Streckenabschnitt, der wegen Bauarbeiten nur eingleisig befahrbar war. Einer der beiden Lokführer, so steht jetzt fest, hat offenbar ein Haltesignal übersehen. Der Fahrdienstleiter des nächstgelegenen Bahnhofs in Eilsleben hatte das Unglück nicht mehr verhindern können. Denn in den Führerständen der „Reichsbahn"-Lokomotiven gibt es immer noch keinen Zugfunk, mit dem Lokführer in Sekundenschnelle von Gefahren unterrichtet werden können. Auch existiert bei der technisch veralteten „Reichsbahn" kein Warnsystem, das beim Überfahren eines Haltesignals den Lokführer mit akustischen und optischen Zeichen warnt oder gar selbsttätig eine Notbremsung einleitet.

Ironie des Schicksals: Am Morgen des Unglückstages hatte „DDR"-Verkehrsminister Arndt noch „umfassende Modernisierungsmaßnahmen bei der Reichsbahn" im kommenden Fünfjahresplan-Zeitraum (1986 bis 1990) angekündigt. Nach Arndts Angaben sollen die Hauptstrecken des „DDR"-Schienennetzes „zielstrebig mit moderner Technik wie Zugfunk, automatischem Streckenblock und Gleisbildtechnik ausgerüstet werden". Gerade jene Einrichtungen also, die höchstwahrscheinlich die Katastrophe von Magdeburg hätten verhindern können.

Wie gefährlich „DDR"-Bewohner bei Fahrten mit einer auf Nachkriegsstandard fahrenden „Reichsbahn" leben, zeigte nicht zuletzt auch das Unglück vom 29. Februar '84. Damals wurden bei Halle elf Menschen getötet, weil der Lokführer eines D-Zuges im dichten Nebel ein Haltesignal übersehen hatte und auf einen stehenden Personenzug aufgefahren war. Auch hier hätte der sogenannte „automatische Streckenblock" die Katastrophe verhindern können.

Das „DDR"-Zentralorgan „Neues Deutschland" verschwieg seinen Lesern am Wochenende bei der Berichterstattung über das Zugunglück wohlweislich die mangelhaften Sicherheitseinrichtungen und vermied jede kritische Anmerkung. Statt dessen tröstete das SED-Blatt die Angehörigen der Betroffenen, die Verletzten seien „unverzüglich in Krankenhäuser der Kreise Oschersleben und Wanzleben" gebracht worden. Dort sei ihnen „alle erforderliche medizinische Betreuung zuteil geworden".

Wie wenig die „DDR" offenbar auf derartige Ereignisse vorbereitet ist, zeigt auch, daß Handwerker aus nahegelegenen Betrieben zur Bergung der Verunglückten verpflichtet werden mußten. Erst 18 Stunden nach der Katastrophe verkehrten die Züge auf der Transitstrecke wieder planmäßig – obwohl ganze Brigaden sowjetischer Soldaten bei der Bergung mit zur Hand gingen.

ZU GUTER LETZT

„Die Malteser haben eine einzige Torchance gehabt und daraus zwei Tore gemacht. Das ist möglich." Franz Beckenbauer im Aktuellen Sportstudio zum Fußball-WM-Spiel Portugal – Malta, das 3:2 endete.